Donnerstag, 14. Juni 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 137 - 24. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstung: Als hinterlistig hat US-Außenminister Shultz den sowjetischen Vorschlag für ein Verbot von Satellitenwaffen bezeichnet. Den USA solle die Erprobung eines Systems untersagt werden, über das Moskau bereits verfüge. Nach dem Repräsentantenhaus hat auch der Senat der Erprobung von Satellitenabwehrwaffen zugestimmt.

Vietor: Der Prozeß um die Entlassung des ehemaligen Chefs der Neuen Heimat wurde gestern zwei Stunden nach seiner Eröffnung in Hamburg bis Oktober ausgesetzt. Den Anwälten soll die Möglichkeit gegeben werden, neue Gutachten einzusehen. (S. 3)

Botha-Besuch: Provinzialität und kaum zu überbietende Peinlichkeit sieht das CSU-Organ „Bayernkurier" in dem „Möbelrücken" beim Bonn-Besuch des südafrikanischen Premiers. Es sei zu fragen, „welches Ausmaß an protokollarischem Versagen und an politischer Torheit sich in manchen Köpfen im Amtssitz des Bundeskanzlers austobt", hieß es.

Südwestafrika: 69 Jahre nach der Besetzung der einstigen deutschen Kolonie durch südafrikanische Truppen ist Deutsch neben Afrikaans und Englisch wieder zur offiziellen Landessprache erklärt worden.

EG-Kommission: Die Bundesregierung hat ihr Interesse daran bekräftigt, daß ein Deutscher Nachfolger des ausscheidenden Kommissionpräsidenten Thorn (Luxemburg) wird. Man habe sich auch schon auf einen Kandidaten geeinigt. Außenminister Genscher stellte jedoch klar, daß er dieses Amt nicht anstrebe. (S. 10)

Flucht: Zwei Männer aus der „DDR" konnten in der Nacht zum Mittwoch ohne Zwischenfälle die mit Minen gesicherte Grenze zu Niedersachsen überwinden.

Hongkong: China und Großbritannien haben sich auf die Einsetzung einer ständigen Arbeitsgruppe geeinigt, die in der Zeit zwischen den formalen Verhandlungen technische Details der Übernahme Hongkongs durch China im Jahr 1997 behandeln soll.

Abgewiesen: Die Lieferung von 40 Panzerfahrzeugen des Typs Amac-1 an Chile, die zur Bekämpfung innerer Unruhen eingesetzt werden sollten, ist von London wegen der Menschenrechtssituation in Chile untersagt worden.

Heute: Erste Runde der Europa-Wahlen (Dänemark, Großbritannien, Irland, Niederlande). – Treffen der Vorsitzenden der Koalitionsparteien in Bonn. – Kiechle legt Agrarstrukturbericht vor.

ZITAT DES TAGES



» Die Tarifparteien stehen unter dem Druck der öffentlichen Erwartung, daß jetzt Schluß ist «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestern in Bonn zum Streik in der Metallindustrie FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Außenhandel: Die Streiks in der Metallindustrie werden zumindest in diesem Monat die Ausfuhren der Bundesrepublik spürbar beeinträchtigen, ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. (S. 11)

Arbeitslosigkeit: 7,5 Prozent der aktiven weiblichen Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten sind nach Angaben der OECD ohne Arbeit. Bei den Männern beträgt *die Quote 6,1 Prozent.*

Creusot-Loire: Der französische Stahl- und Maschinenbaukonzern will einen Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens stellen. Der Grund ist die Weigerung der Regierung, den Sanierungsplan zu genehmigen. (S. 12)

Betriebsrenten: Die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung in der Industrie haben sich von 1972 bis 1981 von 560 auf 1609 DM pro Arbeitnehmer erhöht, errechnete das Institut der Deutschen Wirtschaft.

Börse: Das Kursniveau bröckelte ab. Der *Rentenmarkt* war *ruhig* und behauptet. WELT-Aktienindex 147,3 (147,9). Dollarmittelkurs 2,7168 (2,7187) Mark. Goldpreis pro Feinunze 374,00 (375,25) Dollar.

KULTUR

Kulturstiftung: Kaum daß die Ministerpräsidenten der Länder sich im Grundsatz auf die Gründung einer Kulturstiftung geeinigt haben, wird Widerspruch und Kritik aus der Kultusministerkonferenz laut. Der Bremer Kultusminister Franke, zum Beispiel, sieht die Kulturhoheit der Länder gefährdet. (S. 17)

Karajan: Der Chefdirigent der Berliner Philharmoniker hat die geplante vorzeitige Beurlaubung des Intendanten Peter Girth abgelehnt. Karajan teilte mit, er habe den Berliner Regierenden Bürgermeister Diepgen in aller Klarheit wissen lassen, „daß ich mit einer derartigen Lösung nicht einverstanden sein kann". (S. 10)

SPORT

Fußball: Die belgische Nationalmannschaft schlug in ihrem ersten Gruppenspiel um die Europa-Meisterschaft Jugoslawien 2:0 (2:0). Die Tore schossen Vandenbergh und Grun. (S. 9)

Schwimmen: Der SV Rhenania Köln will durch eine einstweilige Verfügung die Nominierung von Wilfried Kühlem für Olympia erreichen. Kühlem war nicht berücksichtigt worden.

AUS ALLER WELT

Jubiläum: Im vergangenen Jahrhundert war seine Hauptaufgabe, die Sicherheit von Dampfkesseln zu gewährleisten. Heute überprüft er fast alles – von Fahrstühlen bis zu Kernkraftwerken und, natürlich, Autos. Der TÜV feiert sein 100jähriges Jubiläum. (S. 3)

Tiefpunkt: Mit modernster Meßtechnik haben japanische Wissenschaftler den Streit um die tiefste Stelle des Meeresbodens beendet. Sie liegt 10 924 Meter unter der Wasseroberfläche im Marianengraben rund 370 Kilometer südwestlich der Insel Guam. (S. 18)

Wetter: Bedeckt, etwas Regen. Im Südwesten trocken. Bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn: Die Leidensgrenze der Wirtschaft ist erreicht

Metall-Verhandlungen ohne Ergebnis / Abwehraussperrungen ausgeweitet

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Tarifverhandlungen für die Metallindustrie in Stuttgart sind gestern nachmittag „ohne Ergebnis und ohne neuen Termin" abgebrochen worden. IG Metall und Arbeitgeber konnten keine Annäherung in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung erzielen. Als Reaktion auf die abgebrochene Verhandlungsrunde kündigten die *baden-württembergischen Metallarbeitgeber* die Ausweitung der Abwehraussperrungen von Betrieben mit mehr als 2000 auf Betriebe mit mehr als 1000 Mitarbeiter aus. Der Stuttgarter IG Metall-Sprecher bezeichnete die Zahl von nunmehr rund 200 000 Ausgesperrten als „Maßlosigkeit" der Arbeitgeber und kündigte „massenhaften Protest" an. Zudem müssten die Gewerkschaften jetzt den politischen Druck verschärfen. Der IG-Metall-Vorstand will morgen in Frankfurt sein weiteres Vorgehen beraten.

Kurz zuvor hatte die Bundesregierung nachdrücklich an die Tarifparteien appelliert, den jetzt knapp fünf Wochen dauernden Arbeitskampf zu beenden. Nach der gestrigen Kabinettssitzung sagte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vor der Presse, der Schaden von Streik, Aussperrung und von Stillegungen mittelbar betroffener Betriebe treffe schon lange nicht mehr die Tarifparteien allein. „Die Leidensgrenze der deutschen Volkswirtschaft ist erreicht."

Auch im Ausland beobachte man bei der Konkurrenz, aber auch bei *den Konsumenten deutscher Waren* diesen lang dauernden Arbeitskampf mit wachsendem Interesse, das teilweise an Schadenfreude grenze. Der Bundeskanzler habe vor dem Kabinett berichtet, daß er auch auf dem Weltwirtschafts-Gipfel in London nach den Auswirkungen des deutschen Arbeitskampfes gefragt worden sei. Nicht meßbar, wenn auch gefährlich, sei der psychologische Schaden, der für den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland durch den Arbeitskampf entstehe. Einen politischen Schlichter lehnte Blüm ab.

Zum Rechtsstreit um die Zulässigkeit der Anordnung des Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, an *mittelbar* vom Arbeitskampf betroffene Metall-Arbeitnehmer weder Kurzarbeiter- noch Arbeitslosengeld zu bezahlen, sagte der Minister, er hoffe auf eine Entscheidung des hessischen Landessozialgerichts noch in dieser Woche. Das Frankfurter Sozialgericht hatte entschieden, den Erlaß bis zur Entscheidung in der Hauptsache im Eilverfahren auszusetzen; es hatte jedoch Anträge der IG Metall abgelehnt, die Arbeitsämter gleichzeitig zu verpflichten, sofort Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld an mittelbar Streikbetroffene zu bezahlen.

Im Spitzengremium der IG Metall zeichnen sich zwei Lager ab: Das eine um das für die Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Hans Janßen, das andere um IG Metall-Chef Hans Mayr und den 2. Vorsitzenden Franz Steinkühler sowie den Stuttgarter Verhandlungsführer Eisenmann. Janßen hatte noch im Herbst 1982 die 35-Stunden-Woche abgelehnt und mit Rücktritt gedroht. Inzwischen aber ist er zum energischen Verfechter dieser vom Gewerkschaftstag aufgestellten Forderung geworden. Sein

● Fortsetzung Seite 10

„Keine Wissenschaft ohne Gewissen"

Papst in der Schweiz: Plädoyer für einen leidenschaftslos geführten Dialog

F. MEICHSNER, Fribourg

Der zweite Tag des Papst-Besuches in der Schweiz galt gestern der katholischen Bischofs- und Universitätsstadt Fribourg. Johannes Paul II. warnte in einer Rede vor dem Hochschullehrkörper und den Studenten, die ihm immer wieder stürmische Ovationen bereiteten, vor der Selbstgenügsamkeit einer Wissenschaft, der die Integralvision des Menschen und des Universums abgehe. Mehr und mehr Wissenschaftler würden sich heute ihrer Verantwortung für den Menschen bewußt. Sie seien zu der Überzeugung gelangt, daß es keine Wissenschaft ohne Gewissen geben könne. Diese Erkenntnis sei eine positive und ermutigende Errungenschaft.

Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Kirche knüpfte der Papst an das an, was er schon anläßlich der Hundertjahrfeier des Geburtstages von Albert Einstein gesagt hatte: „Die Konflikte, die ehemals daraus entstehen konnten, daß religiöse Instanzen auf die Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse einwirkten, liegen nicht in der Natur von Verstand und Glauben und sind nunmehr überholt." Sollten sie wieder *auftreten, müsse in einem leidenschaftslos* geführten Dialog versucht werden, die offenen Fragen zu klären. „Zwischen den Ergebnissen der Wissenschaft als dem Werk des Verstandes und den Aussagen des Glaubens dürfte es keinen Gegensatz geben."

Die Universität muß nach der vom Papst geäußerten Überzeugung ein „Ort der Freiheit" sein. Diese Freiheit sollte sich jedoch nicht „als schrankenlose, willkürliche Kraft" verstehen. „Frei ist der Mensch, der imstande ist, sich nach dem Maßstab höchster Werte und Ziele zu entscheiden." Die Wissenschaft sei nur dann wirklich frei, wenn sie sich von der Wahrheit bestimmen lasse.

Vor seinem Besuch in der Universität war Johannes Paul II. in der Franziskanerkirche zum gemeinsamen Gesang der Laudes mit Ordensmännern und Ordensfrauen zusammengetroffen. In einer Ansprache äußerte er die Ansicht, daß sich die heutige Jugend dem Aufruf des Evangeliums nicht verschließe. Gewiß könnten sich die jungen Leute heutzutage den neuen Institutionen spontaner zuwenden *als einer Ordensgemeinschaft.* Aber sie seien auch „offen für die alten Kongregationen, die sich lebendig zeigen und sich an vernünftig vorgetragene Radikalforderungen halten".

Die ökumenische Begegnung vom Vortage zwischen dem Papst und dem Genfer Weltkirchenrat hat im *nichtkatholischen Lager* des „protestantischen Rom", wie die Calvin-Stadt lange Zeit genannt wurde, eine gewisse Enttäuschung hinterlassen. Von ihr sei bei aller Verbindlichkeit in der Form, die dieses Treffen bestimmt habe, kaum ein neuer Anstoß für die christliche Vereinigungsbewegung ausgegangen. Der Papst habe in dieser Beziehung keine neuen Akzente gesetzt, sondern nur bereits Gesagtes und Bekanntes wiederholt. Die in Lausanne erscheinende unabhängige Zeitung „Le Matin" schrieb dazu gestern morgen lakonisch: „Man kann eine Reise als gescheitert betrachten, wenn der Papst nichts anderes tut, als Stellungnahmen zu wiederholen, die jeder schon kennt."

Parteichefs prüfen Koalitionslage

Spitzengespräch behandelt Krise in der FDP und neuen Milliardenkredit für die „DDR"

MANFRED SCHELL, Bonn

Das „gesamte Erscheinungsbild" der Koalition, aber auch konkrete Sachfragen wie die Gewährung eines zweiten Milliardenkredits für die „DDR", die Steuerreform und eventuell die Lieferung von Waffen an Saudi-Arabien dürften Gegenstand des Spitzengesprächs von CDU/CSU und FDP am heutigen Donnerstag in Bonn sein. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich mit den Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß (CSU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) für den Abend verabredet, nachdem sie gemeinsam bei einer Fernsehdiskussion zur Europawahl aufgetreten sind.

In Bonn wurde gestern erwartet, daß Kohl die „Vorgaben" für die Diskussion liefern werde, da es für diesen Kreis „keine feste Tagesordnung" gebe. Dabei dürfte es zunächst um die Lage der Koalition vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse in der FDP gehen. Kohl will offensichtlich ausloten, wie breit noch die Operationsbasis mit dem Koalitionspartner FDP ist. Sorgfältig hat der Kanzler in den jüngsten Wochen seit dem Parteitag der FDP in Münster „Profilierungsversuche" des kleineren Partners registriert. Zu der Einschätzung der Situation dürfte auch die Befürchtung gehören, die FDP werde bei den bevorstehenden Europawahlen am 17. Juni unter fünf Prozent bleiben, was die Führungsdiskussion in der FDP wahrscheinlich neu beleben würde. Die CDU/CSU jedenfalls hat sich auf eine solche Entwicklung eingestellt, nachdem der Autoritätsverfall von Hans-Dietrich Genscher spürbar wird. Besorgnissen aus der CSU, die FDP könnte bei der nächsten Bundestagswahl 1987 nicht mehr zur Verfügung stehen, sei es aufgrund eines erneuten politischen Kurswechsels oder eines rapiden Wählerschwundes, hatte Kohl entgegengehalten, er glaube an eine „Re-Vitalisierung" der FDP. Der Kanzler hatte freilich offengelassen, wie diese bewerkstelligt werden könnte.

Ein Gesprächsthema im vertraulichen Kreis der Parteivorsitzenden könnte die Deutschlandpolitik sein. Hier hat Bonn offenkundig der „DDR" einen zweiten Milliardenkredit in Aussicht gestellt. Es ist davon die Rede, daß dies unter der Konsortialführerschaft der Deutschen Bank geschehen soll. Kohl hat jedoch kein Interesse daran, daß eine öffentliche Diskussion darüber wenige Tage vor der Europawahl beginnt. Eine Entscheidung dürfte deshalb alsbald nach dem 17. Juni fallen, wobei auch das Interesse der „DDR" beachtet werden soll, keinen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Kredit und dem für Ende September anstehenden Besuch von SED-Generalsekretär Honecker entstehen zu lassen.

Die Steuerreform ist nach wie vor ein umstrittenes Thema innerhalb der Koalition, vor allem aber unter den CDU/CSU-Ministerpräsidenten. Die FDP und auch Strauß plädieren für die „große Lösung", und zwar mit einem Schritt. Andere wiederum, vor *allem Bundesfinanzminister Gerhard* Stoltenberg, wollen eine Zwei-Stufen-Lösung, die teilweise durch Steuererhöhungen finanziert werden soll. In der Koalition ist Unmut über die langanhaltenden Diskussionen zu spüren. Dahinter steckt die Befürchtung, es könne dadurch ein politischer Erfolg „zerredet" werden.

6,1 Milliarden Menschen im Jahre 2000

DW. Genf

Die Weltbevölkerung wird nach einem gestern in Genf veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen (UNO) bis zur Jahrtausendwende von derzeit *4,67 Milliarden auf 6,13 Milliarden* Menschen ansteigen. Den größten Bevölkerungszuwachs wird es nach dieser Analyse in den Entwicklungsländern geben, die sich die Zunahme ihrer Einwohnerzahlen am wenigsten leisten können. In dem Bericht des UNO-Fonds für Bevölkerungsaufgaben heißt es, daß sich die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2100 ungefähr bei 10,2 Milliarden Menschen stabilisieren werde, sofern sich die Zahl der Todesfälle der Geburtenzahl angeglichen habe. Der Abstand zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern werde weiter zum Nachteil der Ärmeren zunehmen. Gegenwärtig sei das Pro-Kopf-Einkommen in den hochindustrialisierten reichen Ländern 220 mal so groß wie das der Menschen in den ärmsten Staaten der Dritten Welt.

Nach Meinung der UNO wird die Bevölkerung in den unterentwickelten Staaten trotz sinkender Zuwachsraten der Weltbevölkerung um hohe Prozentsätze zunehmen. Die Analyse merkt an, „dies bedeute eine Minderung der Lebensqualität für Millionen Menschen". So sei in der Zeit von 1980 bis 1982 die Wirtschaft in den Ländern der Dritten Welt zwar jährlich real um 1,9 Prozent gewachsen, doch habe die Bevölkerung dieser Staaten um 2,02 Prozent pro Jahr zugenommen.

In den unterentwickelten Staaten sei das Pro-Kopf-Einkommen in der Zeit von 1960 bis 1981 nur um jährlich ein Prozent gestiegen. „Bevölkerungsexpansion und langsamer Einkommenszuwachs in Verbindung mit allgemein unzureichender Technologie verursachen eine übermäßige Ausbeutung der Bodenschätze für Nahrungsmittel und Treibstoff in vielen Entwicklungsländern", stellt der Bericht fest. Das Ergebnis sei eine Qualitätsverschlechterung der menschlichen und natürlichen Umwelt.

Gesunken ist auch die Durchschnittszahl der von jeder Frau geborenen Kinder. Lag sie im Zeitraum von *1970 bis 1974* bei 4,5, so sank sie von 1980 bis heute auf 3,6 Kinder. In den Entwicklungsländern soll sich die Kinderzahl je Frau von 5,5 auf 4,1 verringert haben. Als Grund nennt die UNO Bevölkerungsprogramme in China und anderen Ländern.

DER KOMMENTAR

Hausgemachte Risiken

PETER GILLIES

Eines steht beim Arbeitskampf 1984 fest: Er dauert bereits jetzt zu lange. Die Schäden summieren sich, beginnen den Aufschwung zu bremsen, der so munter begann. Mutmaßlich ist bereits genau jener Wachstumsschub weggestreikt, auf den die Arbeitslosen hofften und den dieses Land dringend braucht, um beim weltweiten Strukturwandel nicht den Anschluß zu verpassen. So wenig wie die organisierten Arbeitsplatzbesitzer an die Erwerbslosen denken, so wenig nimmt die weltwirtschaftliche Konkurrenz Rücksicht auf die deutsche Art, Probleme stets prinzipiell – das heißt bis zur Selbstzerstörung – lösen zu wollen.

Schon im März und April geriet der Steigflug der deutschen Konjunktur ins Stottern. Vorsicht dominierte den Optimismus in den Unternehmen, die Auftragsbücher füllten sich nicht wie erwartet, die Produktion stagnierte. Schon vor Streikbeginn begannen Betriebe und Verbraucher vorsichtiger zu disponieren, während des Arbeitskampfes steigen seine Kosten progressiv, und von der Zeit danach wissen wir nur, daß eine stark erhöhte Dynamik nötig wäre, um die Schäden auszugleichen.

Zwar ist der anderthalb Jahre dauernde Aufschwung noch nicht abgebrochen – das Wachstumsklima besteht fort –, aber die Risiken wachsen beängstigend. Obgleich in einigen Branchen bereits aufschwunggerechte Tarifabschlüsse ohne den üblichen Lärm vereinbart wurden, zeigen sich Metall und Druck von dieser Vernunft unbeeindruckt. Daß die wortgewaltigen Akteure im Publikum weder Rückhalt noch gar Beifall finden, ficht sie offenbar nicht an.

Jede Methode, diese Streiks zu beenden, ist erlaubt. Die beste wäre freilich die Vernunft, notfalls unter Einschaltung von Schlichtern. Nicht dienlich dagegen ist das Anzapfen öffentlicher Töpfe zwecks Schonung der gewerkschaftlichen Streikkassen. Mißbrauchte man die Zwangsbeiträge und Steuern aller Bürger dazu, die „kalt" Streikenden zu besolden, leistete man einen Beitrag zur Verlängerung des Arbeitskampfes statt zu seiner Verkürzung.

Bei allen zu Herzen gehenden Preisungen der Tarifautonomie – zur Zeit wird übersehen, daß vor allem Verantwortung ihr konstitutives Element darstellt. Sie hat nicht nur die eigene Branche, sondern auch die gesamte Wirtschaft im Blick. Die Haftung dafür kann den Tarifparteien niemand abnehmen. Ein hausgemachter Zustand, der die Verantwortung wegen Nichtwahrnehmung zwangsweise Dritten, beispielsweise dem Staat, überträgt, kann nicht erwünscht sein – auch und vor allem nicht von den Gewerkschaften.

Schlecht sieht Aufwärtstrend beeinträchtigt

HEINZ HECK, Bonn

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland steht nach Einschätzung von Staatssekretär Otto Schlecht zwar „auf breitem Fundament". Dennoch befürchtet er je nach Dauer und Ausgang des Arbeitskampfes „negative Auswirkungen erheblichen Ausmaßes für die gesamte Volkswirtschaft". Die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung werde zumindest im zweiten Quartal „deutlich beeinträchtigt".

Für die Steuerschätzung nächste Woche werde sein Haus angesichts der schwer zu beurteilenden Entwicklung keine neue Jahresprognose vorlegen. Das im Jahreswirtschaftsbericht anvisierte Wachstumsziel von real 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt 1984 setze voraus, daß die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte „wieder deutlich an Dynamik gewinnt. Die Voraussetzungen hierfür bestehen fort, wenn der Arbeitskampf jetzt rasch mit einem akzeptablen Ergebnis beendet wird", betonte Schlecht.

Im Wirtschaftsministerium wird infolge des Arbeitskampfes bereits eine „Umorientierung ausländischer Abnehmer" registriert sowie bewußte Kampagnen ausländischer Wettbewerber, die mit diesem Argument arbeiteten. Deutlich ist auch die Sorge der Nachbarländer, daß sich die Beeinträchtigung *in* der Bundesrepublik auch auf sie auswirken könne. Schlecht sieht die Notwendigkeit „klarer Regierungsanweisungen" etwa bei der Steuerreform und der Einführung abgasarmer Autos.

Seite 11: Weiterhin optimistisch

Prozeß gegen KOR-Führer am 13. Juli

DW. Warschau

Polens Regierungssprecher Jerzy Urban hat gestern bestätigt, daß am 13. Juli vor dem Militärgericht in Warschau das lange hinausgezögerte Verfahren gegen die vier führenden Mitglieder des oppositionellen Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR), Jacek Kuron, Adam Michnik, Zbigniew Romaszewski und Henryk Wujec beginnt. Sie sind der „Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes der Gesellschaftsordnung in Polen" angeklagt, wofür ihnen ein bis zehn Jahre Haft drohen. Kuron hat nach Mitteilung seiner Familie im Warschauer Untersuchungsgefängnis seinen am Montag begonnenen Hungerstreik beendet, mit dem er die Anberaumung des Prozesses oder die bedingungslose Freilassung durchsetzen wollte.

Bei diesem wichtigsten politischen Prozeß in Polen seit 1956 will auch Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa als Zeuge auftreten. Ein Verfahren gegen die sieben ebenfalls seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 inhaftierten Führungsmitglieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" ist noch nicht in Sicht. Unter Vermittlung der katholischen Kirche waren monatelang Verhandlungen und Gespräche mit dem Ziel der Freilassung aller elf Inhaftierten unter bestimmten Bedingungen geführt worden. Die Betroffenen, vor allem der Historiker Michnik, lehnten diese Bedingungen ab, zu denen zeitweiliges Exil und die Verpflichtung gehörten, zweieinhalb Jahre nicht öffentlich tätig zu sein.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Offensive / Defensive

Von Adalbert Bärwolf

Vor 27 Jahren raste aus der Steppe von Kasachstan ein ballistisches Geschoß in weitem Bogen durch den Weltraum seinem viele tausend Kilometer entfernten Ziel entgegen. Hinter dem Flug der roten Interkontinentalrakete verbarg sich das größte militärische Ereignis seit dem Bau der Atombombe. Die Sowjets verfügten vor den Amerikanern über die wichtigste Offensivwaffe der Kriegsgeschichte: die Kombination der *ballistischen Fernrakete mit der Kernspaltbombe auf ihrer Spitze*. Über Nacht stand die Welt in der Waffentechnik einer völlig neuen Situation gegenüber. Es gab eine globale Artillerie. Die Reichweite dieser Waffe war die ganze Welt. Die Erdkugel war zu einer taktischen Einheit zusammengeschrumpft. Und es gab keine Abwehr. Man sprach von der „letzten Waffe".

27 Jahre lang hat die Offensive die Oberhand über die Defensive behalten. Der Verteidiger vermochte nur ein System zu ersinnen, das eine Atomsprengladung in kürzester Zeit in die ungefähre Nähe des heranrasenden offensiven Nuklearsprengkopfes beförderte. Nike Zeus oder Nike X hießen die amerikanischen Waffen. Doch die Abwehr gab zunächst gegen die Tricks der Offensive – Mehrfachsprengköpfe, Köder, Salvenangriffe – auf: Die Amerikaner verzichteten total auf einsatzmäßige ABM-Waffen; die Russen brachten eine einzige Batterie ihrer Anti-Raketen-Raketen vom Typ Galosch um Moskau in Stellung.

Über Nacht hat sich nun das Bild verändert. Die ballistische Offensivwaffe, die 27 Jahre lang nur scheinbar die „letzte Waffe" gewesen war, ist verwundbar geworden. Extrem sensitive Infrarotsensoren der US-Ultra-Technologie haben in der Kombination mit superschnellen Rechnern das ballistische Offensivgeschoß mit einem frontalen Volltreffer von seinem Podest geschossen. Die Defensive hat die Offensive neutralisiert. Vorläufig beherrschen die Amerikaner diese Technik allein. Doch das Wechselspiel von Aktion und Reaktion im waffentechnischen Raum geht weiter. Die offensiven Köpfe werden beweglich. Dann haben materielle Abwehrkörper wieder das Nachsehen. Schließlich wird reine Energie in immaterieller Form kommen. Es wird nie eine „letzte Waffe" geben werden.

Wirrwarr in der SPD

Von Bernt Conrad

In der SPD macht sich zunehmend außenpolitische Verwirrung breit. Dabei weiß eine Hand oft nicht, was die andere tut. Ein geradezu frappierendes Beispiel dafür bot die Reaktion auf den Londoner Weltwirtschaftsgipfel.

Daß der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, die Gipfel-Abschlußerklärung als „inhaltslos und lächerlich" abqualifizierte, zeugt allenfalls davon, daß die derzeitige Bonner Opposition nicht erwartet, demnächst wieder im Kreis der solcherart attackierten Gipfelteilnehmer vertreten zu sein, dem immerhin zwei Sozialisten angehören.

Interessanter ist ihre Beurteilung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl. Ihm warfen Roth und sein Fraktionskollege Horst Ehmke vor, nichts versucht zu haben, um US-Präsident Ronald Reagan zu einer Verminderung der amerikanischen Haushaltsdefizite zu bewegen. Der französische Präsident François Mitterrand – so Roth – habe scharfe Kritik an der amerikanischen Politik hoher Zinsen und hoher Defizite geübt. Bundeskanzler Kohl habe ihn im Stich gelassen und „wie ein treuer Vasall von Präsident Reagan" zur Verkleisterung der Interessengegensätze beigetragen.

Tatsächlich ist in London genau das Gegenteil vor sich gegangen. Als verschiedene Gipfelteilnehmer Reagans Wirtschaftspolitik kritisierten, zog der Präsident einen Zettel aus der Tasche und hielt den Partnern am Tisch ihr jeweiliges Sündenregister überhöhter Haushaltsdefizite vor. Nur die Bundesrepublik Deutschland nahm er davon aus. Daraufhin flaute die Kritik an den Amerikanern sichtlich ab. Allein Kohl ließ sich nicht davon abbringen, in aller Freundschaft, aber sehr klar die Schädlichkeit der Hochzinspolitik zu betonen.

Davon hatten Roth und Ehmke – deren Klischeevorstellung von Kohl nun einmal ganz anders ist – überhaupt nichts gehört, wohl aber ihr Parteivorsitzender Willy Brandt, der die kritische Haltung des Kanzlers in der Zinsfrage ausdrücklich lobte. Was soll der urteilsfähige Wähler von diesem Wirrwarr halten?

Keinen Blumentopf

Von Günter Zehm

Die Ablehnung einer Novellierung des Hochschulrahmengesetzes durch die in Lüneburg versammelten CDU/CSU-Fraktions-Chefs der Länderparlamente hat unter den Hochschullehrern viel böses Blut gemacht. Indiz ist der geharnischte Protest, den der Hochschulverband in Richtung Bonn losließ. Man fühlt sich von der Regierung regelrecht hinters Licht geführt, war die Novellierung doch Teil der Regierungserklärung und hatte doch die Bundesbildungsministerin Wilms sogar schon eine Experten-Kommission eingesetzt, um das notwendige Ausmaß der anstehenden Gesetzesänderung zu erkunden.

Der jetzige Querschuß der Fraktions-Chefs entspringt kleinmütigen und kirchturmpolitischen Erwägungen. Man will, erstens, seine Ruhe haben an der Hochschulfront, befürchtet im Falle einer Novellierung neue, unbequeme Auseinandersetzungen. Und man will sich, zweitens, nicht in die ländereigene Suppe „spucken" lassen. Hauptsieger der vom Rahmengesetz seinerzeit festgezurrten „Reformen" war nämlich die Länderbürokratie, die die Universitäten inzwischen überall fest an die Kandare genommen hat – zum Schaden der Wissenschaft, zum Schaden der freien Forschung.

Dabei wären die Empfehlungen, die die Wilms'sche Experten-Kommission kürzlich auf den Tisch legte, ausgesprochen taubenfüßig. Am Grundsatz der Gremien-Universität sollte nicht gerüttelt werden, die Überlastquote sollte bis auf weiteres festgeschrieben werden. Das Gros der Hochschullehrer hatte sich auch schon zähneknirschend damit abgefunden, hoffte jedoch, daß wenigstens solche sensiblen Vorgänge wie Promotion, Habilitation und Berufung in die alleinige Entscheidungsbefugnis der dafür einzig qualifizierten Wissenschaftler zurückgegeben würden. Doch nicht einmal dazu will sich die CDU/CSU offenbar verstehen.

Es ist dies eine deprimierende Perspektive. Was nützt all das Reden von Leistungseliten, Unabhängigkeit der Forschung und Rückkehr zur Weltspitze, wenn die Administration es nicht wagt, auch nur die bescheidensten Voraussetzungen dafür zu schaffen? Mit wohltönendem Gelaber allein wird man keine Nobelpreise gewinnen, nicht einmal einen Blumentopf.



„So sieht man besser, wer seine Stimme abgegeben hat!!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schwere Entscheidungen

Von Wolfram von Raven

Die Bundesregierung wird im Laufe des Jahres Entscheidungen treffen müssen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik schicksalhaft werden können. Denn die Bundeswehrplanung – militärisch mittlerweise in diversen Denkmodellen ausgereift – bietet die Leitplanke für die politische Wegstrecke des nächsten Jahrzehnts und darüber hinaus. Es geht nicht mehr nur um verbale Bekenntnisse zum westlichen Bündnis, die eher – nachdem der Doppelbeschluß von 1979 trotz beträchtlicher Widerstände durchgehalten wurde – allzu leicht von den Lippen flossen, sondern es kommt darauf an, durch die Bereitschaft zu schweren, weil unpopulären Entschlüssen faktisch zu zeigen, *daß unser Land seine Position in* dieser Allianz zu wahren, das Seine zur Abwehr der östlichen Drohung zu leisten vermag.

Wer die Zahlen kennt, die in Bonn längst aus den verschlossenen Beratungsräumen auf den offenen Markt getragen wurden, kann die Gefahr nicht negieren, daß unsere Streitkräfte – unter den momentanen Bedingungen – personell und materiell in einen Stand schrumpfen werden, der in der psychologischen Wirkung die NATO in ihrer Gesamtheit beeinträchtigen muß. Als Partner des Paktes hat Bonn gleichsam eine Schlüsselfunktion, da das Verhalten der anderen direkt oder indirekt von seiner Haltung abhängig ist. Wenn Deutschland mithin keine Wende vollzieht, nicht daher auf einen Kurs geführt wird, der eine Stabilisierung der Abwehr erwarten läßt, dann dürfte sich die Tendenz der Nachbarn, die klaffenden Lücken der Front eher zu vergrößern als zu verkleinern, nicht etwa umkehren, sondern beschleunigen.

Zunächst werden Beschlüsse gefordert, die geeignet erscheinen, die Folgen des „Pillenknicks" in der Geburtenkurve sozusagen abzufangen, damit der Umfang der Truppe, der jetzt 495 000 Mann beträgt, auch in der Mitte des kommenden Dezenniums bei 450 000 Soldaten gehalten wird. Eine weitere Reduktion, wie sie in den derzeitigen Gegebenheiten unvermeidlich erschiene, würde der Armee die Fähigkeit zur Erfüllung ihres bisherigen Auftrags nehmen. Um eine solche Entwicklung abzuwenden, wird es nicht bloß einer Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate, sondern darüber *hinaus einer Menge sonstiger Maßnahmen* bedürfen: Der Änderung der Tauglichkeitskriterien, der Vermehrung des Anteils an Zeitsoldaten und – wahrscheinlich – der Einstellung von Frauen als Freiwillige.

Schon darin wird deutlich, daß die Regierung Entscheidungen treffen muß, mit denen sie in einer Gesellschaft, die gern Freizeit mit Freiheit verwechselt, keinen Beifall erlangen kann. Zudem wird das alles Geld kosten, das ebenso wie für das personelle Programm für die materielle Rüstung benötigt wird. Die Planung der Bundeswehr schiebt eine Bugwelle von wichtigen Projekten vor sich her, die einst – durch Streichen und Strekken – dem Rotstift zum Opfer fielen. Darüber hinaus summieren sich die Bedürfnisse der Streitkräf*te für eine Konzeption, die den* Bestand an atomaren Kampfmitteln für das Gefechtsfeld zu mindern und die Effektivität der konventionellen Waffen zu steigern trachtet, längst zu Milliardensummen.

Dabei jagt die Armee durchaus keinen Wunschträumen nach; sie weigert sich, den Vorschlägen von General Bernard Rogers zu folgen, die auf die Bekämpfung des Angreifers in dessen Hinterland zielen. Ihr Dispositiv konzentriert sich auf den Zweck, dem Verteidiger im Vorfeld der etwaigen Front Stützen zu geben – durch Modernisierung *der Führungssysteme, der Aufklä*rungsmittel, der Elektronikeinrichtungen wie durch Aufstockung der Munitionsvorräte, da sich im Ernstfall sonst eine Situation herausbilden könnte, in der bloß deshalb zu den Kernwaffen gegriffen werden müßte, weil es an Artillerie- oder Panzergranaten mangelte. Die defensive und offensive Luftverteidigung gegen einen Luftangriff so wie der Ausbau des Sanitätsdienstes stehen ferner auf der Prioritätenliste, die sich – gemessen an den Notwendigkeiten und Möglichkeiten – ziemlich bescheiden ausnimmt.



Konsumgenossenschaft oder Haftungsgemeinschaft? - Soldaten im Manöver FOTO: MARTIN ATHENSTÄDT / DPA

Mit einem „Nullwachstum" der Wehrbudgets, wie es sich der Finanzminister anscheinend auf Jahre hinaus vorgenommen hat, ist aber selbst eine karge Verbesserung der Truppe nicht zu erreichen. Der Etat der Hardthöhe kann folglich mit nominalen Erhöhungen nicht weiterhin auskommen; er muß – damit eine Verschlechterung der Armee vermieden wird – reale Zulagen erhalten. Das zwingt zu einer allmählichen Umschichtung des Haushalts, zu einer Verlagerung der Schwerpunkte, was natürlich Mut in der Führung eines *Staates gebietet, der sich weithin* noch immer als eine Konsumgenossenschaft und *nicht* als eine Haftungsgemeinschaft begreift.

Versteht das die Bundesregierung? Ihr Manövrieren und Lavieren bei der Brüsseler NATO-Konferenz im Mai – bei der Aufgabe, ein Infrastrukturprogramm mit angemessenem Volumen zu bewilligen – zeitigt beträchtliche Zweifel. Bonn hat den Schwarzen Peter in der Hand, den es nur los wird, wenn es zu der Einsicht fähig ist, daß die Sache der Sicherheit politisch, strategisch, militärisch und psychologisch auch und gerade im Verhältnis zu Washington auf weite Sicht die Hauptrolle spielt. Da hilft kein Flehen um Rüstungsbegrenzung, kein Versuch, den Realitäten, die unsere Abhängigkeit vom Schutz Amerikas beweisen, *mit* den Utopien eines einigen Europa zu verschleiern.

IM GESPRÄCH Schmidt-Gellersen

Marathon-Parlamentarier

Von Giselher Schmidt

In mehrfacher Hinsicht ist er ein Marathon-Parlamentarier – der diplomierte und promovierte Landwirt Martin Schmidt aus der (seit einigen Jahren zum niedersächsischen Aerzen zählenden) 400-Seelen-Gemeinde Gellersen, die zum Markenzeichen und Unterscheidungsmerkmal von den anderen Schmidts im Bundestag geworden ist. Schmidt (Gellersen), der am Samstag sein 70. Lebensjahr vollendet, ist sein halbes Leben als parlamentarischer Kärrner in Bonn tätig gewesen. Nur noch Richard Stücklen gehört wie er dem Deutschen Bundestag ununterbrochen seit 35 Jahren an. Auch als Ausschußvorsitzender ist Schmidt (Gellersen), der dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seit 1969 vorsteht, der Dienstälteste.

Als er 1949 erstmals in den Bundestag einzog, da war er der Drittjüngste seiner, der sozialdemokratischen Fraktion. Derzeit ist er sowohl in der Fraktion als auch im Bundestag der Drittälteste: „Meine Freunde frotzeln mich immer: 'Du machst ja so lange, bis du mal Alterspräsident wirst.' Darauf antworte ich nur: 'Na klar!'" Wenn er gefragt wird, ob er denn 1987 nochmals antreten wolle, dann verweist er auf Konrad Adenauers Engagement im hohen Alter.

Die Kenntnis der Landwirtschaft hat Agrarexperte Schmidt mit der *Muttermilch eingesogen. Dem Vater* Hermann Schmidt bewirtschaftete in der brandenburgischen Kleinstadt Gassen einen Hof mit 80 Morgen Akker, 40 Morgen Wald und 20 Morgen Wiese. Der Vater war auch politisch aktiv – als Deutschnationaler und Spitzenmann der Bürgerlichen bei der Kommunalwahl. Für Vaters Partei mußte Schmidt junior immer die Parteibeiträge kassieren. Er hat es bis heute nicht vergessen, wie er – der Bauernjunge – damals von den Damen der feinen Gesellschaft gedekkelt wurde.



Bauer und Parlamentarier: Martin Schmidt (Gellersen) FOTO: JUPP DARCHINGER

Martin Schmidt betont gerne, daß seine sozialdemokratische Überzeugung in den Jahren reifte, da er als Landwirtschaftseleve in Dänemark, Schweden und Finnland praktizierte. Mit dem führenden finnischen Sozialdemokraten Vainö Tanner ging er öfters zusammen in die Sauna. Später schrieb er seine Dissertation über das Genossenschaftswesen in Finnland.

Im Krieg wurde er als landwirtschaftlicher Sachbearbeiter zunächst u. k. gestellt, dann aber noch 1943 eingezogen. 1945 kam er auf das Rittergut Parensen bei Göttingen, das *dem kurz zuvor* verstorbenen Balladendichter Börries von Münchhausen gehörte und von Schmidts Schwiegervater als Pächter bewirtschaftet wurde. 1950 erwarb Martin Schmidt den Bauernhof in Gellersen mit *derzeit 160 Morgen Land. 1946* war er der SPD beigetreten. 1949 errang er den Wahlkreis Northeim, der im Laufe der Jahre einen anderen Zuschnitt erhielt und derzeit die Landkreise Northeim und Osterode umfaßt. Hier wurde er zehnmal hintereinander direkt gewählt. Innerparteilich hatte er niemals einen Gegenkandidaten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Hier heißt es über den Comecon-Gipfel:

Vor dem jetzigen Gipfeltreffen in Moskau waren systematische Warnungen an die Verfechter einer größeren Autonomie in Ungarn, Rumänien und der DDR zu verzeichnen. Aufgrund der dadurch ausgelösten Diskussion schien sich eine Spaltung zwischen den „slawischen" (Bulgarien, Polen und Tschechoslowakei) und den „nichtslawischen" Verbündeten (Ungarn, Rumänien, DDR) zu ergeben. Aber innerhalb dieser beiden Konstellationen gibt es keine Übereinstimmung. Die Unterschiede zwischen den wirtschaftspolitischen Auffassungen Budapests und Buka*rests, abgesehen von den ethnischen* Konflikten, sind zu kraß. Die DDR wiederum verfolgt eine eigene, aufgrund der Sonderstellung gegenüber der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft sehr spezifische Orientierung, die sich anfänglich mit dem sowjetischen Konzept der Abkoppelung Westdeutschlands von den Vereinigten Staaten deckte, jetzt aber nicht mehr so erwünscht scheint.

DER BUND

Die Berner Zeitung fragt, warum DDR-Staats- und Parteichef Honecker bei der Ankunft zum östlichen Wirtschaftsgipfel protokollarische Vorzugsbehandlung erfahren habe:

Die Herausstellung Erich Honeckers beim Wirtschaftsgipfel kam nicht zufällig. Nicht nur im militärischen und damit eurostrategischen Bereich kommt Ost-Berlin in Mos*kauer Augen eine* Sonderrolle zu, sondern auch in Wirtschaftsfragen. Die DDR, die protestlos Sowjetraketen stationierte und als erstes Land dem von der Sowjetunion eingeleiteten Olympia-Boykott zustimmte, gilt auch als wirtschaftlicher Musterschüler. Politische Treue und wirtschaftliche Effizienz haben zu einem – fast – problemlosen bilateralen Verhältnis geführt.

WALL STREET JOURNAL

Zum Mordanschlag auf den Papst heißt es hier:

Eine Erklärung des italienischen Staatsanwalts Antonio Albano ist die erste offizielle Andeutung, daß die Sowjetunion den 1981 unternommenen Mordversuch am Papst befohlen haben könnte ... Albano erklärt ganz ausdrücklich, daß das Komplott „von den bulgarischen Geheimdiensten" ausgeheckt und finanziert worden sei, und hat Anklageerhebung und Verfahrenseröffnung gegen neun Leute beantragt – drei bulgarische Agenten, fünf Angehörige der mit Sofia verbundenen türkischen Mafia und Mehmet Ali Agca, den Attentäter, der sich schon in italienischem Gewahrsam befindet. Sergei Antonow, einer der Bulgaren, ist ebenfalls in italienischen Händen. Der 78seitige Bericht des Staatsanwalts ist der freiberuflich tätigen Re*porterin Claire Sterling* zugespielt worden ... Es bleibt die Frage offen, warum die Presse so lange gebraucht hat, um diese Story loszueisen. Einige unserer Kollegen haben doch Antonow kategorisch für unschuldig erklärt. Jetzt kommt Albanos Bericht mit überzeugenden Details und bestätigt die finstersten Theorien ... Die Papstgeschichte als wahr zu akzeptieren, bedeutet zugleich, eine eindeutige Meinung über die Art des sowjetischen Imperiums zu haben, aber es ist gerade diese Meinung, vor der sich viele in Regierung, Presse und sonstwo drücken.

Beispiele für eine Mutation des kommunistischen Denkens

Die Ungarn erinnern sich wieder ihrer europäischen Tradition / Von Carl Gustaf Ströhm

„Ein stabiles Selbstbewußtsein ist unabhängig von der Zahl der Angehörigen der Nation. Rückgrat ist keine statistische Frage. In unserer Geschichte gibt es genügend Positives – auch in unserer Gegenwart, so daß wir uns vor anderen nicht als Untergeordnete zu betrachten haben. Diese Vergangenheit birgt auch genügend Lektionen in sich, die es nicht gestatten, daß Affekte diktieren, auch dann nicht, wenn es hier und da gerechtfertigt erscheinen mag oder wenn wir ab und zu Emotionen begegnen, auf die wir glauben, unbedingt reagieren zu müssen."

Diese bemerkenswerten Feststellungen stammen nicht von einem konservativen Historiker der Bundesrepublik. Sie beziehen sich auch nicht auf die deutsche Vergangenheit. Ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ungarischen Volksrepublik, der Geschichtsprofessor Domokos Kosary, hat sie veröffentlicht – und zwar in einer der wichtigsten Zeitungen des kommunistischen Ungarn, dem Budapester „Magyar Nemzet" im Mai 1984.

Der Text des ungarischen Wissenschaftlers ist aus zwei Gründen bemerkenswert: Erstens dokumentiert sich hier das Wiedererwachen des geschichtlichen Bewußtseins im östlichen Teil Europas, nicht zuletzt in jenem Raum, den man einst als „Mitteleuropa" bezeichnete und der sich jetzt wieder an die lange Zeit hindurch verschüttete mitteleuropäische Tradition zu erinnern beginnt. Zweitens glaubt man hier, eine Mutation des kommunistischen Denkens zu erkennen. Die Zeit, in der die regierenden Kommunisten in den östli*chen Ländern glaubten, man könne* mit Marx, Engels, Lenin und zeitweise auch noch Stalin allein die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in den Griff bekommen, ist längst vorbei. In Abwandlung eines seinerzeit vielzitierten Stalin-Wortes könnte man sagen: Die Systeme und Gesellschaftsordnungen kommen und gehen (manche bleiben auch ziemlich lange) – die Völker mitsamt ihren nationalen Individualitäten *bleiben bestehen.*

Die Ungarn sind für einen deutschen Betrachter ein besonders interessanter Fall, weil sie – ähnlich wie die Deutschen – in der Geschichte oft Unglück gehabt haben (wobei, ähnlich wie in unserem Falle, das Unglück teilweise auch selbstverschuldet sein mag). In zwei Weltkriegen war Ungarn auf der „falschen", das heißt unterlegenen Seite. Das historische und ethnische Territorium des Landes wurde erstmals 1920 und dann wieder 1944 auf das sogenannte „Trianon"-Ungarn reduziert. Fast ein Drittel der ungarischen Nation lebt heute außerhalb der Grenzen des ungarischen Staates.

Was der ungarische Historiker Kosary *nun seinen Landsleuten emp*fiehlt – und was vom Budapester Regime sicher nicht ohne Absicht publiziert und damit unter das Volk gebracht wird –, liest sich gerade für einen Deutschen – gleichgültig ob in der Bundesrepublik oder in der „DDR" – sehr interessant. Kosary schreibt: „Die Weltgeschichte darf nicht zu Beleidigtsein Anlaß geben. Gerade dies geschah in Ungarn nach Trianon (so wie in Versailles für *Deutschland, in Saint-Germain für* Österreich, wurde im Pariser Vorort Trianon 1919 der Friedensvertrag für Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg unterzeichnet – Anm. d. Red.). Die innere Souveränität, die wir dagegensetzen und die wir stärken müssen, bedeutet Gerechtigkeit, aber sie bedeutet auch die höfliche und entschiedene Forderung nach Gerechtigkeit: den offenen guten Willen anderen gegenüber, aber auch das Beispiel, das deren Erwiderung erzwingt."

Schließlich schreibt der Professor aus Budapest: „Die Vergangenheit akzeptieren – so wie sie war –, das ist niemals Schwäche, sondern Quelle der Stärke. Wenn die Forschung eine *Aufgabe* hat, dann ist es die, *daß* wir versuchen, diese Vergangenheit detailliert zu erschließen – nuanciert, in ihren Zusammenhängen –, und daß wir diese Vergangenheit mutig akzeptieren. Wir brauchen uns ihrer nicht zu schämen."

Es sind diese „Zwischentöne", die beim Lesen des Textes aufhorchen lassen. Da ist nicht von Schwarz und Weiß, Gut und Böse, Fortschritt und Reaktion die Rede – sondern von Nu*ancen, von Zusammenhängen,* von der Realität, die um vieles komplizierter und vielschichtiger ist, als die Anhänger eines manichäischen Weltbildes meinen. Da wird auch von der „Realität" gesprochen, die ja auch eine Realität des Verlustes, der Niederlage, ja des Scheiterns sein kann. Und es tauchen zwei Begriffe auf, die man im Osten bisher fast überhaupt nicht, im Westen auch nur selten gehört hat: Kosary spricht vom „Rückgrat", das die Nation zeigen müsse – und von der „inneren Souveränität", die man sich – so könnte man interpretieren – auch und gerade als ehemals Besiegter bewahren müsse.

Natürlich kann man entgegnen, das alles sei schön und gut – aber es ändere nichts an den konkreten Machtverhältnissen, am „Eisernen Vorhang", am kommunistischen Regime, an der sowjetischen Besetzung Ungarns und der anderer ost- und mitteleuropäischen Staaten. Wahrscheinlich ist die westliche Welt, deren Medien ja oftmals auf kurzfristige Sensationen spezialisiert sind und deren Öffentlichkeit es irgendwie verlernt hat, eine Entwicklung wie eine Pflanze „wachsen" zu sehen, gar nicht imstande, die Bedeutung des neuen Geschichtsbewußtseins zu ermessen, das überall in Europa jenseits der Wachtürme zu wachsen beginnt.

Akte „Neue Heimat“ bleibt offen

In Hamburg begann jetzt ein Millionen-Prozeß zwischen dem angeschlagenen Bauriesen „Neue Heimat“ und deren einstigen Chef Albert Vietor. Zugleich brachte der spektakuläre Fall einen SPD-Senator ins Zwielicht.

Von UWE BAHNSEN

King Albert“ Vietor, 62, der schwerkranke Ex-Chef der Unternehmensgruppe „Neue Heimat“, war nicht erschienen, als sich gestern vormittag im Saal 717 A des Hamburger Ziviljustizgebäudes die Kammer 4 für Handelssachen des Landgerichts seines Falles annahm: *Es geht um Vietors Klage gegen den* Konzern, den er selbst aufgebaut und in seine heutigen – guten wie schlechten – Dimensionen geführt hat.

Der im Februar 1982 gefeuerte Top-Manager, der sich gegenwärtig in seiner Villa „Casa Tesorito“ nahe Ascona von den Folgen einer Krebsoperation erholt, begehrt die Aufhebung der außerordentlichen Kündigung. Außerdem klagt der einstige Baulöwe auf die Zahlung der bis Mai 1984 ausstehenden Gehälter in Höhe von 44 000 Mark pro Monat, sowie auf die Zahlung eines Ruhegeldes von monatlich 22 000 Mark ab Juni dieses Jahres.

Im Gegenzug verlangt die Neue Heimat von ihrem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden zehn Millionen Mark Schadensersatz. Diese Summe soll Vietor bei Geschäften mit der Grundstücksgesellschaft „Terrafinanz“ im Münchener Stadtteil Neu-Perlach eingestrichen haben. Diese *Gesellschaft, an der Vietor beteiligt* war, habe Grundstück erworben, so die Neue Heimat in ihrer Gegenklage, und mit kräftigen Aufschlägen an den Konzern verkauft. *Vietor hat diese Vorwürfe stets bestritten.* Gestern vor Gericht ging es um neue Gutachten zu diesen Geschäften, die die Anwälte der beiden Prozeß-Parteien nun zunächst eimal studieren wollen. Nach nur einstündiger Verhandlung einigte man sich auf einen neuen Termin Ende Oktober.

So langwierig wie dieser Zivilprozeß gestalten sich unterdessen auch die Verhandlungen eines anderen Gremiums – des Parlamentarischen Untersuchungsausschußes „Neue Heimat“ der Hamburger Bürgerschaft. Die Ergebnisse freilich sind schon jetzt brisant und können *mindestens für einen der hanseatischen* SPD-Senatoren sehr unangenehm, möglicherweise auch gefährlich werden.

Der Ausschuß soll die massiven Zweifel daran klären, ob die zuständigen Berhörden der Hansestadt die Rechtsaufsicht über den gemeinnützigen Bereich der Unternehmensgruppe „Neue Heimat“ so ausgeübt haben, wie es das Gemeinnützigkeitsrecht verlangt. Es geht dabei vor allem um die Bau-, aber auch um die Finanzbehörde. Bausenator aber war von 1978 bis 1982 der heutige Wirtschaftssenator Volker Lange (40), einer der starken Männer des Mitte-Rechts-Flügels in der Regierungspartei, mit einer ausgeprägten Vorliebe für PR-Gags, um in die Zeitungen zu kommen.

In Sachen „Neue Heimat“ allerdings gerät Lange derzeit mit einer eher verschwiegenen Aktion in die *Schlagzeilen: Er soll maßgeblich* daran mitgewirkt haben, daß dem NH-Vorstand unter Albert Vietor die Wege zu einer im Prinzip rechtswidrigen Beteiligung des Konzerns in Höhe von 100 Millionen Mark an der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) geebnet wurden. Zu der Transaktion kam es jedoch nicht mehr, weil der Neue-Heimat-Skandal inzwischen publik geworden war.

Lange und der ihm damals unterstehende Leiter des Amtes für Wohnungswesen, Gottfried Scholz, sind Schlüsselfiguren in dieser Affähre. Aus ihren Vernehmungen und aus den mittlerweile vorliegenden Unterlagen hat der Ausschuß Erkenntnisse gewonnen, die auch von SPD-Parlamentariern als „starker Tobak“ bewertet werden. Ausschußvorsitzender Ulrich Hartmann, früher langjähriger SPD-Fraktionschef in der Bürgerschaft, geht ohnehin mit einer Gründlichkeit und Energie zu Werke, die erkennen läßt: Dieser Sozialdemokrat jedenfalls wünscht nichts, aber auch gar nichts unter den Teppich zu kehren.

Die robusten Methoden, mit denen „King Albert“ seinen Konzern führte, wurden bei dieser geplanten BfG-Beteiligung exemplarisch deutlich: er rechnete damit, das Amt für Wohnungswesen der Baubehörde, für die Rechtsaufsicht zuständig, werde der „Neuen Heimat“ die erforderliche Ausnahmegenehmigung versagen. So besann Vietor sich auf seine Verbindungen zur Regierungspartei und betrieb die Sache „auf politischer Ebene“. Ansprechpartner: Lange, der denn auch ein Gespräch in dieser Sache mit Vietor vor dem Ausschuß eingeräumt hat.

Äußerst interessant erscheint in *diesem Zusammenhang eine Aktennotiz*, die der inzwischen verstorbene Direktor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen, Joachim Teske, dazu angefertigt hat. Sie liegt als Anlage 539 in den Ausschußakten.

Im Herbst 1981, so geht daraus hervor, brachte Vietor gegenüber Teske die geplante BfG-Beteiligung zur Sprache. Als Direktor dieses Prüfungsverbandes verwies Teske darauf, daß für diese Transaktion die Zustimmung der Bau- und wohl auch der Finanzbehörde erforderlich sei: „Erstere wäre zwar u. U. zu erreichen, die Zustimmung der Finanzbehörde jedoch m. E. nicht. Dazu sagte er (Vietor, Red.) mir, daß er dies auf politischem Weg schon durchsetzen würde.“

Bald darauf erschien in dieser Sache auch Amtschef Gottfried Scholz bei Teske und wollte ebenfalls wissen, ob der Prüfungsverband die BfG-Beteiligung befürworte. Teske hielt sich bedeckt: „Wenn die Angelegenheit politisch entschieden würde, möchten wir als Verband und Organ staatlicher *Wohnungspolitik nicht* gegen die Politiker Stellung nehmen.“ Scholz „telefonierte dann in meiner Gegenwart mit dem Vorstandsvorsitzenden der NH, der ihm bestätigte, daß die Angelegenheit politisch zu entscheiden sei und deshalb der Verband um eine Stellungnahme nicht gebeten wurde.“

Im Februar 1982 flatterte Teske dann ein Schreiben der Baubehörde auf den Tisch. Inhalt: „Nominell“ keine Einwände gegen die NH-Beteiligung an der Bank für Gemeinwirtschaft. Ausschuß-Schriftführer Karl-Heinz Ehlers (CDU): „Ein schlimmes, *aber leider typisches Beispiel* für Hamburger Filz.“

Ohne den Moloch TÜV läuft nichts

Ob Auto oder Dampfmaschine, ob Fahrstuhl oder Kernkraftwerk, immer ist es der TÜV, der vor Inbetriebnahme sein O. K. geben muß. Heute feiert diese allgegenwärtige, aber nicht unumstrittene Einrichtung ihren 100. Geburtstag.

Von DIETER THIERBACH

Am 14. Juni 1884 beschlossen 22 Dampfkessel-Überwachungs-Vereine (DÜV) in Berlin, einen übergeordneten Preußischen Zentralverband zu gründen. Den Stein des Anstoßes zu diesem *folgenreichen* Schritt warf bereits 1815 der damalige Aachener Regierungspräsident in Richtung Berlin: Frank und frei bekannte der technologisch überforderte Beamte in einer Eingabe, sich nicht in der Lage zu sehen, über die Sicherheit oder die Gefahr dieser „neumodischen Dampfmaschinen“ zu befinden.

Der Gewerbeaufsicht fehlten die Experten

Allenthalben mangelte es zu dieser Zeit an kompetenten Fachleuten. Selbst die staatliche Gewerbeaufsicht wehrte sich erfolgreich, als man ihr die ungeliebte Zuständigkeit per Dekret zuschanzen wollte, denn auch hier fehlte es an Experten. So warf man sich die Verantwortlichkeiten jahrelang gegenseitig zu, bis – in einem Akt der Selbsthilfe – mit staatlicher Hilfestellung diesem Spielchen ein Ende gemacht wurde. Wie in Sachsen, so waren auch in Preußen seit 1880 hauptamtliche, staatliche Inspektoren tätig. Ihre respektable Berufsbezeichnung: Dampfkesselrevisoren. Für das Haushaltsjahr 1884/85 forderte die preußische Regierung vom Landtag die Einstellung von weiteren 40 Revisoren, denen nicht nur die Inspektion, sondern auch schon die *Genehmigung zum Betrieb* der Dampfkessel übertragen werden sollte.

Der Zeitpunkt für eine konzertierte Aktion schien günstig: Der Minister für Handel und Gewerbe – kein geringerer als Otto von Bismarck – unterstützte mit Verve einen „organisierten *Centralverein*“, eine Selbsthilfeorganisation der Wirtschaft.

Der TÜV mußte sich, quasi im Gegenzug, einer Staatsaufsicht unterstellen, wie sie im Prinzip noch heute besteht: Satzungsänderung, Wechsel im Vorstand und ähnliches waren der Aufsichtsbehörde mitzuteilen. Die jährliche Berichterstattung war ebenso Pflicht wie die staatliche Festsetzung der Gebühren. Das „Hardware“-Aufgabenfeld erweiterte sich in der Nachfolgezeit sprunghaft: 1888 kamen Druckbehälter hinzu, 1897 elektrotechnische Anlagen; Aufzüge und Kraftfahrzeuge folgten 1899 bzw. ab 1900.

Um bei der Behandlung wichtiger technischer Probleme besser mitwirken zu können, erweiterte der Zentralverband 1925 seine „Software“-Interessenspähre: Sammlung, Verarbeitung, Auswertung und Veröffentlichung technisch-wissenschaftlicher Erfahrungen auf sämtlichen Gebieten hatte man sich zur Aufgabe gemacht. 1936 erblickte der Reichsverband der Technischen Überwachungs-Vereine (RTÜV) das Licht der Welt; 1949 entstand die Vereinigung der Technischen Überwachungs-Vereine, die VdTÜV. Heute sind elf TÜV und fünf Industriemitglieder als Eigenüberwacher zu einer Vereinigung mit dem Sitz in Essen zusammengeschlossen.

In 23 Fachausschüssen und in den von ihnen gebildeten mehr als 70 Arbeitskreisen versuchen sich über 300 Fachleute daran, zu einer möglichst großen Vereinheitlichung in der Handhabung der Technischen Überwachung zu kommen. Ohne den TÜV läuft heute nichts. Da gibt es Kommissionen und Fachausschüsse, 23 an der Zahl, die unter anderem über Aufzüge, brennbare Flüssigkeiten, explosionsgeschützte elektrische Anlagen, Kerntechnik, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, Rohrfernleitungen, Tankanlagen, Umwelt und ganz besonders die Kraftfahrzeugtechnik zu befinden haben.

9,5 Millionen Autos pro Jahr überprüft

Gerade das heißgeliebte Auto hat vielschichtige Probleme aufgeworfen; die Mannen vom TÜV erfüllen hoheitliche Aufgaben bei Führerscheinprüfungen und „Vorführungen zur Begutachtung des technischen Zustandes“. Mit Hochdruck sind die ehemaligen Dampfkesselüberwacher hier im Spiel. 9,5 Millionen Begutachtungen haben die Technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr *im vergangenen Jahr durchgeführt.*

Für 13 427 Beschäftigte fungiert der TÜV als „Brötchengeber“. Zu den 8836 Beschäftigten des technischen Personals gehören 1911 Ingenieure, 67 Chemiker, 219 Physiker, 410 Ärzte und Psychologen. 3491 amtlich anerkannten Sachverständigen stehen 2015 anerkannte Prüfer gegenüber.

Wenn so eine mächtige Institution im Spannungsfeld zwischen Staat, Wirtschaft und Verbraucher angesiedelt ist, bleibt lautstarke Kritik an ihrer Arbeitsweise nicht aus. Als „Kontrolleure ohne Kontrolle“ apostrophiert, wird die zu Objektivität und Neutralität verpflichtete Non-profit-Organisation häufig unter Beschuß genommen. Auch wenn auf ihren uneigennützigen Satzungsfahnen in großen Lettern geschrieben steht, „dem Gesamtwohl im Bereich der Technik“ zu dienen: Gerade bei der Autokontrolle im Zweijahresrhythmus hat man sich eine große Gegnerschaft und zahlreiche Neider zugezogen. *Zur Zeit wird die Öffnung der* Kraftfahrzeug-Überwachung für Freiberufler diskutiert.

Branchenkenner räumen ein, das so eine Antibewegung einmal kommen mußte. Das Wachsen des Molochs TÜV wird nicht nur hier mit wachsender Skepsis und unverhohlener Sorge betrachtet. Selbst die tragenden Mitglieder aus der Industrie räumen ein, daß sich aus ihren, den hehren TÜV-Postulaten, „objektiv, neutral und unabhängig zu prüfen“, ein „gewisses Spannungsfeld“ ergeben habe. Mit seinem stetigen Expansionsdrang ist der wohletablierte TÜV wohl selbst nicht ganz unschuldig daran.



Koranschule in Gelsenkirchen: Zucht und Ordnung, und keine Spur von westlichem Einfluß.
FOTO: HENNING CHRISTOPH

Kommt die Revolution des Islam ins Klassenzimmer?

Die Kultusminister stehen vor einer schwierigen Aufgabe. Das Problem, wie islamischer Religionsunterricht gestaltet werden und wer ihn erteilen soll, scheint kaum lösbar. Das *Problem heißt nicht nur* Koranschulen.

Von JOACHIM NEANDER

Fast eine halbe Million Kinder islamischen Glaubens, die meisten von ihnen Türken, drücken in der Bundesrepublik Deutschland *die Schulbank. Verständlich, daß* auch sie den Anspruch auf ein ordentliches Schulfach Religion erheben. Aber die damit verbundenen Probleme sind schwierig – sie reichen bis zur brisanten Frage, ob dann nicht eines Tages unter Berufung auf das Grundgesetz in deutschen Klassenzimmern die islamische Revolution gepredigt werden könnte.

Am 16. März 1983 beauftragte die Konferenz der Kultusminister der Länder eine Kommission unter Federführung Berlins, die Problematik eines islamischen Religionsunterrichts zu untersuchen. Der Kommissionsbericht liegt unter der Überschrift *„Möglichkeiten religiöser Erziehung muslimischer Schüler in der Bundesrepublik Deutschland“* auf 18 DIN-A-4-Seiten jetzt vor und wurde auf der letzten Amtschefsitzung der KMK im Mai 1984 gebilligt. Nun haben die Länderregierungen das Wort.

Wer den Bericht studiert und dazu *noch die Erfahrungen der Praktiker* aus der Schulwirklichkeit berücksichtigt, der sieht sich in einen Dschungel von Schwierigkeiten versetzt.

Es beginnt schon mit den Rechtsfragen. Religion ist nach Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes ordentliches Lehrfach. Es ist „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ zu erteilen. Aber eine organisierte, einheitliche muslimische Religionsgemeinschaft – entsprechend den christlichen Kirchen – gibt es weder in der Bundesrepublik noch sonstwo auf der Erde. Allein in Hessen sind nach Ansicht von Fachleuten mindestens zehn teilweise einander befehdende muslimische Gemeinden und Bruderschaften tätig.

Die Länder könnten sich als Ersatz an den türkischen Staat als Partner halten, und sie tun es teilweise auch.

Aber das türmt neue Konflikte auf. *Die auf den Reformen Kemal* Atatürks fußenden türkischen Lehrpläne für das Fach Religion, in denen einige Grundprinzipien des Koran außer Kraft gesetzt sind, werden von den muslimischen Fundamentalisten auch in der Bundesrepublik erbittert bekämpft. Türkische Lehrer, die danach unterrichten, werden von den sogenannten Hodschas in den zahlreichen privaten Koranschulen als Irrlehrer gebrandmarkt.

In den Bundesländern wird die islamische Religion mit zwei Wochenstunden im Rahmen des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts absolviert, in türkischer Sprache, von türkischen Lehren, nach Lehrplänen, die allerdings nur in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz unter der Verantwortung der deutschen Schulbehörden entstanden sind. In Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland und Schleswig-Holstein dagegen liegt die Verantwortung für den gesamten muttersprachlichen Unterricht bei den türkischen diplomatischen bzw. konsularischen Vertretungen. Teilweise bekommen die Schüler in Religion Noten, teilweise nicht. Vielen türkischen Eltern (vor allem aus ländlichen Gebieten und mit kleinen Kindern) ist das, was an den deutschen Schulen im Fach ihrer angestammten Religion geboten wird, eindeutig zu dürftig. Sie schikken, obwohl sie zum großen Teil selber gar nicht den fundamentalistischen Thesen der strengen Korananhänger (vor allem in bezug auf die Stellung der Frau und das Verbot reli*giöser Toleranz und Pluralität) zuneigen*, ihre Kinder auf eine der vielen Koranschulen.

Allein in Frankfurt besuchen von insgesamt 5300 türkischen Schülern nach Schätzungen von Experten fast 2000 neben den allgemeinbildenden Schulen auch die vier Koranschulen in der Stadt, was um so bemerkenswerter ist, als diese privaten Schulen für die türkischen Eltern nicht gerade billig sind.

Schon um diese innertürkischen Konflikte zu lösen oder wenigstens zu mildern, scheint eine einheitliche Regelung des Problems auf die Dauer unumgänglich. Die KMK-Kommission stellt insgesamt sieben verschiedene Modelle zur Diskussion. Schlagwortartig sehen sie folgendes vor:

1. Religion außerhalb der Schule „im Benehmen mit deutschen Behörden“.
2. *Religion im Rahmen* des muttersprachlichen Unterrichts unter Verantwortung der türkischen Behörden.
3. Dasselbe in der Verantwortung der deutschen Behörden, aber in türkischer Sprache.
4. Islamische Religionskunde bzw. Ethikunterricht im Rahmen des Regelunterrichts, in deutscher Sprache.
5. Dasselbe auf Grund türkischer Lehrpläne in türkischer Sprache.
6. Religiöse Unterweisung auf islamischer Grundlage auf deutsch und nach deutschen Lehrplänen.
7. Religionsunterricht nach Lehrplänen, die mit islamischen Religionsgemeinschaften abgestimmt sind.

Jedes dieser sieben Modelle birgt – das räumt auch die Kommission ein – Konfliktstoff mit der einen oder anderen Stelle. Das 7. Modell wird von der Kommission als „der Idealtyp des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts im Rahmen des Regelunterrichts“ bezeichnet. *Aber gerade* hier sind erhebliche Einwände von der türkischen Regierung zu erwarten. Zudem wird es schwierig sein, zwischen den verschiedenen islamischen Gruppen auch nur einigermaßen Konsensbereitschaft zu erreichen.

Allerdings scheint unter dem Druck der Verhältnisse einiges möglich. In Berlin, wo die Verfassung nur die Religionsgemeinschaften selber als Träger des Religionsunterrichts zuläßt, hat sich bereits eine „Föderation islamischer Vereinigungen und Gemeinden“ als möglicher Träger gebildet. In Österreich und Belgien sind solche Organisationen bereits staatlich anerkannt.

Wie tragfähig das ist, muß sich erst beweisen. Der Göttinger Arabist Professor Nagel, von der Kommission als Sachverständiger gehört, weist auf den Begriff des „Musta'min“ hin, den Muslim im Ausland, der sich auch nach islamischem Recht den Gesetzen seines Gastlandes unterwerfen müsse. Ob dies auch für Gruppen solcher Größe wie für die Türken in der Bundesrepublik Geltung haben wird?

Der hessische Kultusminister Hans Krollmann (SPD) hat auf der Arnoldshainer Tagung bereits einige deutliche Markierungspunkte gesetzt. Eine deutsche staatliche Schulaufsicht auch für den islamischen Religionsunterricht sei unabdingbar. Die Unterrichtssprache müsse Deutsch sein. Und für tragfähige Abmachungen müsse beim islamischen Partner „zumindest tendenziell die Bereitschaft zur Anerkennung der religiösen und weltanschaulichen Pluralität“ vorhanden sein.

Medienpolitik: Differenzierung in der Union

fac. Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich bemüht sich zur Zeit, in der medienpolitischen Diskussion über die Frage „Kabelfernsehen oder Nutzung der Möglichkeiten des direktstrahlenden Fernsehsatelliten" eine Brücke zu schlagen. „Wir müssen auf beide Optionen setzen", beschrieb Weirich, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, gestern in Bonn seinen Standpunkt, der in gewisser Weise von der Haltung des Bundespostministers abweicht. Weirich ging auf diesen Aspekt selber ein: Es gebe zwischen ihm und Minister Christian Schwarz-Schilling (CDU) keine „tiefgreifenden Gegensätze", wohl aber „unterschiedliche Gewichtungen" in den Vorstellungen für die Zukunft.

Er bejahe die Verlegung von Kupferkoaxialkabeln für eine Milliarde Mark pro Jahr, so wie sie die Post derzeit plant. „Ob dieser Weg jedoch gegen Ende dieses Jahrzehnts noch zwingend sein wird, wage ich zu bezweifeln", fügte der Unionspolitiker hinzu. Man müsse vor allem die begrenzten Perspektiven für die Zukunft sehen. Derzeit seien nur drei Prozent der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland verkabelt. Demgegenüber gebe es einen enormen Vorsprung der Zahl vorhandener Großgemeinschaftsantennen. Dies verbessere die Chancen für den Empfang direktstrahlender Fernsehsatelliten gegenüber Programmen, die über Kabel zum Zuschauer gebracht werden.

Auf die schnelle Entwicklung der Technik in den neuen Medien machte der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses Medienpolitik der CDU/CSU, Werner Remmers, aufmerksam. Er warnte insbesondere vor „medienpolitischer Kleinstaaterei" in Europa. Derzeit sei beispielsweise das Großherzogtum Luxemburg dabei, „uns zu seinen Satellitenstaaten in der Medienpolitik zu machen". Luxemburg hat sich durch frühzeitige politische Weichenstellung mehrere Optionen in der Nutzung der Satelliten zu Programmzwecken gesichert.

Remmers legte ein Papier vor, in dem im einzelnen die Gründung eines europäischen Fonds gefordert wird, der die europäische Film- und Fernsehindustrie gezielt fördert und damit dazu beiträgt, eine „außereuropäische Überfremdung" zu verhindern.

„Kein Leistungsverfall nach Oberstufenreform"

Bei Forschungsarbeit 7000 Studenten befragt

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Reform der gymnasialen Oberstufe in der Bundesrepublik hat nach Ansicht des Kölner Wissenschaftlers Professor Josef Hitpass keinen Leistungsverfall bei Schülern und Studenten im Vergleich zur klassischen Schulausbildung bewirkt. Mit dieser Ansicht, die Hitpass auf eine zehnjährige Forschungsarbeit im Auftrage des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft stützt, tritt der Hochschullehrer der vielfach geäußerten Kritik gegenüber, an Gymnasien und Hochschulen sei ein ständiger Abbau an Leistungsvermögen und Bereitschaft zu beobachten.

Hitpass bat im Rahmen seiner Forschungsarbeit zum Thema „Leisten unsere Schüler und Studenten wirklich weniger als früher?" rund 20 000 Studenten an 31 deutschen Universitäten um ihre Mitarbeit. Von diesen schickten 7000 die ausführlichen Fragebögen zurück, die daraufhin streng wissenschaftlich ausgewertet wurden. Die wichtigsten Resultate faßte Hitpass jetzt erstmals in Berlin vor der Hermann-Ehlers-Akademie zusammen.

Der Wissenschaftler wies anläßlich des 150. Jahrestages der Einführung des Abiturs an preußischen Schulen am 4. Juni 1834 auf die Entwicklung hin, daß seit 1975 die Zahl der studierenden Abiturienten stetig abgenommen habe. Entschlossen sich 1975 noch 92 Prozent aller Abiturienten zum Studium, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 59 Prozent der Reifeprüflinge.

Wichtigstes Bestreben der heutigen Studentenschaft sei heute der Wille, die eigene Persönlichkeit auszubilden. Von den befragten Studierenden, die sich auf insgesamt 98 Studienfächer verteilten, schätzte die große Mehrheit Lernbereitschaft wichtiger ein als die Fähigkeit, logisch zu denken. Aus der repräsentativen Gruppe der Befragten, die 1980 das Abitur absolvierten, hatten nur zehn Prozent die Auffassung, die Reform der gymnasialen Oberstufe in Kurssysteme habe sich für sie negativ ausgewirkt.

„Überraschend" nannte Hilpass das Ergebnis, daß der überwiegende Teil der Studenten nicht die Leichtigkeit oder die Lehrerbezogenheit bei der Wahl eines Oberstufenfaches in den Vordergrund stellten, sondern ihre persönliche Neigung und Begabung. Dieses Phänomen hat Hitpass vor allem in den sogenannten „Leistungskursen" registriert und sieht damit die damaligen Zielvorstellungen der Kultusministerkonferenz bei der Verabschiedung der Oberstudienreform als erfüllt an.

Um Leistungsveränderungen bei Oberschülern und Studenten unabhängig von subjektiver Notengebung zu erkennen, schaltete Hitpass in seine Forschungen aus dem Amerikanischen übernommene Tests ein. Nach Abschluß dieser Untersuchung stand fest: 1974 wiesen 55,2 Prozent der teilnehmenden Abiturienten und 40,2 Prozent der Nichtabiturienten (also Fachhochschüler) ihre Studierfähigkeit nach den Testnormen nach. Zehn Jahre später wurde die Norm von 52,4 Prozent aller Abiturienten und von 45,1 Prozent der Nichtabiturienten erfüllt.

Der Kölner Wissenschaftler wertete diese Ergebnisse als „Expansion des Bildungswesens ohne Qualitätsverlust", wies aber im gleichen Atemzug auf die dennoch „schlimmen Zukunftsaussichten für junge Akademiker" in der Bundesrepublik hin. Hitpass: „An den deutschen Unis wird zwar nicht weniger als früher geleistet, die Akademikerschwemme schafft jedoch Zündstoff."

Antrag: Deutsche Neutralität

Burschentag in Landau / Diskussion über Wiedervereinigung und Nation

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Gedanke einer Stärkung des deutschen Selbstbehauptungs- und Wiedervereinigungs-Willens durchzieht wie ein roter Faden einen großen Teil der politischen Anträge für den Deutschen Burschentag in Landau, der gestern begonnen hat. Dabei zeigt sich, daß vor allem die Überlegungen zu einer gesamtdeutschen Neutralität als einziger Möglichkeit zur Wiedervereinigung großen Reiz auf die Burschenschafter ausüben.

Vor dreieinhalb Jahren, während einer Ausschußtagung der Deutschen Burschenschaft in Berlin, war dieses Thema, verbunden mit harscher Kritik an der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland, zum erstenmal von den Korporierten angesprochen worden. Jetzt taucht es verstärkt wieder auf: Die Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG), eine Kartellorganisation von 36 deutschen und österreichischen Burschenschaften innerhalb des Gesamtverbandes, hat bereits im Vorfeld zum Boykott der Europa-Wahlen aufgerufen und einen entsprechenden Antrag jetzt auch dem Burschentag zur Beschlußfassung vorgelegt. Heute soll darüber – wie über einen genau gegenläufigen – debattiert und abgestimmt werden.

Nach Auffassung der verbandsintern gewichtigen BG „schließt die Integration der Bundesrepublik Deutschland in einen westeuropäischen Bundesstaat die Wiedervereinigung Deutschlands aus". Eine „Integration in Westeuropa" sei darum abzulehnen. „Deshalb sagen wir nein zu einem Westeuropaparlament, das die westdeutschen Souveränitätsrechte beschneidet und zu einem westeuropäischen Bundesstaat hinführt." Die Festlegung des Wahltermins „ausgerechnet auf den Tag der Deutschen Einheit" sei „eine Geschmacklosigkeit und Dreistigkeit, die schlaglichtartig die Absicht erhellt, unsere nationale Identität durch den Europagedanken zu überdecken".

In den Zusammenhang gehört auch ein Antrag aus München, der ein „Disengagement beider deutscher Staaten aus ihren Bündnissystemen" fordert. Die Forderung, daß nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe, müsse durch die Formulierung ergänzt werden, daß auf deutschem Boden auch nie wieder ein Krieg stattfinden dürfe. Dem widerspreche die „bedrohliche Aufrüstung" beider Supermächte auf deutschem Boden. Hinzu kommt ein Antrag, der für die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagerten atomaren Waffen, insbesondere die Mittelstreckenwaffen, ein „Zweitschlüssel-Recht" verlangt, ein „Mitspracherecht beim Einsatz" dieser Waffen. Andererseits dürfe sich die Frage deutscher Waffenexporte nur „ausschließlich an der deutschen Interessenlage" orientieren.

Abgerundet wird dieser Komplex zur deutschen Nation und Sicherheit mit zwei Anträgen: Gefordert wird, daß – wie bei der Burschenschaft üblich – auch bei offiziellen Anlässen alle drei Strophen des Deutschlandliedes gesungen werden. Außerdem müsse einer „Verwischung der Begriffe" begegnet werden. Durch die Umgangssprache werde einem „westdeutschen separaten Teilstaatbewußtsein Vorschub geleistet".

Es kann nicht überraschen, daß alle Themen, die nicht im weitesten Sinn mit der deutschen Nation zu tun haben, auch in Landau wieder stiefmütterlich behandelt werden. Ist doch die Burschenschaft vor fast 170 Jahren in Jena in Gegnerschaft zu Metternich als Bewegung gegründet worden, die sich das Ziel der nationalen Eingung mit einem deutschen Parlament gesetzt hatte. Da die korporierten Studenten aber nicht ganz an der Hochschulwirklichkeit vorübergehen wollen, wird in Landau auch über Probleme der Universitäten debattiert. In den vorliegenden Anträgen wird die Bildung von Leistungseliten über „private Hochschulen nach amerikanischem Vorbild" abgelehnt.

Statt dessen gibt es weitgehende Zustimmung zu den Novellierungsplänen der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms im Bereich des Hochschulrahmengesetzes. Die Burschen sprechen sich für die Abschaffung des Modells Gesamthochschule und für eine Präferenzierung der Präsidialverfassung an den Universitäten aus. Außerdem wird eine Verbesserung der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung durch eine Änderung bei der Graduiertenförderung gefordert.

Ebenfalls am Rande behandelt wird von den Burschen die Frage von Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland. Von einem „Konzept gegen die Überfremdung" wird in einem Antrag gesprochen, von der Gefahr der Entwicklung hin zu einer „multikulturellen Gesellschaft". Als Hauptausweg sehen die Korporierten die Möglichkeit ausreichend dotierter Rückkehrhilfen für ausländische Arbeitnehmer.

Bis zum Sonntag wollen die Vertreter von 2500 Studenten und rund 23 000 „Alten Herren", die sich in 130 Burschenschaften an 36 Hochschulorten in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich organisiert haben, in der Pfalz miteinander debattieren. Seit fast 170 Jahren treffen sich die Burschenschafter einmal jährlich zu solchen Verbandstagen, früher in Jena und Eisenach, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – mit wenigen Ausnahmen – immer in Landau. Der eigentlich Abschluß des Burschentages wird allerdings in diesem Jahr am Sonntag, dem 17. Juni, eine Kundgebung auf dem Hambacher Schloß sein. Die Festrede wird der rheinland-pfälzisches Landtagspräsident Albrecht Martin (CDU) halten zum Thema „Staat und Widerstand".

DKP tarnte Anzeige in SPD-Zeitung

PETER PHILIPPS, Bonn

Auf immer neuen Wegen versucht die DKP, ihr Ziel einer tatsächlichen Aktionseinheit mit Sozialdemokraten zu erreichen. Wie der letzte Verfassungsschutzbericht nachweist, ist ihr dies im Hochschulbereich in großem Maße gelungen, aber darüber hinaus ist es seit dem Ende der Friedensbewegungs-Hochzeit im vergangenen Herbst schwierig geworden. Über die SPD-Mitgliederzeitschrift „sm-magazin" haben die Kommunisten jetzt einen gut getarnten neuen Anlauf genommen.

Unmittelbar vor Anzeigenschluß, in letzter Minute wurde für die jüngste Ausgabe des „sm-magazins" telefonisch eine Anzeige aufgegeben. Die Order ging direkt in die Druckerei, so daß in Verlag oder Redaktion niemand darüber stolpern konnte. Geworben wurde, unverfänglich, für „Röderberg-Taschenbücher, Qualität zum kleinen Preis". Aufgeführt wurden Werke über den „antifaschistischen Widerstand", garniert mit einer Besprechung aus eben dem „sm-magazin". Und dann hing noch der Hinweis auf die „Volkszeitung / die tat" hinten dran, die als „neue Wochenzeitung für Friedensbewegte und aktive Gewerkschafter" vorgestellt wurde.

Das Ergebnis war, von der Druckerei unbemerkt, eine eindeutige Werbung für kommunistisches Propagadamaterial in der sozialdemokratischen Mitgliederzeitschrift. Denn laut Verfassungschutzbericht 1983 war die „Volkszeitung" das „Sprachrohr der DFU" und „die tat" das der von der DKP beherrschten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten".

Die Druckerei, in der diese Organe hergestellt werden, wird von den Verfassungsschützern als „Hausdruckerei der DKP" eingestuft. Und der „Röderberg-Verlag" gehört zur Gruppe der elf Verlage und 30 „collectiv"-Buchhandlungen der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger", die laut Parteitagsbeschluß der DKP die Aufgabe haben, als „unverzichtbaren Bestandteil der ideologischen Arbeit" die „marxistische Literatur" zu verbreiten. Langjähriger Vorsitzender dieser „Arbeitsgemeinschaft" ist Erich Mayer, Mitglied des DKP-Vorstands.

Die Zusammenlegung der „Volkszeitung" und der „tat" im September 1983 war als erster Schritt zu einer umfassenden Neustrukturierung des kommunistischen Medienbereichs in der Bundesrepublik Deutschland gedacht. Chefredakteur ist Franz Sommerfeld, der die „Roten Blätter" des kommunistischen Studentenverbands MSB-Spartakus einst geleitet hat.

Mit der Zusammenlegung beider Zeitungen, die allein wegen ihrer Auflage kaum lebensfähig waren, versuchen die Kommunisten der DKP offensichtlich größere medienpolitische Schlagkraft zu erreichen.

Die SPD ist jetzt jedenfalls gewarnt. Parteisprecher Wolfgang Clement kündigte gegenüber der WELT größere Aufmerksamkeit gegenüber solchen Anzeigenaufträgen an: „Dies wird die letzte derartige Anzeige im sm-magazin gewesen sein."

Nirgendwo wird islamisches Recht rigoroser angewendet

Von BERNT RÜTTEN

Präsident Numeiri von Sudan hatte wieder einmal zu tief ins Glas geschaut und wachte morgens mit einem entsetzlichen Kater auf. Er beschloß, nie mehr zu trinken und führte in seinem Land das islamische Gesetz – Sharia – als geltendes Recht ein, das unter anderem ein absolutes Alkoholverbot vorsieht.

Diesen Versuch, die überraschende Wende in der politischen Entwicklung Sudans zu erklären, nehmen die in Khartum lebenden Europäer, die seit der Einführung der Sharia auf dem Trockenen sitzen und diese Geschichte zum Besten geben, selbst nicht ernst. Aber den eigentlichen Grund dafür, daß in Sudan plötzlich das islamische Gesetz rigoroser als in irgendeinem anderen Land praktiziert wird, kennt keiner. Ist Numeiri plötzlich fromm und strenggläubig geworden? Oder ist es ein weiteres politisches Manöver des Präsidenten, der sich mit abenteuerlichen Kehrtwendungen 15 Jahre lang an der Macht zu halten und zahllose Putschversuche niederzuschlagen verstanden hat?

Numeiri hat das Kriegsrecht ausgerufen und Sondergerichte eingesetzt, deren Urteile sofort zu vollstrecken sind. Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung. Wer im Besitz von Alkohol ist, wird öffentlich ausgepeitscht. Ebenso werden sexuelle Handlungen unter Unverheirateten bestraft. Fast täglich wird öffentlich die Amputation der rechten Hand und des linken Fußes praktiziert, die unter Berufung auf das islamische Gesetz eingeführte Strafe für Diebstahl. „Die ordentlichen Gerichte haben zu lange mit der Anwendung der islamischen Strafen gezögert. Nur deshalb haben wir das Kriegsrecht verhängt", sagen Regierungsmitglieder. „Mit den Aktionen der Rebellen im Süden hat dies nichts zu tun."

Der im Gegensatz zum islamischen und arabisierten Norden von christlich-animistischen Negerstämmen bewohnte Süden ist in Unruhe geraten. Ursprünglich vollkommen autonom, ist der Süden nunmehr im Zuge einer regionalen Neuordnung, die allerdings auch den Norden erfaßt hat, in drei Provinzen aufgeteilt. Damit ist er in seiner Einheit zersplittert und einer stärkeren Kontrolle der Zentralregierung in Khartum unterstellt.

Die Dinka, die früher den autonomen Süden majorisierten, verteilen sich nun auf die Provinzen Bahr-al-Ghazal und Upper Nile. Das mag den in der südlichsten Provinz, Equatoria, lebenden Stämmen ursprünglich willkommen gewesen sein. Aber die rigorose Islamisierung bestärkt auch

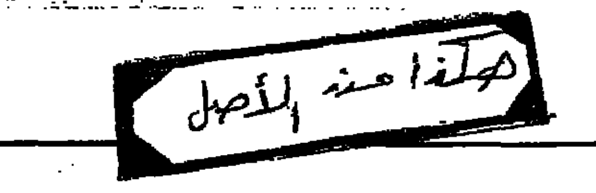

SUDAN

sie in der Befürchtung, ihre kulturelle Identität und einen Großteil ihrer politischen Unabhängigkeit zu verlieren. Rebellen unter Führung von General John Garang kämpfen für den Sturz der Regierung Numeiris und scheinen dabei zumindest die Sympathie der Bevölkerung Sudans zu haben. Durch die Gefangennahme von ausländischen Experten und Entwicklungshelfern haben sie erreicht, daß die amerikanische Chevron die Ölexploration und Bonn seine Entwicklungsprojekte im Süden eingestellt haben.

„Ein Erpressungsversuch des antiislamischen Westens, die Re-Islamisierung Sudans zu verhindern", heißt es dazu von offizieller Seite in Khartum. „Die Entführungen sind terroristische Zwischenfälle, wie sie überall passieren können. Der weitaus größte Teil des Südens ist sicher." Immer wieder betont Numeiri, daß die Rebellen Marxisten seien, die von Libyen und Äthiopien unterstützt würden. Unverblümt malt er aus, daß Sudan ohne ihn eine leichte Beute der Sowjetunion werde. In der Tat unterstützt Numeiris Erzfeind Khadhafi jeden Gegner Numeiris, und die Rebellen nehmen jede Hilfe an, egal, woher sie kommt.

„Numeiri gibt die Karten und hat immer den Joker", heißt es in Khartum. Wird er auch dieses Spiel gewinnen? Oder hat die lange Dauer absoluter Machtfülle, der ständige Umgang mit speichelleckenden Sykophanten Spuren hinterlassen? Ist es die Berufskrankheit von Diktatoren, daß sie irgendwann – wie Idi Amin und Bokassa – das Maß für die Grenzen des Erträglichen überschreiten? Seine Popularität ist längst dahin, selbst im islamischen Norden. Hier liebt und verehrt man Saddiq al-Mahdi, den Enkel des legendären Mahdi, der im vorigen Jahrhundert den Aufstand gegen die Fremdherrschaft probte.

Im Streit um die Führung der sowohl politischen als auch religiösen Umma-Partei trug Saddiq im November 1983 den Sieg über seinen Onkel Ahmad al-Mahdi davon, der im Gegensatz zu Saddiq bereit war, mit Numeiri zu kooperieren. Seitdem sitzt Saddiq im Gefängnis. Seine Parteigänger – die Ansar – bestreiten, daß Numeiris Islamisierung dem orthodoxen Islam entspreche; sie unterstreichen, daß der Koran eine soziale Komponente enthalte. Sie verabscheuen die allgemeine und überstürzte Anwendung der grausamen „Hadd"-Strafen, wollen diese nur in ganz seltenen Ausnahmefällen unentschuldbarer besonderer krimineller Energie angewandt wissen und solange überhaupt nicht, wie sich das Land in einem Zustand befindet, der „Stehlen" – Ungesetzlichkeiten und Korruption jeder Art – zum Überleben notwendig macht.



Tschernenko schränkt Kontakte ein

AFP, Moskau

Die Kontakte zwischen Sowjetbürgern und Ausländern sollen nach einem gestern bekanntgewordenen Dekret weiter eingeschränkt werden. Das von Staats- und Parteichef Tschernenko unterzeichnete Dekret, das in der Ausgabe der Gesetzestexte des Obersten Sowjets vom 25. Mai enthalten ist, tritt am 1. Juli in Kraft.

Nach dem Text werden Funktionären und einfachen Bürgern Vorschriften für die Beherbergung, Einladung und die Mitnahme in *Priavatfahrzeugen* von Ausländern und Staatenlosen gemacht. Funktionäre, die für Ausländer arbeiten oder mit der Bearbeitung von Dokumenten für Ausländer betraut sind, tragen für jede Verletzung der Vorschriften die Verantwortung und können mit Geldstrafen zwischen zehn und 100 Rubel belegt werden. Bürger, die bei der Beherbergung von Ausländern gegen die Meldevorschriften verstoßen, ihren ausländischen Besuch also nicht bei der Miliz anmelden, riskieren Strafen zwischen zehn und 50 Rubeln.

Belgrad: Ruf nach neuem Wahlsystem

dpa, Belgrad

Der führende jugoslawische Parteifunktionär *Milos Minic* hat im Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ) und bei den Wahlen zu allen anderen politischen Gremien ein „größeres Maß an Demokratie" gefordert. Bei Wahlen sollten sich mehrere Kandidaten zur Wahl stellen, forderte der *ehemalige* Außenminister auf einer Sitzung des Zentralkomitees seiner *Partei* in Belgrad. *Obwohl* dieser Vorschlag vor Jahren auch vom damaligen Staatschef Tito eingebracht worden sei, verliefen in Jugoslawien die Wahlen immer noch nach dem alten Schema: „Für einen Platz ein Kandidat, geschlossene Listen für alle Positionen und Funktionen."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Labours Anti-Europäer haben bessere Chancen

Das EG-Votum soll zur Anti-Thatcher-Wahl werden

FRITZ WIRTH, London

Für die Briten ist das Europavotum eine Wahl mit Zeitzünder. Sie geben heute ihre Stimmen ab und erfahren das Ergebnis am Sonntagabend, wenn der „Rest Europas" – so sieht man hier die anderen EG-Partner von der britischen Insel aus – gewählt hat.

Sensationell wird es nicht ausfallen. Sicher ist, daß die Konservativen, die 1979 eine sehr gute Europawahl hatten, einige ihrer bisherigen 60 Sitze im Europa-Parlament verlieren werden und daß die Labour Party, die 60 Anti-Europäer als Kandidaten in diese Wahl schickte, Sitze dazugewinnen wird. Sie hatte bisher 16 Abge*ordnete* im Parlament.

Dagegen ist es nach wie vor fraglich, ob die überzeugtesten Pro-Europäer auf der britischen politischen Szene, die Allianz der Libera*len* und der Sozialdemokraten, auch nur einen einzigen Sitz im Europa-Parlament gewinnen können. Die Partei war zu Beginn des Wahlkampfes von Frau Thatcher als „Europa-Fanatiker" gebrandmarkt worden, und Europa-Fanatismus kommt bei den nach wie vor sehr europa-skeptischen Briten nicht gut an.

Das alles zeigt bereits: *Europa hat* in Großbritannien bei dieser Europawahl einen schweren Stand. Es wurde niemals ein wirkliches politisches Gesprächsthema, obwohl den Parteien ingesamt 4,4 Millionen Pfund zur Verfügung standen, für Europa zu trommeln.

Irrealer Wahlkampf

Dieser Wahlkampf stand in harter Publicity-Konkurrenz zum britischen Bergarbeiterstreik, zu den D-Day-Feierlichkeiten und dem Londoner Wirtschaftsgipfel, und Europa verlor eindeutig dieses Gefecht. Deshalb bestehen begründete Zweifel, ob die Wahlbeteiligung höher als 40 Prozent ausfallen wird. Im Jahre 1979 gingen nur 33 Prozent der Briten zur Wahlurne. Von ihnen gaben 48,4 Prozent den Konservativen, 31,6 Prozent der Labour Party und 12,6 Prozent den Liberalen ihre Stimme.

Es war ein eigenartiger und zuweilen irrealer Wahlkampf. Die Konservativen, die nichts von kühnen Zukunftsideen einer europäischen politischen Union halten, konzentrierten sich in diesem Wahlkampf deshalb darauf, die europäische Vergangenheit zu beschwören. Sie veröffentlichten ganzseitige Anzeigen mit Bildern aus dem letzten Krieg. So etwas dürfe nie wieder passieren. „Eine Sache, für die wir in zwei Weltkriegen gekämpft haben, muß es auch wert sein, nun unsere Stimme zu erhalten", hieß der Slogan.

Die Labour Party dagegen bemühte sich, Europa möglichst völlig aus diesem Wahlkampf herauszuhalten. Sie hatte dazu begreifliche Gründe, denn die Partei ist immer noch nicht in der Lage, die entscheidende Gretchenfrage zu beantworten, wie sie es denn überhaupt mit der EG halte, ob sie dafür oder dagegen sei. Vor einem Jahr bei den *britischen Unterhauswahlen* war sie noch vehement dagegen und wollte so schnell wie möglich die EG verlassen.

Fünf Jahre „Bewährung"

Nachdem sie damit Schiffbruch erlitten hatte, mochte sie sich dieses Mal *nicht* mehr festlegen. Sie gab statt dessen Europa zunächst einmal eine Bewährungsfrist von fünf Jahren. Wenn dieses Europa sich bis dahin nicht gebessert habe, hält man sich die Option offen, der EG aufzukündigen. Dieses eigenartige Wechselspiel gab Frau Thatcher am Montag die Chance zu ihrer bisher wirksamsten Anti-Labour-Wahlrede dieser gesamten Kampagne. „Diese Partei", so rechnete sie den Briten vor, „hat in den letzten 20 Jahren insgesamt fünfmal ihre Einstellung zu Europa geändert." Helmut Schmidt und Willy Brandt, die von der Labour Party als Wahllokomotiven nach England geholt worden waren, kann nicht wohl bei dem Gedanken gewesen sein, vor einen derartigen Zug gespannt zu werden.

Labour konzentrierte sich vor allem darauf, diese Wahl zu einer reinen Anti-Thatcher-Wahl zu machen. Die politische Kalkulation bei dieser Strategie war leicht erkennbar: Labour hatte die letzten Europawahlen und die Unterhauswahl des letzten Jahres so katastrophal verloren, daß es bei dieser heutigen Europawahl nur noch aufwärtsgehen kann. Es sind also Stimmengewinne zu erwarten, und man war fest entschlossen, diese Erfolge nicht auf das Konto Europa gutzuschreiben, sondern als ein Vertrauensvotum für den neuen Labour-Chef Neil Kinnock abzubuchen.

Frankreichs KP spürt Aufwind

Mitregieren und zugleich kritisieren: Die Strategie Marchais' scheint sich auszuzahlen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wenn die Kommunisten 14, 15 oder gar 17 Prozent Stimmen bei der Europawahl bekommen würden? Diese Frage stellt man sich plötzlich in Frankreich. *Ohne Zweifel* gewinnen die schon totgesagten Anhänger des KPF-Chefs Georges Marchais zur Zeit wieder an Publikumsgunst. Die Meinungsumfragen beweisen es *ebenso wie die letzten Ergebnisse von* Nachwahlen, bei denen die Kommunisten wichtige Positionen in Lothringen (Thionville) und in der Pariser Region behaupten konnten. Unver*hohlener Optimismus im Lager* der Aufsteiger und eine gewisse Nervosität bei den sozialistischen Koalitionspartnern runden das Bild eines nicht unbedeutenden Wandels in der politischen Gewichtsverteilung in Frankreich wenige Tage vor den Europawahlen ab.

Offenbar hat sich die doppelte Strategie des KPF-Generalsekretärs ausgezahlt: Zugehörigkeit zur Regierung bei gleichzeitiger harter Kritik der Politik dieser Regierung. Georges Marchais wird seit Wochen nicht müde, seinen *Zuhörern* am Fernsehschirm und in den Wahlversammlungen folgendes klarzumachen: Wenn wir seit drei Jahren loyal an der Regierungsarbeit mitwirken, so, weil wir 1981 gemeinsam einen Sieg errungen haben und seitdem auf der Basis eines gemeinsamen Regierungsprogramms mit den Sozialisten den Wandel in Frankreich verwirklichen. Die Bilanz der Linksregierung ist global gut. Aber es gibt noch sehr ernsthafte Fehlleistungen wie die Arbeitslosigkeit, die rückgängige Kaufkraft der Arbeiter und das mangelnde Wachstum. Hier ist Kritik angebracht, und wir halten damit nicht zurück.

Dem Zuhörer, vor allem demjenigen, der 1981 Mitterrand und den Sozialismus wählte, obwohl er vorher kommunistisch gestimmt hatte, *leuchtet das ein. Keineswegs alles ist* diesem Typ Wähler seit 1981 nach Wunsch gegangen. Daß die seit 14 Monaten vom sozialistischen Wirtschaftsminister Delors eingeführte *Sanierungspolitik eine, wie der KPF*-Chef sagt, „Austerity auf dem Rücken der Arbeiter" ist, kann er jeden Monat an der Lohntüte ablesen. Wenn er seinen Arbeitsplatz noch nicht verloren hat, so kann er sich anhand der Kapazitätsabbau-Pläne des sozialistischen Industrieministers Fabius ausrechnen, wann er an der Reihe ist.

Zwar weiß auch er nicht aus den vielen Erklärungen zur Lage abzusehen, wann es besser werden soll. Aber die Behauptung der Kommunisten, man könne das Wachstum wieder ankurbeln, wenn *man* in Frankreich der nationalen Produktion und den nationalen Konsumgütern wieder den Vorrang vor Importen geben und in Europa ein wenig mehr Protektionismus gegen die japanische und amerikanische Konkurrenz machen würde, hat unleugbar Verführerisches an sich.

Der „Überläufer" von 1981 (man schätzt, daß etwa acht Prozent der kommunistischen Stammwähler da*mals auf die Sozialisten setzten)* hätte also allerlei Grund, am Sonntag wieder seinem natürlichen Wahltrend zu folgen und die Partei zu wählen, die in stolzer Isolation nein sagt zum ver*meintlichen „Laissez-aller" der grö*ßeren der beiden Regierungsparteien.

Nimmt man hinzu, daß der Franzose Wahlen, bei denen es nicht um eine nationale Entscheidung geht, grund*sätzlich zu einer extremen* Stimmabgabe nutzt, um seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu geben, so sollte ein „gutes" Ergebnis der kommunistischen Liste am Sonntag abend nicht überraschen. Wichtig ist, ob der Aufstiegstrend der KPF anhält oder nur ein Strohfeuer ist. Trifft ersteres zu, so wäre der von François Mitterrand seit 1974 zäh verfolgten Strategie, die KPF auf eine „verdauliche" Größe im politischen Spektrum Frankreichs zu reduzieren, in dem er das Wasser des sozialen Protestes auf die Mühlen der Sozialisten leitete, noch kein endgültiger Erfolg zuzusprechen.

Die KPF ist in diesen zehn Jahren in ihrem Stimmenanteil von etwa 20 auf unter 15 Prozent abgesunken und hat nach Schätzungen der Experten nahezu 200 000 Mitglieder verloren.

Wie selbstbewußt sie wurde, drückte Georges Marchais vor einigen Tagen in einem Interview mit der linksextremen Zeitung „Liberation" aus. Befragt, ob er mit Mitterrand „zufrieden" sei, antwortete der KP-Chef: „Die Frage werde ich Ihnen 1988 (Präsidentschaftswahlen) beantworten."

SED stellt Forderungen an die Kunst

„Parteiliche Positionen" verlangt / Weitere Verhärtung der „DDR"-Kulturpolitik

dpa, Berlin

In der „DDR"-Kulturpolitik gibt es Anzeichen für eine weitere Verhärtung und eine damit verbundene zusätzliche Einengung der Spielräume *für Künstler*. Der *stellvertretende* Kulturminister Klaus Höpcke, zuständig für Verlage und Buchhandel, forderte gestern im SED-Blatt „Neues Deutschland" von der Literatur „sozial aktivierende Werke" mit Helden, „die Taten für den Fortschritt vollbringen". In der „äußerst zugespitzten internationalen Situation", „*auch angesichts der im Innern der* Länder des Sozialismus zu bewältigenden Aufgaben" sei das Bedürfnis der Leser besonders stark, „aus der Literatur ideellen, moralischen und philosophischen Gewinn im Sinne des Sozialismus zu schöpfen".

Im Sinne „unserer wissenschaftlichen Weltanschauung" gehe es um *Ermutigung durch Literatur, die in* striktem Gegensatz stehe „zur Entmutigung, die hervorruft, wer den Eindruck vermittelt, letzten Endes sei die Welt unerkennbar und der Mensch in ihr ohnmächtig". Die Erfahrung zeige: „In und außerhalb der Kunst unterläuft es gelegentlich, daß ein Betrachter auf der Suche nach *Unvollkommenheiten* bei der Verwirklichung eines sozialistischen Grundsatzes den Grundsatz selbst aus den Augen verliert." Und: „Literarische Verkörperungen derer, die die Voraussetzungen des Friedens und der sozialistischen Entwicklung schaffen, werden noch dringender als bisher erwartet", schrieb Höpcke.

SED-Chefideologe Kurt Hager hatte Ende Mai unter Hinweis auf die „Verschärfung des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus" vom Kulturministerium, von Redaktionen, Verlagen und „anderen kunstverbreitenden Institutionen" gefordert, sie müßten „ihrer Verantwortung für die Wahrung kla*rer parteilicher staatsbürgerlicher* Positionen bei der Verwirklichung unserer Politik in noch höherem Maße gerecht werden".

„Solidarität" erinnert an deutsche Frage

JGG. Köln

Die deutsche Thematik nimmt in der Außenpolitik der polnischen Un*tergrundpresse – noch vor der sowje*tischen – eine Schlüsselposition ein. So hat die Zeitschrift „Niepodleglosc" (Unabhängigkeit) die Polen aufgerufen, „den Deutschen im *Kampf um ihre* Wiedervereinigung zu helfen". Begründung: „Solange Deutschland geteilt bleibt, so lange wird Rußland an Elbe und Weichsel herrschen."

Natürlich gibt es auch andere Stimmen, vornehmlich solche, die die Wiedervereinigung Deutschlands von der vorherigen Anerkennung der Oder-*Neiße-Linie als polnischer* Westgrenze abhängig machen wollen. Diese Position kommt zum Beispiel in der Untergrundzeitschrift „Polityka Polska" zum Ausdruck. Dazu bemerkt das „Informationsbulletin" des Auslandsbüros der „Solidarnosć"-Gewerkschaft (Paris), „man sollte davon ausgehen, daß schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands allein eine Frage ist, die vor allen Dingen die Deutschen selbst angeht. Unsere Aufgabe bleibt es, die Verbindungen zwischen beiden Völkern zu aktivieren."

Washington kommt Peking entgegen

rtr, Washington

Die US-Regierung erwägt nach Angaben von Vertretern des Verteidi*gungsministeriums, die Volks*republik China bei Waffenverkäufen auf eine ähnliche Stufe wie Schweden oder Jugoslawien zu stellen. Diese Überlegungen, so hieß es, seien Teil der Unterredungen über Waffenverkäufe gewesen, die der chinesische Verteidigungsminister Zhang Aiping während seines USA-Besuches mit hochrangigen amerikanischen Regierungsvertretern am Montag und Dienstag geführt habe.

Die amerikanischen Regierungsvertreter sagten weiter, China genieße derzeit den Status eines befreundeten, aber nicht eines verbündeten Landes. Es wolle diese Aufwertung, um Waffengeschäfte künftig routinemäßig auf einer niederen Ebene abzuwickeln. Peking wolle allerdings auch, daß ihm dieser Status ohne Ausnahmen eingeräumt werde.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Invasion, Normandie 1944

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Artikelserie über die anglo-amerikanische Invasion in der Normandie am 6. Juni 1944 darf ich mir vielleicht noch folgende zusätzliche Bemerkung erlauben: Ich war Verhöroffizier beim Ic der 709. Infanterie-Division, die den nördlichen Raum der Halbinsel Cotentin zu verteidigen hatte. Beim „Filzen" amerikanischer Gefangener fiel mir am 7. 6. ein Papier mit Aufzeichnungen über den amerikanischen Invasionsablauf in die Hände. Auf diesem Papier war mit Zeit- und Ortsangabe der beabsichtigte Aufmarsch der einzelnen amerikanischen Divisionen in unserem Raum verzeichnet. Das Papier gelangte auf schnellstem Wege zum „Führerhauptquartier" in Ostpreußen.

Man hatte erwartet, daß u. U. Verstärkung in unseren Abschnitt gelegt würde. Der „Führer" entschied jedoch, daß dieses eine bewußte Desinformation sei, von der man keine Notiz nehmen sollte, da es sich bei dem Gefangenen nur um einen amerikanischen Feldwebel handle, dem man zweifellos eine solch wichtige Information nicht anvertrauen würde. Einige Tage später war meine Division eingeschlossen.

Für mich war es selbstverständlich, daß ich bei allen späteren Gefangenenverhören mein Hauptaugenmerk darauf richtete, ob die in dem Papier gemachten Angaben stimmten. Das war in der Tat der Fall, wenn auch die amerikanischen Divisionen infolge der durch Unwetter bedingten Zerstörung des künstlichen Hafens mit etwa 2 Tagen Verspätung (gem. obigen Zeitplans) eintrafen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. R.H. Tenbrock,
Mainz

*

Es geht jetzt nicht darum, die treffenden Worte Thomas Kielingers den weniger geschickten des Staatsministers und den recht ungeschickten des Bundeskanzlers entgegenzustellen. Halten wir lieber fest, daß es nicht bloß deutsche Opfer und Widerstandskämpfer, sondern auch deutsche Soldaten bei den Alliierten gegeben hat. (Von bedeutender wissenschaftlicher und publizistischer Mitarbeit einmal ganz abgesehen.)

Zufällig habe ich in den beiden Kompanien gedient – die eine bestand aus deutschen, die andere aus österreichischen Flüchtlingen – die bis zur Niederlage von Dünkirchen zwischen zwei Flugplätzen der Hafenstadt Nantes standen. Sie rodeten z. B. das Gebüsch, wo Flakgeschütze aufgestellt werden sollten. Diese waren allerdings ebensowenig vorhanden wie Flugzeuge.

Handbetriebene Alarmsirenen und kniehohe Gräben sollten bei einem Luftangriff Schutz bieten. Ein solcher Angriff traf später eins der Schiffe, die uns zu unserem Entsetzen bei der Evakuierung nicht mitnehmen durften. Hierbei ist von Fliegern mit Maschinengewehren auf die im Hafenwasser Schwimmenden geschossen worden.

Es gibt aber daneben auch ein anderes Verhalten in der deutschen Armee. Auf dem Rückzug geriet einer der Lastwagen mit unseren Leuten in die Linie eines vorrückenden deutschen Verbands. Man kann sich leicht ausmalen, was damals uniformierten, wenn auch unbewaffneten, als Pioniere der British Expeditionary Forces eingesetzten Deutschen und Österreichern blühen mochte. Stattdessen wurde ihnen von Wehrmachtsangehörigen empfohlen, sich so rasch wie möglich ins noch unbesetzte Gebiet zurückzuziehen.

Muß man in diesem Zusammenhang nicht an Willy Brandt denken? Als norwegischer Soldat getarnt, ist er in Kriegsgefangenschaft geraten, ehe er entfliehen konnte. Der Bundeskanzler a. D. hätte kaum Protokollschwierigkeiten verursacht, wäre man bemüht gewesen, ihn als herausragenden Vertreter der Bundesrepublik zum Gedenken des D-Days einladen zu lassen. Das sei mit angebrachter Bescheidenheit allen denen post festum gesagt, die im freiheitlicheren Westen demokratische Politik zu machen haben.

Helmut Hirsch, Ph.D.
Honorarprofessor
für Politikwissenschaft
Universität Duisburg

Heiliger Zorn

„Ein Spießrutenlauf für Angestellte": WELT vom 5. Juni

Wer Ihren Artikel über den Arbeitskampf bei Opel liest und sich noch ein wenig Gefühl für Recht, Ordnung und Anständigkeit bewahrt hat, der muß heiligen Zorn empfinden für die Methoden, die sich der von unseren Gewerkschaften angeheizte und „sinnvoll" geleitete Pöbel hat einfallen lassen.

Den denkenden und pflichtbewußten arbeitenden Menschen kann man nur zurufen: Laßt Euch nicht die Sinne betören von den gefährlichen Dialektikern einer ideologisch fixierten Funktionärszunft, die sich das marxistische Postulat von der Verelendung der Massen auf die roten Fahnen geheftet hat. Da sie indessen auf demokratische Weise zunächst „ihre" Wende nicht bewerkstelligen kann, greift sie zum Mittel eines geradezu brutalen Arbeitskampfes, der unsere gerade gesundende Wirtschaft in eine bedrohliche Situation bringt und Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Arbeiterfeindlicher geht's einfach nicht mehr!

Das Spießrutenlaufen arbeitswilliger Menschen, die den Schalmeientönen der Volksfrontstrategen nicht aufzusitzen gewillt sind, ist ein gefährliches Symptom. Hier offenbart sich Verhetzung, wie sie schon einmal in der jüngeren deutschen Geschichte zum braun-roten Dilemma geführt hat.

Mit freundlichen Grüßen
D. Gaede,
Leichlingen 1

Diätenerhöhung

„Leserbrief: Diätenerhöhung": WELT vom 30. Mai

„Das darf doch wohl nicht wahr sein", war auch meine Reaktion – aber nicht auf die Meldung von Dr. Barzels Vorschlag, sondern auf den Leserbrief von F. Nerge, Schongau.

Da hat also der Präsident des Bundestages, einer ihm auferlegten gesetzlichen Verpflichtung entsprechend, dem hierüber zu beschließenden Bundestag vorgeschlagen, die Abgeordneten-Diäten für die 520 Mitglieder des Bundestages um 2,3 Prozent auf DM 8000 / Monat zu erhöhen. Und sofort geht wieder groß Geschrei los.

Die jetzige Diätenregelung basiert auf dem Spruch des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. 11. 1975, nach dem die Diäten steuerpflichtig sind. Mit Wirkung vom 1. 1. 1977 wurden sie daraufhin mit DM 7500 festgesetzt. Nach einer 1983 (!) erfolgten Anhebung um DM 320 schlägt Dr. Barzel nunmehr vor, weitere DM 180 zuzulegen. Damit wären die Diäten dann gegenüber 1977 um 6,66 Prozent angehoben.

Und darüber regt man sich auf, vor allem auch, weil die Bundesregierung für den öffentlichen Dienst eine Nullrunde anstrebt. Bekanntermaßen wird dessen Entlohnung – soweit nicht Tarifverträge bestehen – jährlich um den Prozentsatz angehoben, der sich als Durchschnitt aus den jeweiligen Lohn- und Gehaltserhöhungen der Tarifverträge von Industrie und Wirtschaft ergibt. Und so sind die Gehälter von Millionen von Beamten, wie sich aus einem Vergleich der Beamtenbesoldung 1977/1984 leicht errechnen läßt, um nicht weniger als 27,33 Prozent gestiegen, und mit ihnen übrigens auch die Beamtenpensionen. Und diese Steigerungsrate gilt dann ja wohl auch mit einem minimalen Plus/Minus für alle Einkommen, da ich bisher nicht gehört habe, daß seit 1977 die große Verarmung bei uns eingekehrt ist...

Übrigens, ich bin weder Bundestagsabgeordneter noch mit einem solchen verwandt, verschwägert oder befreundet.

Mit besten Grüßen
H.D. Müller-Grote,
Königswinter

Wort des Tages

„Der echte Erzieher wirkt mehr durch das, was er ist, als was er sagt. Dadurch erzieht von jeher jede gute Gesellschaft. Das Auge lernt schneller und tiefer als der bloße Verstand."

Oswald Spengler; dt. Philosoph (1880–1936)

Begräbnisfeier des Eurokommunismus

Von ALFONS DALMA

Um den Tod des italienischen Kommunistenführers ist ein Ritual aufgezogen worden, das kaum noch eine kritische Betrachtung zuläßt. Das Millionenbegräbnis in Rom ist von der Parteiregie als die endgültige Etablierung eines Mythos entworfen worden. Wir haben es mit zwei Erscheinungen zugleich zu tun: mit Enrico Berlinguer und seinem Lebenswerk sowie mit der Bildung eines postumen Komplexes von Propaganda und von Alibi-Handlungen.

Die kommunistische Inszenierungskunst, die landesüblichen politischen Sitten Italiens und Unsitten der internationalen Medien kombinierten sich zu einer Apotheose für den toten Parteisekretär. Die Partei hat für solche Fälle, wie man sieht, fertige Drehbücher in der Schublade, und es wird wohl noch erlaubt sein, dazu zu bemerken, daß dieses Zeremoniell wenig von dem sowjetischen Muster abweicht, wie es noch unter Stalin festgelegt worden ist.

Die italienischen Politiker finden es in solchen Fällen opportun, sich wie Klageweiber in Berlinguers sardischer Heimat zu benehmen, die nahtlos von den Ausdrücken der größten Verzweiflung über den Verlust des besten Mannes und Freundes zum fröhlichen Leichenschmaus übergehen – mit dem einzigen Unterschied, daß die Politiker gleich danach die alten Intrigen und Verleumdungen anstelle der edlen Grabesreden fröhliche Urständ feiern lassen.

Die Medien im allgemeinen lassen sich leicht vom Ursprungsland anstecken, das Fernsehen im besonderen ist fast in der Regel das Opfer seines Urhungers nach emotionsgeladenen und optisch gesteigerten Programmen, potenziert durch den Zwang zur Verfälschung der Inhalte infolge der Knappheit und Begriffsarmut der Worte.

Gestorben ist der Führer der italienischen Kommunisten im schlechtesten Augenblick für eine fundierte Urteilsbildung. Das Ende war nicht organisch, Berlinguers Lebenswerk war nicht ausgereift, es wurde vielmehr ausgerechnet in einer kritischen Phase unterbrochen. Die ersten sieben Jahre seiner Parteileitung waren von dem eurokommunistischen Versuch einer Versöhnung mit dem politischen Katholizismus, die letzten fünf von den Rückzugsgefechten nach dem Scheitern dieses Konzeptes und von der alten Volksfront-Strategie unter der Maske der „Alternative" gekennzeichnet.

Alle Aufrufe der KPI an die Sozialisten zur Gemeinsamkeit veranlaßten die Partei Craxis jedoch nur zu immer schärferen Trennungsstrichen. Heute befindet sich die Kommunistische Partei Italiens in der tiefsten Isolierung der Nachkriegszeit. Dieser Tatbestand steht zwar in scheinbar krassem Kontrast zur Zahl und zur protokollarischen Qualität der Begräbnis-Delegationen, er bezeichnet aber langfristige Vorgänge. Die Todesapotheose für Berlinguer kann durchaus auch als die Bestattungsfeier des Eurokommunismus verstanden werden.

DIE ● ANALYSE

Wird die Perspektive von der Berlinguer-Ära bis zu den Ursprüngen verlängert, dann läßt sich das Charakteristische und Dauerhafte am Schicksal einer großen kommunistischen Partei in der freien westlichen Welt genauer erfassen. Diese Bewegung ist in Italien schon über sechzig Jahre alt. In dieser Zeit suchte die Partei Wege zur Anpassung und damit zur vollen Wirksamkeit in der abendländischen kulturellen Mitte, ohne jedoch willens oder imstande zu sein, die russische Revolution als Ideal, die sowjetische Praxis als Modell und die Beziehung zu Moskau als Treue zu den geistigen Vätern aufzugeben.

Als in den zwanziger und dreißiger Jahren Antonio Gramsci in Mussolinis Gefängnissen, weit fern von den stalinistischen Verheerungen in den Reihen der Komintern-Führer seine Theorien vom „historischen Block" der Kommunisten, der Liberalen und der katholischen Volkspartei entwickelte, waren seine Gedanken zwar ebenso weit von der Praxis entfernt, aber für Italien geradezu zwangsartig folgerichtig. Als Palmiro Togliatti nach Jahrzehnten stalinistischer Gehorsamsübungen plötzlich mit der alliierten Landung in Süditalien die Heimkehr vollzog, entsprach seine Kehrtwendung zur Kollaboration mit der Monarchie und mit den demokratischen Parteien genau Stalins Bedarf nach guten Beziehungen zu den Westmächten und dem Willen, einen Massenapparat im Westen aufzuziehen.

Berlinguers Eurokommunismus und das Angebot eines „historischen Kompromisses" an eine weitgehend verbrauchte und müde gewordene Democrazia Cristiana waren also lediglich eine Wiederaufarbeitung der Ideen Gramscis und Togliattis vom „historischen Block".

Dieser Theorie entsprach allerdings auch, daß Berlinguer stets Vorstöße zur Anpassung an die Demokratie und an den Westen mit dem genauen Gegenteil verband – eine merkwürdige Dialektik, deren Ergebnis ganz einfach das Treten am Platz war. Selbst sein kühnstes Wort an die Adresse Moskaus, mit dem er „die Erschöpfung der ursprünglichen Impulse der Oktoberrevolution" in der heutigen osteuropäischen Wirklichkeit als Begründung für die Suche nach neuen kommunistischen Wegen im Westen nannte, ließ immer noch die sowjetische Zwangsgesellschaft als etwas Überlegenes und Fortschrittliches im Vergleich zum westlichen Kapitalismus bestehen. So wie seine antiamerikanische Einstellung vorsätzlich, in vielem provinziell und altkommunistisch war, so beschränkten sich seine Vorbehalte gegenüber der Sowjetwirklichkeit auf partielle und immer wieder aufs neue gedämpfte Kritik oder auf persönliche Antipathien gegenüber bestimmten alten Herren im Kreml.

Der heutige Stand der italienischen kommunistischen Gleichung zwischen dem alten Herdenruf und den westlichen Versuchungen ist ein neutralistischer Pazifismus als Rezept für Europa und als Plattform für eine neue Gemeinsamkeit mit den deutschen Sozialisten – eine Orientierung also, die in den weltpolitischen Koordinaten für die Sowjetunion von größtem Nutzen, für den Westen dagegen eine Gefahr und für die Vereinigten Staaten im besonderen eine schwere Beleidigung ist.

In der Berlinguer-Apotheose dieser Tage hat nur der im Unterschied zu seinem Vorgänger Kreisky sehr wortkarge sozialistische Kanzler Österreichs, Franz Sinowatz, den stoischen Abstand eingehalten, als er sagte: „Er war im Grunde genommen zum Scheitern verurteilt, weil er ungeachtet aller Versuche nicht aus dem Rahmen des ideologischen Kommunismus östlicher Prägung auszubrechen vermochte."

Personalien

KIRCHE

In der Evangelischen Kirche der Union (EKU) werden ab 1. Juli neue Vorsitzende der beiden Bereichs-Räte in Ost und West amtieren. Neuer Vorsitzender des Bereichs der EKU in Mitteldeutschland und Ost-Berlin wird der Ostberliner Bischof **Gottfried Forck**. Den Bereichs-Rat West für die Landeskirchen der EKU in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins leitet künftig der Präses der Rheinischen Landeskirche, **Gerhard Brandt**. Die beiden Ratsvorsitzenden werden von den Bereichsräten jeweils für ein Jahr gewählt.

*

Zu den Konsultatoren der päpstlichen Kommission für die soziale Kommunikation, die der Papst **Johannes Paul II.** bestätigt hat, gehören: Der Sekretär der deutschen Bischofskonferenz, Prälat **Wilhelm Schätzler** und der Geschäftsführer des „Catholic Media Council", Aachen, Pater Professor Dr. **Franz-Josef Eilers** (SVD).

AUSZEICHNUNGEN

Der mit 25 000 Mark dotierte Hendrik-Steffens-Preis 1984 der Stiftung F. V. S. zu Hamburg ist in Lübeck vom Präsidenten der Kieler Christian-Albrechts-Universität, **Gerd Griesser**, dem 1920 geborenen dänischen Künstler **Palle Nielsen** überreicht worden. Mit Nielsen wurde ein Künstler von europäischem Rang geehrt, der in seinen Grafik-Zyklen „die existentielle Not des Menschen in einer Nachkriegszeit und unter Drohung eines neuen Krieges" schilderte und zum Vorbild vieler Nachwuchskünstler geworden ist.

*

Die ZDF-Sendereihe für Wirtschaft und Soziales (WISO), hat den Preis der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) 1984 erhalten. **Friedhelm Ost**, Leiter der ZDF-Sendereihe WISO, nahm die Auszeichnung anläßlich der BAG-Mitgliederversammlung in München entgegen. Dabei rief der Fernsehjournalist die Unternehmer auf, nicht nur ihre Produkte gut zu verkaufen, sondern durch größere Anstrengungen bei ihrer Informationsarbeit auch für eine „bessere Kursbewertung in der Öffentlichkeit" zu sorgen.

*

Die Deutsche Umweltstiftung hat ihren mit 5000 Mark dotierten Journalistenpreis für 1984 in Frankfurt am Main an zwei Zeitungsredakteure verliehen: **Peter Groth** von den „Verdener Nachrichten" und **Burkard Ilschner** von den „Bremer Nachrichten" erhielten die Auszeichnung für ihre Artikelserien und Dokumentationen über die Verschmutzung und Vergiftung der Nordsee, von Weser und Aller.

GEBURTSTAGE

Lucie Kurlbaum-Beser, Vorsitzende des Verwaltungsrates der Stiftung Warentest und Mitglied des Verbraucherbeirates der Bundesregierung, feiert am 17. Juni ihren 70. Geburtstag. Die gebürtige Siegerländerin gehörte von 1953 bis 1969 der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages an. Viermal hintereinander wurde sie im hessischen Wahlkreis Friedberg direkt gewählt. Heute lebt sie in der fränkischen Gemeinde Schwaig bei Nürnberg, wo sie im Gemeinderat die SPD-Fraktion leitet.

*

Morgen feiert der Journalist **Axel Seeberg** in Kellinghusen im Kreis Steinburg seinen 80. Geburtstag. Seeberg ist als Begründer und Chefredakteur der in Hamburg erscheinenden Evangelischen Wochenzeitung „Sonntagsblatt" – seit 1967 „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" – bekannt geworden. Zusammen mit dem damaligen hannoverschen Landesbischof **Hanns Lilje** und dem späteren WELT-Chefredakteur **Hans Zehrer** hatte Seeberg noch vor der Währungsreform 1948 mit dem Aufbau des „Sonntagsblatt" begonnen. Von 1954 bis 1969 war Seeberg Chefredakteur des Blattes.

VERÄNDERUNGEN

In das neue Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk wird der FDP-Bundestagsabgeordnete **Karl-Hans Laermann**, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie, berufen werden. Er ist Nachfolger der ausscheidenden FDP-Politikerin **Hildegard Hamm-Brücher**. Für den ausscheidenden früheren SPD-Minister **Volker Hauff** kommt Forschungsminister **Heinz Riesenhuber** in das VW-Kuratorium. Als neues Mitglied des Kuratoriums ist der Kölner Politologe Professor **Peter Graf Kielmansegg** im Gespräch. Im Kuratorium bleiben der bisherige Vorsitzende **Werner Remmers**, CDU-Fraktionsvorsitzender im niedersächsischen Landtag, der niedersächsische Wissenschaftsminister, **Johann-Tönjes Cassens**, und der VW-Vorstandvorsitzende **Carl H. Hahn**.

*

Die Mitglieder des Comité des Constructeurs Automobiles du Marché Commun (CCMC) haben in Mulhouse in Frankreich unter der Leitung von Präsident **Jean-Paul Parayre**, Vorsitzender des Vorstandes der Peugeot S. A., den neuen Präsidenten des CCMC gewählt. Es ist der Vorsitzende des Vorstandes der BMW AG, **Eberhard von Kuehnheim**.

Vom exzellenten Gospelsänger zum populären Schlagerstar: Ray Charles

Jubel für ein winziges Quentchen Blues

Er mag es ganz und gar nicht, wenn plötzlich eine fremde Hand nach der seinen greift. Deshalb läßt er sich von einem Freund die Hand führen. Seine seltenen Interviews gibt er am liebsten im eigenen Studio. Dort, wo er jeden Quadratzentimeter kennt. Dann überkommt ihn nicht die Unsicherheit des Blinden unter den Sehenden.

Denn mit Blindheit geschlagen seit dem siebenten Lebensjahr – das ist für Ray Charles kein Thema, jedenfalls keines, *das augenfällig vornanstehen sollte.* Blindheit – das war für den Blues- und Gospelsänger Ray Charles allenfalls der Nährboden, auf dem er seine Branche, einschließlich der musikalischen Grauzone, in Grund und Boden röhrte: vorwiegend mit der eigenen Stimme, mitunter mit dem Saxophon.

Der 1930 oder 1932 geborene Ray Charles (so genau weiß das niemand) erhielt seinen ersten Musikunterricht in der Blindenschule von San Augustin in Florida. Mit 15 Jahren – da war er bereits Vollwaise – spielte er erstmals in einer Band. Zu Beginn der 50er Jahre scharte der Sänger, Pianist, Organist, Saxophonist und Trompeter eine Gruppe von sieben Musikern um sich. Mit dieser Gruppe, so erzählt man sich, gelang es ihm mit seinem Hit „I Got a Woman" erstmals, die Ausdrucksmittel von Blues und Gospelsong zu vereinen – Elemente, die zuvor als unvereinbar galten.

Ob Blindheit eine ganz besondere Schiene für ausdrucksstarken Blues, Soul oder Gospel sei, ist Ray Charles einmal gefragt worden. Blinder Neger mit Klampfe, nein, so etwas ginge nicht, hat er darauf geantwortet. Ein solches Bild vermittele allzu vielen Hilflosigkeit.

Sein bislang erfolgreichster Epigone, der einstige „The 12 Year Old Genius" Stevie Wonder, hat so geantwortet: „Die Unfähigkeit zu kommunizieren ist schlimmer, als verkrüppelt oder taub zu sein. Denn wenn du nicht kommunizieren kannst, bist du verloren. Dann bist du wirklich behindert, weil du dich nirgendwo mehr hinbewegen kannst."

Wonder geht sogar noch einen Schritt weiter. Er bezeichnet seine Blindheit als „Gottesgabe", die ihm die Türen ins Innere, in ein schillerndes Reich fantastischer Klänge geöffnet habe.

Ist es das, was Sänger wie Ray Charles oder Stevie Wonder in die einsamen Höhen empfindsamen Souls geführt haben? Im Falle des 54jährigen Ray Charles war das mal so – aber lang, lang ist's her: Vor 25 Jahren war's, als Charles noch handfesten Blues sang, als er Töne unterdrückte und damit Spannung schuf. Als seine Schreie, gleichsam Spitzentöne, davon kündeten, daß unter der hörbaren Schicht wenigstens acht Neuntel unterdrückt blieben. Als er noch Gospelmusik an der Orgel so zelebrierte, als sei es das allerletzte *Hochamt. Ein schwarzes Hochamt* in Albany in Georgia.

Aber das ist ja das ganze Elend! Aus dem Bluessänger und Jazz-Pianisten Ray Charles wurde ein Star, einer, der im glitzernden Smoking am weißen Flügel rockt und den ein mit Flitter behängter Damenchor nachäfft: Hey, man. Einer, dem sie noch immer Kränze flechten, weil das bißchen Soul, das winzige Quentchen Blues und Gospel doch so verzückt jazzig klingt – für weiße Ohren. Und blind ist er ja obendrein und ach so hilflos ekstatisch schwingt sein eckiger Oberkörper über dem Mikrofon.

Ray Charles: A Man and His Soul – ZDF, 23.00 Uhr

Wenn die Weißen wüßten, wieviel Heroin und Disziplin das braucht, und noch mehr Heroin und Frauen und Vaterschaftsprozesse – und immer mehr Disziplin. Ray Charles mag es nicht, wenn urplötzlich auch eine fremde Hand nach der seinen greift …

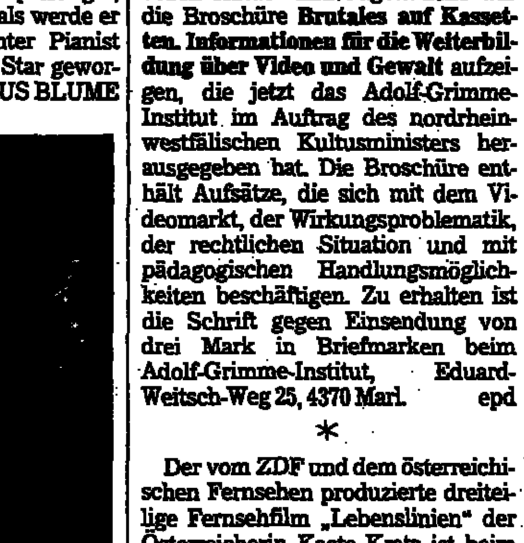
Um bei diesem Thema zu bleiben: Stevie Wonders Bekenntnis, daß Blindheit gerade für diese Art von Musik, bei der das Innerste nach außen gekehrt wird, eine „Gottesgabe" sei, hat Musikmanager oft erschreckt.

Freilich. Denn es ist ja nicht nur die auf der Bühne offen zur Schau gestellte körperliche Hilflosigkeit, die auch beim Publikum verblüffte Hilflosigkeit hervorrufen kann. Es ist *auch die spontane Ehrlichkeit,* mit der musiziert wird: Schließlich ist ja nie wichtig, was interpretiert, vielmehr wie phrasiert wird. Trotz eines Ray Charles, die amerikanischen Fernsehgesellschaften haben lange gezögert, Stevie Wonder in ihren Shows auftreten zu lassen.

Solcherart Antipathie hat den Jazz vor der ruinösen Ausblutung bewahrt. Denn beträchtlich ist die Zahl der blinden, überaus kreativ-konstruktiven Jazzmusiker, vor allem die der Pianisten. Und von Lennie Tristano, dem ersten wirklichen Free-Jazz-Musiker in den sechziger Jahren, spannt sich das Band bis heute. Was blinde Musiker, eingedenk des großen Tristano, in der bizarren Klangwelt des atonalen Jazz vollbringen, ist beängstigend gut.

Auch Ray Charles war einst ein begnadeter Blues- und Gospelsänger, und jahrelang schien es, als werde er seinen Weg als exzellenter Pianist machen. Doch er ist ein Star geworden.

KLAUS BLUME



Er zelebrierte Gospelmusik an der Orgel, als sei es das allerletzte Hochamt: Ray Charles FOTO: DPA

STUDIO

Neun Wochen lang werden WDR, NDR, SFB, RB und HR ab 2. Juli wieder ein **gemeinsames Sommersonderprogramm** gestalten, das jeweils um 20.00 Uhr mit der Tagesschau beginnt. Der Zusammenschluß der Dritten soll, neben der Möglichkeit, Personal- und Programmkosten einzusparen, auch „neue Formen der Programmgestaltung ausprobieren". So steht der 20. Juli ab 20.15 Uhr 185 Minuten lang im Zeichen des 20. Juli 1944; am 24. Juli werden einen Abend lang „Wege in die Zukunft" gewiesen: in Filmen und Diskussionen geht es um Orwells „1984" und das Jahr 2000. Wer sich für aktuelle oder historische Dokumentationen interessiert, findet u. a. jeden Dienstag um 20.15 Uhr die „Wanderungen durch die DDR". Mit Großbritannien beschäftigt sich die dreiteilige Reihe „Vom Empire nach Europa", und der Vierteiler „Die Internationale" informiert über die Geschichte der Kommunistischen Weltbewegung. Höhepunkt des Sommersonderprogramms ist Rainer Werner Fassbinders „Berlin Alexanderplatz". Der 15stündige Film wird an fünf *Abenden zwischen dem 27. August* und 2. September wiederholt. DW

*

Wege aus der allgemeinen Rat- und Hilflosigkeit angesichts eines wachsenden Konsums brutaler Videofilme durch Kinder und Jugendliche will die Broschüre **Brutales auf Kassetten. Informationen für die Weiterbildung über Video und Gewalt** aufzeigen, die jetzt das Adolf-Grimme-Institut im Auftrag des nordrhein-westfälischen Kultusministers herausgegeben hat. Die Broschüre enthält Aufsätze, die sich mit dem Videomarkt, der Wirkungsproblematik, der rechtlichen Situation und mit pädagogischen Handlungsmöglichkeiten beschäftigen. Zu erhalten ist die Schrift gegen Einsendung von drei Mark in Briefmarken beim Adolf-Grimme-Institut, Eduard-Weitsch-Weg 25, 4370 Marl. epd

*

Der vom ZDF und dem österreichischen Fernsehen produzierte dreiteilige Fernsehfilm „Lebenslinien" der Österreicherin Kaete Kratz ist beim zweiten **Teleconfronto von Chianciano Terme** in der Toskana als beste Kurzserie ausgezeichnet worden. Der Preis für die beste Darstellerin ging an Eva Linder für die Hauptrolle in dem Fernsefilm. dpa







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Fußball-EM
Belgien – Jugoslawien
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Show ohne Schuh
Internationale Folklore
Die beiden Amerikaner Bill Ramsey und Don Paulin stellen heute vier grundverschiedene Interpreten vor. Die junge Münchnerin Regina Lindinger, die ihre Lieder selbst komponiert, die Amerikanerin Sahri Garbo Nilsen, Interpretin internationaler Folklore, den Gitarristen Jimmy Patrick und die norddeutsche Gruppe „Liederjan", die aktuelle Texte in alte deutsche Lieder verpackt.
16.55 Die Spielbude
17.30 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn / Parteien zur Europawahl
20.18 Wissen Sie es besser?!
Geschäftsaufgabe mit Überraschungen
Zum zehnten und letzten Mal können sich die Zuschauer heute an dem fröhlichen Ratespiel beteiligen. Das Gastwirtsehepaar Poller gibt seine bisherige Kneipe auf, da es sich ein *Restaurant kaufen* will. Aus diesem Grund veranstalten sie eine kleine Abschiedsfete, zu der sie einige Freunde einladen. Doch dann läuft alles schief. Wer ist nun schuld daran?
21.30 Pro und Contra
Europäische Gemeinschaft ohne nationales Veto
Leitung: Emil Obermann
22.30 Tagesthemen
23.00 Duett im Zwielicht
Komödie von Noël Coward
Mit Karl Schönböck, Ruth Pistor, Lola Müthel und Wolfgang Mascher
Regie: Richard Münch
Eine Aufführung der Neuen Schaubühne München
0.30 Tagesschau

ZDF

15.45 heute
15.50 Mickys Trickparade
Mit Bauchredner Fred Roby
In der neuen Ausgabe der Kindersendung versucht sich Pudel Mikky als Sänger, Popeye und Pluto verbringen in erstaunlicher Eintracht ihren Urlaub.
16.15 Hallo – Hotel Sacher … Portier!
Das Lämmchen
Als Chefportier Huber aus seinem Urlaub zurückkehrt, erwarten ihn sofort neue Schwierigkeiten. Frau Wernike, ein Gast des Hotels, ist irrtümlich von der Polizei festgenommen worden. Zwar gelingt es Oswald Huber, dieses Mißverständnis aus der Welt zu schaffen, doch da muß er der Frau gleich wieder behilflich sein …
17.00 heute
17.05 Fußball-Europameisterschaft
Deutschland – Portugal
Live-Übertragung aus Straßburg
Reporter: Eberhard Figgemeier
19.00 heute
19.30 Drei Tage vor der Wahl
Ein Gespräch mit Spitzenpolitikern
Leitung: Reinhard Appel
21.00 Sport aktuell
Fußball-Europameisterschaft
Rumänien – Spanien
Aufzeichnung aus St. Etienne
Reporter: Günter-Peter Ploog
Dazw. 21.45 Uhr: heute-journal
23.00 Ray Charles – A man and his soul
Zum 40. Bühnenjubiläum
Konzert in Los Angeles
Seit 40 Jahren steht der „Vater der Soulmusik" nun auf der Bühne. Anläßlich dieses Ereignisses trafen sich so bedeutende Musiker wie Joe Cocker, Smokey Robinson, Stevie Wonder, Johnny Cash und andere zu einem Konzert in Los Angeles.
24.00 heute



Carlotta (Lola Müthel) will sich bei dem Schriftsteller Sir Hugo (Karl Schönböck) dafür rächen, daß er ihr vor vierzig Jahren Liebe nur vorgespielt hat (Duett im Zwielicht – ARD, 23.00 Uhr). FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Wo, bitte, geht's zur Front?
Amerikanischer Spielfilm (1970)
Mit Jerry Lewis u. a.
21.45 Max Ernst und die deutsch-französische Freundschaft
Von Heribert Bondiau
22.15 Der bittersüße Untergang
Die letzten Tage vor dem Ersten Weltkrieg
23.00 Tips für Leser
Sommerlektüre
23.45 Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Briefmarken – nicht nur für Sammler
18.45 Topfguckers Abenteuer
19.15 Macht aus alten Zeiten
Sudan
20.00 Tagesschau
20.15 Der Strohmann
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Woody Allen u. a.
Regie: Martin Ritt
21.45 Bücherjournal
22.30 187. NDR-Jazzworkshop (2)
23.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Lord Schmetterhemd (2)
19.00 Das Abkommen
Mit Judy Loe, Michael Culver u. a.
Regie: Paul Annett
19.50 Mozart-Fest live aus der Alten Oper
Mit Anne-Sophie Mutter (Violine) und dem Chamber Orchestra of *Europe*
Leitung: Sir Georg Solti
In der Pause: Drei aktuell
22.15 Alcatraz (2)

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Antony and Cleopatra
Trauerspiel von William Shakespeare
(in englischer Sprache)
Mit Colin Blakely, Jane Lapotaire, Esmond Knight u. a.
Regie: Jonathan Miller

BAYERN

18.15 Wegweiser Erziehung
18.45 Rundschau
19.00 Stahlnetz
20.25 Mickey McGuire
20.40 Z. E. N.
20.45 Der neue Bischof von Eichstätt
Gespräch mit Bischof Dr. Karl Braun
21.30 Rundschau
21.45 Fellinis Roma
Italienisch-französischer Spielfilm (1971)
Regie: Federico Fellini
23.40 Rundschau

Am 8. Juni 1984 verstarb Herr

Dipl.-Ing.

Georg Friedrich Hohmann

Der Verstorbene gehörte 29 Jahre der Mobil Oil AG an und hat sich in dieser Zeit auf seinem Fachgebiet weltweit Anerkennung erworben.

Wir verlieren in Herrn Hohmann einen menschlich vorbildlichen Mitarbeiter, dessen Erfahrung und fachkundiger Rat allseitig geschätzt wurden.

In großer Trauer nehmen wir von ihm Abschied.

Wir werden ihn stets in ehrender Erinnerung behalten.

Mobil Oil AG

Die Beisetzung fand in Düsseldorf im engsten Familienkreis statt.

Die Fritz Thyssen Stiftung betrauert den Tod des Mitglieds ihres Kuratoriums

Prof. Dr. Dr. hc. Julius Speer

Er hat dem Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung von 1964 bis 1975 und seither dem Kuratorium der Stiftung angehört, dem ihr zu großem Dank verpflichtet ist. Sein Einsatz und sein wertvoller Rat werden unvergessen bleiben.

Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Vorstand
der
Fritz Thyssen Stiftung

Köln, 12. Juni 1984

Statt Karten

Am 23. Mai 1984 entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater

Wilhelm Koch

Oberstudienrat i. R. Kapitän

im 81. Lebensjahr.

In stiller Trauer
Ehrentraud Koch
Dr. Klaus Koch und Frau Gisela
Angela und Thomas
Dr. Henry Koch und Frau Hannelore
Heinrich Koch, Sydney/Australien

2 Hamburg 60, Suhrsweg 6

Die Trauerfeier findet auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis in Varel/Oldenburg statt.
Bitte keine Beileidsbesuche.

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

SCHWIMMEN

Gericht soll Kühlem nominieren

dpa, Hamburg

Muß das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nun auch noch in den Sportbereich eingreifen? Der SV Rhenania Köln jedenfalls hält es für verfassungswidrig, daß sein Schwimmer Wilfried Kühlem nach den Meisterschaften in München vom Deutschen Schwimm-Verband (DSV) nicht für das Olympia-Team vorgeschlagen worden ist. In einer gestern veröffentlichten Erklärung des Vereins heißt es: „In dem für Verbände *geltenden Recht ist* der Verfassungsgrundsatz der Gleichbehandlung wesentlicher Bestandteil. Diesen Grundsatz hat der DSV mindestens grob verletzt."

Kölns Trainer Gerhard Hetz hält es für ungerecht, daß der DSV den Bonner Andreas Schmidt, der über 100 Meter Freistil (52:18 Sekunden) nur Fünfter wurde, als Staffel-Schwimmer für Los Angeles vorgeschlagen hat, den drittplazierten Kühlem (51,98) aber nicht mitnehmen will. „Diese Entscheidung des DSV verstößt gegen das Gleichbehandlungsprinzip", erklärte der frühere Weltklasseschwimmer. Mit einer einstweiligen Verfügung, die morgen beim Landgericht München eingereicht werden soll, wollen die Kölner die Olympia-Nominierung von Kühlem durchsetzen.

Herren-Bundestrainer Manfred Thiesmann (Warendorf) wies die Vorwürfe von Hetz zurück: „Gerade er, der seine Schützlinge immer mit besonders strengen Maßstäben mißt, sollte realistisch sein." Kühlem wie Schmidt hätten eine äußerst bescheidene Zeit erreicht. Aber Schmidt, so der Bundestrainer, habe sich durch seine beständigen Leistungen den Vertrauensbonus verdient.

NACHRICHTEN

Deutscher Ausrüster

Los Angeles (dpa) – Die deutsche Firma Uhlmann übernimmt die technische Ausrüstung der olympischen Fecht-Wettbewerbe. Ursprünglich war die sowjetische Firma Glawsportprom vorgesehen. Nach dem Olympia-Boyott schickte das Organisations-Komitee die bereits nach Los Angeles transportierten Geräte zurück.

Lendl an der Spitze

Paris (sid) – Der Tschechoslowake Ivan Lendl hat durch seinen Sieg bei den Internationalen Tennismeisterschaften von Frankreich in Paris die Spitze der Grand-Prix-Wertung übernommen. Zweiter ist Jimmy Connors vor John McEnroe (beide USA). Bei den Damen belegt Claudia Kohde (Saarbrücken) Platz sechs. Es führt Chris Evert-Lloyd vor Martina Navratilova (beide USA).

Ilg sagte ab

Fürth (sid) – Patriz Ilg (Fürth) hat für den Leichtathletik-Länderkampf am Wochende in Hannover abgesagt. Der Weltmeister über 3000 m Hindernis kuriert zur Zeit noch eine Virus-Erkrankung aus. An den Olympischen Spielen wird Ilg teilnehmen.

Turn-Entscheidung

Lyss (dpa) – Die olympischen Turn-Wettbewerbe in Los Angeles werden ohne osteuropäische Kampfrichter stattfinden. Als Oberkampfrichter werden jedoch Funktionäre aus den Technischen Komitees der Boykott-Länder eingesetzt.

Ohne Norbert Koof

Aachen (sid) – Die deutsche Springreiter-Equipe für das internationale Turnier in Aachen (19. bis 24. Juni) wurde ohne Weltmeister Norbert Koof (Willich) benannt. Die Mannschaft bilden Schockemöhle, Ligges, Meyer zu Bexten und Sloothaak.

Dubielzig im Finale

Athen (sid) – Thomas Dubielzig (Halbfliegen-Gewicht) hat als erster Boxer des Deutschen Amateurboxverbandes (DABV) das Finale des Akropolis-Turniers erreicht.

ZAHLEN

FUSSBALL

Aufstiegsspiel zur 2. Liga, Gruppe Nord: FC St. Pauli – FC Bocholt 1:0 (0:0).

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Brighton (203 000 Dollar), Einzel, erste Runde: McEnroe – Davis (beide USA) 7:6, 6:2, Shiras (USA) – Lendl (CSSR) 7:5, 6:3, Connors (USA) – Mitton (Südafrika) 6:3, 4:6, 6:3, Van t'Hof (USA) – Noah (Frankreich) 4:6, 6:3, 1:1/Noah aufgegeben.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 433 009,70, 2: 114 640,70, 3: 8827,50, 4: 137,00, 5: 9,90. – **Toto: Elferwette:** Klasse 1: 4368,10, 2: 163,10, 3: 14,20. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 1 210 161,00, 2: 79 825,40, 3: 1222,00, 4: 29,80, 5: 4,20. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 44,00, 2: 10,30, Rennen B: Klasse 1: 188,10, 2: 36,10. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 6 379 657,30. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Deutschlands EM-Start gegen Portugal – Belgien bezwang Jugoslawien 2:0

● Heute greift die deutsche Fußball-Nationalmannschaft zum ersten Mal in das Turnier der Europameisterschaft ein. Stuttgarts Abwehrspieler Karl-Heinz Förster: „Endlich geht es los. Ich spüre meine Nervosität wie immer bei einem Kribbeln im Bauch." Nervosität also? Trainer Derwall und seine Spieler haben nur etwas Angst vor einer Defensiv-Taktik der Portugiesen. Derwall: „Das erste Spiel muß gewonnen werden, daher kommt auch der Druck, der auf den Spielern lastet.

● Die deutsche Mannschaft beginnt heute in der Aufstellung, die beim 1:0-Sieg über Weltmeister Italien in der ersten Halbzeit spielte. Das bedeutet: Der Stuttgarter Buchwald ist ebenso dabei wie Brehme aus Kaiserslautern und der Hamburger Rolff, der in den letzten Tagen an einer Darmgrippe litt und dessen Einsatz fraglich erschien. Diese drei Spieler haben noch nie an einer Welt- oder Europameisterschaft teilgenommen. Auch dabei bleibt es: Kapitän Rummenigge spielt im Mittelfeld.

Die Mannschaftsaufstellungen

Nummer 1 Schumacher
(30 Jahre/48 Länderspiele/1. FC Köln)

5 B. Förster (28/30/Stuttgart) – **15 Stielike** (29/38/Madrid) – **4 K.-H. Förster** (25/58/Stuttgart) – **2 Briegel** (28/50/Kaiserslaut.)

6 Rolff (24/10/Hamburg) – **18 Buchwald** (23/1/Stuttgart) – **11 Rummenigge** (28/75/München) – **7 Brehme** (23/5/Kaiserslaut.)

9 Völler (24/15/Bremen) – **8 Allofs** (27/29/Köln)

Portugal: 1 Bento (35/46) – 10 Lima Pereira (31/10) – 9 João Pinto (22/7), 11 Eurico (28/27), 17 Alvaro (23/5) – 7 Carlos Manuel (26/24), 19 Diamantino (24/6), 15 Pacheco (25/9), 4 Chalana (25/23) – 3 Jordão (31/34), 6 Gomes (27/26) oder 8 Veloso (27/5). – **Schiedsrichter:** Romualdas Juschka (UdSSR).

● Durch ein Tor Michel Platinis gewann Frankreich in Paris das EM-Eröffnungsspiel gegen Dänemark mit 1:0 (0:0). Nach einem Zusammenprall erlitt der Däne Allan Simonsen einen Bruch des linken Schienbeins. Wegen einer Tätlichkeit an dem Dänen Jesper Olsen stellte Schiedsrichter Volker Roth den Franzosen Amoros vom Platz. Frankreichs Trainer äußerte den Verdacht, Roth habe damit die französische Mannschaft für ein mögliches Finale gegen Deutschland schwächen wollen.

Zuversicht, aber auch Nervosität. Briegel denkt an Algerien . . .

ULRICH DOST/DW. Paris

Es geht los. Und im Trainingsquartier der deutschen Fußball-Nationalmannschaft ist nicht so recht auszumachen, ob nun vor dem Spiel in Straßburg gegen Portugal (17.15 Uhr) Erleichterung oder Nervosität herrscht. Hans-Peter Briegel denkt an unselige Zeiten zurück: „Ich habe in den letzten Tagen oft an Algerien gedacht." Gegen Algerien hatte die deutsche Mannschaft ihr erstes Spiel bei der Weltmeisterschaft 1982 in Spanien 1:2 verloren. Briegels Konsequenz deshalb: „Wir müssen nur diszipliniert spielen, dann wird nichts passieren." Ein wenig nach Unsicherheit klingt das schon. Auch Jupp Derwall hat festgestellt, daß seine Spieler nicht mehr ganz so munter und unbeschwert durch den Park von St.-Germain-en-Laye laufen. Aber er sagt: „Das muß so sein. Und außerdem haben die Spieler gestern beim Eröffnungsspiel gemerkt, daß die anderen auch nicht gerade unbezwingbar sind."

Es geht also los. Karl-Heinz Förster bemerkt es an „einem mir wohlbekannten Kribbeln im Bauch", Kapitän Karl-Heinz Rummenigge geht mit seinen Gefühlen vor dem Start sogar ganz hoch hinaus: „Alles andere als der Einzug ins Halbfinale wäre eine Blamage. Für unser Selbstbewußtsein muß daher ein Sieg her, egal wie. Unsere Vorbereitung war ideal – jetzt muß uns nur noch der liebe Gott helfen!"

Darüber, daß die Vorbereitung auf dieses Europameisterschafts-Turnier trotz der Eskapaden von Lothar Matthäus und Hans-Günter Bruns vor dem Abflug nach Frankreich weitaus besser war als vor der Weltmeisterschaft in Spanien, sind sich alle einig. Jupp Derwall: „Wir haben alles getan, was möglich war, wir haben die beste Mannschaft auf die Beine gestellt, die uns nach Schusters Ausfall zur Verfügung steht. Was nun herauskommt, muß man abwarten." Dieser Schuß Skepsis bezieht sich vor allen Dingen auf das Spiel gegen Portugal. Der Bundestrainer vermag die Taktik des ersten Gegners nicht genau vorherzusagen. Er glaubt: „Wahrscheinlich werden sie versuchen, einen Punkt zu holen. Auf ein 0:0 werden sie aus sein. Damit hätten sie dann uns den schwarzen Peter zugeschoben. Nun schlagt mal schön die anderen, werden sie sich dann sagen, wir werden die anderen auch schlagen müssen, aber wir haben dann eine bessere Ausgangsposition. Das Fazit ist einfach: Die ersten Spiele in einem solchen Turnier müssen einfach gewonnen werden. Und genau daraus entsteht der Druck, unter dem auch die Franzosen in ihrem Spiel gegen Dänemark gelitten haben."

In der Mannschaftssitzung vor dem Spiel will Jupp Derwall heute deshalb eine „vorsichtige Offensive" als Marschroute ausgeben – trotz oder gerade wegen der voraussichtlich defensiven Grundeinstellung der Portugiesen. Libero Uli Stielike teilt die Sorgen des Bundestrainers: „Ich habe einigen Bammel vor der Defensive der Portugiesen. Ihre Abwehr wird sehr schwer zu knacken sein."

Bei der Ankunft im Hotel Diana in Molsheim, in dem die deutsche Nationalmannschaft schon im April vor der 0:1-Niederlage gegen Frankreich wohnte, fanden Derwall und sein Assistent Horst Köppel einen schriftlichen Bericht ihres Kollegen Berti Vogts vor, der Portugal am letzten Samstag beim 2:1 in Luxemburg beobachtet hatte. Der Junioren-Trainer des Deutschen Fußball-Bundes schlägt in diesem Bericht vor, den Hamburger Wolfgang Rolff gegen den portugiesischen Spielmacher Chalana in enger Manndeckung spielen zu lassen. Doch gerade Rolff war in den letzten Tagen der Spieler, an dem sich Zweifel wegen seiner körperlichen Fitneß knüpften. Er hatte offensichtlich die harte Bundesliga-Saison am wenigsten verkraftet, eine Darmgrippe kam hinzu. Gestern aber sagte Derwalls Assistent Köppel: „Wolfgang fühlt sich stark genug, diese Aufgabe zu erfüllen, also werden wir sie ihm wohl übertragen."

Damit sind die letzten Bedenken an der Mannschaftsaufstellung beseitigt. Es beginnt die Formation, die beim 1:0-Sieg über Italien in Zürich in der ersten Halbzeit spielte.

Ihren Optimismus saugen die deutschen Spieler vor allem aus ihren Beobachtungen während des Eröffnungsspiels in Paris. Andreas Brehme sagt: „Ich denke, was wir gesehen haben, das können wir auch spielen." Uli Stielike: „Das war nichts besonderes. Wir sind stärker, wenn unsere Sturmspitzen in Form sind." Jupp Derwall mag das nicht so recht gelten lassen: „Bei unserer 0:1-Niederlage gegen die Franzosen in Straßburg waren sie schneller, bissiger, ideenreicher. Das waren noch nicht die Franzosen, die wir kennen."

Es gibt halt noch Fragen, die sich erst heute beantworten lassen. Kann Klaus Allofs an seine großartige Bundesliga-Saison anknüpfen und mit Völler die erhoffte gefährliche Doppelspitze bilden? Kann Rummenigge in seiner neuen Rolle zugleich Anspielstation, Dirigent und Vollstrecker sein? Vor allem aber: Wozu sind hinter und neben dem Kapitän die noch unerfahrenen Buchwald, Brehme und Rolff fähig? Alle drei haben noch nie an einer Welt- oder Europameisterschaft teilgenommen. Nervosität ist bei ihnen gleichsam programmiert. Außerdem haben sie es besonders schwer, weil ihre Gegenspieler im Mittelfeld durchaus die technischen Fähigkeiten der Brasilianer erreichen können.

Mindestens 25 000 Zuschauer machen den deutschen EM-Auftakt im ausverkauften Mainau-Stadion von *Straßburg (50 000 Zuschauer) fast zu* einem Heimspiel. Vor allem Torwart Harald Schumacher wird dies deutlich spüren. Am 18. April bekannte er nach dem Spiel gegen Frankreich: „Ich hatte Angst." Dennoch bestand er damals die Feuerprobe in feindseliger Atmosphäre mit Feuerwerkskörpern und Wurfgeschossen aller Art, erwarb sich mit Nervenstärke und großartigen Paraden auch den Respekt der französischen Presse, für die er nach seinem Zusammenprall mit Battiston bei der Weltmeisterschaft als Grobian gegolten hatte. Heute sagt Schumacher: „Wenn ich die Reaktionen der Leute hier richtig deute, haben sie die ganze Sache nun ebenso abgehakt wie Battiston und ich."



Aufregung um Schiedsrichter Volker Roth aus Salzgitter: Roth hatte den Franzosen Manuel Amoros (links) nach einer Tätlichkeit vom Platz gestellt. Am Samstag gegen Belgien wird Amoros nicht spielen dürfen. FOTO: AFP

Scifo – schon mit 18 Jahren ein Spielmacher

DW. Lens

Vor 45 000 Zuschauern gewann Belgien das Europameisterschaftsspiel gegen Jugoslawien in Lens mit 2:0 (2:0). Die Belgier spielten überraschend offensiv. Die Jugoslawen konnten nur in der ersten Halbzeit mithalten. Die Tore erzielten Erwin Vandenbergh in der 28. Minute und Georges Grun kurz vor dem Halbzeitpfiff.

Dieses Spiel war die Sternstunde eines 18jährigen: Vincenzo Scifo. Der Sohn italienischer Gastarbeiter, geboren in Lalouviere in den belgischen Ardennen, hatte erst wenige Tage vor dem Europameisterschafts-Turnier in Frankreich einen belgischen Pass erhalten. In Lens gegen Jugoslawien bestritt Scifo sein zweites Länderspiel. Der junge Mann vom RSC Anderlecht, bei dem er seit einem Jahr einen Profi-Vertrag hat, entpuppte sich in der völlig umgekrempelten belgischen Nationalmannschaft als souveräner Spielmacher. Der bei Standard Lüttich tätige ehemalige deutsche Nationalspieler Horst Hrubesch: „Er kann mal ein ganz Großer werden."

Scifos weite Pässe, sein hervorragendes Spiel auf engem Raum, sein ungemeines Selbstbewußtsein und sein Kampfgeist in der zweiten Halbzeit rissen die belgischen Fans unter den 45 000 Zuschauern zu begeisterten „Scifo, Scifo-"Rufen hin.

Scifo – ein Spielmacher gleich beim ersten Europameisterschaftsspiel, so etwas hatte der Vize-Europameister nötig, nachdem durch den Skandal um Standard Lüttich und Thor Waterschei die Mannschaft fast völlig neu aufgestellt werden mußte. Davon profitierte auch der 22jährige Georges Grun, ebenso wie Scifo im ersten Jahr Profi beim RSC Anderlecht. Er erzielte gleich bei seinem ersten Einsatz für Belgien sein erstes Länderspieltor. Grun war in die Mannschaft gekommen, weil der erfahrene Michel Renquin (28) von Servette Genf noch für seinen Klub in der Schweiz spielen muß.

Piontek verschwieg Simonsens Beinbruch

DW. Paris

Das Unglück schockierte eine ganze Nation. In Dänemark war der Schienbeinbruch von Allan Simonsen im Eröffnungsspiel gegen Frankreich (0:1) in Paris auch einen Tag danach das Gesprächsthema Nummer eins. „Er ist der Liebling aller Fans. Nun dieses schreckliche Malheur. Wir fühlen mit ihm", sagt Dänemarks deutscher Trainer Sepp Piontek.

Zerstört wurde Allan Simonsens EM-Traum in der 43. Minute, als der 1,65 m kleine und 59 Kilogramm leichte Däne auf den 1,90 Meter großen und 84 Kilogramm schweren französischen Abwehrspieler Yvon Le Roux traf. Als beide nach dem Ball grätschten, war bis auf die Tribüne zu hören, wie das vom Fuß des Franzosen getroffene linke Schienbein des Dänen brach. Simonsen wollte Le Roux bei diesem Zweikampf jedoch keine Böswilligkeit unterstellen. „Ein Unglück, es war ein Unglück. Das war ein Unglücksfall," sagte er wenige Stunden nach dem Zusammenprall im Fock-Hospital von Paris.

Allein diese Aussage beweist, daß Allan Simonsen (Piontek: „Für uns ist er so unersetzlich wie Rummenigge für Deutschland und Platini für Frankreich") stets höchstes Ansehen genoß. In Mönchengladbach hat Europas „Fußballspieler des Jahres 1977" nur Freunde hinterlassen, ebenso in Barcelona als Schütze des Siegtores im Europacup-Finale 1982 gegen Standard Lüttich. Im entscheidenden EM-Qualifikationsspiel gegen England in London verwandelte Simonsen einen Elfmeter zum Siegtor. Endlich erreichte er mit der dänischen Nationalmannschaft ein großes Ziel. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Frankreich meinte Simonsen: „Wenn es hier bei der EM gut läuft, dann möchte ich auch noch bei der WM 1986 in Mexiko dabeisein."

Doch dann kam für den 32jährigen das Aus in Paris noch vor dem ersten Halbzeitpfiff. Piontek: „Ich bin gleich von der Bank in die Kabine gerannt und habe allen den Mund geschlossen. Keiner durfte sagen, daß Allan ein Bein gebrochen hatte. Das wäre für die anderen Spieler ein Schock gewesen. Als wir zur zweiten Halbzeit hinausgingen, wußten vielleicht ein, höchstens zwei Spieler, was mit Allan wirklich los war." Mannschaftsarzt Dr. Rasmus Bach-Andersen: „Mindestens fünf Monate Pause wird es für ihn geben, aber Allan wird kämpfen. Ich hoffe, er kommt wieder."

Der operative Eingriff wurde gestern in Dänemark vorgenommen, auf Wunsch der Dänen. Es geschah in Aarhus, wenige Kilometer von Simonsens Heimatstadt Velje entfernt. Ein Rettungsflugzeug hatte ihn zwölf Stunden nach dem Spiel von Paris nach Dänemark geflogen. Piontek: „Es sieht nicht gut aus. Allan ist jetzt 32, und da fällt es sehr schwer, noch einmal neu anzufangen."

Simonsens Unfall und die Tätlichkeit des französischen Außenverteidigers Amoros aus Monaco drei Minuten vor Schluß – das erhitzte die Gemüter nach dem Spiel. Amoros hatte sich per Kopfstoß an dem Dänen Jesper Olsen für ein Foul revanchiert; Schiedsrichter Volker Roth (Salzgitter) stellte ihn daraufhin vom Platz. Der französische Trainer Hidalgo sagte zwar unmittelbar danach: „Der Platzverweis ist berechtigt", doch später äußerte er sich so: „Es ist schon verwunderlich, daß ausgerechnet ein Deutscher dieses Spiel leitet und uns zum Verzicht auf einen wichtigen Verteidiger zwang." Vor französischen Journalisten ließ Hidalgo durchblicken, in seinen Augen habe der deutsche Schiedsrichter durch den Feldverweis die französische Mannschaft schwächen wollen, weil sie nach Meinung von Experten wahrscheinlich Endspielgegner der Deutschen würde. Zum Foul des französischen Spielers sagte Hidalgo: „Ich bin stolz über die Einsatzbereitschaft meiner Spieler." Amoros muß mit einer Sperre für zwei Spiele rechnen

HEUTE

● **Gruppe 2:** Deutschland – Portugal, 17.15 Uhr in Straßburg. Rumänien – Spanien, 20.30 Uhr in St. Etienne.

● **Im Fersehen:** Im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) Originalübertragung aus Straßburg (ab 17.05 Uhr, Reporter Eberhard Figgemeier) und Aufzeichnung des Spiels in St. Etienne (ab 21.00 Uhr, Reporter Günter-Peter Ploog).

● **Mannschaften, Rumänien:** 1 Lung (27/19) – 3 Stefanescu (33/51) – 17 Zare (25/1), 6 Jorgulescu (28/29), 4 Ungureanu (27/24) – 2 Rednic (21/26), 10 Bölöni (31/73), 8 Klein (24/28), 11 Hagi (19/9) – 19 Gabor (22/24), 9 Gamataru (24/37). – **Spanien:** 1 Arconada (29/57) – 4 Maceda (27/18) – 2 Orquiaga (26/9), 5 Gioecoechea (27/18), 3 Camacho (29/48) – 7 Señor (25/15), 8 Victor (27/20), 10 Gallego (26/12), 6 Gordillo (28/49) – 9 Santillana (31/48), 11 Carrasco (25/21). – **Schiedsrichter:** Alexis Ponnet (Belgien). – Die Ziffern vor den Namen sind die für das gesamte Turnier feststehenden Rückennummern der Spieler. Mannschaftsaufstellungen des deutschen Spiels siehe am Kopf der Seite.

● **Rückblick: Deutschland** war Europameister 1972 (3:0-Finalsieg über die UdSSR) und 1980 (2:1 über Belgien in Rom), 1972 unterlag es im Finale in Belgrad der CSSR nach Verlängerung (2:2) und Elfmeterschießen (3:5). 1968 scheiterte es in der Qualifikation an Jugoslawien (Gruppensieger) und Albanien, 1960 und 1964 verzichtete der DFB auf eine Teilnahme. Für Frankreich qualifizierte es sich gegen Österreich, Albanien, die Türkei und Nordirland mit 11:5 Punkten nur durch die bessere Tordifferenz (15:5 zu 8:5) vor den punktgleichen Nordiren. – **Portugal** war nur 1960 an der Endrunde beteiligt, es unterlag im Viertelfinale Jugoslawien mit 2:1 und 1:5. Danach scheiterte es stets in der Qualifikation. Für Frankreich qualifiziert durch den Gruppensieg mit 10:2 Punkten vor der UdSSR (9:3), Polen (4:8) und Finnland (1:11). – Die bisherigen Spiele beider Mannschaften: Vier deutsche Siege, ein Unentschieden, ein portugiesischer Erfolg (1:0 am 23. 2. 1983 in Lissabon) bei 12:5 Toren für Deutschland. – **Rumänien** scheiterte 1960 an der CSSR (0:2/0:3) und 1972 an Ungarn (1:1/1:2) im Viertelfinale. Es qualifizierte sich für Frankreich als Gruppensieger (12:4 Punkte) vor Schweden (11:5), der CSSR (10:6), Weltmeister Italien (5:11) und Zypern (2:14). – **Spanien** war 1964 Europameister (2:1-Finalsieg über die UdSSR in Madrid) und scheiterte 1976 im Viertelfinale an Deutschland (1:1/1:2). Für Frankreich qualifiziert als Gruppensieger dank der besseren Tordifferenz (12:1-Sieg über Malta im letzten Spiel) vor dem punktgleichen Holland (beide 13:3), Irland (9:7), Island (3:13) und Malta (2:14).

● **Die Situation:** Rumänien und Spanien sind in ihrer Spielanlage ähnlich. Beide setzen auf die Defensive und verlassen sich auf die Konter-Taktik. Rumäniens Trainer Mircea Lucescu verzichtet auf seine besten Stürmer Coras und Augustin. Camataru ist sein einziger Stürmer, Santillana der einzige bei den Spaniern. Beide Teams sind durch Verletzungen geschwächt. Den Rumänen fehlen Balaci und Geolgau. Spaniens Trainer Miguel Muñoz muß ohne seinen Stürmer Rincon auskommen, der beim 12:1 im Qualifikationsspiel gegen Malta vier Tore erzielte.

STATISTIK

Frankreich – Dänemark 1:0 (0:0)

Frankreich: Bats (27 Jahre/8 Länderspiele) – Bossis (28/56) – Battiston (27/32), Le Roux (24/10) ab der 61. Minute Domergue (26/2), Amoros (23/22) – Fernandez (24/13), Tigana (28/29), Giresse (31/29), Platini (28/49) – Lacombe (31/35), Bellone (22/15). – **Dänemark:** Qvist (34/26) – Morton Olsen (34/63) – Busk (31/30), Nielsen (27/17) – Berggreen (26/16), Bertelsen (32/45), Arnesen (27/32) ab der 80. Minute Jesper Olsen (23/17), Simonsen (31/48) ab der 46. Minute Lauridsen (25/15), Lerby (26/38) – Laudrup (19/14), Larsen-Elkjaer (26/39). – **Schiedsrichter:** Volker Roth (Deutschland). – **Tor:** 1:0 Platini (78.). – **Zuschauer:** 48 370 (ausverkauft). – **Rote Karte:** Amoros (87).

Neubergers Worte zur falschen Zeit und Trainer Derwalls große Chance

Alles sollte besser werden: Seht her, wir haben wieder Ordnung in unser Denken und Handeln gebracht. Die Käseglocke wollten sie wieder lüften, unter der es nach Mißtrauen, Neid und Geheimniskrämerei stank. Heute, beim ersten Spiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft, sollte die Atmosphäre keimfrei sein. Und in ihr wollte sich mit Jupp Derwall ein Bundestrainer bewegen, der den Umgang mit der Presse wieder als einen Teil seiner Arbeit ansieht. Die Spieler wollten nicht mehr in der Sänfte getragen werden, weil sie begriffen hätten, daß Fußball ein Beruf ist, der auch Pflichten mit sich bringt.

Jupp Derwall hatte alles so schön geplant. Den Spielern hatte er aufgetragen, sich ordentlich zu benehmen. Er selbst wischte in den Trainingstagen im Pariser Vorort St.-Germain-en-Laye generös allen Zwist mit der Presse zur Seite, sprach von der „Stunde Null", auch wenn er inzwischen gelernt habe, „bei den Journalisten zu differenzieren".

Sein Chef aber, der Verbandspräsident Hermann Neuberger, gönnte ihm diese „Stunde Null" nicht. Derwalls eigene Firma, die ihm oft in der Vergangenheit zu Recht nicht den Rücken stärken konnte, warf ihm gerade jetzt auf dem Weg zu einer Wende wieder Knüppel zwischen die Beine. Eines nämlich machte Hermann Neuberger schon vor dem ersten Spiel in einem Interview deutlich: Der Vertrag mit Derwall wird nach der Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko nicht mehr verlängert. Derwall wird kein neues Angebot erhalten, also mit 58 Jahren wohl in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Der Bundestrainer hat im Vorfeld der Europameisterschaft auch erstmals durchblikken lassen, daß er gegen diese Regelung nichts einzuwenden habe.

Aber Neubergers Gedanken haben sich auch schon mit der nahen Zukunft befaßt, mit der Zeit direkt nach dem Titelkampf in Frankreich. „Es ist egal, wie Jupp Derwall die EM

STAND ● PUNKT

bschließt, mit oder ohne Titel, die Leute, die sich auf ihn eingeschossen haben, werden weiter keine Ruhe geben und weiter Theater machen." Wenn er so denkt, glaubt er auch an immer neues Theater für den Deutschen Fußball-Bund. Neuberger fürchtet seit März, seit dem 2:1 gegen die UdSSR, einem der Tiefpunkte der Derwall-Ära, um die Zukunft des deutschen Fußballs.

Die Spieler konnten und können nicht begreifen, daß Hermann Neuberger noch vor dem ersten Spiel in Frankreich seine Gedanken in Worte faßte. Neue Unruhe durch Spekulationen (zum Beispiel Helmut Benthaus werde Derwalls Nachfolger), mehr nicht. Harald Schumacher: „Dieses Interview hätte er auch nach der EM geben können." Im übrigen, so Schumacher, sei es ihm egal, unter welchem Trainer er 1986 in Mexiko Weltmeister werde. Das sind neue Töne, sie zeigen aber das Selbstverständnis der Spieler.

Die Taktik im Deutschen Fußball-Bund ist jetzt deutlich geworden: Dem Bundestrainer soll das Gesetz des Handelns aufgezwungen werden. Er selbst soll entscheiden, was mit ihm bis 1986 geschieht. Derwall hat in den letzten Jahren sein Renommee eingebüßt, an seiner Persönlichkeit wurde gekratzt. Nun soll er seine Selbstachtung wiederfinden. Am besten gelänge dies mit einem Erfolg in Frankreich. Mit zwei gewonnenen EM-Titeln und einer Vize-Weltmeisterschaft ließe sich dann ruhig Abschied nehmen.

Die Spieler wissen das, sie werden auch für den Trainer spielen. Derwall hat zu erkennen gegeben, daß er das Ende seiner Karriere selbst bestimmen wolle. Diesen Wunsch will ihm Neuberger erfüllen, indem er die Position des DFB eindeutig umreißt. Nun ist Derwall am Zug. Und er präsentiert sich bislang in einer Stimmung, aus der sich herauslesen läßt, daß er selbst mit einem baldigen Ende rechnet. Nach dem, was er hinter sich gebracht hat, kann er sich nur deshalb so locker und unbeschwert geben, weil er das Ende seines Leidensweges vor Augen hat.

Mit ihm ist nach einem anfänglichen Stimmungshoch nie zart umgegangen worden. Seinen Führungsstil der „langen Leine" haben die Spieler bei der Mini-WM 1981 in Uruguay umfunktioniert, indem sie ihn an der langen Leine laufen ließen. Dann machte er den Fehler, den egozentrischen Breitner zurückzuholen, der bei der WM 1982 in Spanien das Chaos perfekt machte. Derwall, seiner Autorität beraubt, sah tatenlos zu.

Doch gerade in dieser Situation, gerade jetzt, hat Derwall die Chance, Persönlichkeit zurückzugewinnen: den Titel gewinnen, dann kann er auf seine Kritiker zeigen und lächelnd zuschauen, wie sein Nachfolger an ihm und seinen Erfolgen gemessen werden muß. Unwahrscheinlich ist das nicht. ULRICH DOST

Karajan lehnt Vorschlag von Diepgen ab

dpa, Berlin

Der Dirigent Herbert von Karajan hat gestern den vom Regierenden *Bürgermeister von Berlin, Eberhard* Diepgen, bekanntgebenen Lösungsvorschlag im Konflikt Karajan-Berliner Philharmoniker abgelehnt, in dem eine Beurlaubung des Intendanten Peter Girth vorgesehen war. Karajan betonte, daß er mit einer „derartigen Lösung nicht einverstanden sein kann". Der Sprecher des Berliner Senats, Winfried Fest, meinte dazu, die Erklärung des Dirigenten „überrascht den Senat keineswegs". Sie könne jedoch nichts an der Senatsentscheidung ändern, sich von dem Intendanten zu trennen.

Die Berliner Philharmoniker haben *gestern* beschlossen, den mit Karajan bestehenden „Bildtonträger-Verwertungsvertrag" fristlos zu kündigen. Anlaß zu diesem Schritt habe die Absage des Salzburger Konzertes durch Karajan gegeben. In diesem Fall habe die Selbstachtung der Philharmoniker Vorrang vor finanziellem Nachteil, heißt es in dem Beschluß. Karajan soll eine mit den Berliner Philharmonikern verabredete Aufnahme innerhalb des Medienvertrages storniert haben. Das Orchester beriet gestern in einer Vollversammlung die aktuelle Situation. Ein Sprecher des Vorstandes sprach von einer „sehr bewegten und lebendigen Versammlung" mit „ungeheuer großer Beteiligung und Solidarität" und nannte die beabsichtige Beurlaubung Girths „einen Ansatz für eine Lösung des Konflikts".

Kulturbauten im Regierungsviertel

dpa, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern vorgeschlagen, wo im Regierungsviertel künftig das geplante „Haus der Geschichte der Bundesrepublik", eine Kunst- und Ausstellungshalle sowie die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte" für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft stehen sollen. Während die ersten beiden Projekte im Bereich von Hauptverkehrsstraßen errichtet werden sollen, soll die Gedenkstätte im räumlichen Bezug zu den geplanten Erweiterungsbauten des deutschen Bundestages in der Gronau am Rhein errichtet werden.

SPD-Initiative zur Gesundheitspolitik

GISELA REINERS, Bonn

Rund ein Drittel des deutschen Waldes verkümmert, die Gesundheitsausgaben sind enorm gestiegen, die Lebenserwartung beginnt zu sinken. Nach Ansicht der SPD-Fraktion sind diese Folgen der Luftverschmutzung bisher nicht ernst genug bekämpft worden. Sie hat deshalb ein Arbeitspapier „Saubere Luft und Gesundheitsvorsorge" erstellt, dessen gesundheitspolitischer Teil im Bundestag eingebracht wurde.

Um vor allem die gesundheitlichen Schäden durch Luftverunreinigung zu vermeiden, werden generelle Luftreinhaltepläne nach dem Immissionsschutzgesetz gefordert. Zusätzlich sollen Forschung und Statistik für Risikogruppen im Zusammenhang mit anderen Belastungsfaktoren wie Streß und Wetter intensiviert werden. Für Krankheiten soll eine Meldepflicht eingeführt werden.

Man müsse auch weg vom Grenzwertdenken bei *der Schadstoffbelastung,* sagten der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Volker Hauff und sein Fraktionskollege Michael Müller. Die Belastungszeiträume dürften für die Zulässigkeit nicht mehr so lang sein und die Flächen nicht mehr so groß. Die Alarm-Werte für Smog sollten halbiert werden.

Wahlen am 17. Juni: FDP bangt um ihre Position

Kompliziertes Abstimmungssystem in Rheinland-Pfalz

Nea. Mainz

In zwei der elf Bundesländer brauchen die Politiker sich am 17. Juni über die Beteiligung an der Europawahl keine Sorgen zu machen. In Rheinland-Pfalz und im Saarland werden am selben Tag auch die Kommunalparlamente gewählt.

Wieviel das ausmacht, zeigten die Ergebnisse der Wahlen vor fünf Jahren. Schon damals fielen in Rheinland-Pfalz die beiden Wahlgänge zusammen – und mit 78,1 Prozent lag die Beteiligung an der Europawahl prompt um mehr als 12 Prozent höher als im Durchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf den Plakatwänden in Rhein*landpfalz dominiert die Europawahl* vor der Kommunalwahl. Diskutiert wird aber mehr über die Kommunalwahl, schon wegen des neuen, kom*plizierten Wahlsystems. Jeder Kom*munalwähler hat eine Listenstimme und sechs Personenstimmen, von denen er bis zu drei auf einen Kandida*ten vereinigen (kumulieren) kann.*

Also möglicherweise ein Chaos à la München? Dr. Manfred Unglaub, stellvertretender Landeswahlleiter, winkt ab: „Lange nicht so kompliziert wie dort." In den Städten hofft er noch am späten Wahlabend selbst, in den Gemeinden spätestens am Tage danach, auf Endergebnisse, zumal die Kommunalwahlurnen schon um 18 Uhr, also drei Stunden früher als die Europawahlurnen, geschlossen werden. Das Zeit-Splitting kam auf Forderung der Personalräte zustande: Die Stimmenzähler wollen früher fertig sein.

Schwierige Prognose

Prognosen sind schwierig. 1979 heimste die CDU in den 12 kreisfreien Städten und 24 Landkreisen 47,5 Prozent der Stimmen ein (SPD 42,2, FDP 6,9). *Das Ergebnis wurde damals als* überraschender Erfolg der Sozialdemokraten im Sog der Bonner Ereignisse gewertet, während die CDU gegenüber 1974 Verluste beklagte.

Eine Umfrage vom April 1984 scheint wiederum Gewichtsverlagerungen anzukündigen. Das vermutliche Wählerpotential(mit dem oben erwähnten Ergebnis von 1979 nur sehr bedingt vergleichbar) beträgt danach zur Zeit für die CDU 46 bis 47 Prozent, für die SPD 38 bis 39 Prozent. Für die Freien Demokraten beträgt es nur drei bis vier Prozent. Dafür liegen jetzt die Grünen, die vor fünf Jahren nur an einigen wenigen Orten kandidierten, landesweit bei vermuteten sieben bis acht Prozent.

Was dies für einzelne Stadtparlamente bedeuten würde, läßt sich nur ahnen. In der Landeshauptstadt Mainz könnte sich anstelle des heute ziemlich harmonisch regierenden Drei-Parteien-Magistrats (SPD, CDU, FDP) unter dem SPD-Oberbürgermeister Jockel Fuchs, der sich auf den Wahlplakaten volksnah Arm in Arm mit Marktfrauen, Kindern und Greisen präsentiert, durchaus das Gespenst einer rotgrünen Mehrheit abzeichnen. Schon wird hinter den Kulissen spekuliert, ob der fröhlich-populäre Jockel Fuchs (im Januar wird er 65) den dann auf ihn zukommenden Tanz mit dem unkalkulierbaren Partner überhaupt wagen oder vielleicht schon zwei Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit zurücktreten würde.

Erboste Winzer

Die CDU blickt sorgenvoll an die *Mosel, wo die erbosten Winzer* allgemein zum Boykott der Europawahl aufrufen, allerdings überall zur Abgabe der Kommunalwahlstimmen auffordern, was hier traditionell die CDU begünstigen würde.

Von fast existentieller Bedeutung sind Europa- und Kommunalwahl aber für die Freien Demokraten. 1983 flog die FDP aus dem rheinland-pfälzischen Landtag heraus. Auf kommunaler Ebene regiert sie – *neben dem* Bündnis in der Landeshauptstadt Mainz – noch in drei Landkreisen zusammen mit der CDU, in zwei ande*ren mit der* SPD. In Kaiserslautern und im Kreis Neuwied sind kommunale Bündnisse mit der FDP erst kürzlich geplatzt.

Die Stimmung im Lande, sagte der neue FDP-Landesvorsitzende Rainer Brüderle (als Wirtschaftsdezernent der Stadt Mainz durch die Ergebnisse der Kommunalwahl zumindest auf längere Sicht höchstselbst betroffen), sei durchaus positiv. Die Sache mit dem gescheiterten Bonner Amnestiegesetz habe „die Luft gereinigt".

Die Grünen in Rheinland-Pfalz haben ihr Wählerpotential in den letzten Jahren stark ausweiten können, obwohl sie im Gegensatz zu anderen Bundesländern hier weder als Organisation, noch in Gestalt einigermaßen profilierter Einzelpersonen aus ihrem bisherigen Nischen-Dasein herausgetreten sind.

*Die Umfragezahlen in Rheinland*pfalz zeigen, daß es hier selbst bei Kommunalwahlen offenbar nicht um Politiker, um konkrete Sachprobleme oder Bündnisfragen geht, sondern um einen allgemeinen, eher vagen Bundestrend, der die grüne Partei fast überall in die Rolle zumindest parlamentarischer Mitverantwortung emporhebt.

Genscher will nicht an die Spitze der EG-Kommission

Koalition offenbar über Biedenkopfs Kandidatur einig

dpa, Bonn

*Der FDP-Vorsitzende und Bundes*außenminister Hans-Dietrich Genscher will nicht neuer Präsident der EG-Kommission werden. Dies stellte *Genscher, der Anfang Juni auf dem* FDP-Parteitag in Münster zum letzten Mal als Parteichef kandidierte, am Mittwoch vor der Presse in Bonn zu *entsprechenden* Spekulationen klar.

Der Minister betonte, er würde es aber sehr begrüßen, wenn der Nachfolger des ausscheidenden Kommis*sions*-Präsidenten Gaston Thorn (Luxemburg) aus der Bundesrepublik käme. In Bonn zeichnete sich gestern ab, daß der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf als aussichtsreicher deutscher Kandidat für die am 1. Januar 1985 beginnende neue Präsidentschaft der EG-Kommission gilt. Genscher lehnte es jedoch ab, sich an diesen Personalspekulationen zu beteiligen. Der Minister räumte jedoch ein, es bestehe in der Bonner Koalition bereits Einigkeit darüber, wer der deutsche Bewerber für das Amt in Brüssel sein solle.

Zu den Chancen der FDP bei der Europa-Wahl vertrat Genscher die Ansicht, diese finde als typische „Europa-Partei" mit ihren Positionen wachsende Zustimmung und werde am Sonntag wieder deutlich mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten. Der Vorsitzende der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Bangemann, vertrat die Auffassung, weniger als fünf Prozent seien „vollkommen ausgeschlossen", mehr als die sechs Prozent bei der letzten Europa-Wahl aber möglich. 65 Prozent Wahlbeteiligung seien allerdings nicht erreichbar.

„Volksbefragung" und Wahlgesetz

Der rechtliche Rahmen für die Aktion der neuen Anti-NATO-Koalition ist genau abgesteckt

DETLEV AHLERS, Hamburg

„Die Friedensbewegungen mischen sich in diese (Europa-)Wahlen ein", heißt es auf einem Flugblatt des Hamburger Forums. Die Kirchengemeinden des Stadtteils Eimsbüttel werden gebeten, Helfer zur „Absicherung aller Wahllokale" zu stellen. Denn es soll eine „Volksbefragung" zur Stationierung der US-Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland geben. Das im vergangenen Herbst gesteckte Ziel, vor allen, etwa 58 000 Wahllokalen einen Umfragetisch aufzustellen, wird nach Auskunft des Bonner Koordinationsbüros allerdings nicht erreicht werden. Das Büro geht davon aus, daß vor etwa 15 000 Wahllokalen die Wähler mit dem Ziel angesprochen werden sollen, einen Stimmzettel für oder gegen die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missile – und damit aus der Sicht der Initiatoren für oder gegen „Abrüstung in Ost und West" – anzukreuzen.

Doch nicht in allen Ländern laufen die Vorbereitungen so reibungslos *wie in Hamburg, wo die Bezirksver*sammlung Eimsbüttel mit der Mehrheit der SPD und Grün-Alternativen die Bezirksamtsleiterin auffordert, „die Aktionen ... entsprechend den rechtlichen Möglichkeiten zu unterstützen", und der Senat dazu bemerkt: „Das Grundrecht der freien *Meinungsäußerung schließt* Meinungsumfragen – auch quasi-plebiszitären Charakters – mit ein."

In einem Brief an seine Mitglieder erläutert der Deutsche Städtetag den rechtlichen Rahmen:

- Artikel V des Grundgesetzes engt das Ermessen der Straßenverkehrsbehörden insoweit ein, daß die Genehmigung nur dann versagt werden darf, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist.
- Das Europa-Wahlgesetz verbietet jede Beeinflussung des Wählers im Wahlgebäude, auch durch Lautsprecherbeschallung von außen. Der freie Zugang muß gewährleistet sein, deswegen dürfen den Befragern genaue Anweisungen erteilt werden, welcher Abstand wovon zu wahren ist.
- Schulen und andere öffentliche Gebäude, die als Wahllokal benutzt werden, verlieren am Wahltag nicht ihre ursprüngliche „Widmung", so daß das Verbot politischer Tätigkeit etwa an Schulen – auch auf den Schulhöfen – am Wahltag grundsätzlich bestehen bleibt. Es kann Ausnahmegenehmigungen geben, ein Rechtsanspruch besteht darauf nicht, und selbst das gegenüber den „Friedensbewegten" immer verständnisvolle Hamburg läßt keine Umfragetische der „Volksbefragung" auf dem Schulgelände zu.

Politisch ist die „Volksbefragung" der Versuch, die Anti-NATO-Kräfte zu einer neuen Aktion zu einen. Aus *dem* „Friedensbündnis" *vom* Herbst 1983 sind inzwischen viele Kräfte, die eine einseitige Anti-US-Haltung ablehnen, ausgeschert. Das hat zum Ausstieg vor allem vieler Grünen und Alternativen geführt. Ihre Parteien rufen nicht mehr geschlossen zur Stimmabgabe bei der „Volksbefragung" auf, sie stellen sich nur entschlossen auf ihre Seite, wenn es gilt, Verwaltungen anzuprangern, die ihren Ermessenspielraum nicht so großzügig wie möglich handhaben.

Aus diesen Strukturveränderungen innerhalb der Bewegung ging der prosowjetische Flügel gestärkt hervor. Das wird deutlich auch in der „Friedensliste", die als Partei für das Europaparlament kandidiert, und zu deren Gunsten die DKP auf eine Kandidatur verzichtet hat. Ihre Zielsetzung ist identisch mit der der „Volksbefragung".

Diese wiederum wird unterstützt von den Jusos, begrüßt von der SPD-Spitzenkandidatin Katharina Focke. Parteichef Brandt will sich eintragen, wenn in seinem Wohnort Unkel bei Bonn eine Liste ausliegt. Auf dem Kongreß der „Falken" hatte Brandt seine *Sympathie* nicht verhehlt: „Wegen der unbestreitbaren Gefahr eines Weltkrieges werden sich viele von uns in die Listen eintragen." Das Hamburger „Volksabstimmungs"-Ergebnis wird übrigens ausgezählt im Hamburger Forum, und dessen Geschäftsstelle ist identisch mit den Räumen der DKP-nahen DFU.

Nachrüstungsdebatte in Den Haag

Parlament stimmt über Koalitionsbeschluß ab / Spekulationen über Abweichler

BODO RADKE/DW. Den Haag

Bis in die späten Abendstunden blieb es gestern im niederländischen Parlament ungewiß, ob es der Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberalkonservativen gelingt, eine Mehrheit für ihren bewußt unscharf formulierten und unterschiedlich interpretierten „Nachrüstungs"-Beschluß zu erhalten. Dieser Beschluß sieht vor, die Entscheidung über die Stationierung von atomaren US-Marschflugkörpern (Cruise Missiles) auf niederländischem Territorium bis November 1985 zu verschieben.

Das Rätselraten bezog sich auf die Zahl jener christlich-demokratischen Abgeordneten, die bei der Abstimmung ihrem Ministerpräsidenten *Ruud Lubbers die Gefolgschaft* versagen würden. Mindestens fünf christdemokratische Abgeordnete wollten nach den gestrigen letzten *Umfragen zusammen mit der linken* Opposition gegen eine Stationierung der Mittelstreckenwaffen stimmen. Parlamentarische Kreise rechneten sogar *mit einer Zahl* von sieben „*Dis*sidenten". Bei einer Mehrheit von nur vier Stimmen der Mitte-Rechts-Koalition des Christdemokraten Lubbers blieb offen, ob die sechs Vertreter dreier kleiner calvinistischer Oppositionsparteien mit ihren Stimmen die Regierung zu retten bereit wären, wenn sich in der Debatte zu viele Christdemokraten als „Abweichler" zu erkennen geben.

In Führungskreisen der Regierungsparteien wurde gestern mit einer klaren Mehrheit für die Vorlage des Kabinetts gerechnet, während sich Oppositionspolitiker zuversichtlich zeigten, die Vorlage zu Fall bringen zu können, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und vorgezogene Neuwahlen anzubahnen.

Am Vortage der Wahlen zum Europäischen Parlament hatte das Volk *der Holländer gestern ab 13 Uhr* durch die Direktübertragung der Haager Debatte Gelegenheit, sich Gedanken zu machen über die rhetori*schen Akrobatenkünste, mit denen* Spitzenpolitiker der beiden Regierungsparteien den gemeinsam getragenen Kabinettsbeschluß vom 1. Juni im Kernpunkt *unterschiedlich* interpretieren. Nach Darstellung von Premier Lubbers wird die in den NATO-Planungen vorgesehene Stationierung von 48 Cruise Missiles hinfällig, wenn sich am 1. November 1985 herausstellen sollte, daß sich die Zahl der sowjetischen SS-20-Raketen noch auf dem Stand vom 1. Juni 1984 befindet.

Der liberalkonservative Fraktions*chef Ed Nijpels wiederholte gestern* in der Plenardebatte, was er schon am Vortage im Verteidigungsausschuß gesagt hatte: Mit Blick auf die prinzi*piellen Kernwaffengegner in seiner* Partei baue Lubbers eine „hypothetische Situation" auf, die es angesichts des Rüstungstempos der Sowjets *nicht geben wird. Aber selbst in dem* unvorstellbaren Fall, daß sich die Zahl der SS-20-Raketen bis zum 1. November 1985 nicht erhöhe, dürfte *es keine automatische Absage* Hollands an das Nachrüstungs-Programm der westlichen Allianz geben. Dann müßte mit den NATO-Partnern *erneut* beraten werden. *Im übrigen* komme ihm das ganze so vor wie „ein Streit zwischen Ländern auf dem Weg in die Sahara, ob man einen Regenschirm oder einen Regenmantel mitnehmen solle". (SAD)

Bonn: Leidensgrenze ist erreicht

● Fortsetzung von Seite 1

Kampfgefährte Hans Preiß sieht in der Arbeitszeitfrage eine „Machtfrage". So sagte er vor Funktionären in München: „Der jetzt ausgetragene Kampf entscheidet, ob wir auch die nächsten zehn Jahre Lastenträger des Kapitals bleiben." Während die Gruppe um Janßen auf Fortführung des Arbeitskampfes setzt, sucht die Mannschaft um Mayr und Steinkühler *offenkundig nach einem Weg aus* der Sackgasse, in die die Verhandlungen durch die Zuspitzung auf die Frage, ob die Wochenarbeitszeit „*generell*" oder „*partiell*" verkürzt werden solle, geraten sind. Eisenmann deutete gestern in Stuttgart als einen Ausweg schon an, daß die Gespräche auf eine „neue Ebene" gehoben werden könnten. Da die IG Metall zentrale Verhandlungen ablehnt und am regionalen Prinzip festhalten will, *konnte damit nur* die „besondere Schlichtung" gemeint sein.

Im Südwesten wurden die – jetzt unterbrochenen – Tarifverhand*lungen von Proteststreiks der noch* nicht vom Arbeitskampf betroffenen Metall-Arbeiter begleitet. Die Gewerkschaft sprach von einem Erfolg des Zwei-Stunden-Streiks, die Arbeitgeber berichteten von nur mäßiger Beteiligung.

Auch im ebenfalls umkämpften Tarifgebiet Hessen wurden von der Industriegewerkschaft Metall einstündige Proteststreiks in den bisher nicht vom Arbeitskampf betroffenen Betrieben der Branche organisiert.

In der Druckindustrie wurden gestern die Gespräche über eine Beilegung des Arbeitskampfes in Düsseldorf nach zehnstündiger Dauer ohne greifbares Ergebnis und sichtbare Annäherung vertagt. Die Tarifparteien, die unter Vermittlung des CDU-Politikers Professor Kurt Biedenkopf *zusammengekommen* waren, wollen am Samstag vormittag ihre Gespräche fortsetzen.

Der Verhandlungsführer des Arbeitgeberverbandes, Beltz Rübelmann, hatte die Fortführung der Gespräche auch davon abhängig gemacht, ob die IG Druck und Papier ihren Arbeitskampf wie angekündigt ausweiten würde. Die Gewerkschaft rief allerdings gestern nach eigenen Angaben nur 5800 Beschäftigte in etwa 50 Betrieben zur Arbeitsniederlegung auf; vergangene Woche waren es noch 10 000 gewesen.

Die gestrigen Gespräche waren von einer Expertengruppe vorbereitet worden, die sich insbesondere mit der von der Industriegewerkschaft Druck und Papier geforderten Veränderung der Lohnstruktur befaßt hatte. Der Vermittler sagte hierzu, beide Seiten seien „in sehr wichtigen Fragen" noch weit auseinander.

Arbeitsgruppe für Zukunft Hongkongs

dpa, Peking

Die 16. Runde der chinesisch-britischen Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs ist in Peking mit der *Bildung* einer Arbeitsgruppe zu Ende gegangen. Wie ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte, sollen der Gruppe in dem Bestreben, *sobald* wie möglich eine Vereinbarung in der Hongkong-Frage zu erzielen, Dokumente zur Prüfung übermittelt werden. Es sei vereinbart *worden, daß die Gruppe* in der Zeit zwischen den Runden der formalen Verhandlungen zusammenkommt und ihre Arbeit am 18. Juni in Peking *aufnimmt.*

Die 17. Runde der Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs soll am 27. und 28. Juni wieder in Peking *stattfinden.* Dabei geht es nach wie vor um den Status der Hongkong-Chinesen und die Verwaltung ihrer Stadt nach 1997, wenn die Volksrepublik China die Souveränität über die gesamte Hongkong-Region von Großbritannien erhält.

Mitterrand will Stalingrad besuchen

SAD, Paris

Der französische Staatspräsident Mitterrand wird während seines offiziellen Besuches in der Sowjetunion vom *20. bis 23. Juni* auch Stalingrad, wo die Rote Armee die 6. Armee von General Paulus vernichtete, besuchen. Dies wurde am Mittwoch aus offizieller *Quelle in Paris bekannt. Ob* der Vorschlag zu dem Abstecher nach Stalingrad, das jetzt Wolgograd heißt, von sowjetischer oder französischer Seite ausging, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Mitterrand stellt mit dem Besuch in Stalingrad in gewisser Weise das „*Gleichgewicht*" *mit den* Feierlichkeiten aus Anlaß des 40. Jahrestages der Alliierten-Landung in der Normandie am 6. Juni wieder her. Die Sowjets hatten das Ausmaß der Feiern, zu denen keine führenden Persönlichkeiten aus dem Ostblock eingeladen waren, heftig kritisiert.

Anklage gegen Rechtsextremisten

W. K./DW. Karlsruhe

Der Generalbundesanwalt hat gestern vor dem Frankfurter Oberlandesgericht Anklage gegen drei Mitglieder einer rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung erhoben. Dieter Sporleder (23), Hans-Peter Frahs (23) und Helge Karl-Wulf Blasche sollen 1982 mit Sprengsätzen versucht haben, im Rhein-Main-Gebiet amerikanische Soldaten zu ermorden. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft wurden 1982 von der Gruppe ferner fünf bewaffnete Banküberfälle verübt, bei *denen* 630 000 Mark geraubt wurden. Gegen zwei Komplizen der Beteiligten, Walter Kexel und Ullrich Tillmann, die vor Pfingsten von England ausgeliefert wurden (WELT v. 9. 6. 84), soll demnächst ebenfalls Anklage erhoben werden.

Gewerkschafterin nach Nürnberg

Rei. Bonn

Das Bundeskabinett in Bonn hat gestern beschlossen, die Gewerkschaftsfunktionärin Ursula Engelen-Kefer (42) als Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zu entsenden. Sie wird Nachfolgerin von Helmut Minta, der Anfang des Jahres im Alter von 60 Jahren verstarb. Zur Zeit ist sie Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf. Arbeitsminister Blüm kündigte an, daß die Inhaber der Präsidenten-Ämter in Nürnberg künftig nur „Beamte auf *Zeit*" sein sollten.

Donnerstag, 14. Juni 1984
Nr. 137 - DIE WELT

Argentinien pokert hart

cd. – Argentinien, drittgrößter lateinamerikanischer Schuldner, pokert in seinen Verhandlungen mit dem IWF so hart wie bisher kein anderes Land. Wenn Buenos Aires nicht doch noch in letzter Minute seinen Widerstand gegen jene Sanierungsauflagen aufgibt, die auch andere Länder in ähnlicher Situation akzeptiert haben, wird die Situation dramatisch.

Lehnt Argentinien die Bedingungen des IWF ab und verspielt damit die Chance eines IWF-Kredits, werden auch die privaten Banken kein Geld mehr geben. Dann ist die Zahlungsunfähigkeit da. Und man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welcher Schock dann das internationale Finanzsystem erzittern läßt. Noch scheint Buenos Aires wohl zu hoffen, daß der IWF aus Angst vor solchen verheerenden Konsequenzen zu Zugeständnissen bereit sein wird. Das ist – bei allem Verständnis für die schwierige Situation der Regierung – nichts als eiskalte Erpressung, und zwar nicht nur des IWF, sondern auch der USA. Auch wenn Argentinien mit dieser Strategie Erfolg haben sollte, wird sich der Horizont an der Schuldenfront verdüstern. Denn ein Abgehen des IWF von seiner bisherigen Linie wäre ein Präzedenzfall, dem man auch mit großem Verständnis für eine am Einzelfall ausgerichtete flexible Politik kaum noch eine gute Seite abgewinnen könnte.

Eine solche Schwächung des IWF, die auch andere Schuldnerländer ausnutzen könnten, bliebe sicher nicht ohne Rückwirkungen auf die Kreditbereitschaft der privaten Banken.

Lohnnivellierung

HH – Immer, wenn sich Altkanzler Willy Brandt zu Wirtschaftsfragen äußert, fürchtet man, er sagt was Dummes - und das Dumme ist, er sagt's auch. Auf die Äußerung des Sozialwissenschaftlers Oswald von Nell-Breuning angesprochen, Solidariät mit den Arbeitslosen bedeute Verzicht auf den Lohnausgleich im Kampf um die 35-Stunden-Woche, gab Brandt in einem Interview eine bemerkenswerte Antwort. Er könne eine so verstandene Solidarität „nur dann akzeptieren, wenn zwischen denen mit höheren und denen mit niedrigeren Einkünften unterschieden werden könnte", sinnierte er. Das heißt im Klartext, eine Lohnnivellierung zu befürworten. Damit würde aber nicht Leistungssteigerung belohnt, sondern eher bestraft. Tendenziell würden also vor allem die Arbeitskosten der Ungelernten steigen, der Rationalisierungdruck somit gerade dort zunehmen, wo es ohnehin die meisten Arbeitslosen gibt. Wie damit die Rückkehr zur Vollbeschäftigung gelingen soll, bleibt Brandts wohlgehütetes Geheimnis.

KONJUNKTUR / Otto Schlecht hofft auf vertretbare Tarifvereinbarungen

Bundeswirtschaftsministerium bleibt weiter verhalten optimistisch

HEINZ HECK, Bonn

Staatssekretär Otto Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium gibt sich in seinem jüngsten Konjunkturausblick verhalten optimistisch: Bei einer raschen Beendigung des Arbeitskampfes und gesamtwirtschaftlich vertretbaren Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien lassen sich die negativen Folgen der seit über vier Wochen andauernden Auseinandersetzungen in der Metallindustrie vielleicht noch in Grenzen halten.

Andernfalls gerieten aber die von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht vom Januar für 1984 geäußerten Wachstumserwartungen (real 2,5 Prozent), die von vielen Beobachtern als vorsichtig angesehen worden seien, in Gefahr. Schlecht sieht die deutsche Wirtschaft seit fast anderthalb Jahren auf Wachstumskurs. Auch nach der Jahreswende sei die Grundtendenz von Nachfrage und Produktion zunächst „weiter aufwärts gerichtet" gewesen. Hierfür machte er neben der „deutlich gefestigten Investitionsneigung" auch die kräftig belebte Auslandsnachfrage verantwortlich.

Für die inzwischen zu beobachtenden „dunkleren Flecken" im wirtschaftlichen Datenbild sieht er die Arbeitskämpfe als Hauptursache. Sie hätten zwar erst Mitte Mai begonnen, aber am Jahresanfang zunächst gewisse „Vorzieheffekte" ausgelöst und anschließend Unternehmer und Verbraucher veranlaßt, vorsichtiger zu disponieren. Die Konjunkturdaten für Mai und Juni liegen im Ministerium zwar noch nicht vor. Doch erwartet Schlecht erhebliche Einbußen durch direkte Streikfolgen.

„An Dauer und Intensität übertrifft dieser Arbeitskampf die Auseinandersetzungen in der Metallindustrie von 1971 und 1978", betonte Schlecht. Ende vergangener Woche seien durch Streik, Aussperrung und dadurch direkt ausgelöste Kurzarbeit mit etwa 300 000 etwas mehr als ein Prozent aller Erwerbstätigen betroffen gewesen. Rechne man die durch erzwungene Betriebsferien Betroffenen hinzu, so seien es rund 400 000.

Nach vierwöchigem Arbeitskampf in der Metallindustrie seien direkte gesamtwirtschaftliche Produktionsausfälle von 2,5 bis drei Milliarden Mark eingetreten (Wertschöpfung, nicht Umsatz). Bereits bei sechswöchiger Dauer lägen die Verluste doppelt so hoch, „da mit jedem Tag die direkten und indirekten volkswirtschaftlichen Kosten progressiv ansteigen". Je länger der Arbeitskampf andauere, desto weniger ließen sich die Folgen auf die unmittelbar betroffenen Unternehmen und Arbeitnehmer begrenzen. Auch wenn die indirekten Wirkungen nur schwer zu quantifizieren seien, so komme ihnen doch mit zunehmender Streikdauer ein immer stärkeres Gewicht zu.

Schlecht sieht als Folge nicht nur eine Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme (Einnahmeausfälle und stärkere Beanspruchung vor allem der Sozialhilfe), sondern auch der Haushaltskonsolidierung. Die direkten Ausfälle an Lohn- und Gehaltszahlungen beziffert er nach vierwöchigem Arbeitskampf auf rund eine Milliarde Mark.

Positiv wertet Schlecht, daß – ungeachtet des Arbeitskampfes bei Metall und Druck – in anderen Branchen ohne große Auseinandersetzung „aufschwunggerechte Tarifvereinbarungen" zustande gekommen seien. Weitere Faktoren, die für eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung sprechen, seien die anhaltend ruhige Preisentwicklung (1984 vielleicht unter drei Prozent), eine Leistungsbilanz im Gleichgewicht, der durch günstige Zahlungsbilanz- und Preissituation erweiterte „geldpolitische Abkoppelungsspielraum von US-Zinsen", die gefestigte Investitionsneigung, die in Aussicht stehenden weiteren Steuerentlastungen durch die geplante Tarifreform und die fortgeschrittene Haushaltskonsolidierung. Für 1985 sei jedenfalls „keine neue Kürzungsrunde in Sicht".

Weltwirtschaftliche Risiken sieht Schlecht in den „Schieflagen" im amerikanischen Haushalt, akuter werdenden Finanzproblemen in Entwicklungsländern und einer durch die Zuspitzung des Golfkonflikts unsicherer gewordenen Ölpreisentwicklung, nationale Risiken vor allem in der Bauwirtschaft.

DIW

Streiks bedrohen deutsche Exporte

DW./dpa/VWD, Berlin

Mit einem leichten Rückgang der deutschen Ausfuhren im zweiten Quartal 1984 gegenüber dem hohen Niveau der ersten drei Monate rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin. Als Grund werden im jüngsten Wochenbericht die Streiks in der Metall-Industrie genannt. Die Arbeitskämpfe würden zumindest im Juni den Export spürbar beeinträchtigen. Die zurückhaltenden Auslandsbestellungen von Gütern des verarbeitenden Gewerbes im März und April seien bereits auf befürchtete Lieferschwierigkeiten zurückzuführen.

Indikatoren im Preiswettbewerb, wie der Wechselkurs der D-Mark gegenüber wichtigen Industrieländern, signalisierten allerdings eine „anhaltend günstige Wettbewerbsposition". Aufgrund des Streiks wird nach Einschätzung des DIW auch der Einfuhrbedarf bei industriellen Vorprodukten vorübergehend sinken. Zugleich könnten aber die Bezüge von Fertigwaren angeregt werden, um Engpässe auszugleichen.

Der Überschuß im Warenverkehr – in den ersten drei Monaten real noch um knapp drei Milliarden Mark auf 14,4 Milliarden Mark gestiegen – wird im zweiten Quartal zurückgehen, schreibt das DIW weiter. Da zugleich die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz tendenziell steigen dürften – auch wegen höherer Nettozahlungen an die EG –, sei damit zu rechnen, daß die Leistungsbilanz saisonbereinigt mit einem Defizit abschließt.

HWWA

Bauwirtschaft ohne Schwung

JB. Hamburg

Nach dem Zwischenhoch im Winterhalbjahr 1982/83 hat sich die Baunachfrage seit einiger Zeit wieder abgeschwächt. Die Schwächetendenzen fallen nach Meinung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung mit dem Auslaufen der Wirkungen wirtschaftspolitischer Anregungen zusammen. Die Ankurbelungsprogramme hätten wieder einmal nur kurzfristig, nicht aber stabilisierend gewirkt. Zur allgemeinen Verunsicherung und Zurückhaltung der Bauherren habe zudem die anhaltende Diskussion um den künftigen Kurs der Wohnungsbau- und Mietenpolitik beigetragen.

Eine grundlegende Verbesserung der Lage in absehbarer Zeit hält das HWWA für fraglich. Das gelte besonders für den Wohnungsbau. Die Einkommenserwartungen seien nach wie vor nicht günstig und ein spürbares Sinken der Zinsen nicht in Sicht. Im Geschoßwohnungsbau dürfte mit dem Wegfall der Mehrwertsteueroption beim Bauherrenmodell die Nachfrage ebenfalls stark zurückgehen.

Günstiger bewertet das HWWA die Entwicklung im Wirtschaftsbau. Hier hätten sich wichtige Investitionsbedingungen spürbar gebessert. Auch sei im öffentlichen Bau mit steigenden Aufträgen zu rechnen.

Im Gegensatz zur gesamten Baunachfrage erwartet das HWWA bei der Bautätigkeit im Laufe dieses Jahres eine merkliche Belebung. Es bestehe ein hoher Bauüberhang, und die Fristen für Investitionszulagen und Mehrwertsteueroption liefen aus.

Schrumpfender Fotomarkt

Von WERNER NEITZEL

Nicht gerade von Erfolgserlebnissen verwöhnt wurde die Fotobranche in den letzten Jahren. Die Optik zeigt trübe Stellen. Statt Zeichen stetigen Wachstums, wie sie in Prognosen immer wieder vorgegeben wurden, sind zumindest in der Amateurfotografie – seit geraumer Zeit Schrumpfungstendenzen an der Tagesordnung. Der Industrie, die das ganze Feld der Fotografie abdeckt, bleibt freilich ein Trostpflaster: Die Fachfotografie, also der Bereich Röntgen, Reprografie, das Fotohandwerk, Kino- und Mikrofilm oder auch die Bürokopie, erweist sich als außerordentlich stabil und relativ konjunkturunanfällig. Diese Sparte, die sich in den letzten Jahren Zug um Zug nach vorn schob, repräsentiert inzwischen 54 Prozent des deutschen Fotomarktes von insgesamt rund 9,6 Milliarden DM (1983) Wertvolumen.

Mit dem kleineren Anteil (46 Prozent) muß sich indes die Amateurfotosparte bescheiden. Hier hat sich die Talfahrt der Marktentwicklung, die schon seit einiger Zeit zu beobachten war, im vergangenen Jahr mit einem Minus von 7 Prozent in bedenklichem Maße beschleunigt. Entsprechende Turbulenz herrscht an der Verkaufsfront. Mit Sonderangeboten und Aktionen versuchen Industrie und Handel gerade jetzt in der beginnenden Urlaubssaison, alte und neue Fotokunden zu gewinnen: Es wird um Marktanteile gefochten.

In dieser Phase des Hauens und Stechens ist hierzulande ein Seufzer der Erleichterung zu vernehmen: Die EG-Kommission hat in einem von Agfa angestrengten und von Kodak sowie 3 M unterstützten Antidumping-Verfahren den Japanern, die sich auf den europäischen Märkten mit gezielten drastischen Preisunterbietungen bei Color-Fotopapier beträchtliche Marktanteile gesichert hatten, die Grenzen ihres Tuns gezeigt und eine Korrektur ihrer Politik auferlegt. Demnach werden um die Jahresmitte die Preise für Colorpapier, die durch jene Marktattacken aus Fernost auf ein für hiesige Produzenten nicht mehr auskömmliches Niveau gedrückt worden waren, um nicht weniger als 25 Prozent angehoben.

Die Genugtuung ist groß. Sie ist auch verständlich, wenn man sich die teilweise verzweifelt geführten Abwehr- und Rückzugsgefechte der letzten Jahre und Jahrzehnte gegenüber der anbrandenden Marktoffensive der japanischen Fotofirmen vor Augen führt. Schon sehen die Großlabore für Fotoarbeiten einen Preisanstieg als unausweichlich an. Von vier Pfennig Aufschlag pro Bild ist die Rede. Ähnlich den Vorgängen um die Videorecorder-Importe, deren Volumensbegrenzung zu gewissen Preissteigerungen führte, setzt man in der Branche auf ähnliche Effekte bei den Bilderpreisen. Die Annahme, daß dies unproblematisch sei, wird schlicht damit begründet, daß selbst Preissenkungen nicht zu vermehrten Bilderverkäufen geführt hätten.

Doch was hatte die Marktentwicklung der letzten Jahre gelehrt? Die vielfältigen Versuche, die Preise auch über besondere Serviceleistungen in die Höhe zu ziehen, sind bisher mehr oder minder im Sande verlaufen. Nach dem für die Branche in der Amateurfotografie so enttäuschend verlaufenen Jahr 1983 sollte es eigentlich nur noch aufwärts gehen können. So sind denn auch im Zuge einer allgemeinen Konjunkturbelebung zu Jahresbeginn da und dort Lichtblicke festzustellen gewesen.

Unterdessen verstärkt sich allerdings die Gefahr, daß es sich hier – wie in anderen Branchen auch – vielleicht nur um kurzzeitige Lichtreflexe gehandelt haben könnte. Unschwer läßt sich ausmalen, daß der noch andauernde Arbeitskampf die Ausgabefreudigkeit breiter Bevölkerungsschichten nicht eben beflügelt. Die Touristikbranche, von deren Wohl und Wehe teilweise auch die Amateurfotografie lebt, macht bereits bittere Erfahrungen.

Die Argumente, mit denen die Branche die beschleunigte Marktabschwächung zu erklären versuchte, dürften – so ist zu befürchten – vorerst weiterhin gültig bleiben: Die Zahl der Anlässe zum Fotografieren (Kinder, Familie, Urlaub) nimmt ab; die hohe Marktsättigung im Kamerasektor setzt für den Geräteabsatz enge Grenzen.

Weder hat sich das Sofortbild als ein dauerhafter Renner erwiesen, noch wurde die Disc-Fotografie der erhofft große Schlager. Auch die Japaner haben ihre Sorgen mit Überkapazitäten. Wohl dem, der über ein Fotochemie-Bein verfügt! In der Silberhalogenid-Fotografie stecken noch große Reserven. Die Elektronik (Video) vermag vorerst allenfalls dem bewegten Bild (Schmalfilm) zu Leibe zu rücken.

AUF EIN WORT



„Die Tatsache, daß es nahezu ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des 4. Vermögensbildungs-Gesetzes noch immer nicht gelungen ist, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, verdeutlicht eindrucksvoll, wie problembehaftet sich die in der Theorie so überzeugend klingende 'Produktivkapitalbildung in Arbeitnehmerhand' in der praktischen Anwendung darstellt."

Johannes Fröhlings, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf FOTO: DIE WELT

Mehr Geld für Altersversorgung

dpa/VWD, Köln

Die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung in der Industrie haben sich von 1972 bis 1981 pro Arbeitnehmer fast verdreifacht. Wie das der Industrie nahestehende Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln mitteilte, sind sie von 560 auf 1609 Mark gestiegen.

Nach Angaben des IW haben derzeit rund 65 Prozent der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft einen Anspruch auf Leistungen aus einer betrieblichen Altersversorgung. Schätzungsweise 2,4 Millionen ehemalige Arbeitnehmer beziehen laut IW Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung.

US-STAHLIMPORTE

Kommission tritt für hohe Handelsschranken ein

DW. Washington

Mit drei gegen zwei Stimmen hat sich die Kommission für Internationalen Handel (ITC) für den Schutz der US-Stahlindustrie vor Einfuhren aus der Bundesrepublik und anderen Staaten ausgesprochen. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, daß drei Viertel der Stahlimporte der eigenen Industrie Schaden zufügten. In Brüssel wurde die Entscheidung von der Europäischen Kommission mit Bedauern aufgenommen.

Einfuhrzölle oder Importquoten verlangte die ITC für Stahlbleche, Platten, Band- und Profilstahl, Drahtmatten und Baustahl. Bei Eisenbahnschienen, Röhren und anderen Stahlprodukten sah die Kommission keine Gefährdung der US-Interessen. Bethlehem Steel und die Stahlwerkergewerkschaft USW hatten beantragt, den Anteil aller eingeführten Stahlprodukte am US-Markt für fünf Jahre auf maximal 15 Prozent zu begrenzen. Ende Juni wird die ITC mit Anhörungen beginnen. Sie sollen klären, wie die US-Produzenten vor den „schädlichen" Einfuhren geschützt werden sollen. Präsident Reagan muß bis zum 24. September die endgültige Entscheidung fällen.

Der ITC-Vorsitzende Eckes begründete die Entscheidung mit der starken Zunahme der Stahleinfuhren. Dagegen sagte das ITC-Mitglied Paula Stern, für die Probleme der US-Stahlerzeuger seien die schrumpfende Nachfrage, die hohen Lohnkosten, eine verfehlte Investitionspolitik und andere hausgemachte Faktoren verantwortlich. Sie stimmte als einzige gegen jede Beschränkung der Stahleinfuhren.

Die EG-Anbieter haben sich 1982 gegenüber Washington auf eine freiwillige Selbstbeschränkung ihrer US-Exporte verpflichtet. Im ersten Quartal 1984 erreichten die Stahleinfuhren 25,2 Prozent.

REGIONALPOLITIK

Gegen neue Subventionen „mit der Gießkanne"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Vor einem regionalpolitischen Aktionismus haben die Wirtschaftsexperten der Koalitionsfraktionen, Wissmann und Lammert für die Union und Beckmann für die FDP, jetzt gewarnt.

Bei der Begründung einer Großen Anfrage „zur wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen" gingen auch sie vor der Presse in Bonn von einem wachsenden „Nord-Süd-Gefälle" in der Bundesrepublik aus, obwohl diese These unter Fachleuten umstritten ist. Sie wandten sich jedoch gegen neue Subventionen „mit der Gießkanne" und setzten vielmehr darauf, daß die Regionen sich selber durch die Konzentration der Anstrengungen helfen sollten.

Skeptisch beurteilten die Liberalen, so Beckmann, die Ratschläge, daß Gebieten, die unter einer Monokultur litten, durch die Ansiedlung neuer Betriebe geholfen werden könnte. Er meinte, die wirtschaftlichen Kräfte müßten sich „am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen".

Trotz des Trends zur Dienstleistungsgesellschaft hänge die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft nach wie vor entscheidend von der Vitalität des industriellen Sektors ab. Für die Wirtschaftspolitik sei daher wichtig, ob tatsächlich von einem „Entindustrialisierungsprozeß" gesprochen werden könne.

Auch darüber soll die Bundesregierung nach dem Willen der Wirtschaftsexperten der Koalitionsfraktionen Auskunft geben. Früher hätten sich regionale Disparitäten vor allem zwischen ländlichen und industriellen Räumen gezeigt. Die Förderpolitik habe sich dabei auf die ländlichen Räume gerichtet. Da jetzt Industrieregionen Schwächesymptome zeigten, müßten die vorhandenen regionalpolitischen Instrumente von Bund und Ländern überprüft werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Narjes fordert Stärkung des Binnenmarktes

Brüssel (AFP) – EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes forderte die EG-Mitgliedsländer zu Maßnahmen für eine Verstärkung des Gemeinsamen Marktes auf. Ein Programm zur „Konsolidierung des Binnenmarktes" sieht bis Ende 1985 einen Abbau der nichttarifären Handelshindernisse vor. Das Programm soll in Kürze vom Ministerrat geprüft werden. Der Europäische Rat hatte im Dezember 1982 in Kopenhagen eine Stärkung des Binnenmarktes beschlossen, um der weltweiten Wirtschaftskrise und den Gefahren eines Handelskrieges mit den Vereinigten Staaten und Japan zu begegnen.

Preis-Kosten-Schere

Brüssel (dpa/VWD) – Die acht Millionen Landwirte der Europäischen Gemeinschaft geraten immer mehr in eine Preis-Kosten-Schere. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EG stiegen die Preise insgesamt 1983 um 7,6 Prozent, die Kosten der Produktion aber um 7,9 Prozent. Der Preisanstieg bei tierischen Produkten verlangsamte sich von 11,3 Prozent im Jahr 1982 bis auf 4,5 Prozent 1983.

Rekordbeteiligung

Düsseldorf (Py.) – Die Internationale Computer-Show Köln („C 84") vom 14. bis 17. Juni 1984 verzeichnete ein Rekord-Anmeldeergebnis von über 160 Firmen aus 11 Ländern. Über 100 kommen aus der Bundesrepublik. Nach Angaben der Messeleitung sind die Branchenführer komplett vertreten. Die „C 84" zeigt Computer für Beruf, Heim und Hobby, sowie branchenorientierte Anwendungs-Software. Die Messe wird durch ein Rahmenprogramm ergänzt und ist sowohl für Fach- als auch für Privatinteressenten geöffnet.

Streit um Erdgas

Madrid (AFP) – Die Nichtdurchführung des Gasabkommens mit Algerien könnte Spanien 800 Millionen Dollar kosten, falls sich Algerien um einen internationalen Schiedsspruch in dieser Angelegenheit bemühen sollte. Dies erklärte der Generalsekretär des algerischen Energieministeriums, Sadek Boussena, in einem von der spanischen Wirtschaftszeitung „Cinco Dias" veröffentlichten Interview. Er versicherte, die „Geduld Argentiniens" sei am Ende und warf Madrid vor, die Verhandlungen seit mehreren Wochen zu blockieren. Spanien hatte 1975 mit Algerien ein Erdgasabkommen über die Lieferung von jährlich 4,5 Milliarden Kubikmeter unterzeichnet. Die spanische Regierung vertritt jedoch die Ansicht, daß diese Quanität stark überzogen ist und die Hälfte ausreichend sei.

Immobilienpreise bröckeln
Durchschnittspreise jeweils im Frühjahr
Freistehende Eigenheime in 1000 DM: 1974: 180 – 1977: 215 – 1980: 275 – 1983: 320 – 1984: 310
Grundstücke DM pro qm: 1974: 75,– – 1977: 100,– – 1980: 165,– – 1983: 215,– – 1984: 200,–
Mittlere Wohnlage – Städte unter 500 000 Einwohner
© Globus

Die Immobilienpreise bröckeln. Nach Angaben des Rings deutscher Makler sind die Durchschnittspreise für freistehende Eigenheime in Städten bis zu 500 000 Einwohnern gegenüber Frühjahr 1983 von 320 000 auf 310 000 Mark zurückgegangen. Auch die Grundstückspreise gaben nach. QUELLE: GLOBUS

Gute Ernte

Washington (AP) – Die Sowjetunion kann in diesem Jahr nach Angaben des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums mit einer Ernte von 190 Millionen Tonnen Getreide rechnen. Dies ist nur geringfügig weniger als 1983 geerntet wurde und das zweitbeste Ergebnis in sechs Jahren, wie das Ministerium in Washington mitteilte. Den bisherigen Ernterekord hatten die Sowjets 1978 mit 237 Millionen Tonnen Getreide aufgestellt. Im vorigen Jahr betrug die Ernte 195 Millionen Tonnen.

Zwangsferien

Steyr (AP) – Der Streik in der deutschen Metallindustrie hat auch auf Österreich immer stärkere Auswirkungen. Seit Dienstag werden nach Mitteilung eines Firmensprechers rund 1000 der 1300 Beschäftigten des BMW-Zweigwerks in Steyr wegen fehlender Teilelieferungen in Zwangsferien geschickt werden.

USA

Stahlbeteiligung genehmigt

AP, Washington

Das amerikanische Justizministerium hat dem japanischen Stahlkonzern Nippon Kokan Kabushiki Kaisha (NKK) grünes Licht für die Übernahme von 50 Prozent der Anteile des US-Stahlkonzerns National Steel Corp. gegeben. NKK ist das zweitgrößte japanische, National Steel das siebtgrößte amerikanische Stahlunternehmen. Der Leiter der Kartellabteilung des Ministeriums, der stellvertretende Justizminister Paul McGrath, erklärte, der Wettbewerb in den USA werde durch die Beteiligung nicht eingeschränkt. Die Regierung werde daher keine Einwände gemäß Teil sieben des Kartellgesetzes gegen die Fusionspläne erheben.

NKK hat für den Einstieg bei National Steel 292 Mill. Dollar in Bargeld und Wertpapieren angeboten. Zuvor hatte das US-Unternehmen Pläne zur Fusion mit dem Konzern U.S. Steel fallenlassen, nachdem das Justizministerium die Verschmelzung der Unternehmen LTV und Republic Steel nur mit der Auflage gebilligt hatte, einige Stahlwerke zu verkaufen. Mit NKK steigt zum ersten Mal ein ausländischer Stahlkonzern groß in den US-Markt ein.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Amberg: Hermann Thomas GmbH; **Augsburg:** Wohnbedarf Hermann Hauser GmbH & Co.; **Freiburg i. Breisgau:** Pflaster- u. Straßenbau Weiß GmbH, Kirchzarten; **Hof:** Wilhelm Mühlhofer, Marktredwitz; **Kleve:** Cläre Ravens, Rees; **Koblenz:** Wolf & Retzmann GmbH, Norath/Hunsrück; **Münster:** Kaiser Baumaschinen u. Werkzeuge Vertriebsges. mbH & Co. KG; Kaiser Baumaschinen u. Werkzeuge Vertriebsges. mbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Duisburg: Wolf Graf von Westarp, Mülheim/Ruhr.

Vergleich eröffnet: Aachen: Egon Münzenberg.

Vergleich beantragt: Walsrode: Hans Schwabe GmbH & Co. KG, Rethem/Aller.

ITALIEN / Regierung und Tarifparteien denken über Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung nach

Flexiblen Lösungen wird der Vorzug gegeben

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der Arbeitskampf in der deutschen *Metallindustrie hat Regierung und* Gewerkschaften in Italien veranlaßt, über mögliche Formen der Arbeitszeitverkürzung nachzudenken. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß die fortschreitende Automatisierung der Arbeitsvorgänge zu einschneidenden Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur auch der italienischen Wirtschaft führen wird.

Sowohl die Regierung als auch die Gewerkschaften sehen es als vordringlich an, gemeinsam nach Formen der *Arbeitsplatzbeschaffung zu* suchen. Von beiden abgelehnt wird dabei der Versuch der deutschen Gewerkschaften, mit einer allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit das Problem zu lösen. Nach einer Erklärung des sozialistischen Arbeitsministers Gianni De Michelius kann die Lösung für Italien nicht in einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden liegen, sondern nur in einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber seien aufgerufen, Methoden zu finden, mit denen „die Anlagen auf flexible Weise besser genutzt werden können".

Ähnliche Gedankengänge wie die Regierung vertreten die Gewerkschaften trotz Meinungsverschiedenheiten über die konkreten Verfahrensweisen. Die einzige Arbeitnehmerorganisation, die sich bisher ausdrücklich für eine stufenweise Herabsetzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden bei *Lohnverzicht* ausgesprochen hat, ist die christlich-demokratische CISL. Die CISL war mit dieser Forderung zum ersten Mal bereits vor vier Jahren hervorgetreten, *fand damit* aber bei ihren Schwesterorganisationen, der kommunistisch-sozialistischen CGIL, der mit Abstand größten italienischen Gewerkschaft, und der sozialistisch-sozialdemokratischen UIL kein Gehör. Die CGIL lehnte und lehnt es ihrem kommunistischen Chefideologen Bruno Trentin zufolge auch heute noch ab, „ungerechtfertigte Hoffnungen" zu nähren.

In einer Stellungnahme hat ein Vorstandssprecher der CGIL inzwischen erste *konkrete Vorschläge* zur Frage der Arbeitszeitregelung vorgelegt. Grundtenor ist die Forderung nach „flexiblen und elastischen Maßnahmen", worunter die CGIL neben der Einführung der Teilarbeitszeit und der „Solidaritätsabkommen", mit denen in den Betrieben umschichtig Kurzarbeit eingeführt und Feierschichten gefahren werden sollen, vor allem die Bildung wirksamer Mechanismen der öffentlichen *Arbeitsvermittlung versteht. Unterstützung* findet hierbei von seiten der CGIL der Plan des sozialistischen Arbeitsministers, die Arbeitsvermittlung innerhalb von zwei Jahren zu computerisieren.

Für die sozialistisch-sozialdemokratische UIL geht es in diesem Zusammenhang darum, die Verkürzung auf die Bereiche und die Produktionen zu beschränken, die die höchste Produktivität aufweisen. Im Vordergrund steht der Grundsatz, daß „die Arbeitszeitverkürzung nur für die Personen gilt und nicht für die Maschinen". Die Kosten der Verkürzung will die UIL zur Hälfte den Arbeitgebern und zu je einem Viertel dem *Staat* und *Arbeitnehmern* anlasten.

Daß die Gewerkschaftsmehrheit in Italien die allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht als Hauptforderung erhebt, hat seine Gründe. Schon jetzt steht die italienische Industrie mit der effektiv geleisteten Wochenarbeitszeit auf den letzten Plätzen in der westlichen Welt. In der Zweimonatsspanne Januar/Februar 1984 belief sich diese auf durchschnittlich 36 *Stunden und 59 Minuten. Weit* darunter lag sie unter anderem in der Textil- und Bekleidungsindustrie mit knapp über 35 Stunden und in der Chemie und Pharmazeutik mit weniger als 36 Stunden. Die vertragliche 40-Stunden-Woche ist in Italien bereits weitgehend ausgehöhlt. Schichtarbeiter arbeiten nur noch 36 Stunden, in der Textil- und Bekleidungsindustrie wird erfolgreich mit der Formel „6 mal 6" (sechs Stunden an sechs Wochentagen) experimentiert.

Nur eins konnte damit bisher auch in Italien nicht erreicht werden: mehr Beschäftigung. Im Gegenteil: Zwischen Anfang vorigen und Anfang dieses Jahres sank die Zahl der Beschäftigten um 5 Prozent.

CREUSOT-LOIRE / Vergleich angekündigt

Ziel ist massive Staatshilfe

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Creusot-Loire, mit rund 30 000 Beschäftigten das größte private Unternehmen der mechanischen Industrie Frankreichs, will eine neue massive Staatshilfe erzwingen ohne sich verstaatlichen zu lassen. Zu diesem Zweck soll für die Bereinigung der gewaltigen Konzernverbindlichkeiten ein gerichtliches Vergleichsverfahren eröffnet werden.

Einen entsprechenden Antrag auf „réglement judiciaire" kündigte gestern Generaldirektor Didier Pineau-Valencienne auf einer hastig einberufenen Pressekonferenz an. Tags zuvor war der auf nur zwei Monate begrenzte gerichtliche Zahlungsaufschub abgelaufen. Er sollte das Unternehmen in die Lage versetzen, mit den Gläubigern – das sind vor allem die staatlichen Banken – einen neuen Sanierungsplan zu vereinbaren.

Die entsprechenden Vorschläge der Verwaltung scheiterten aber am Widerstand der Regierung, erklärte Pineau-Valencienne. Er sei deshalb außerstande gewesen, den Plan fristgemäß dem Pariser Handelsgericht vorzulegen und daraufhin ein Schuldenmoratorium zu erhalten. Durch das „réglement judiciaire" würde Creusot-Loire zunächst einmal unter *gerichtlicher* Aufsicht gestellt werden. Eine gerichtliche Entscheidung liegt aber noch nicht vor.

Wie schon vor dem letzten Sanierungsplan vom Oktober 1983 so hatte die Creusot-Verwaltung auch diesmal mit der „Hinterlegung der Bilanz" gedroht, die in Frankreich dem Konkursantrag gleich kommt und meist zur Liquidierung des Unternehmens führt. Aber die Regierung widersetzte sich diesem Druck. Ihrer Ansicht nach ist der Hauptaktionär von Creusot-Loire, die Schneider S.A. und die dahinter stehende Familie Empain in der Lage, die für die Sanierung erforderlichen Mittel (1 Mrd. Franc) aus eigener Kraft aufzubringen. Bei der Schneider S.A. stellte man sich dagegen auf den Standpunkt, daß die Regierung durch die bedeutenden Hilfen an die von ihr verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor Creusot-Loire diskriminiert habe. Ohne diese Wettbewerbsverfälschung benötigte Creusot-Loire überhaupt keine Staatshilfe, hieß es.

FRANKREICH / Sozialrat: Automobilindustrie steckt in einer schweren Krise

Kräftige Subventionierung vorgeschlagen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilindustrie steckt in einer schweren Krise, die hauptsächlich strukturell bedingt ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Sozial- und Wirtschaftsrates, ein die Regierung beratendes Gremium der Sozialpartner. Als Lösung wird ein umfassender Restrukturierungsplan mit massiver staatlicher Hilfe vorgeschlagen. Zur Frage der übersetzten Belegschaft äußert sich der Rat mit Rücksicht auf die Gewerkschaften allerdings nicht.

Nach einer stillschweigend zur Kenntnis genommenen neueren Untersuchung des Nationalinstituts für Statistik (INSEE) wäre bis zum Jahre 1988 die Aufgabe von 80 000 Arbeitsplätzen erforderlich, um diese Industrie wieder auf einen grünen Zweig zu bringen. Ihre Belegschaft von gegenwärtig 400 000 Personen müßte danach um 20 Prozent abgebaut werden. Jedoch hat sich die Regierung bisher den Entlassungsplänen der Produzenten weitgehend widersetzt.

Immerhin räumt der Rat ein, daß sich die französische Automobilindustrie in einem großen Produktivitätsrückstand gegenüber ihren europäischen, geschweige denn gegenüber ihren japanischen Konkurrenten befindet. Um ihn zu überwinden und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen, müßten die Rationalisierungsinvestitionen wesentlich verstärkt werden. Dafür reiche aber die Selbstfinanzierungskapazität der Unternehmen nicht aus, heißt es in dem Bericht.

Eine *kurzfristige* Verbesserung der Ertragslage verspricht sich der Rat von marktkonformen Preisanpassungen. Auf dem Inlandsmarkt sind die Produzenten (wie Importeure) von den Behörden angehalten, zur Absicherung der amtlichen Anti-Inflationspolitik ihre Preise weniger stark zu erhöhen, als der Lebenshaltungskostenindex steigt. Außerdem *könnte die auf Autos lastende Luxus*mehrwertsteuer von 33 Prozent reduziert werden, meint der Rat.

Für die nächsten Jahre erwartet er eine durchschnittliche Expansion des französischen Pkw-Marktes von nur 1,5 Prozent. Deshalb fordert er verstärkte Exportbemühungen, und zwar einschließlich der Errichtung von Produktionsstätten im Ausland. Gegenüber dieser Empfehlung hat allerdings die kommunistische CGT-Gewerkschaft Vorbehalte angemeldet. Sie fordert vielmehr die Repatriierung von Auslandsfertigungen nach Frankreich zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die staatlichen Renault-Werke haben aber gerade jetzt ihre US-Tochter American Motors Comp. (AMC) ermächtigt, in Ontario (Kanada) für 321 Millionen Dollar ein Montagewerk für den *neuen R 18 zu bauen. Einschließ*lich des Terrainerwerbs sollen dort an die 600 Millionen Dollar investiert werden, wovon 92 Millionen Dollar die kanadische Regierung über*nimmt und 228 Millionen Dollar ein* kanadisches Bankenkonsortium finanziert.

Fusion von zwei co op-Unternehmen

dpa/VWD, Frankfurt

Die co op AG – Dachgesellschaft der gewerkschaftseigenen co op-Unternehmen – und die ihr zu 51 Prozent gehörende co op-Verbraucher AG, beide Frankfurt, werden fusionieren. Der Verschmelzungsvertrag wird der Hauptversammlung der co op-Verbraucher AG als übertragender Gesellschaft am 17. Juli zur Beschlußfassung vorgelegt. Mit der Verschmelzung wird nach Angaben der Unternehmen ein führendes Unternehmen des Einzelhandels in der Bundesrepublik entstehen. Die co op AG gewährt den Aktionären der co op-Verbraucher AG als Gegenleistung für die Vermögensübertragung kostenfrei Aktien ihrer Gesellschaft im Verhältnis eins zu eins. Dazu wird *das Grundkapital (300 Mill. DM)* um 75 Mill. DM erhöht. Die Aktionäre der co op-Verbraucher AG haben die Wahl zwischen Stammaktien oder Vorzugsaktien ohne Stimmrecht. Die *neuen Aktien der co op AG gewähren* ab 1. Januar 1984 Anspruch auf einen Anteil am Bilanzgewinn.

ARGENTINIEN / Vorschläge komplizieren Situation

Verhandlungen gehen weiter

dpa/VWD, New York

Der Alleingang der argentinischen Regierung, die über die Köpfe der Unterhändler des Internationalen Währungsfonds (IWF) hinweg einen eigenen Sanierungsplan an IWF-Chef Jaques de Larosiere geschickt hat, kompliziert die Situation des Weltwährungsfonds und der kreditgeben*den Banken. Morgen läuft eine Zusa*ge der Reagan-Regierung aus, daß sie die 300 Mill. Dollar (825 Mill. DM) übernehmen wird, die vier große lateinamerikanische Länder Argenti*nien vor einigen Wochen zur Verfü*gung gestellt hatten, damit es 90 Tage überfällige Zinszahlungen an die Gläubigerbanken leisten konnte. Voraussetzung für die Einlösung der Zusage ist eine *Einigung* Argentiniens mit dem IWF.

Argentinien hat im westlichen Ausland Gesamtschulden von 45 Mrd. Dollar (123,75 Mrd. DM) und verhan*delt derzeit mit dem IWF* über einen Überbrückungskredit von 2,1 Mrd. Dollar. Als Vorbedingung sollte es mit dem IWF einen wirtschaftlichen Sanierungsplan aushandeln. Die Erreichung der darin enthaltenen Inflations-, Außenwirtschafts-, Defizit- und währungspolitischen Auflagen müßte es dann vierteljährlich nachweisen, sonst werden die IWF-Kredite gestoppt. Mit den IWF-Unterhändlern in Bueno Aires konnte man sich aber *nicht* darüber *einigen*, welche Auflagen angemessen sind. Argentinien hat deshalb IWF-Chef Jacques de Larosière sehr viel weniger restriktive Maßnahmen vorgeschlagen.

Es ist bisher nicht abzusehen, ob de Larosiere dem Appell Argentiniens nachkommt und den Vorschlag zur Entscheidung weiterleitet. Der IWF schweigt sich hierzu aus. Die Verhandlungen mit Argentinien laufen aber offensichtlich weiter. Ohne eine Einigung werden die ausländischen Gläubigerbanken aber kaum bereit sein, dem *Land 3,2 Mrd. Dollar zur* Rückzahlung der in diesem Jahr fälligen Mittel auszuzahlen.

VIAG / Alle drei Konzernsäulen sind jetzt erfreulich im Gewinn – Kapitalerhöhung auch 1984

Endlich Dividenden-Zahlung aufgenommen

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Nach fünf Verzichtjahren hat der mit 570 (560) Mill. DM Holding-Aktienkapital Größte im Quartett der Bundeskonzerne, die Viag AG, Berlin/Bonn (der schwerfällige Zusatz „Vereinigte Industrie-Unternehmungen" wurde nun aus dem Firmennamen gestrichen), für 1983 die Dividendenzahlung mit 7 Prozent (zuletzt 5 *Prozent für 1977) wieder aufgenommen*. Der darob gezeigte Stolz des Vorstands-Duos Rudolf Escherisch und Werner Lamby freilich bedarf der Relativierung.

Denn nach dem auch in früheren guten Jahren befolgten Motto „Schütt aus – Hol zurück" möchte die Konzernholding auch 1984 vom Bund die langjährige Linie ständiger Kapi*talerhöhungen fortgesetzt sehen*. Dies wenigstens mit der 1983 vollzogenen Zeichnung weiterer 10 Mill. DM junger Aktien zum Emissionskurs von 300 Prozent. So ändert sich nichts an dem hier schon traditionellen Zustand: Von der *Währungsreform* bis heute hat der Bund bei der Viag rund 780 Mill. DM Kapitaleinzahlungen geleistet, – die Hälfte mehr als die seitdem kassierten Dividenden von 517 Mill. DM.

Daß solche Kapitalakkumulation in öffentlicher Hand bei einem Konzern, der auf allen seinen Tätigkeitsfeldern mit privaten Unternehmen in *Konkurrenz steht und Gewinne* macht, nach Änderung schreit, liegt auch für den Viag-Vorstand beim Blick auf die christliberale Bonner Regierungskoalition auf der Hand. Von *mehr als von „ernsthaften Ge*sprächen" über eine mögliche (aber sicherlich nicht mehr 1984 kommende) Privatisierungsaktion zugunsten des Millionenheers privater Kapitalanleger (und Steuerzahler) kann der da nur passivlegitimierte Holding-Vorstand freilich verständlicherweise nichts berichten.

Wohl aber von einer Konzern-Ertragsentwicklung, die 1983 günstig verlief *und für* 1984 noch Besseres erwarten läßt. Aus Umsätzen, die 1983 in der Gruppe nur durch Umgliederung auf 10,7 (10,8) Mrd. DM leicht zurückgingen und im Konzern *aus gleichem Grund* leicht auf 5,9 (5,88) Mrd. DM Außenumsatz stiegen, steigerte der Konzern mit 24 435 (24 869) Beschäftigten seinen Cash flow (vor Ausschüttung) auf 777 (557) Mill. DM und den Jahresüberschuß auf 109 (16) Mill. DM. Eine Ertragsbesserung, die vornehmlich durch das Ende der mehrjährigen *Verlust*periode im großen VAW-Aluminiumbereich kam.

Alle drei großen Konzernbereiche waren 1983 erfreulich im Gewinn: Die Energieversorgung, das Aluminium und der bei der SKW Trostberg AG *mit 1,05 Mrd.* DM Umsatz konzentrierte Chemiebereich. Ihre 151 (120) Mill. DM Erträge aus dem mit 1,7 (1,67) Mrd. DM bilanzierten und nur zu drei Vierteln durch Eigenkapital gedeckten Beteiligungskonto jedoch erntete *die* Holding praktisch nur aus dem Energiebereich, darunter 29 (30) Mill. DM Bruttoertrag von der 1981 für circa 400 Mill. DM erworbenen 50-Prozent-Beteiligung an der Duis*burger Thyssengas GmbH*. Die Gewinne aus Aluminium und Chemie wurden bei den Töchtern thesauriert.

Liefert die große VAW-Tochter (wie angekündigt) für 1984 erstmals wieder Dividende ab, so könnte die Holding, die 1983 von 41 (13) Mill. DM *Jahresüberschuß und 45 (27) Mill. DM* Gesamtgewinn wiederum 5 Mill. DM in die Rücklagen steckte, ihre Dividende auf einen zweistelligen Prozentsatz erhöhen. Im Konzern werden die 1983 auf 646 (726) Mill. DM gesunkenen Sachinvestitionen auch 1984 unter der Innenfinanzierung bleiben. Die Holding jedoch könnte zur Finanzierung ihres Beteiligungsportefeuilles durchaus auch eine kräftigere Kapitalerhöhung vertragen, als die Bundeskasse zuläßt.

RICKMERS / 150 Jahre Werftbetrieb

Mehr Ladung aus China

PETER ZERBE, Hamburg

„Die Chinesen sind auf westliches Kapital angewiesen und fordern Inve*storen auf, Niederlassungen zu grün*den." Diese Ansicht vertrat der Senior-Chef der Rickmers-Gruppe, Bremerhaven/Hamburg, Claus Rickmers. Die Volksrepublik wolle sich *durch eine freizügigere Wirtschafts*politik Vertrauen für Anleger schaffen.

Die Rickmers-Gruppe mit ihren Zweigen Reederei, Werft und Agenturgeschäft hat im vergangenen Jahr 340 Mill. DM umgesetzt. Die Hälfte davon fiel auf das Werft-Geschäft, der andere große Brocken war die Reederei. An der Rickmers-Linie ist seit *1974 die Hapag-Lloyd AG zu 70 Pro*zent beteiligt, während die Rickmers-Werft zu 100 Prozent in Familienbesitz ist. „Wir haben überall gut verdient", betonte der Senior-Chef.

Rickmers war letzte Woche zusammen mit Bundesverkehrsminister Werner Dollinger zu Gesprächen in Peking gewesen. Dabei konnte vereinbart werden, daß die Quote der Reederei im Ladungsverkehr nach Europa *von monatlich 700 000 Kubik*fuß auf 750 000 aufgestockt werden konnte. Dies bedeutet eine Auslastung von einem Schiff im Monat. Die Reederei bietet jedoch mehrere Abfahrten und *muß daher auch in* anderen fernöstlichen Häfen Ladung aufnehmen. Im Verkehr nach China gibt es keine Beschränkungen.

Morgen feiert die Werft mit der Ablieferung eines Mehrzweckfrachtschiffes mit 4200 Tonnen Tragfähigkeit ihr 150jähriges Firmenjubiläum. Das Unternehmen war von R. C. Rickmers gegründet worden. Er baute Schiffe auf Halde und zog mit den nicht verkauften Schiffen später den *Reedereibetrieb* auf. Rickmers beschäftigte die Schiffe weltweit, besonderem Schwerpunkt im Handel und Verkehr mit dem Fernen Osten. Heute beschäftigt die Werft 1000 Mitarbeiter und die Reederei 350.

FALKE-GRUPPE / Starke Exporterfolge mit Garnen

Ertragslage klar verbessert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit einem Umsatz von 308 (300) Mill. DM hat die Falke-Gruppe, Schmallenberg, 1983 „im ganzen gut abgeschnitten", wobei nach den Worten von Mitinhaber Paul Falke die Wachstumsraten im Oberbekleidungs- und Garnbereich stärker ausgefallen sind als im Strumpfsektor. Gleichwohl spiegele diese Umsatzsteigerung die Gruppen-Situation nicht deutlich genug wider. Falke: „Nicht Umsatzwachstum war unser erklärtes Ziel, sondern inneres Wachstum, die Ergbnisverbesserung und die Erhaltung der (2100) Arbeitsplätze."

Was die Ertragslage angeht, so gibt Falke zwar keine Details, aber doch zu erkennen, daß die Ergebnisse des letzten Jahres ungleich besser waren als im Jahr zuvor, besser auch als die Umsatzsteigerung. Die Fertigungsbereiche Strümpfe, Teppichgarne und Strickwaren steuerten etwa im Rahmen der Umsätzanteile von 52 sowie 32 und 16 Prozent zum Ergebnis bei.

Im Garnbereich haben sich die vorausschauenden antizyklischen Investitionen der Jahre 1981 und 1982 (14 Mill. DM) ausgezahlt. Das Unternehmen hat sich rechtzeitig auf Fasern aus Wolle und Tierhaaren, auf Garnspezialitäten für die Teppichindustrie sowie auf den Export, auch nach Übersee, besonnen. Im Garnsektor entfallen bereits 50 Prozent des Umsatzes auf den Export, im Oberbekleidungsbereich sind es 30, im Strumpfbereich, ausschließlich Herrenstrickstrümpfe, 8 Prozent.

Im Strumpfbereich ringt Falke einerseits mit einer bisher nicht gekannten Vielfalt der Produkte, andererseits ist das Unternehmen flexibel genug, aus stagnierenden Teilmärkten schnell in neue modische Bereiche zu schlüpfen. Auf „feine Strümpfe und feine Strumpfhosen" entfielen 1983 nur noch 75 (vor 5 Jahren noch 87) Prozent, während das restliche Viertel auf völlig neue Formen der „Beinbekleidung" entfällt: superfeine Söckchen von Feinstrumpfmaschinen. Bei Herrenstrümpfen Marktführer, hat Falke gegenüber der Branche in den letzten 10 Jahren zweistellige Umsatzzuwächse erzielt, der Markt wuchs nur um 4 Prozent.

In der Oberbekleidung brachte vor allem Herren-Sportswear das Umsatzplus. In der Vermarktung von Markenkollektion haben konzeptionelle Differenzen zur Aufgabe von Georgio Armani geführt. Dafür laufen die Lizenzverträge mit „Boss knitwear" und Franco Maschino um so besser. Neuerdings hat Falke den Amerikaner, Mode-Designer Jeff Sayre unter Vertrag.

KOENIG & BAUER / Beachtliche Neuaufträge

Bis 1985 gut ausgelastet

DANKWARD SEITZ, München

Vollbeschäftigt bis weit ins Jahr 1985 hinein ist die Koenig & Bauer AG, Würzburg, älteste Druckmaschinenfabrik der Welt. Unter diesen Umständen dürfte es dem Vorstand nicht schwergefallen sein, im Geschäftsbericht 1983 die Prognose zu wagen, daß für das laufende Jahr bei erneuter Umsatzausweitung ein positives Ergebnis erwartet werden kann. Per Ende 1983 hatte sich der Auftragsbestand gegenüber dem Vorjahresniveau um 8,6 Prozent auf 336,8 Mill. DM abgeschwächt, jedoch ist dieser Wert durch „beachtliche Neuaufträge" in den ersten Monaten 1984 wieder gestiegen.

Das Geschäftsjahr 1983 brachte Koenig & Bauer ein Umsatzplus von 19,6 (21,6) Prozent auf 313,6 Mill. DM. Um der hohen Nachfrage gerecht werden zu können, hätten die etwa 1760 Mitarbeiter teilweise sogar Überstunden einlegen müssen. Hoch ist immer noch der Exportanteil mit 75,1 (78,5) Prozent. Diese Quote dürfte jedoch 1984 wegen größerer Inlandslieferungen um einiges kleiner werden.

Diese positive Geschäftsentwicklung hat sich auch im Ertrag niedergeschlagen. Der Jahresüberschuß stieg um 23,1 Prozent auf 4,8 Mill. DM nach einem Steueraufwand von 6,9 (5,2) Mill. DM. Daraus wird auf das erhöhte Grundkapital von 20 (16) Mill. DM eine Dividende von 6 DM ausgeschüttet; 1982 waren es 5 DM plus 2,50 DM Bonus. Zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals wurden 2,4 (1,5) Mill. DM in die freien Rücklagen gestellt. Bei einer auf 225,1 (260,7) Mill. DM gesunkenen Bilanzsumme verbesserte sich die Eigenkapitalquote dadurch insgesamt auf 19,3 (13,4) Prozent.

VAW / Nach drei Baissejahren ein steiler Ertragsaufschwung – Sorgen bei Preßwerken

Aluminium-Konjunktur bleibt auf Höhenflug

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Wende kam schneller als erwartet. Und sie hält an. Nach drei verlustreichen Baissejahren der Aluminiumkonjunktur hat der mit 50 Prozent Anteil an der deutschen Erzeugung größte heimische Hüttenaluminiumproduzent, die Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Berlin/Bonn, 1983 dank weltweiter Erholung seiner Branchenkonjunktur eindrucksvoll den Aufstieg in die schwarzen Zahlen geschafft.

Das über den VIAG-Konzern dem Bund gehörende Unternehmen erreichte in Wahrheit viel mehr als den 44 Mill. DM ausmachenden Umschwung vom 1982er Verlustausweis in einem mit 0,5 Prozent des Umsatzes noch mageren Jahresüberschuß-Ausweis. Und auch noch mehr als die 43prozentige Verbesserung im Netto-Cash-flow. Das noch 1982 um reichlich 100 Mill. DM gesunkene Betriebsergebnis dürfte sich nun um gut 200 Mill. DM verbessert haben.

Das meiste vom Ertragsfortschritt wurde still thesauriert und der Jahresüberschuß auf neue Rechnung vorgetragen. Nicht nur wegen dieser Polster auf alte Wunden ist Vorstandsvorsitzender Rudolf Escherisch nun zu der Prognose bereit, daß VAW (315 Mill. DM Aktienkapital) nach zwölf dividendenlosen Jahren für 1984 zur Gewinnausschüttung zurückkehren wird. Hauptgrund seiner Prognose ist die Erwartung, daß der Höhenflug der Aluminiumkonjunktur, der VAW ab Mai 1983 aus den roten Zahlen herausbrachte und den Hüttenaluminiumverbrauch daheim wie in der freien Welt 1984 um weitere 5 bis 6 Prozent steigern dürfte, zumindest bis weit nach 1985 hinein anzuhalten scheint.

Besagter Höhenflug führte 1983 dazu, daß die Produzenten der freien Welt, voran die bei diesem „homogenen Werkstoff" marktbestimmenden Nordamerikaner, bei nur mäßigem Produktionsanstieg um 3,3 Prozent auf 11,1 Mill.t (1980 noch 12,8 Mill.t) ihre überhöhten Metallbestände kräftig abbauten und so die Preiserholung stützten. Gegenüber dem 1982er Tiefststand hat sich die Dollarnotiz für Hüttenaluminium auf dem Spitzenstand von 1983 glatt verdoppelt.

Das seit einigen Monaten zu beobachtende Abbröckeln der Preise von diesem Spitzenstand registriert der VAW-Vorstand mit Gelassenheit. Die hektischsten Preissausschläge nach oben (bis zu einem deutschen Marktpreis von 4,60 DM/kg) hat man mit Rücksicht auf konzerneigene und sonstige heimische Verarbeitungskundschaft ohnehin nicht mitgemacht, immerhin aber den eigenen Listenpreis binnen neun Monaten bis Februar 1984 in drei Etappen auf 4,25 (3,45) DM/kg erhöht. Da liege er auch für die nächsten Monate nun verläßlich beim erwarteten Weltmarkt-Preisniveau.

Das bringt, da sich der rasant gestiegene Metallpreis immer deutlicher auch auf der Verarbeitungsstufe (Halbzeug, Folien und Dünne Bänder) in deren Produktpreisen durchsetzt, für das VAW-Konzerngeschäft in 1984 eine angenehme Rendite. Gefährdet werden könnte sie derzeit nur durch einen (unwahrscheinlichen) Absturz des Dollarkurses unter die Wechselkurs-Linie von etwa 2,50 DM.

Diese für die deutschen Hütten auf hohem heimischen Energiekostenniveau stets latente Verwundbarkeit bestimmt auch die Investitionspolitik des VAW-Vorstands. Die Konzern-Sachinvestitionen, 1983 auf 169 (285) Mill. DM gesunken, bleiben vorerst weiterhin deutlich unter dem Netto-Cash-flow mit dem schon 1983 angenehmen Effekt eines kräftigen Abbaus der hohen Zinslast. Für's Weltmarktgeschäft des Konzerns soll vorerst die 12prozentige Beteiligung an der nun mit 230 000 Jahrestonnen anlaufenden neuen Tomago-Hütte in Australien ausreichen.

Daheim hat der Konzern trotz Aluminium-Boom noch Sorgen mit seinen Preßwerken (34 000 t Jahresproduktion). Für deren in die Bauwirtschaft gehende Erzeugung zieht mit dem Abflauen der Baukonjunktur nun wieder Kurzarbeit herauf, danach wohl auch Kapazitätsabbau. Am günstigen Ertragsausblick für 1984 ändert auch dieser derzeit noch winzige Verlustbereich des VAW-Konzerns nichts. Die Prognose für eine 1984er VAW-Dividende schließlich ist auch unter dem Aspekt zu sehen, daß eine Kapitalerhöhung durch Umwandlung des von der VIAG erhaltenen Investitionsdarlehens von 250 Mill. DM näherrückt.

VAW-Gruppe	1983	±%
Alu.-Produktion		
(1000 t) *)	374	+ 6,2
Alu.-Absatz *)	564	+ 23,3
Umsatz (Mill. DM)	3889	+ 19,4
Belegschaft	16 396	- 0,5
Personalaufwand	844	+ 5,4
Gesamtinvestitionen	201	- 31,4
Netto-Cash flow	383	+ 43,4
Zinsaufwandsaldo	111	- 40,0
AG-Jahresergebnis	19,5	(- 34,3)

*) Hüttenaluminium einschl. Drittelanteil an Hamburger Aluminiumwerk GmbH. Absatz einschl. Metallhandel.

HANOMAG

Ausreichende Liquidität

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Zuversichtlich beurteilt die Geschäftsführung der Hanomag Baumaschinen Produktions- und Vertriebs-GmbH, Hannover, die eigenen Geschäftsaussichten. Im Gegensatz zur gesamten Branche verzeichne die Nachfolgegesellschaft der in Konkurs gegangenen Hanomag GmbH eine günstige Auftragslage. Geschäftsführer Wolfgang Freimuth kündigte an, die Belegschaft in den beiden nächsten Monaten von derzeit 470 auf 720 Mitarbeiter aufzustocken.

Gesellschafter der neuen Hanomag sind der Schwarstedter Tiefbauunternehmer Günter Papenburg und die Göttinger Geschäftsleute Helmut und Horst Gassmann. Sie hatten Mitte April vom Hanomag-Gläubigerausschuß den Zuschlag erhalten und dabei den Hamburger Unternehmer Ulrich Harms, der die Produktion in Hannover auslaufen lassen wollte, aus dem Rennen geworfen. Bislang nicht bestätigt wurde der Übernahmepreis, der ohne Grundstück bei knapp 60 Mill. DM liegen soll.

Nach den Worten Freimuths werden derzeit bei Hanomag pro Monat 90 Maschinen gefertigt. Ab 1985 soll die jährliche Produktion 1500 Einheiten erreichen. Den Auftragsbestand bezifferte Freimuth auf knapp 400 Maschinen. Vor allem aus dem Ausland (Anteil über 50 Prozent) werde kräftig geordert.

Liquiditätsschwierigkeiten gebe es nicht. Freimuth verweist auf die stark verbesserte Kosten/Erlös-Situation. Während Hanomag früher bei einem Absatz von 2500 Maschinen noch rote Zahlen schrieb, werde der Break-even-point heute bereits bei einem Ausstoß von weniger als 1500 Einheiten erreicht. Wenn das Unternehmen schon jetzt positive Ergebnisse erwirtschafte, so sei dies im wesentlichen auf die entstandenen Übernahme-Gewinne zurückzuführen. Freimuth verweist auf die Verwertung der Lagerbestände (400 Maschinen) und die vorhandenen Halberzeugnisse. Zudem seien die Zahlungsziele inzwischen drastisch reduziert worden.

Die Eröffnungsbilanz der neuen Hanomag ist nach den Worten von Freimuth noch nicht festgestellt. Gegenwärtig werde daran gearbeitet, wobei steuerliche Aspekte eine wesentliche Rolle spielten. Überlegungen zur Hereinnahme weiterer Partner seien nicht aktuell.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kurzarbeit wird beendet

Augsburg (sz.) – Ab Anfang Juli 1984 wird die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN), Augsburg, die seit über einem Jahr währende Kurzarbeit für die etwa 3900 Beschäftigten im Dieselmotorenwerk Augsburg aussetzen können. Dies ermöglicht nach Angaben des Unternehmens sowohl die verbesserte Auftragssituation im stationören Bereich als auch das etwas lebhaftere Geschäft bei Schiffsdieseln.

Wieder 12 Prozent

München (sz.) – Eine unveränderte Dividende von 12 Prozent je 50-DM-Aktie auf das 1983 erhöhte Aktienkapital von 15,0 (10,0) Mill. DM schlägt die Held & Francke Bau-AG, München, der Hauptversammlung am 23. Juli zur Ausschüttung für das vergangene Geschäftsjahr vor. Dabei sind die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln voll dividendenberechtigt und diejenigen aus der Einzahlung der Gesellschafter (2,5 Mill. DM) zur Hälfte. Die Unternehmensgruppe konnte 1983 ihre Bauleistung um 6,2 Prozent auf 660,3 Mill. DM steigern und weist einen Jahresüberschuß von 5,65 (2,2) Mill. DM aus, wovon 4,0 Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden.

Kompressoren abgegeben

Stockholm (dpa/VWD) – Der schwedische Druckluft- und Hydraulikkonzern Atlas Copco hat den Kompressorenbereich des deutschen Unternehmens Linde AG in Köln übernommen. Der Übernahmevertrag wurde nach Genehmigung durch das Bundeskartellamt in Berlin unterzeichnet. Atlas Copco will seine Interessen auf dem deutschen Gas- und Kompressorenmarkt in einer neuen Tochtergesellschaft Atlas Copco Energas zusammenfassen, die in Köln ihren Sitz haben wird. Im Geschäftsjahr 1983 erzielte Atlas Copco weltweit einen Umsatz von 8,1 Mrd. Kronen (2,4 Mrd. DM), davon in der Bundesrepublik 124 Mill. DM.

Dividende aus Rücklage

Hamburg (dpa/VWD) – Der Düngemittelhersteller Guano-Werke AG, Hamburg, hat nach eigenen Angaben auch das Geschäftsjahr 1983 mit Verlust abgeschlossen. Der Jahresfehlbetrag von 1,6 (2,4) Mill. DM wäre jedoch ohne die 4,6 (1,4) Mill. DM Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil noch höher ausgefallen. Um den Aktionären dennoch eine Dividende von 20 Prozent ausschütten zu können, wurden den offenen Rücklagen 7,3 Mill. DM entnommen. So konnte der Fehlbetrag einschließlich des Verlustvortrages aus dem Vorjahr von zusammen 3,9 Mill. DM ausgeglichen und ein Bilanzgewinn von 3,4 Millionen DM ausgewiesen werden. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, stieg der Düngemittelabsatz zwar, aber die Preise mußten zurückgenommen werden. Dadurch sank der Umsatz auf 281,7 (297,1) Mill. DM.

Zwangspause bei Brose

Coburg (sz.) – Wegen des andauernden Arbeitskampfes in der Metallindustrie mußte nun auch die Metallwerke Max Brose GmbH & Co., Coburg, ihre Produktion ganz einstellen. Betroffen davon sind alle 1600 Beschäftigten. Bereits in der vergangenen Woche waren etwa 900 Beschäftigte in Zwangsurlaub geschickt wordnen. Nach Angaben von Geschäftsführer Jakob Faßbender ist dieser weitere Schritt nun notwendig geworden, weil zum einen die Läger überquellen und zum anderen notwendige Zulieferteile fehlen. 1983 erzielte Brose einen Umsatz von rund 290 (245) Mill. DM.

Ausländer verkauften Farbenaktien.

Nixdorf-Handel zu schwankenden Kursen sehr lebhaft

DW.- Weil noch immer kein Ende des Tarifkonflikts in der Bundesrepublik abzusehen ist, werden große ausländische Aktionäre nervös und verkauften in erheblichem Umfang deutsche Aktien. Damit folgte die Mittwochbörse nicht der Meinung von Börseninformationsdiensten, daß diese Tarifrunde, je länger sie dauere, um so stärker an die Unternehmer gehe. Dafür erwies sich auch der Berufshandel als nicht „cool" genug. Deshalb waren die Notierungen auf breiter Front bei teilweise lebhaften Umsätzen schwächer.

An ihrem ersten normalen Börsentag – am Dienstag war ja nur ein bundeseinheitlicher Kassakurs festgestellt worden – brachte die *neue Nixdorf-Vorzugsaktie* lebhaftes Geschäft und schwankenden Kursverlauf. Das zu 380 DM je 50-DM-Aktie ausgegebene Papier, das am Dienstag zu 490 in den amtlichen Börsenhandel eingeführt worden war, setzte am Mittwoch mit 491 ein, stieg bis auf 501 und bröckelte wieder auf etwa 490 ab. Die Farbennachfolger wurden in der Spitze bis um 3,50 DM (BASF) zurückgenommen. Auch Autopapiere bröckelten ab – ebenfalls eine Folge des Tarifkonflikts. Unter den Elektropapieren fielen AEG durch stabile Kurse auf. Versorgungspapiere teils gut, teils knapp gehalten. Der Bankenmarkt zeigte als Folge der starren US-Haltung in Bezug auf das Zinsniveau kleinere Minuskorrekturen. Maschinenbauer uneinheitlich.

Düsseldorf: Hochtief fielen um 19 DM auf 950 DM, Aigner sanken um 5 DM auf *270 DM* und Kabelmetall fielen um 2,50 DM auf 156 DM. Heinrich erhöhten sich um 4 DM auf 344 DM, Kochs Adler zogen um 5 DM auf 370 DM an und Concordia verbesserten sich um 5 DM auf 245 DM an.

Frankfurt: BASF fielen um 3,40 DM auf 160,80 DM, Bayer sanken um 2,50 DM auf 167 DM und Hoechst verminderten sich um 2,50 DM auf 163,50 DM. GHH verbesserten sich um 1 DM auf 148 DM und KHD befestigten sich um 0,50 DM auf 244,50 DM.

Hamburg: Versorgungswerte lagen zum Teil gut behauptet. HEW *verbesserten sich um 0,50 DM auf* 88 DM und NWK Vz. um 1,30 DM auf 169,80 DM. Um 1,50 DM waren Phoenix Gummi fester. Haller Meurer wurden mit 134,20 DM plus 0,20 DM bezahlt.

München: Etienne Aigner *verminderten sich um* 4 DM *auf 271* DM, Agrob St. fielen um 10 DM auf 240 DM und Flachglas gaben um 6 *DM auf 241 DM* nach. *Audi NSU* erhöhten sich um 5 DM auf 275 DM, Gehe AG befestigten sich um 1 DM auf *276 DM*.

Berlin: Berthold konnten sich um 5 DM befestigen, Orenstein um 4,50 DM. Engelhardt schwächten sich um 7 DM ab. Schering lagen um 4,50 DM leichter, DUB-Schultheiss um 1,80 DM, Herlitz St. und Kempinski um je 1,50 DM. Berliner Kindl und Herlitz Vz. bröckelten je um 1 DM ab.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 147,5 (147,9)
WELT-Umsatzindex: 1285 (1755)

Wien

	13. 6.	12. 6.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	210	210
Gösser-Brauerei	331	–
Länderbank Vz.	203	203
Österr. Brau AG	304	–
Perlmooser	341	340
Reininghaus	389	–
Schwechater Br.	152	–
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	145	144
Universale Hoch Tief	211	–
Veitscher Magnesit	–	–
Index	54,51	55,58

Kopenhagen

	13. 6.	12. 6.
Den Danske Bank	228	230
Jyske Bank	515	515
Kopenh. Handelsbk.	234	236
Novo Industri	2250	2250
Privatbanken	251	252
Ostasiat. Komp.	185	181
Dan. Sukkerfabr.	605	605
For. Bryggerier St.	870	860
Kgl. Porc. Fabr.	360	370

Brüssel

	13. 6.	12. 6.
Arbed	1535	1555
Brux. Lambert	2330	2315
Cockerill Ougrée	271	276
Ebes	2490	2480
Gevaert	3170	3200
Kreditbank	7150	7150
Petrofina	6600	6770
Soc. Gén. d. Belg.	1750	1750
Sofina	5970	5970
Solvay	4050	4020
UCB	4575	4700
Index	145,47	146,83

Singapur

	13. 6.	12. 6.
Cycle + Car.	3,46	–
Cold Storage	3,50	3,56
Dev. Bk. of Sing.	8,75	8,70
Fraser + Neave	5,60	5,60
Kl. Kepong	2,97	2,95
Mal. Banking	9,00	9,00
Nat. Iron	5,40	5,35
OCBC	9,85	9,90
Sime Darby	2,18	2,19
Singapur Land	3,92	4,00
Un. Overs. Bank	4,82	4,80

Sydney

	13. 6.	12. 6.
ACI	1,72	1,72
Ampol. Explor.	3,20	3,45
Westpacific Banking	3,53	3,55
Bridge Oil	2,50	2,50
Brok. Hill. Prop.	9,52	9,56
Coles	3,38	3,40
CRA	4,85	4,86
CSR (Theiss)	2,95	2,98
Metals Expl.	0,32	0,30
MIM-Holdings	7,78	2,80
Myer Emporium	1,63	1,63
North Broken Hill	2,10	2,20
Oakbridge	0,80	0,82
Peko Wallsend	4,35	4,40
Poseidon	4,20	4,10
Thomas Nat. Tr.	1,58	1,64
Waltons Bond	0,40	0,41
Western Mining	3,22	3,20
Woodside Petr.	1,04	1,04
Index	662,30	665,90

Optionshandel

Frankfurt: 13. 6. 84: 467 Optionen = 25 550 (22 150) Aktien, davon 124 Verkaufsoptionen: = 6950 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-80/21, 7-85/16,6, 7-90/12, 7-95/6, 7-100/3,1, 10-10/6,5, 10-90/16,6, 10-95/11, 1-100/9, 1-110/6,6, BASF 7-160/8,6, 7-170/2,4, 7-180/0,80, 10-160/13, 10-170/6,9, 10-180/3,4, 1-170/11, Bayer 7-160/12, 7-170/4,8, 10-170/11, 10-180/5,8, 1-170/15,6, BHF 1-270/21, Bekula 1-95/7,4, BMW 10-410/10,3, Commerzbank 10-160/13, 10-170/5,4, 10-180/3,2, 1-170/9,9, Conti 7-120/6,4, 7-130/2, 10-130/6, 3, 10-140/3, Daimler 10-600/15, 10-610/9,5, Dt. Babcock St. 1-160/10,4, Deutsche Bank 10-360/15, 1-390/11,5, 1-410/6, Dresdner Bank 7-160/4, 10-170/4, Hoechst 7-170/2,5, 10-170/9,9, 10-180/5, 1-180/9,25, 1-190/4,3, Hoesch 7-120/2,4, 10-110/12,9, 10-120/5,5, Klöckner 7-60/3,9, 7-65/1,4, 10-60/6,5, 10-702,5, 1-70/3,9, Metallges 10-250/5, Mannesmann 7-150/1,5, 10-140/12,5, 10-150/5, 10-160/2,5, 1-160/5, RWE UZ 1-170/4,9, Siemens 7-400/5, 10-410/6,5, 1-400/21, 1-430/9, Thyssen 10-85/6, 10-90/3,9, Veba 7-170/2, 10-170/6,4, 10-180/2,5, 1-180/6, VW 7-190/7,55, 7-200/2, 7-210/1,2, 10-190/15,9, 10-200/8,8, 10-210/4, Alcan 10-90/3, IBM 10-300/15, 10-320/7,9, 1-310/21,2, 1-320/15, Norsk Hydro 7-230/14,1, 7-240/4,2, Philips 7-38,9/2,8, 10-40/3, 1-40/5, 1-45/2,4, Royal Dutch 7-125,2/13,9, Sperry 10-110/4,9, 1-110/10, 1-120/5, Xerox 1-120/5 **Verkaufsoptionen:** AEG 7-95/1, 10-95/2,2, 1-85/1,2, 1-90/2,5, Bayer 7-170/2, 1-160/2,7, BBC 7-230/14, 10-210/6, Conti 7-130/2,8, 10-120/2, 1-120/3, Daimer 7-570/5, Dt. Babcock UZ 1-150/4,3, Deutsche Bank 7-350/4,5, 7-358/10, 10-340/5,5, Dresdner Bank 7-164/8, 10-150/3,9, Hoechst 7-170/5, 7-173/8, 7-178/15/13, Klöckner 7-65/3, Lufthansa St. 7-140/4,8, 7-150/12, Lufthansa UZ 7-140/4,5, Mannesmann 1-140/3, Siemens 1-370/5,35, 1-390/13,4, VW 7-190/1200-7, 7-210/17, 10-180/2, 10-190/4,35, 1-180/4,5, Chrysler 10-60/2, General Motors 1-180/9,4, Litton 10-1290/10, Philips 10-40/2, Unilever 1-220/11,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	11⅛–11⅞	5½–5⅝	3¾–4¼
3 Monate	11⅜–11¾	5⅞–6	3⅞–4¼
6 Monate	12⅜–12½	6⅛–6⅜	4½–4½
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅜–6⅝	4½–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1390,00	1732,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1220,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	627,00
1 £ Sovereign alt	237,00	292,98
1 £ Sovereign Elizabeth II.	230,00	285,00
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	231,00	285,00
Krüger Rand, neu	1038,00	1223,22
Maple Leaf	1038,00	1223,22
Platin Noble Man	1065,00	1254,00
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	258,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	191,00	241,68
20 franz. Franken „Napoléon"	188,00	238,26
100 österr. Kronen (Neuprägung)	957,00	1154,82
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	453,00	560,32
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 6. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,7128	2,7208	2,6770	2,67	2,76
London¹)	3,757	3,771	3,731	3,70	3,85
Dublin¹)	3,052	3,066	3,009	3,01	3,16
Montreal³)	2,0837	2,0917	2,0562	2,03	2,13
Amsterd.	88,590	88,810	88,63	87,75	89,75
Zürich	119,690	119,890	119,79	118,75	121,50
Brüssel	4,890	4,910	4,827	4,73	4,93
Paris	32,425	32,585	31,915	31,75	33,50
Kopenh.	27,190	27,310	26,94	26,25	28,00
Oslo	34,950	35,070	34,40	34,25	36,00
Stockh.**)	33,580	33,740	33,18	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,606	1,616	1,574	1,57	1,67
Wien	14,216	14,256	14,195	14,15	14,35
Madrid**)	1,763	1,773	1,722	1,71	1,83
Lissabon**)	1,920	1,940	1,880	1,65	2,45
Tokio	1,1680	1,1710	–	1,12	1,18
Helsinki	46,840	47,040	46,60	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,00	0,33
Athen*) **)	2,48	2,534	–	2,30	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,418	2,437	–	2,34	2,46
Johannesbg.*)	2,0865	2,1065	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar wurde am Vortag in den USA mit über 2,73 bezahlt, ging aber später wieder zurück aufgrund von Mutmaßungen über nicht ausgestandene Schwierigkeiten im amerikanischen Bankensystem, sowie etwas leichteren Tagesgeldsätzen. In Europa verlief der Handel sehr *ruhig zwischen* 2,7130 und 2,7190. Die Einzelhandelsumsätze für Mai entsprechen mit einer Zunahme von 0,2 Punkten bei weitem nicht den Schätzungen des Marktes, lösten jedoch keine Änderung der Markverhältnisse aus, denn der Kurs blieb bis gegen Geschäftsschluß bei 2,7150 knapp unter der amtlichen Notiz von 2,7168. Die Bundesbank verkaufte zu diesem Preis 32,7 Mill. Dollar. Die Entwicklung der übrigen Währungen verlief unterschiedlich bei meist geringen Abweichungen gegenüber Vortag. US-Dollar in: Amsterdam 3,0625; Brüssel 55,4325; Paris 8,3575; Mailand 1686,30; Wien 19,0770; Zürich 2,2680; Ir. Pfund/DM 3,059; Pfund/Dollar 1,3855; Pfund/DM 3,764.

Ostmarkkurs am 13. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: *Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.*

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte verzeichneten am 13. Juni keine besonderen Veränderungen, die Depots für Dollar und D-Mark notierten auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,37/1,27	4,02/3,92	8,18/7,98
Pfund/Dollar	0,26/0,28	0,82/0,84	1,82/1,85
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,60	7,80/5,60
FF/DM	27/11	66/50	127/111

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 6.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 13. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze** des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Renten ruhig und behauptet

Das Geschäft am Rentenmarkt litt auch an der Mittwochbörse unter den geringen Aussichten auf baldige Zinssenkungen. Die Umsätze blieben überwiegend gering, denn die potentiellen Käufer warteten weiterhin ab. Die Bundesobligationen konnten sich überwiegend behaupten. Öffentliche Anleihen gaben in der Spitze bis um 0,15 Prozentpunkte nach. Die Bundesbank gab zum Marktausgleich 16,8 Mill. DM nominal ab. DM-Auslandsanleihen lagen ebenfalls knapp gehalten. Der Pfandbriefmarkt verkehrte eher abwartend und etwa behauptet.

Bundesanleihen

		13. 6.	11. 6.
F 6 Bund 78 III	9/84	99,95	100
8¼ dgl. 78	9/84	100,45G	100,45
6 dgl. 78 IV	12/84	99,55	99,5
6¼ dgl. 79	1/85	99,85bG	99,85bG
8½ dgl. 73 I	3/85	101,3	101,3
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,3
7¾ dgl. 79 II	6/85	100,65	100,65
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,1G	101,1
8 dgl. 76 IV	10/85	101,4	101,4
5½ dgl. 78 II	3/86	98,05	98,05
5¾ dgl. 78	5/86	98,1	98,15
7¼ dgl. 76 I	12/86	100	100
6½ dgl. 79	1/87	98,3	98,3
7¾ dgl. 76 II	1/87	99,9	99,85
6¾ dgl. 77	4/87	98,8	98,8
6½ dgl. 77	7/87	97,5	97,5
6 dgl. 77	10/87	95,5	95,5
6 dgl. 78 I	1/88	94,75	94,9
6¼ dgl. 78 I	9/88	95,1	95,1
6½ dgl. 78 II	12/88	96	96
6¾ dgl. 79	1/89	96,95	96,9
7¼ dgl. 79 I	4/89	97,75G	97,95
10 dgl. 81	4/89	107,55	107,55
7½ dgl. 79 I	6/89	98,35	98,5G
8 dgl. 79 I	7/89	100,3	100,35
8 dgl. 79 II	8/89	100,3	100,3
7½ dgl. 79 II	9/89	98	98,1
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,25	99,25
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,2	99,2
10 dgl. 80	4/90	108,8	108,8
5¾ dgl. 78	5/90	92	92,1
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,75G	100,75
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,75G	100,75
7¾ dgl. 82	11/90	98,25	98,35
9 dgl. 81	2/91	103,85G	103,65
10¼ dgl. 81	7/91	110,25	110,4
10¾ dgl. 81	9/91	113G	113
10 dgl. 81 II	12/91	109,2	109,25
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,85bG	107,8
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,95	107,9
6 dgl. 78 II	3/93	89,5G	89,5
9,5 dgl. 82	4/92	106,85G	106,85
9 dgl. 82	5/92	104bG	104bG
8¾ dgl. 82	6/92	101,3G	101,3G
9 dgl. 82	8/92	104,1	104,05
8¾ dgl. 82	9/92	103,05G	103,05
7¾ dgl. 82	12/92	96,95	96,95
7½ dgl. 83	1/93	95,15	95,15bG
7½ dgl. 83 II	3/93	95,15	95,15bG
7½ dgl. 83 III	5/93	96,6	96,6
8¼ dgl. 83	6/93	99,95	99,95
8 dgl. 83	7/93	98,35	98,35
8¼ dgl. 83 II	8/93	100	100
8¼ dgl. 83 III	10/93	100G	100
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100G	100
8¼ dgl. 83 V	12/93	100	100,05
8¼ dgl. 84	1/94	99,95	99,95
8¼ dgl. 84 II	2/94	100	100
8 dgl. 84	3/94	98,25	98,35
8¼ dgl. 84	6/94	100,25	–
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,85	100,85
8 dgl. 80 S.2	2/85	101	101
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,15	101,15G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	101,8	101,8
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,55	101,55
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,4G	101,4
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,3	101,3
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,95	100,95
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	101,7	101,7
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,7	102,7G
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,7bG	102,75
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,3	104,3
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,45	104,45
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,05G	104,05
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,85	104,85
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,9	105,9
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,1	107,15
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,45	106,4
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,55	105,55G
9¾ dgl. 81 S.20	11/86	104,75G	104,75G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,35	106,35G
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,8	105,8
9¾ dgl. 81 S.23	12/86	104,85	104,85
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105	105
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,7G	104,7G
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	104,25	104,25
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,8	103,8
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,65	102,7
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,05	105,05
9 dgl. 82 S.30	8/87	103,45	103,55
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,8	102,8
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	101,3	101,3
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,55	100,6
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	99,9bG	99,9
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,2	99,25
7½ dgl. 83 S.36	1/88	98,1bG	98,1
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	96,45	96,45
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,7	97,7
7½ dgl. 83 S.39	6/88	98,75G	98,75
7½ dgl. 83 S.40	8/88	99,55	99,55
8 dgl. 83 S.41	8/88	100,15	100,15
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,15	100,1
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,1	100,1
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,2	101,2
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,05bG	100,05
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,4bG	98,4bG

Bundesbahn

		13. 6.	12. 6.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,35	100,35
8¼ dgl. 78	9/84	100,4G	100,4G
6 dgl. 78 III	11/84	100bG	100bG
F 6½ dgl. 79	2/85	99,95bG	99,95bG
8¾ dgl. 73	2/85	101,2	101,25
7 dgl. 77	2/87	99,05	99
6 dgl. 77	9/87	95,85bG	95,85
6 dgl. 78 II	7/88	94,3	94,2
6½ dgl. 77	5/89	94,85	94,75
8 dgl. 79 I	7/89	100,2	100,2
6 dgl. 78 I	2/90	91	91
8 dgl. 80 II	7/90	100	100
9 dgl. 81	3/91	103,85G	103,85
10½ dgl. 81	9/91	111,6G	111,7
10¼ dgl. 81	11/1	110,7G	110,7
8 dgl. 80 I	2/92	99,05	99,05
10 dgl. 82	2/92	109,5	109,5
9¾ dgl. 82	7/92	106,95	106,95
8 dgl. 82	11/92	98,5	98,6
7¾ dgl. 83	1/93	97,2	97,1
8¼ dgl. 83	10/93	100	99,95

Bundespost

		13. 6.	12. 6.
F 6½ Bdpost 69	6/88	98,8G	98,8G
8 dgl. 72 I	9/87	100,65	100,65
10 dgl. 81	3/89	107,9	107,9
10¼ dgl. 81	6/89	108,95	108,9
8 dgl. 80	3/90	99,75	99,75
7¾ dgl. 80	9/90	98,75	98,75
8¾ dgl. 80	12/90	103,05G	103,05
10¾ dgl. 81	10/91	111,8	111,8
9¾ dgl. 82	2/92	108,15G	108,15
8¾ dgl. 82	6/92	102,7	102,7
8½ dgl. 82	10/92	101,7	101,7
7¾ dgl. 83	2/93	97,1	97,1
8½ dgl. 83	9/93	101,25	101,25
8¼ dgl. 84	2/94	100,1	100,1

Länder – Städte

		13. 6.	12. 6.
S 8½ Bd.-Wttbg. 78	86	98,25	98,25
8¼ dgl. 82	92	100	100
M 7 Bayern 66	86	101	101
6½ dgl. 67	87	101	101G
6 dgl. 68	85	98,75	98,75G
6 dgl. 78	88	93,9	93,9
8¾ dgl. 80	90	103G	103G
8¾ dgl. 82	92	102,4G	102,45
7½ dgl. 83	93	95,1	94,75
8 dgl. 84	94	98,75G	98,75
B 8½ Berlin 70	85	102G	102G
8 dgl. 72	85	101G	101G
7 dgl. 77	85	100,15G	100,15G
6½ dgl. 78	88	98G	98,5G
8¾ dgl. 80	88	103,75	104
Br 7¾ Bremen 71	87	100,75G	100,75G
8 dgl. 72	87	101G	101G
7½ dgl. 83	93	95	95
H 8½ Hamburg 70	85	101,3	101,3G
6¾ dgl. 77	92	98,1G	98,1G
8 dgl. 80	92	99,9	99,5
9¾ dgl. 82	92	107,8	107,8G
7½ dgl. 83	92	95,1G	95,1G
8¼ dgl. 84	94	100	99,6
F 8 Hessen 71	86	101	101G
6¼ dgl. 78	88	94,2	94,2
Hn 8½ Nieders. 70	85	-Zhg.	100,5
7½ dgl. 72	87	99,9G	99,9G
8 dgl. 72	87	-Zhg.	100,9G
7½ dgl. 79	87	99	99
7¾ dgl. 82	92	96,85G	96,85G
8 dgl. 83	93	98,4G	98,4G
8 dgl. 84	94	98,75G	98,75G
D 7¼ NRW 83	93	94,85	94,85
7¾ dgl. 83	93	95,35	95,35
8½ dgl. 83	93	100,1	100,85
8¼ dgl. 83	93	99,8	99,5G
8¼ dgl. 84	92	99,85	99,85G
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,8G
8 dgl. 71	86	100,5	100,5
F 8½ Saar 70	85	100,6G	100,6
7 dgl. 72	87	99G	99G
6 dgl. 78	88	94	94,1
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,8G	99,8G
7¾ dgl. 72	87	99,4G	99,4G
8½ dgl. 73	85	101G	101
8 dgl. 84	94	98,25	98,25
D 7 Essen 72	85	100,25G	100,25G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,5G	100,5G
7¾ dgl. 72	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 83	93	98,25G	98,25G

Bankschuldverschreib.

	13. 6.	12. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	100	82,5G
6½ dgl. Pf 5	87,25	87,5G
7 dgl. Pf 2	100,2	100,2G
F 7½ Bakola Pf 104	100,9G	100,9G
9 dgl. Pf 106	103,3G	103,3G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	95,85G	95,85G
8 dgl. KS 155	99,6G	99,6G
9 dgl. KS 180	102,45G	102,45G

	13. 6.	11. 6.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	92,75G	92,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,5G	95,5G
7 dgl. Pf 27	94,75bG	94,75bG
6½ dgl. KS 14	97,75G	97,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74,5G	74,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75G	80,75G
8 dgl. KS 1	99,25G	99,25G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	96,4G	96,4G
6 dgl. IS 17	95,4bG	95,5G
8½ dgl. KO 49	101,6bG	101,75bG
8½ dgl. KO 48	101,6bG	101,6bG
M 7½ Bay Ublgz. Pf 103	100G	100G
9½ dgl. Pf 105	100G	100G
10 dgl. KS 307	100G	100G
9½ dgl. IS 726	101,5G	101,5G
M 5 Bayer. Vertbk. Pf 11	118G	118G
5½ dgl. Pf 28	–	–
6 dgl. Pf 4	90,25G	90,25G
6½ dgl. Pf 3	86G	86bG
6½ dgl. Pf 12	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	96G	96G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,8G	99,8G
6 dgl. Pf 34	94,5T	94,5T
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	87G	87G
7½ dgl. Pf 87	92G	92G
6 dgl. KS 29	79,75G	79,75G
7 dgl. KS 30	98,55G	98,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120G	120G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,25G	101,25G
9¼ dgl. KO 218	101,25G	101,25G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 84	–	–
9 dgl. KS 138	103,2G	103,2G
F 6 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,1G	101,1G
9 dgl. Pf 239	103,3G	103,3G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	99,7G	99,7G
F 5¾ Dt Gen.bk. IS 70	92,9G	92,9G
6 dgl. IS 71	100G	100G
6¼ dgl. IS 73	97,85G	97,85G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 8 Dgz.Dt.Komm.K055-4.	81G	81G
6 dgl. KO 46	77G	77G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	98,25G	98,25G
9 dgl. KO 129	101,4G	101,4G
10 dgl. KO 125	100,3G	100,3G
Hn6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,9G	99,9G
10 dgl. KS 134	101,65G	101,65G
8¾ dgl. KS 140	100,9G	100,9G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
6 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	78G	78G
6¾ dgl. KS 259	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	72G	72G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	78G	78G
B 9 Dt.Pf.Wi. Brf. 482	104G	104G
Br 6 Dt. Schiffbk. Pf 46	100G	100G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,5G	99,15G
6¼ dgl. Pf 60	96,25G	96,25G
6¼ dgl. Pf 74	99,25G	99,25G
6¾ dgl. Pf 76	97,25G	97,25G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,85G	94,85G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,35G	101,75G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	70T	70G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78,5G	76,5G
6 dgl. Pf 130	92,1G	92,1G
6½ dgl. Pf 133	85,5G	86,5G

	13. 6.	11. 6.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
5 dgl. 14	90,1	90,1
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109	109G
6 dgl. Pf 80	89,9G	94,85G
8 dgl. Pf 73	101G	101G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 96	81,25G	81,25G
6½ dgl. Pf 80	89,9	89,9
8 dgl. Pf. 248	100,35	100,45G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,25G	101,25G
9 dgl. KO 259	102,65G	102,65G
9¾ dgl. KO 262	100,6G	100,6G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5	114,5
5 dgl. Pf 12	–	–
7 dgl. Pf 25	94,75G	94,75G
10 dgl. Pf 40	100,9G	100,9G
8 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	101,1G	101,1G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	87,6G	87,6G
7 dgl. Pf 12	91,75G	91,75G
4½ dgl. KO 6	100	100
7½ dgl. KO 60	100G	100G
8½ dgl. KO 61	100,25G	100,25G
S 8¾ LKbK Badw. Pf 8	102G	102G
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	86G	86G
8¼ dgl. KS 8	101,5G	101,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	81G	81G
7 dgl. Pf 87	91	90
10 dgl. Pf 33	101,5G	101,5G
8½ dgl. KS 78	97G	97G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	85,5G	85,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	104	104
6½ dgl. Pf 42	99,15G	99,15G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	94,6G	94,6G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101G	101G
9 dgl. KO 53	101,9G	101,9G
7½ dgl. IS 6	99,7G	99,7G
10 dgl. IS 37	100,6G	100,6G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	83,75G	83,75G
6 dgl. Pf 95	78	78
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
5 dgl. Pf 28	93,75G	93,75G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	101G	101G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 58	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97G	97G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	103,5G	103,5G
6 dgl. KS 77	78G	78G
8½ dgl. KS 80/T	–	–
8½ dgl. KS 110	101,5G	101,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	85,5G	85,5G
5½ dgl. Pf 43	84,4G	84,4G
6 dgl. Pf 56	78,65G	78,65G
7 dgl. Pf 61	87,9G	87,9G
8 dgl. Pf 70	100,9G	100,9G
9 dgl. Pf 68	101,4G	101,4G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	76,5bG	76,5G
6½ dgl. Pf 143	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 87	94,5bG	94,5G
7½ dgl. Pf 104	96G	96G
7 dgl. KS 49	93G	93G
7½ dgl. KS 81	100,25G	100,25G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	100,75G	100,75G
9 dgl. KS 185	103G	103G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

	13. 6.	12. 6.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78bG
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	100,95G	101,1G
6½ dgl. Pf 403	97,85G	97,85G
9½ dgl. Pf 1007	105,3G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	90,05G	99G
7 dgl. KO 556	100,05G	100,1G
6¼ dgl. KS 420	96,5G	96,3G
9¼ dgl. KO 1301	104,3G	104,6G
8½ dgl. KS 1278	101,35G	101,55G
8 dgl. IS 1512	100,35G	100,2G
9¼ dgl. IS 1520	101,7G	101,9G
6½ dgl. IS 679	94,45G	94,4G
7½ dgl. IS 1503	100,2G	100,25G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	95,5bG	95,5G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,1G	101,1G
8¼ dgl. Pf 564	103G	103G
9¾ dgl. KS 294	101,9bG	102,2G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 5 Wür. Hypo. Pf 84	75G	75G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 8½ Wür. KoLa Pf 1	88,6G	88,6G
7 dgl. Pf 6	100,1G	100,1G

Sonderinstitute

	13. 6.	12. 6.
D 6 DSLB Pf 28	84G	84G
6 dgl. Pf 47	80G	80G
7 dgl. Pf 63	89G	89G
7½ dgl. Pf 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	98G	98G
8 dgl. Pf 165	100G	100G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 153	102G	102G
7 dgl. RS 162	96,25G	96,25G
9½ dgl. RS 172	104,25bG	104,25bG
9 dgl. RS 186	104G	104G
10 dgl. RS 193	105G	105G
11¼ dgl. RS 185	107,5G	107,5G
F 7½ KFW 70	100,45G	100,45G
8 dgl. 70	101,25G	101,25G
7¼ dgl. 79	99,2	99,2
8 dgl. 84	99,6	99,8
F 10 Kredit 81	108,9G	108,9G
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,1G	101,1G
7½ dgl. 83	96,5	96,5
8¼ dgl. 83	100,1	100,1
F 6 Lawi.Rentbk. RS 14	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 16	97,6G	97,6G
6 dgl. RS 19	96,5G	96,5G
6 dgl. RS 20	99,9G	99,9G
6 dgl. RS 21	99,4G	99,4
8 dgl. RS 26	99,6	99,7G
7½ dgl. RS 27	100,75G	100,75G
6½ dgl. RS 80	97,25G	97,25G
7 dgl. 94	95,75G	95,75G
7 dgl. 99	100,15	100,25G
8 dgl. 101	100G	100G
7½ dgl. 102	97,75T	97,75T
9½ dgl. 126	104,6G	104,6G
D 8 LAS TS 78	101,1G	101,1
8½ dgl. TS 77	97,2G	97,2
5½ dgl. 78	93,8	93,7G
7 dgl. 79	98,7	98,9

Industrieanleihen

	13. 6.	12. 6.
F 8 Badenwerk 64	99	99
6 dgl. 78	94,75G	94,75
5 Bayernw. 59	99G	99G
F 8 Chem. Hüls 71	100T	100
7¾ Cont. Gum. 71	-Zhg.	-Zhg.
6¾ HEW 62	97G	97G
7½ dgl. 71	100,25G	100,25G
4½ Harpen 59	2040G	2040G
6 Hoesch 64	99,6G	99,6G
7½ dgl. 71	99,5	99,9T
7¼ Karstadt 71	99,8	99,8
7½ Kaufhof 71	99,75G	99,75G
7¾ dgl. 71	99,8G	99,8G
7½ dgl. 76	99,8G	99,75G
7½ Klöckner W. 71	99,5G	99,5G
8 dgl. 72	99,5	99,75bG

	13. 6.	12. 6.
6 NWK 61	98,75G	98,75G
6 dgl. 62	97,5G	97,5G
6 ObDon Krwk. 64	95,5T	95,5T
F 6 Rh. Briw. 63	95,6T	95,6T
6 dgl. 65	95,25G	95,25G
6 RWE 63	96T	96T
6 dgl. 65	94,8G	94,8G
7¾ dgl. 71	99,9T	99,9T
7 dgl. 72	98,8G	98,8G
6 Rh.-M.-Don. 62	97G	97G
6½ dgl. 68	99,4G	99,4G
8 Schleswag 71	100,3	100T
5 STEAG 59	99,5G	99,25G
7½ Thyssen 71	99,7G	99,7G
8 dgl. 72	99,8G	99,8G
7¾ dgl. 77	96,7G	96,7G
8 VEW 71	-Zhg.	100G
6¾ dgl. 77	96,5G	96,5
7 VW 72	98,75T	98,75T

Optionsscheine

	13. 6.	12. 6.
F 11 BASF Over Zee 82	61,5	63
7¼ Bayer Fin. 79	64,5	65,2
10½ Bayer Fin. 82	73,2	74
7½ BHF Bk. Int. 83	96	95,5
6¾ Ciba-Geigy 75	900	910
3½ Commerzbk. 78	43,1	45
7 Combk. Int. Lux. 83	46	47,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	141,2	142,5
3½ Dt. Bk. Int. 83	124,1	126,3
8¼ Degussa 83	159	167
4 Dresdner Bk. Int. 83	48,8	49,8
4 dgl. 83 II	50,6	51
10 Hoechst 75	338	341
6¾ dgl. 79	69,9	70,1
8 Hoechst 83	85,1	87,1
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2200	2200
5¾ Jusco 83	3100	3050
Mitsubishi 84	683	685
Mitsui 82	220bG	242
7¾ Siemens 83	192	191,6
6,875 Schering 83	99	100,5
4 Veba 83	54,8	55,3
6½ Wells F. 73	305	311,07
F 8½ BASF 74	68	69
Bayer 84	65,6	66,2
5 Conti 84	60,6	61
Stumpf 78	77,5bG	77,5G

Optionsanleihen

	13. 6.	12. 6.
F 7½ BHF Bk.Int. 83 mO	106T	105,1
7½ dgl. 83 oO	81,75	81T
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	115,2G	115,2
F 3½ dgl. 78 oO DM	89,5G	89,5bG
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	120G	120
4½ dgl. 77 oO $	87	86
3¾ Dt. Bk. 83 mO	119,5G	120
3¾ dgl. 83 oO	83,2T	83,25
6¼ Dt. Bk. 83 mO	102,5G	102,5
6¼ dgl. 83 oO	72	72
4 Dresd. Bk. 83 mO	104	104
4 dgl. oO	85,95	85,75
7½ Jap. Synth. 82	180T	180T
7½ dgl. 82 oO	101T	102G
5¾ Jusco 83 mO	145,5G	144,5G
5¾ dgl. 83 oO	94,25G	94,25G
3½ Mitsubishi 84 mO	89,3	89,95
3½ dgl. 84 oO	85,35	85,2
4 Veba 84 mO	120,5	120,25
4 Veba 84 oO	77,35	77,35
F 6½ Wells F. 73 mO DM	124G	124G
6½ dgl. 73 oO DM	95,75G	95,75G
F 8½ BASF 74 m O	146	148
8½ BASF 74 oO	101,5	101,4
3¼ Bayer 84 mO	117,5	117,8
3¼ Bayer 84 oO	72	72
5 Conti 84 mO	139,6	139,5bG
5 Conti 84 oO	79	79,1bG
M 3½ Stumpf 88 mO	189B	189B
M 3½ Stumpf oO	85G	85G

Währungsanleihen

	13. 6.	12. 6.
6¼ Kopenhagen 72	95,75G	95,75G

Wandelanleihen

	13. 6.	12. 6.
F 5 Bayer 69	103,25	103,25
H 8 Beiersdorf 82	170G	170G
D 9 Girmes 74	345	345
8½ KSB 83	124,5	124T
F 6 Pfaff 84	117,4	118

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	13. 6.	12. 6.
F 4¾ AKZO 69	96,25G	96,25G
F 5 Asics Corp. 83	102,5	102,5
F 3½ All Nippon 78	96,25	96,25G
F 3¼ Asahi Opt. 78	128,5	128G
F 4¾ Canon Inc. 77	350G	353G
F 3½ Cas. Comp. 78	260G	264G
F 5¾ Daiei Inc. 80	131G	130,5G
F 4¼ Fujitsu Ltd. 78	640T	640G
F 5 dgl. 79	430G	430G
F 5¾ Hoogovens 69	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	130T	132G
F 3½ Jusco Co. 78	103,5G	103,5
F 6 Komatsu 78	158	160G
F 6 Konishiroku Pho. 81	118,5G	118,5
F 6¾ dgl. 82	114G	114G
F 3½ [illegible] 78	111,5	114,5G
F 7¼ Kraft Inc. 70	124T	124
F 3½ Marudai F 78	99,75G	99,75
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	193G	197G
F 4 dgl. 79	149G	152G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	256G	254T
F 6,75 Mitsub. H 81	141G	143,5G
F 6 dgl. 81	111G	112
F 6 Nichii Co Ltd 80	131T	131T
F 3¾ Nippon Sh. 78	136G	135G
F 3½ Nissan Mot. 78	96,5G	96,5G
F 4 Nisshin Steel 78	200G	203
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	125T	125T
F 3¼ Olympus 78	222G	215G
F 3¾ Omron Tat 79	385G	375G
F 4¾ [illegible] Fin 79	250G	250G
F 3½ Ricoh Comp. 78	197G	197G
F 6½ [illegible] Int. 72	98,1	98,5
F 3¾ Sanden Corp. 78	109G	111G
F 3½ Sanyo Elec. 78	–	–
F 6¼ Sekisui 78	143T	145
F 3½ Stanley 78	120G	122G
F 6 Taiyo Yuden 82	120G	120T
F 5 Texaco Inc. 66	96,7	96,5
F 3½ Tok. Elec. 78	390G	390
F 4 Tokyu Land 79	109G	109G
F 3½ Trio Kenw. 78	95,5T	95,25
F 6½ Uny Ltd. 79	210G	210G

Ausländische Aktien in DM

	13. 6.	12. 6.
F L'Air Liquide	170G	170G
D Akzo	78	77,5
F Alcan	77,5	79
F Alcoa	91G	91G
F Alg. Bk. Nedld.	81,7G	300G
F All Nippon Air	3,9T	3,9T
M ALPS El.	23,1	23,7
F Amax	59,8	57,8
F Am. Cyanamid	125G	125G
F Ameritech	180	180
D American Expr.	72,7	72,5
D Am Motors	11,25	11,7
F Am. T & T	43	41,7
F Amro Bank	50,2	52
F Anglo Am. Corp.	50,2	51
M Anglo Am. Gold	319	324,7
F Arbed	74	77G
D Armco	41,8	42,5
F Asahi Chem.	6,6G	6,8bG
M Atl. Richfield	128	130
H Atlas Copco	40G	40G
M Avon	54,4	59
D Baker Int.	56G	55,5G
F Ball Canada	23	23,7
F Banco de Bilbao	27,8bG	28
F Banco Central	28	28
F Banco Hisp. Americ.	20	20,2
F Banco de Santander	21,9	21,5
F Banco de Vizcaya	33	33bG
F Barlow Rand	28,5T	29,5exD
M Baxter Trav. Lab.	43,4	43,4
D Beatrice Foods	71G	73G
F Bell Atlantic	189	189
D Bell Canada	60G	59GexD
F Bell South	77	77
D Bethlehem Steel	55,2bG	55,5
F Black & Decker	54,5	55G
F Boeing	114,5	112,5
M Bougainville Copper	4,9	4,85
F Bowater	9,65T	10,15
D BP	18,5G	18,55
M Broken Hill	23,4	23,7
F [illegible]	11G	11G
F Cdn. Pacific	84,5	83,5G
F Canon	14	14
F Casio Comp.	14,7bG	14,5
F Caterpillar	105	110
D Ch. Manhattan	108	108
F Chrysler	64exD	64,5
M Citicorp.	77	77,8
F City Investing	107	108
F Coca-Cola	150	148,8exD
D Colgate	63G	63G
M Commodore Int.	76,8	74,7
M Comm. Satellite	58	57,7
F Cons. Gold F.	20,6	20,9
D Cont. Group	109,5G	112G
F Control Data	85,5	84,5exD
H Courtaulds	4,7G	5,3
M CRA	11,95	12
M CSR	7,4	7,5
F Daiei	8G	8G
F Dart & Kraft	213,8	211
M De Beers Cons.	18,8	18,6
F Deere Comp.	75,7	77
F Delta Air Lines	83,5	84,5
F Diam. Shamrock	54	54
M Digital Equipm.	238	243,8
M Disney Prod.	138	140,6
H Distillers	10G	10G
M Dome Petroleum	7,05	7,2
D Dow Chemical	76	75,5
D Dresser	58bG	57,8
M Driefontein Cons.	100,1	100,6
D DuPont	128G	125
H Dunlop	1,6G	1,6G
D Eastern Air Lines	12,7	12,6
F Eastman Kodak	178	178,1
F Eaton	115G	118
F Elf Aquitaine	81,7	83,5
F Emhart	80,5G	80,5
D Ericsson	102T	102T
D Esmark	159T	159G
D Exxon	108,5	109
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	8,2	8,2G
D dgl. Vz.	5,1G	5,1bG
F Finsider	–	0,06
D Fisons	6,9T	6,9T
M Fluor	49,5	52bG
D Ford	98,5	98G
F Fujitsu	13,55	13,65

	13. 6.	12. 6.
F General Electric	144,5	143G
F General Foods	144G	144G
F General Mining	58T	58T
D General Motors	173G	172
D Gen. Shopping	306G	309G
D Gevaert	153G	152G
F Goodyear	67	67,9
H Grace	108	109
F Greyhound	58T	58T
D GKN	6,9	6,6G
F Gulf	214G	213
F Gulf Canada	36,5	36,9
D Halliburton	101	99G
M Hewlett Packard	101	99,8
D Highveld Steel	10,2G	–
D dgl. o.O.	–	–
F Hitachi	985	991
M Holiday Inns	113	113,5exD
F Homestake	80bG	81,9
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,15bG	2,15
D Hoogovens	44	45
D Hughes Tool	47,5G	48G
F IBM	286	285
F ICI	21,1	22
M Impala Plat. Hold.	41bG	41G
M Imperial Oil	79,3	79,4
M Intern. Harvester	17,5	17,8
F Inco	27,5	28
F Int. T & T	95,5	95
D Istituto Fin. Ind.	7,6G	7,6G
F Italcementi	73G	73G
F Izumiya	12T	12T
F Japan Line	1,55G	1,6
D Jusco	–	–
F Kawasaki Kisen	1,4G	1,4G
F Kawasaki Steel	2G	2,1
M Kloof Gold Min.	145,4	143,4
F Komatsu	5,6G	5,6G
D KLM	134,9	138
F Konishiroku Photo	7G	7G
F Kubota	3,6G	3,6G
D Lafarge	114G	115G
D Litton Ind.	194	192
F Lone Star	57,9	59
D LTV	38,1	36,5
M M.I.M. Hold.	13,85	13,75
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	4,3T	4,3G
F Marudai Food	7	7,2G
D Matsushita El.	20,2	20,4T
M McDonald's	178	178G
M Merrill Lynch	84,9	84,2
F McDonnell D.	148	148,5
M Minerals & Res.	23,8	23,8
D Minnesota M.	204G	204G
D Minolta Camera	6,6G	6,8G
F Mitsubishi Chem.	3,6	3,8
F Mitsubishi El.	4,5G	4,55
F Mitsui Bk.	10G	10G
F Mitsui & Co.	4T	4G
F Mitsui Engin.	1,9bG	1,9G
F Mitsui O. S. K.	1,65	1,8G
F Mitsumi El.	10,3	10,8bG
H Mobil Corp.	73	74
F Monsanto	117G	120
F Montedison	0,33	0,33
F Murata	29T	29T
M Nat. Semicond.	33,3	31,9
D Nat. Westminster	22G	22G
F NEC Corp.	14	14,2
F Nestlé	5910G	5900
D Nikko Sec.	5,6T	5,6G
F Nippon Kokan	1,7	1,7
F Nippon Shinpan	6,5G	6,5
F Nippon Yusen	2,7G	2,7G
F Nissan Motor	7,3G	7,45
F Nisshin Steel	2,2G	2,2bG
F Nissho-Iwai	3,2G	3,2G
D NL Industries	39,5G	40G
F Norsk Hydro	225	229,1
F Nynex	164	165
H Occ. Petroleum	85,7	86,5exD
F Océ v. d. Grint	197G	200G
F Olivetti St.	7,8bG	8
F Olivetti Vz.	6,3	6,4
F Olympus Optical	10G	9,8
H v. Ommeren	24T	24T
F Omron Tateisi	22T	23
F Pacific Telesis	151	154

	13. 6.	11. 6.
F Pakhoed	51G	51
F Pakhoed Z.	–	–
M PanAm	14,85	15,1
D Parker Drilling	29,1bG	29,5
F Peko Wallsend	10,6	11
M Pepsi	115	113,5
F Pernod-Ricard	245T	245T
F Peugeot	71	72
F Philip Morris	175	173,5
H Philips	39,8	39,4
D Phoenix Ass.	16,6T	16,5T
M Pioneer El.	29,6	29,9
F Pirelli	2,35T	2,35
M Polaroid	75,2	77,4
M Prime Computer	33,3	32,7
F Procter & G.	135	138
D Ramada Inns	19,3T	19,4G
M Ranger Oil	20,9	20,2G
F Rank Org.	8G	8G
F Ricoh	10,5B	11
F Rio Tinto WA-St.	22,3	23T
F Rio Tinto Kum.	21G	21G
H Robeco	53,5	54
F Rockwell	73	73,9
H Rolinco	51	51,5
F Rorento	182	186T
F Rothmans Int.	5,2T	5,2T
D Rowan Cos.	32,7bG	33
H Royal Dutch	138	139
M Rustenburg Plat. Hold	30,2bG	30,6
F Sanko Steamship	2,1G	2,1G
F Sanden Corp.	6,5G	6,5G
M Santos	14,05	13,9
F Sanyo Elec.	5,9	6T
F Sanwa Bk.	10,3G	10,3G
M SASOL	10,85	10,65
F Schering Plough	100	104,5
F Schlumberger	130	134
F Schw. Alum.	910bG	930
F Schw. Bankverein PS	317	320
F Schw. Bankverein OR	7,45	7,55T
M Sears, Roebuck	82,4	82,9
F Seiyu Stores	7,3G	7,3G
F Sekisui House	7G	7G
F Selected Risk	43G	43G
F Shell Canada	53,2	53,2G
H Shell T & T	25G	25G
D Singer	69,5	69G
F Snia Bpd.	2,32	2,31
D Solvay	195T	197T
D Sony Corp.	38,5	38,7
F Southwestern Bell	156	157,5
D Sperry Corp.	101,2	102
F Squibb	112	112,5G
F Standard Oil	119,5	124
F Stanley Elec.	8G	8G
F Steyr-Daimler-P.	20,4	19,6
F Sumitomo	6,2T	6,5T
F Sumitomo Heavy	2,5G	2,5G
D Sumitomo Metal	2G	2G
D Sun	137G	140G
M Sunshine Mining	32,9	32,5
F Swissair	1100G	1120G
F Taisei Kens.	2,3G	2,3G
M Tandy	72,5bG	72,9
F Taiyo Yuden	11,5G	11,5G
F Tenneco	104G	107
D Texaco	93,5	95
F Texas Instruments	350	351
D Thomson-CSF	95bG	95,2bG
D Thorn Emi	20,5G	20,2T
F Tokyo El.	14,5G	15G
D Tokyo Pac	330G	330T
F Tokyo Sanyo El.	8T	8T
D Toray	4,8	5,1G
D Toshiba	4,5G	4,6G
F TRIO Kenwood	5,8G	5,8G
F TRW	164G	163G
D UAL	89G	–
H Unilever	217	220
F Union Carbide	140	144
D Uniroyal	29	29,7
F United Techn.	83	89exZhg
F US Steel	71,1	71,9
F US West	160,6	162,20
M Vaal Reefs Expl.	352,9	349
D Vmf-Stork	98	100
D Volvo A	167T	167T
D dgl. Nam B	167T	167T
F Warner Commun.	62,9	64,2
F Warner Lambert	84	82G
F Wells Fargo	93	94,9
M Western Deep L.	162bG	162,4
M Western Mining	8	7,9
M Westinghouse El.	59,3	58,3
F Westl.-Utrecht H	75	75,2
D Xerox Corp.	100,5	102

Aus dem Geschäftsbericht 1983 der Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft

Aus dem Bilanzgewinn der BBC AG in Höhe von 18.852.993,– DM für das Geschäftsjahr 1983 schütten wir eine Dividende von 6,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 156 Millionen DM aus. Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 3,38 DM je Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird.

Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige konsolidierte Jahresabschluß, die beide den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Industrie-Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Mannheim, tragen, werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für die Planung komplexer Anlagen wie z.B. Kraftwerke haben wir unseren Planern mit RAPAS ein rechnergestütztes Planungssystem an die Hand gegeben, das die Anlagenanordnung dreidimensional darstellen kann.

Konsolidierte Bilanz der Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft, Mannheim, zum 31. 12. 1983.

Aktiva	Mio. DM	Passiva	Mio. DM
Sachanlagen	752,5	Grundkapital	156,0
Finanzanlagen	79,5	Rücklagen	362,7
Anlagevermögen	832,0	Sonderposten mit Rücklageanteil	48,7
Vorräte	4.509,5	Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	20,9
Geleistete Anzahlungen	750,1	Rückstellungen	1.653,7
Geldmittel und Forderungen	2.778,1	Anzahlungen und Kredite zur Finanzierung von Kundenaufträgen	5.290,8
Umlaufvermögen	8.037,7	Andere Verbindlichkeiten	1.309,5
		Bilanzgewinn	27,4
Bilanzsumme	8.869,7	Bilanzsumme	8.869,7

Aus der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung

	Mio. DM
Umsatz	4.948,8
Materialaufwand	2.809,5
Personalaufwand	1.967,3
Abschreibungen	217,1
Steuern	96,4
Jahresüberschuß	18,4

Mannheim, den 14. Juni 1984
Der Vorstand

BBC
BROWN BOVERI

Warenpreise – Termine

Mit bruchteiligen Verlusten schlossen am Mittwoch die Goldnotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Abgeschwächt ging Silber aus dem Markt. Leicht befestigen konnte sich Kupfer. Schwächer in allen Sichten wurden Kaffee und Kakao bewertet. (SF).

Getreide und Getreideprodukte

	13. 6.	12. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	354,00	354,75
Sept.	360,25	360,25
Dez.	375,25	375,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	245,50	245,50
Amber Durum	239,90	239,90
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	149,00	145,40
Okt.	156,00	151,00
Dez.	158,50	155,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	138,80	138,40
Okt.	128,00	128,30
Dez.	128,10	127,40
Hafer Chicago (c/bush)		
Juli	182,25	182,25
Sept.	178,50	178,75
Dez.	180,75	181,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	347,50	345,75
Sept.	324,25	319,50
Dez.	304,25	299,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Juli	137,50	139,00
Okt.	129,20	129,30
Dez.	129,20	129,50

Genußmittel

	13. 6.	12. 6.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	146,25	148,55
Sept.	143,00	144,80
Dez.	142,50	144,75
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2366	2402
Sept.	2419	2450
Dez.	2337	2360
Umsatz	5883	3846
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,63	5,52
Sept.	5,93	5,79
Okt.	6,18	6,06
Jan.	6,72	6,60
März	7,34	7,22
Umsatz	8265	12 865
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	–	5,61
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Juli	2215–2220	2254–2255
Sept.	2200–2203	2251–2254
Nov.	2211–2212	2257–2259
Umsatz	3435	1693
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1993–1994	1972–1973
Sept.	1943–1944	1915–1916
Dez.	1802–1804	1780–1781
Umsatz	5513	4144
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Aug.	153,20–153,40	155,80–156,00
Okt.	160,60–160,80	163,60–163,80
Dez.	168,40–168,80	171,40–171,60
Umsatz	3316	1596
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	347,50	347,50
weißer Sarawak	635,00	635,00
weißer Muntok	642,50	642,50
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Juli	174,70	173,00
Sept.	172,25	170,25
Nov.	171,20	169,00
Jan.	170,95	169,75
März	170,90	169,75
Umsatz	1500	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	13. 6.	12. 6.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	58,00	58,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	32,00	32,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	34,25	33,95
Aug.	32,50	33,30
Sept.	32,40	31,95
Okt.	30,60	29,80
Dez.	29,30	28,50
Jan.	28,90	28,35
März	28,70	28,00
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	41,00	41,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	29,50	29,50
Choise white hog 4% fr. F.	25,50	25,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,75
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	52,05	52,20
Juli	56,85	57,05
Aug.	58,40	58,87
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Juli	68,05	68,65
Aug.	66,85	67,85
Febr.	78,55	78,95
Rinder		
Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	70,00	70,00
Kühe einh. schwere River Northern	62,00	63,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	790,00	784,50
Aug.	790,00	761,00
Sept.	754,00	739,00
Nov.	728,50	705,00
Jan.	737,50	717,50
März	750,00	730,50
Mai	759,00	740,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	183,90	182,50
Aug.	187,00	185,70
Sept.	187,50	186,00
Okt.	181,00	177,50
Dez.	184,00	179,80
Jan.	185,50	182,00
März	188,00	185,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	13. 6.	12. 6.
Juli	360,50	350,50
Okt.	367,50	360,00
Dez.	366,00	357,90
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	62,50	62,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1175,00	1175,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	600,00	600,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	810,00	825,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	262,00	262,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1410,00	1400,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	288,00	289,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	13. 6.	12. 6.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	81,10	80,05
Aug.	78,40	77,70
Okt.	77,40	76,40
Dez.	75,21	74,52
März	76,60	75,80
Mai	77,30	76,35
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	48,00	48,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Aug.	442–444	448–455
Okt.	442–454	443–446
Dez.	442–444	444–445
Umsatz	42	50
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
Juli	51,50	51,50
Okt.	51,00	51,00
Dez.	50,60	50,60
März	52,70	52,70
Umsatz	0	–
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
Juni	580,50	583,00–584,00
Okt.	569,00–570,00	569,00–571,00
Dez.	574,00–575,50	574,00–575,15
Umsatz	25	17
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
Juni	13 311	13 326
Juli	13 337	13 377
Kautschuk		
London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	65,00–67,00	65,00–67,00
Juli	64,90–66,00	65,00–66,00
Aug.	65,30–66,50	65,50–66,50
Sept.	67,10–67,20	66,80– –
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
Juli	214,00–214,25	unerhältl.
Aug.	219,25–219,50	unerhältl.
Nr. 2 RSS Juli	210,50–211,50	unerhältl.
Nr. 3 RSS Juli	207,00–208,00	unerhältl.
Nr. 4 RSS Juli	200,00–201,00	unerhältl.
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	523,00	523,00
BWD	513,00	513,00
BTC	523,00	523,00
BTD	513,00	513,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WO – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	13. 6.	12. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	130,85–131,04	127,49–127,68
drittfolg. Monat	129,53–129,72	127,68–127,87
Zink: Basis London		
laufend. Monat	248,13–248,89	263,29–264,04
drittfolg. Monat	242,48–242,85	242,54–242,73
Produz.-Preis	296,57	296,77
Reinzinn 99,9%	3767–3805	3743–3780

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 6.	12. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	376,16–378,04	375,32–377,20
Blei in Kabeln	138,50–139,50	135,25–136,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	13. 6.	12. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	378–379	377–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	424–425	425
MS 63	407–412	407–411

Zinn-Preis Penang

	13. 6.	12. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,27	29,27

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 6.	12. 6.
Leg. 225	413–415	413–415
Leg. 226	415–417	415–417
Leg. 231	445–447	445–447
Leg. 233	455–457	455–457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 6.	12. 6.
Platin (DM je g)	36,008	35,358
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 250	33 250
Rücknahmepr.	32 500	32 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 090	33 190
Rücknahmepr.	32 570	32 670
verarbeitet	34 730	34 840
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 850	32 570
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	772,60	770,60
Rücknahmepr.	757,30	755,10
verarbeitet	807,20	804,80

Internationale Edelmetalle

	13. 6.	12. 6.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	374,50	375,25
15.00	374,00	375,00
Zürich mittags	374,70–375,20	374,60–375,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 050	101 150
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	627,85	626,00
3 Monate	642,00	640,35
6 Monate	657,30	655,55
12 Monate	691,50	689,95
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	275,05	273,50
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	109,15	108,55

New Yorker Preise	13. 6.	12. 6.
Gold H & H Ankauf	374,00	375,00
Silber H & H Ankauf	869,00	866,00
Platin fr. Händlerpr.	394,00–395,00	394,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	151,00–152,00	150,00–151,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	862,00	869,50
Juli	865,00	872,00
Sept.	874,80	882,30
Dez.	882,00	889,00
Jan.	909,00	917,00
März	921,40	929,50
Mai	941,30	949,50
Umsatz	34 000	35 000

New Yorker Metallbörse

	13. 6.	12. 6.
Kupfer (c/lb)		
Juni	61,05	60,90
Juli	61,30	61,20
Sept.	62,70	62,60
Dez.	64,70	64,70
Jan.	65,55	65,45
März	67,00	67,00
Mai	68,30	68,25
Umsatz	8000	13 000

Londoner Metallbörse

	13. 6.	12. 6.
Aluminium (£/t)		
Kasse	904,50–905,50	904,00–905,00
3 Monate	921,50–922,00	919,50–920,00
Blei (£/t) Kasse	348,50–349,00	341,50–342,50
3 Monate	344,50–345,00	341,50–342,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	985,00–985,50	982,5–983,0
3 Monate	1005,5–1006,0	986,00–987,00
abends Kasse	982,0–983,0	974,0–975,0
3 Monate	1003,0–1003,5	995,0–995,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	986,50–987,00	977,0–979,0
3 Monate	1001,0–1002,0	992,0–994,0
Zink (£/t) Kasse	852,00–854,00	894,00–898,00
3 Monate	638,00–639,00	643,50–644,00
Zinn (£/t) Kasse	9165–9175	9145–9150
3 Monate	9086–9087	9076–9077
Quecksilber ($/Fl.)	305–315	300–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	85–87	85–87



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Frankfurt
2	Aachen	Hamburg
3	Aachen	Köln
4	Aachen	Uni München
5	Bochum	Bonn
6	Bochum	Erlangen
7	Bochum	Ulm
8	Bochum	Würzburg
9	Düsseldorf	Heidelberg
10	Düsseldorf	Tübingen
11	Düsseldorf	Ulm
12	Gießen	Freiburg
13	Gießen	Göttingen
14	Gießen	Tübingen
15	Göttingen	Erlangen
16	Göttingen	TU München
17	Göttingen	Uni München
18	Göttingen	Regensburg
19	Hamburg	Göttingen
20	Hamburg	Hannover
21	Saarbrücken	Bonn
22	Ulm	Erlangen
23	Ulm	Uni München
24	Ulm	Würzburg

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Bochum	Erlangen
2	Bochum	Regensburg
3	FU Berlin	Bonn
4	FU Berlin	Köln
5	FU Berlin	Münster
6	Göttingen	TU München
7	Göttingen	Uni München
8	Göttingen	Regensburg
9	Heidelb.	Uni München
10	Münster	Tübingen
11	Saarbrücken	Erlangen
12	Saarbrücken	Ulm
13	Saarbrücken	Würzburg

Humanmedizin
4. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Bonn
2	Aachen	Erlangen
3	Aachen	Frankfurt
4	Aachen	Freiburg
5	Aachen	Gießen
6	Aachen	Marburg
7	Aachen	Mainz
8	Aachen	Würzburg
9	Bochum	Bonn
10	FU Berlin	Hannover
11	FU Berlin	Hamburg
12	FU Berlin	Uni Kiel
13	FU Berlin	Münster
14	Freiburg	Tübingen
15	Gießen	Bonn
16	Gießen	Freiburg
17	Gießen	Köln
18	Gießen	Tübingen
19	Göttingen	Düsseldorf
20	Göttingen	Frankfurt
21	Göttingen	Freiburg
22	Göttingen	TU München
23	Göttingen	Uni München
24	Göttingen	Mainz
25	Hannover	Freiburg
26	Hannover	Lübeck
27	Heidelberg	Freiburg
28	Lübeck	Mainz
29	Uni Kiel	Hamburg
30	Marburg	Erlangen
31	Marburg	Frankfurt
32	Marburg	Heidelberg
33	Marburg	Tübingen
34	Marburg	Würzburg
35	Mainz	Frankfurt
36	Saarbrücken	Freiburg
37	Saarbrücken	Hamburg
38	Saarbrücken	Lübeck
39	Saarbrücken	Uni Kiel
40	Saarbr.	Uni München
41	Tübingen	Uni München
42	Ulm	Heidelberg
43	Ulm	Lübeck
44	Tübingen	Uni Kiel

Humanmedizin
2. klinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Bonn
2	Aachen	Lübeck
3	Aachen	Münster
4	Aachen	TU München
5	Aachen	Uni München
6	Aachen	Mainz
7	Aachen	Würzburg
8	Bonn	Freiburg
9	Bonn	Heidelberg
10	Bonn	Münster
11	Bonn	TU München
12	Bonn	Uni München
13	Bonn	Tübingen
14	Bonn	Würzburg
15	Bochum	Bonn
16	Bochum	Freiburg
17	Bochum	Heidelberg
18	Bochum	Hamburg
19	Bochum	Lübeck
20	Bochum	Uni Kiel
21	Bochum	Mannheim
22	Bochum	Marburg
23	Bochum	Würzburg
24	FU Berlin	Bonn
25	FU Berlin	Bochum
26	FU Berlin	Essen
27	FU Berlin	Freiburg
28	FU Berlin	Heidelberg
29	FU Berlin	Hamburg
30	FU Berlin	Lübeck
31	FU Berlin	Uni Kiel
32	FU Berlin	Marburg
33	FU Berlin	Münster
34	FU Berlin	Tübingen
35	Düsseldorf	Freiburg
36	Düsseldorf	Heidelberg
37	Düsseldorf	Tübingen
38	Düsseldorf	Ulm
39	Essen	Aachen
40	Essen	Bonn
41	Essen	Freiburg
42	Essen	Heidelberg
43	Essen	Hamburg
44	Essen	Lübeck
45	Essen	Uni Kiel
46	Essen	Mannheim
47	Essen	Münster
48	Essen	TU München
49	Essen	Uni München
50	Essen	Mainz
51	Essen	Würzburg
52	Frankfurt	Freiburg
53	Frankfurt	Heidelberg
54	Essen	Mainz
55	Frankfurt	Tübingen
56	Heidelberg	Freiburg
57	Heidelb.	TU München
58	Heidelb.	Uni München
59	Heidelberg	Tübingen
60	Hamburg	Freiburg
61	Hamburg	Heidelberg
62	Hamburg	Würzburg
63	Köln	Hamburg
64	Köln	Lübeck
65	Köln	Münster
66	Uni Kiel	Freiburg
67	Uni Kiel	Uni München
68	Uni Kiel	Tübingen
69	Uni Kiel	Ulm
70	Uni Kiel	Würzburg
71	Marburg	Heidelberg
72	Marburg	Hamburg
73	Marburg	Lübeck
74	Marburg	Uni Kiel
75	Marburg	Mainz
76	Marburg	Tübingen
77	Mainz	Freiburg
78	Mainz	Tübingen
79	Saarbrücken	Hamburg
80	Saarbrücken	Lübeck
81	Saarbrücken	Münster
82	Saarbr.	Uni München
83	Ulm	Freiburg
84	Ulm	Heidelberg
85	Ulm	Mannheim
86	Ulm	Uni München
87	Ulm	Tübingen
88	Ulm	Würzburg
89	Würzburg	Freiburg
90	Würzburg	TU München
91	Würzburg	Uni München
92	Würzburg	Tübingen

Humanmedizin
3. klinisches Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Aachen
2	FU Berlin	Bonn
3	FU Berlin	Bochum
4	FU Berlin	Essen
5	FU Berlin	Erlangen
6	FU Berlin	Freiburg
7	FU Berlin	Heidelberg
8	FU Berlin	Münster
9	FU Berlin	Mainz
10	FU Berlin	Saarbrücken
11	FU Berlin	Tübingen
12	FU Berlin	Würzburg
13	Düsseldorf	Erlangen
14	Düsseldorf	Göttingen
15	Düsseldorf	Hannover
16	Düsseldorf	Marburg
17	Düsseldorf	Münster
18	Düsseldorf	Tübingen
19	Düsseldorf	Ulm
20	Düsseldorf	Würzburg
21	Essen	Göttingen
22	Essen	Hamburg
23	Essen	Lübeck
24	Erlangen	Hannover
25	Erlangen	Tübingen
26	Erlangen	Ulm
27	Frankfurt	Freiburg
28	Freiburg	Hamburg
29	Freiburg	TU München
30	Freiburg	Uni München
31	Heidelberg	Hamburg
32	Heidelb.	TU München
33	Heidelb.	Uni München
34	Heidelberg	Tübingen
35	Lübeck	Freiburg
36	Lübeck	Heidelberg
37	Köln	Lübeck
38	Marburg	Hannover
39	Marburg	Hamburg
40	Marburg	Uni München
41	Mainz	Heidelberg
42	Mainz	Mannheim
43	Würzburg	Uni München

Humanmedizin
4. klinisches Semester

	von	nacn
1	FU Berlin	Aachen
2	FU Berlin	Freiburg
3	FU Berlin	Hannover
4	FU Berlin	Marburg
5	FU Berlin	Mainz
6	Essen	Düsseldorf
7	Essen	Köln
8	Essen	Tübingen
9	Essen	Ulm
10	Frankfurt	Münster
11	Freiburg	Frankfurt
12	Gießen	TU München
13	Gießen	Uni München
14	Göttingen	Hannover
15	Hannover	TU München
16	Hannover	Uni München
17	Hannover	Würzburg
18	Heidelberg	FU Berlin
19	Heidelberg	Hamburg
20	Heidelb.	Uni München
21	Hamburg	Göttingen
22	Hamburg	Heidelberg
23	Hamburg	Tübingen
24	Köln	Düsseldorf
25	Uni Kiel	Freiburg
26	Marburg	Bonn
27	Marburg	Freiburg
28	Marburg	Köln
29	Marburg	Uni München
30	Marburg	Saarbrücken
31	Marburg	Würzburg
32	Münster	Saarbrücken
33	Uni München	Freiburg
34	Uni München	Tübingen
35	Mainz	Frankfurt
36	Mainz	Freiburg
37	Ulm	Erlangen
38	Ulm	TU München
39	Ulm	Uni München
40	Würzburg	Göttingen
41	Würzburg	Hannover
42	Ulm	Münster

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984

Gruß aus Eriwan

rr.– Überall ist Eriwan. Zumindest Radio Eriwan. Diesen Eindruck haben uns jetzt die Rundfunkkollegen aus dem Südwesten vermittelt. Der Südwestfunk in Baden-Baden verschickte nämlich eine Pressemitteilung, in der er sich bitterlich über den Konkurrenten in Luxemburg beklagte. Da wird dem erstaunten Leser mitgeteilt, Radio Luxemburg habe Böses getan. Der Sender, dem vor einiger Zeit ein Düsenflugzeug seinen Sendemast in Dudelange abgesägt habe, hätte sich nämlich beim Wiederaufbau nicht mit der bisherigen Höhe von 300 Metern begnügt, sondern einfach ein paar Meter zugelegt; um auf diese Weise Sendungen des SWF zu stören. Und gegen solche Störungen müssen die Baden-Badener empfindlich sein, denn auch ein öffentlich-rechtlicher Sender kommt ohne den geschmähten Kommerz nicht aus, weil er auf die Einnahmen aus der Rundfunkwerbung angewiesen ist.

Diese Mitteilung erinnert an die berühmten Anfragen an Radio Eriwan: Stimmt es, daß RTL einen Sendemast errichtete, der mit seiner Höhe den SWF stört? Antwort: Im Prinzip ja! Der Sendemast wurde allerdings nicht höher, sondern um sechs Meter niedriger wiederaufgebaut, aber er stört den SWF, weil er das Programm von RTL ausstrahlt.

Der südwestliche Radiokunde bleibt angesichts solcher Zahlen ein wenig verstört zurück. Schließlich hat er seinem Sender immer vertraut, was die Meldungen und die Fakten angeht. Zugegeben, mit bloßem Auge kann man nicht erkennen, ob ein Sendemast 300 Meter, gar 310 Meter oder nur 294 Meter hoch ist. Aber es gibt die Möglichkeit, bei der zuständigen Luftfahrtbehörde anzurufen, die wissen so etwas ganz genau. Man könnte natürlich auch einen Feldmesser – es muß ja nicht gleich Josef K. sein – ausschicken, um die genaue Höhe feststellen zu lassen. Oder, selbst dieser verwegene Vorschlag sei gewagt, man brauchte nur zum Telefon zu greifen, um einfach bei den Luxemburgern selbst nachzufragen, wie hoch ihr Sendemast bei Dudelange in den Himmel ragt.

Aber die Baden-Badener mochten diese simplen Wege nicht beschreiten. Sie hielten es mit der alten Journalistenweisheit: Man kann sich die schönste Geschichte auch kaputtrecherchieren.

Zum Neuerscheinen von Hattenhauers „Geistesgeschichtlichen Grundlagen"

Was ist der Deutschen Recht?

Hans Hattenhauers Werk „Die geistesgeschichtlichen Grundlagen des deutschen Rechts" gilt unter Jurastudenten beinahe schon als Klassiker. Das ist auch kein Wunder, wendet sich der Verfasser doch ausdrücklich an „junge Semester". Jetzt ist die dritte Auflage dieses einflußreichen „Readers" erschienen (C. F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg, 428 S., 28,80 Mark). Seine Stärken wie seine Schwächen treten nun schärfer hervor als in den früheren Auflagen; man merkt, daß das Buch allmählich in einen zeitgeschichtlichen Kontext einrückt.

Leitmotiv für Hattenhauer ist die Maxime: „Rechtsgeschichte ist Kulturgeschichte". Denn „das Recht ist nicht autonom" und „kann nur in seinem kulturellen Zusammenhang verstanden werden". Dazu gehören selbstverständlich religiöse, soziale, *politische, wirtschaftliche* und *im engeren* Sinne geistesgeschichtliche Voraussetzungen, d. h. Auffassungen und Faktoren. Allerdings rückt der Verfasser die sozialen Bedingungen und die politische Ideologie der Epochen so sehr in den Vordergrund, daß die soziologischen Grundlagen des Rechts die eigentlich geistesgeschichtlichen weitgehend verdrängen und Zweifel an der Betitelung aufkommen können.

Von Geistesgeschichte als juristischer Theoriengeschichte ist insofern die Rede, als die Doktrinen und Schulen der Rechtswissenschaft von der Restauration (Savigny contra Thibaut) bis zum Positivismus und den verschiedenen anti-positivistischen Theorien nachgezeichnet werden. Die Lehre vom Volksgeist, der Gegensatz Volksrecht–Juristenrecht werden dargestellt, große Rechtsdenker wie Feuerbach, Beseler, Ihering, Binding, Radbruch finden ihre Würdigung. Die Haltung des Verfassers zum Naturrecht bleibt zwiespältig, obwohl er den Relativismus mitverantwortlich macht dafür, daß sich so viele Juristen dem Nationalsozialismus verschrieben. Ohne den besitzbürgerlich-liberalen Charakter des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu übersehen, erkennt er seine große geistige Klarheit *an und widerspricht der Mode*, sich über die darin zum Ausdruck gekommene „Begriffsjurisprudenz" lustig zu machen.

Es ist natürlich, daß die Darstellung um so abgewogener gerät, je größer der zeitliche Abstand vom Gegenstand ist. Bei aller Fragwürdigkeit historischer Periodisierungen bildet die Französische Revolution den geeigneten Einschnitt. Galten vorher Hierarchie und Autorität, so stand die folgende Epoche im Zeichen von Freiheit und Gleichheit, Prinzipien, deren vielfältige Auswirkung auf das deutsche Rechts- und Staatsleben dargelegt wird. Die Ausführungen zum vorrevolutionären Recht sind eine beachtliche Ehrenrettung des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation, das der Verfasser gegen den auf Pufendorf zurückgehenden Vorwurf in Schutz nimmt, ein Monstrum, eine leere Form gewesen zu sein. Es war „eine geistige Macht, der sich auch die souveränen Fürsten in den Territorien nicht entziehen konnten". Im Reichskammergericht wurde „viel und gut gearbeitet".

Hattenhauer betrachtet die Aufnahme fremder Rechtsgedanken und Organisationsformen als Bereicherung und nicht als schädliche Überfremdung. Damit wird er heute keinen *grundsätzlichen Widerspruch* mehr finden, jedenfalls soweit die Rezeption des römischen Rechts im Mittelalter und des französischen Rechts in der napoleonischen Zeit gemeint ist. Doch ist sein großzügiger Gebrauch des Begriffs der Rezeption historisch und systematisch insoweit höchst anfechtbar, als er auch das Besatzungsrecht der Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Differenzierung einbezieht und etwa von der „Rezeption" russischen Rechts in der sowjetischen Besatzungszone spricht.

Gewiß kommt es für den Rechtshistoriker nicht auf die Zustimmung der Rechtsunterworfenen an, wenn er die bleibende Wirkung eingedrungener Rechtsvorstellungen feststellt. Doch sollten die Unterschiede der Übernahmevorgänge nicht mit einem verallgemeinerten Rezeptionsbegriff zugedeckt werden. Die mit dem Reichsgedanken verbundene Aufnahme römischen Rechts war ein anderer Prozeß als die Zwangseinführung von Siegerrecht nach 1945. Rechtssystematisch ist zwischen der Übernahme von Rechtsgedanken und -prinzipien oder auch vorbildlicher Kodifikationen durch nationalen Gesetzesbefehl einerseits und der Einführung von Vorschriften fremden *Rechtsdenkens durch* Besatzungsbefehl andererseits zu unterscheiden.

Nicht alles Besatzungsrecht von 1945 und danach war dazu bestimmt, die deutsche Staats- und Gesellschaftsordnung zu reformieren, vieles diente den Machtinteressen der Besatzungsmacht und hatte keinen Bestand (Entmilitarisierung, Reparationen, Entflechtung der Wirtschaftsunternehmen, Sowjet-AG usw.). Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung war Besatzungsrecht kein deutsches Recht und von deutschen Gerichten nicht auf Übereinstimmung mit Verfassungs- oder Völkerrecht zu überprüfen.

Vor 1945 gab es sechs Jahre deutsches Besatzungsrecht in Europa, das nach der Befreiung für von Anfang an null und nichtig erklärt wurde, weil es großenteils unmenschlich, interventionistisch und völkerrechtswidrig war. Ob Besatzungsrecht mit der Zeit, wie der Code Napoléon oder die britische Gemeindeordnung, akzeptiert wird, hängt nicht nur von seiner sittlichen und politischen Qualität, sondern ebensosehr von der Stabilität der Machtverhältnisse, von Zeitablauf und Gewöhnung ab.

Das Kapitel über den Nationalsozialismus konzentriert sich auf das *ideologisch Wesentliche. Der Einfluß* Carl Schmitts auf die damalige Rechts- und Staatsauffassung wird von Hattenhauer jedoch erheblich überschätzt, dessen gewichtiger Beitrag zur Staatslehre der Weimarer Verfassung dagegen einfach verschwiegen, vor allem auch seine im Grundgesetz später positivierte Lehre vom unabänderlichen Kernbestand einer Verfassung. Dabei könnte der Verfasser seine Historisierung des Staatsbegriffs geradezu von Carl Schmitt gelernt haben.

Daß das Programm der Umerziehung der Deutschen „noch heute unseren Respekt und unseren Dank" verdiene, ist ein Euphemismus, wenn es auch unbezweifelbar ist, daß die Grundlagen der heutigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung historisch und zum Teil auch rechtlich durch Entscheidungen der Besatzungsmächte geschaffen wurden. Andererseits muß aber auch der gegenwärtige Fehlbestand an Nationalbewußtsein und Staatsgesinnung als – ursprünglich sogar beabsichtigte – Spätfolge der Re-Education erkannt werden. Als Legitimierung der Verfassungsintervention der Besatzungsmächte und nicht als Diskreditierung des Grundgesetzes ist wohl auch die Charakterisierung seiner *Rechtsnatur als „Besatzungsstatut"* gemeint, das „den Geist der Umerziehung atmet", über den es dann jedoch hinausführte. Das echte Besatzungsstatut bestand bekanntlich bis zum 5. Mai 1955 neben dem Grundgesetz, dem durch solche historisch verständliche, aber staatsrechtlich unscharfe Begriffsverwendung pädagogisch kein Dienst erwiesen wird.

HELMUT RUMPF



Leichte Anklänge an Gauguin: „Zwei Freundinnen", Holzschnitt von Schmidt-Rottluff aus dem Jahre 1915 FOTO: KATALOG

Karl Schmidt-Rottluff in Schleswig und Hamburg

Abenteuer des Nordens

Unter den Malern der Dresdner „Brücke" war Karl Schmidt-Rottluff (1884 – 1976) von Anfang an der sprödeste, verschlossenste und konsequenteste – als Künstler und als Mensch. Seiner unbeirrbaren und *kompromißlosen Persönlichkeit* entsprach sein oft schwer zugängliches Werk: herb, wortkarg, abweisend.

Die von Gerhard Wietek mit viel Spürsinn und Kennerschaft zum 100. Geburtstag des Malers im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum in Schleswig zusammengestellte Retrospektive bietet ein großartiges Panorama der Entwicklung des malerischen und grafischen Schaffens von Schmidt-Rottluff. An Hand von 77 Gemälden, 63 Aquarellen und Zeichnungen sowie Druckgrafik und Kunsthandwerk führt sie den bildnerischen Weg des Künstlers von den Anfängen eines dynamisch übersteigerten Impressionismus über den holzschnitthaft kantigen, kubisch strukturierten Expressionismus der *Brücke-Zeit und die Malerei rhythmisch*-tektonisch gebauter Farbflächen der zwanziger Jahre bis hin zu den in ihren Formen zwar beruhigten, aber immer noch von innerer Kraft durchpulsten Arbeiten des Spätwerks fesselnd vor Augen.

Ermöglicht wurde der weitgespannte Überblick durch Leihgaben aus zahlreichen öffentlichen und privaten Sammlungen des In- und Auslandes. Aber Schleswig ist es während der letzten sieben Jahre gelungen, fünf Gemälde von Schmidt-Rottluff aus dem Zeitraum von 1913 bis 1956 zu erwerben, darunter so bedeutende Werke wie die drei Akte in den Dünen aus Nidden von 1913 und das prägnante Bildnis Rosa Schapire von 1915, die zu den Höhepunkten der Rückschau zählen.

Den Auftakt der in den hervorragend umgestalteten Räumen der ehemaligen Reithalle des Schlosses Gottorf streng chronologisch gehängten Retrospektive bildet das mit furiosem Pinselstrich gemalte frühe Selbst*bildnis des Künstlers von 1906*. Der ersten Phase einer wildbewegten pastosen Malweise unter dem Einfluß van Goghs folgt seit 1911 eine stärker flächig orientierte Komposition und Koloristik, in der Mensch und Landschaft in kantigen Konturen und dissonanten Farben geschildert werden und Anklänge an Gauguin nachwirken. Hinzu kommen holzschnitthafte Elemente von Kubismus und Negerplastik, *die den Akten in den Dünen* von Nidden oder den Frauen am Meer im holsteinischen Hohwacht ein exotisches Ambiente verleihen. In Werken wie „Du und ich", „Juniabend", „Bäume und Mond" oder „Landschaft mit Wasserträgerin", die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg beim zweiten Hohwacht-Aufenthalt des Malers entstanden, kulminiert der eigenständig herbe Schmidt-Rottluff-Stil, der um die gleiche Zeit auch im Holzschnitt seine kühnste und radikalste Ausprägung erfuhr.

Auch im späteren Schaffen des aus Chemnitz stammenden Malers blieb das Erlebnis der norddeutschen Landschaft von entscheidender Bedeutung. Nach Dangast, Nidden und Hohwacht bildeten die pommersche *Küste und schließlich seit 1950* Sierksdorf an der Lübecker Bucht die Stätten, an denen Schmidt-Rottluff abseits von den Kunstzentren seine Bilder eines neuen elementaren Einklangs von Mensch und Natur verwirklichte. In seiner rechtzeitig zur *Ausstellung erschienenen Monografie* „Schmidt-Rottluff in Hamburg und Schleswig-Holstein" hat Gerhard Wietek die nachhaltigen Beziehungen des Malers zum norddeutschen Raum herausgearbeitet und ausführlich dokumentiert.(Wachholtz-Verlag, Neumünster. 256 S., zahlr. Abb., 48 DM).

Parallel zur großen Retrospektive in Schleswig veranstaltete die Batig in Hamburg in ihren Räumen an der Esplanade eine gleichfalls von Wietek betreute Ausstellung des grafischen Werkes von Schmidt-Rottluff, die 85 Holzschnitte, Lithografien und Radierungen aus der Hamburger Kunsthalle und privaten Sammlungen der Hansestadt umfaßt. Die lapidare Kraft seiner stilprägenden Bildkonzeption findet in ihr einen besonders konzentrierten Ausdruck (Bis 12. August. III. Ausstellungsverzeichnis Schleswig und Katalog Batig Hamburg je 3 DM).

HANNS THEODOR FLEMMING

JOURNAL

Bedenken gegen die Kulturstiftung

dpa, Bonn

In der Kultusministerkonferenz, die in Saarbrücken tagt, ist Kritik an dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder über die Errichtung einer Kulturstiftung geübt worden. Ausgelöst wurde sie durch einen Brief des Bremer Kultursenators Horst Werner Franke. Er bemängelt darin, daß Kompetenzen, „die eindeutig in die Kulturhoheit eines jeden einzelnen Landes gehören, an ein überregionales Gremium abgetreten werden". Außerdem eröffne die Beteiligung des Bundes am Stiftungsrat dem Bund Einfluß auf kulturpolitische Entscheidungen, die nach der Verfassung den Ländern zustehen. Der Bremer und der saarländische Minister haben außerdem einen „Finanzvorbehalt" geltend gemacht. Und schließlich besteht Uneinigkeit über die vorgesehene Regelung des Stimmrechts, das Dreiviertel-Mehrheiten anerkennen will, wo bislang nur einvernehmliche Lösungen aller beteiligten Länder möglich waren.

Handke-Symposium in Den Haag

dpa, Den Haag

Im Rahmen des Holland Festival hat das Den Haager Hot-Theater mit einem einwöchigen Peter-Handke-Projekt begonnen, bei dem bis zum 23. *Juni* mehrere Stücke des österreichischen Autors und mehrere Videofilme aufgeführt werden. Das Schauspielhaus Wien gastiert am 19. Juni mit seiner Inszenierung von „Über die Dörfer". Außerdem findet am Wochenende ein „Handke-Symposium" statt.

Hanns-Martin Schneidt Nachfolger Richters?

dpa, München

Der Wuppertaler Generalmusikdirektor Hanns-Martin Schneidt ist als Nachfolger des vor drei Jahren verstorbenen Karl Richter als Leiter des Münchner Bachchores im Gespräch. Darüber wurde zwischen dem Kultusministerium und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche eine grundsätzliche Einigung erzielt. Bayern wird an der Hochschule für Musik eine Professur zur Verfügung stellen, was die Voraussetzung dafür ist, daß Schneidt nach München kommt.

„Spezialeffekte" bei der Berlinale 1985

dpa, Berlin

Eine umfangreiche Retrospektive über die Geschichte der Spezialeffekte im Film ist während der 35. Internationalen Filmfestspiele in Berlin im Februar 1985 geplant. Der Rückblick aus etwa 60 Filmen wird von einer Ausstellung und einem Buch begleitet. Er soll zu einem „Glanzpunkt" der nächsten Berlinale werden.

Jugendliteraturpreis 1984 für vier Bücher

dpa, München

Mit dem Deutschen Jugendliteraturpreis *1984* sind in München vier Bücher ausgezeichnet worden. Der Deutsche Bilderbuchpreis ging an die Geschichte „Mausemärchen, Riesengeschichte" von Annegret Fuchshuber, der Kinderbuchpreis wurde dem „Sonntagskind" von Gudrun Mebs, der Jugendbuchpreis „In dreihundert Jahren vielleicht" von Tilman Röhrig zuerkannt. Der Kindersachbuchpreis ging an „Linneas Jahrbuch" von Christina Björk und Lena Anderson. Eingereicht worden waren 501 Bücher. Die vier Preise – vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit gestiftet – sind mit jeweils 10 00 Mark dotiert.

Mettlach: „Europäische Keramik der Moderne"

Der Stier aus Vallauris

Es lassen sich in der ganzen Welt in privaten oder auch öffentlichen Sammlungen schwerlich mehr als dreißig keramische Unikate von Marc Chagall finden; zwölf davon sind jetzt in dem Keramik-Museum Schloß Ziegelberg in Mettlach an der Saar zu sehen. Kaum weniger mühevoll dürf*te es gewesen sein, die zweiundzwan*zig Unikate von Picasso herbeizuschaffen. Sie bilden mit Keramiken von Braque und Miró die Prunkstükke einer Sonderausstellung.

Präsentiert werden durchweg Unikate, darunter einige Stücke mit sehr persönlichen Widmungen oder ausdrücklichem Urhebervermerk. So lesen wir zum Beispiel auf der Rückseite von zwei Tellern mit Blumenstilleben von Picasso: „Vollständig von mir gemacht" und dazu die Widmung „für Ynès". Auf anderen Stücken finden wir Widmungen an Suzanne Ramié von ihrem „treuen Freund und Schüler Picasso".

In der Tat hat Pablo Picasso dem Ehepar Ramié, den Eigentümern der Töpferei Madoura in Vallauris, seine keramische Kunst zu danken. Suzanne Ramié war es nämlich, die ihm bei einem zufälligen Besuch ihrer Werkstatt ein Stück Ton in die Hand drückte und ihn aufforderte, sich auch einmal daran zu versuchen. Picasso formte einen Stier, und seit er die gebrannte kleine Tonplastik in Händen hielt, ließ ihn die Keramik nicht mehr los.

Er integrierte sie als Gattung gleichwertig in sein Gesamtwerk; niemals, so versichert uns Henry Kahnweiler, hat er sie als eine angewandte Kunst betrachtet. Das gilt übrigens für Chagall und Miró gleichermaßen; sie machten die Keramik zu einem wesentlichen Faktor ihres Kunstschaffens, dem sie neue Impulse, neue Ideen, neue gestalterische, ausdruckskräftige und dekorative Möglichkeiten hinzu- und abgewannen. Picasso begnügte sich keineswegs damit, keramische Objekte zu bemalen; er veränderte und verwandelte sie, formte sie neu mit seiner Malerei ebenso wie mit den modellierenden Händen. Man sieht förmlich, wie er mit kräftigem Daumen tiefe Furchen in die Tonmasse gegraben hat, wie er konventionelle Keramikformen – Teller, Krüge, Flaschen – durch verblüffende Eingriffe oder Hinzufügungen, mit ein paar Pinselstrichen oder dem Ritzgriffel in Tiere, Faune, Frauen, Porträts, belebte Reliefs und Stilleben umgestaltet hat.

Genauso souverän und erfindungsreich ging Juan Miró mit dem Werkstoff um und schuf aus Ton und Farbe (und gelegentlichen Zutaten) seine skurrilen bis dämonischen Gebilde, von denen dann das plastische Œuvre dieses Verwandlungszauberers seinen Ausgang und seine bedeutende Entwicklung nahm.

Chagall und Braque bleiben dagegen als Keramiker hauptsächlich Maler. *Sie wiederholen ihr bekanntes* Formenvokabular, mitunter auch ganze Bilder. Braque löst zuweilen einen Kopf aus dem Bildgrund, hebt ihn sozusagen aus der Fläche in eine flache Dreidimensionalität. Chagall immerhin modelliert die Oberfläche seiner Teller und Schalen, in denen nun seine Phantasiegebilde mehr schwimmen als schweben. Seiner Kunst kamen die spezifischen Vorzüge der Keramik natürlich sehr entgegen. Immerfort laborierte er an der „Chemie" der Farbigkeit (und glaubte sie zuletzt am vollkommensten in der Glasmalerei gefunden zu haben). Aber durch Brand und Glasur gewannen auch seine keramischen Schöpfungen jenes transparente Leuchten, jenen zauberhaften Schimmer, die seinen poetischen Intentionen in idealer Weise entsprechen.

Als Fünften im Bunde zeigt die Mettlacher Ausstellung den 45jährigen André Brasilier mit reizvollen Beispielen einer kultivierten keramischen Salonkunst. (bis 1. Juli; Katalog 25 Mark.)

EO PLUNIEN



Verblüffende Eingriffe in konventionelle Formen: Picassos „Großer Vogel" (1951), aus der Mettlacher Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Dresdner Musikfestspiele mit György Ligeti

Türen ohne Geheimnis

Mit über hundert Veranstaltungen an sechzehn Tagen hatten die diesjährigen Dresdner Musikfestspiele ihr gewohntes Mammutausmaß. Es reichte von Opern- und Ballettgastspielen, die dieses Jahr einen besonderen Schwerpunkt bildeten, bis weit hinein in die Bereiche der musikalischen Laienkunst, des musikalischen Puppenspiels, das in Dresden besondere Traditionen hat, und der Vermittlung elektronischer Musik. Es reichte von der wissenschaftlichen Konferenz zum Einfluß der Romantik auf die Musik des 20. *Jahrhunderts bis hin zur Demonstra*tion experimenteller Wege in der musikalischen Früherziehung.

Mit einer Reihe von Glanzpunkten übten die Dresdner Musikfestspiele auch im siebenten Jahr ihres Bestehens ihre Attraktion auf das Dresdner Publikum aus – neue Spielorte sind hinzugekommen wie die Albrechtsburg Meißen, der Barockgarten Großsedlitz oder das Jagdschloß Moritzburg. Die Veranstaltungen sind zumeist ausverkauft – Musik ist unter anderem auch eine „Nische", eine humane Zufluchtsstätte aus einer Wirklichkeit, in der für den normalen, unprivilegierten Bürger die Bestimmungen gegen Kontakte mit West-Menschen immer rigoroser werden. In den Dresdner Veranstaltungen erlebt er solche nun doch hautnah: Da tanzt das Königliche Ballett Kopenhagen, spielen die London Puppet Players oder der italienische Gitarrist Enrico Tagliavini, und aus Hamburg war der Komponist György Ligeti zum ersten Mal, seit er 1956 aus Ungarn wegging, *wieder in einem sozialistischen* Land zu Gast – bei einem Werkstattgespräch mit seinem Dresdner Kollegen Udo Zimmermann. So nimmt man, wenigstens für Stunden, Anteil an der sonst versperrten europäischen Kultur.

Dabei können sich freilich auch Mißverständnisse ergeben, wenn Kunst die eingeschliffenen Wege ihrer gewohnten Vermittlung verläßt. Zwei junge österreichische Komponisten – Gerhard Schedl und Karlheinz Schrödl – haben im Carl-Maria-von-Weber-Wettbewerb für Kammeropern, der von diesem Festival veranstaltet wird, Preise errungen. Beide sind Schüler von Erich Urbanner, beide haben ein Libretto des Ungarn Attila Böcs vertont: „Kontrabaß" und „Die Tür" – beide Werke ein Stück Vergangenheitsbewältigung. Umrahmt von Vorträgen aufmüpfiger Berliner Liedermacher – Hans-Eckard Wenzel und Steffen Mensching –, erlebten diese Stücke in Dresden ihre Uraufführung.

In der „Tür" geht es – nach einem Bühnenstück von Pal Bardos – um einen banalen Anlaß: Da ist seit Jahren eine Tür in der Wand, seit Jahren steht ein Schrank davor. Der Sohn der Familie wird neugierig, was wohl dahinter sei. Doch diese Frage ist unbequem, wird mit allen möglichen Ablenkungsmanövern, Begütigungen, Diffamierungen und schließlich Zornesausbrüchen von den anderen, den angepaßten Familienmitgliedern abgedrängt und weggedrückt. Der *Sohn gibt nicht auf, und in dem Kon*flikt geht einiges Mobiliar zu Bruch, aber hinter der geheimnisvollen Tür gibt es nichts als eine banale Mauer aus Ziegeln. Mancher vor Ort faßt dieses Stück als eine verspätete Rehabilitierung verpönter Fragerei und *Individualitätssucht auf, doch haupt*sächlich wird diese Reflexion der eigenen Probleme von ihren Adressaten nicht auf sich bezogen, und man findet, dies sei nun wahrlich kein Stück, aus dem man nach des Tages Mühen Erbauung und Entspannung schöpfen könne.

Vielleicht werden dereinst die Gedankenwege für solche Parabeln geebnet sein, so wie heute für die avantgardistischen Kompositionen György Ligetis aus den 60er Jahren oder für die Oper „König Roger" von Karol Szymanowski, die *1926* in Warschau ihre Uraufführung erlebte und nun vom dortigen „Teatr Wielki", der Polnischen Staatsoper, dem deutschen Publikum vorgestellt wurde: ein gerundetes Stück musikalischen Symbolismus in den Spuren von Debussy und nicht ohne Ähnlichkeiten zum jungen Strawinsky, ein statisches Stück mit stimmungsvollen Chören, viel Dialog und wenig Aktion, darin der neuesten „Franziskus"-Oper Olivier Messiaens vergleichbar.

Zum bewegenden Ereignis wurde der Komponistenworkshop György Ligetis. 15 bzw. 20 Jahre nach ihrer Entstehung werden sein Kammerkonzert für 13 Instrumentalisten, seine Aventures und seine Nouvelles Aventures als einschränkungslos gültige Sprache der Neuen Musik empfunden, wenn auch *mit blamabler* Verspätung. Bei diesen „DDR"-Erstaufführungen traf sich sozusagen die Crème de la crème ihrer Musikwelt, um dem großen Meister zuzuhören, der seinerseits von der Leistung der Dresdner Interpreten – Gabriele Auenmüller, Sopran, Renate Biskup, Alt, und Jürgen Hartfiel, Bariton – höchst beeindruckt war.

DETLEF GOJOWY

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Sondernummer des „Monat" über Konservatismus

Hier wird nach Kräften gethatchert

Man greift mit Spannung nach dem Heft 291 des „Monat" (Beltz-Verlag, Weinheim), der nur noch vierteljährlich erscheint und in jeder Folge ein bestimmtes Thema behandelt. Diesmal lautet es: „Was heißt konservativ heute?" Man erinnert sich natürlich gleich der über mehrere Hefte sich hinziehenden Debatte über dieses Thema, die der 1948 gegründete „Monat" im Jahre 1962 durchführte – in seiner Blütezeit also. Jene Debatte markierte den Übergang vom verängstigten Nachkriegskonservatismus zu einer unbefangeneren, vom großen Beispiel Arnold Gehlens geprägten Form des konservativen Denkens.

Die Debatte von 1984 wird nicht die gleiche Bedeutung haben. Auch der „Monat" ist nicht mehr, was er einmal war – obwohl Melvin Lasky ihm immer noch vom fernen London aus ein wenig lenkt. Lasky weiß das wohl selbst, denn in seiner Einleitung warnt er davor, heute noch von einer Zeitschrift eine „Botschaft" zu erwarten: „Wir sind inzwischen sehr bescheiden geworden."

Die Bescheidenheit besteht darin, daß der „Konservatismus" zu einer Auseinandersetzung innerhalb des liberalen Lagers reduziert wird. Man erinnert sich der in den amerikanischen Universitäten geläufigen Definition von „konservativ": „Ein Konservativer ist ein Liberaler, der am Tag vorher überfallen worden ist." Es thatchert durch das ganze Heft hindurch, und was nicht in diese Melodie hineinpaßt, wird entweder verschwiegen oder ins Abseits des „Extremismus" gestellt. So ist kein einziges Wort über jenen „Konservatismus" zu finden, der in den letzten zehn Jahren von enttäuschten „68ern" herausgeformt wurde.

Das ist jedoch bei der Bravheit der *Autoren-Auswahl von 1984, über die* der Lasky von 1962 nur gespottet hätte, kein Wunder: Dabei macht einem der englische Liberale George Watson, zur Zeit Fellow von St. John's in Cambridge, Appetit mit zwei Feststellungen: „Jetzt ist es schick, sich als *Konservativer zu bezeichnen: Zum* ersten Male in unserem Jahrhundert ist es 'in', Tory zu sein." Eine Seite später: „Mit Gewißheit kann man über den Konservatismus in unserer Zeit nur sagen, daß er weder konservativ noch unwandelbar ist." Da überlegt *man* sich natürlich gleich, wieviel Jahre es heute braucht, bis eine angelsächsische Mode bei uns angelangt ist. Zugleich grübelt man, was Watson mit seinem zweiten Spruch sagen will.

Eine Antwort findet man vielleicht im witzigsten Aufsatz des 192 Seiten starken Taschenbuchs. Er stammt von dem Bochumer Sinologen Peter Weber-Schäfer. Er spricht unverfroren aus, woran das ganze Gerede über „konservativ" krankt: „Irgend etwas, das es zu bewahren gilt, hat doch jeder, und sei es nur das eigene Leben. Ist Suizidbereitschaft die einzige Alternative zu einer konservativen Geisteshaltung?"

Die 17 Seiten von Weber-Schäfer sind eine brillante Kritik der einzigen Art von „konservativ", die heute in der Bundesrepublik nicht in den Untergrund gedrängt ist: des Liberalkonservatismus nach dem Muster von Burke. Der wohl von chinesischer Weisheit gesättigte Kritiker legt nahe, überhaupt auf die Vokabel konservativ zuu verzichten. Sollte man sich ein Beispiel an der französischen Opposition, von Giscard bis Chirac, nehmen, die sich ungeniert selbst als „die Rechte" zu bezeichnen beginnt? Allerdings hat dort drüben die Erfahrung eines Volksfront-Regimes die Konservativen von der Sucht geheilt, „everybody's darling" sein zu wollen.

ANTON MADLER

Die ganze Camorra steht in Neapel vor Gericht

Inzwischen hat sich längst eine neue Organisation gebildet

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Es steht schlecht um den populären italienischen Showmaster Enzo Tortora, ebenso um den nicht weniger bekannten römischen Schlagersänger und Autor Franco Califano und viele andere namhafte Persönlichkeiten, die in dem bevorstehenden Monsterprozeß gegen die „neue Camorra" verwickelt sind. Die Untersuchungsrichter von Neapel haben auf 1426 Seiten das Ergebnis ihrer Verhöre zusammengefaßt und damit die Grundlage für die Anklage gegen 641 Mitglieder der Verbrecherorganisation geliefert.

Mit der Blitzaktion vom 17. Juni 1983 führten die Carabinieri einen entscheidenden Schlag gegen das weitverzweigte Netz der Bande. Während der Gründer und Boß der „neuen Camorra", Raffaele Cutolo, bereits im Gefängnis saß, ermöglichte die blitzartige Verhaftung von Hunderten von Camorristen vor rund einem *Jahr die Lähmung einer Organisation*, die von Erpressung, Menschenraub und vor allem vom Drogengroßhandel lebte und Konkurrenten oder Verräter kaltblütig umbrachte.

Die in den 70er Jahren von Raffaele Cutolo im Castel von Ottaviano bei Neapel gegründete „Nuova Camorra Organizzata" (NCO) ist praktisch ausgelöscht. Inzwischen sind in ihre Fußstapfen jedoch mehrere kleine Verbrecherbanden getreten, die jetzt in Süditalien nach dem Rezept der NCO ihr Unwesen treiben.

Enzo Tortora, der bekannteste Name unter allen Beschuldigten, beteuert weiter seine Unschuld. Doch es scheint, als hätten die Untersuchungsrichter mittlerweile handfeste Beweise *für seine Mitgliedschaft*. Nicht weniger als 11 Belastungszeugen, lauter ehemalige Camorristen, sollen präzise Aussagen gemacht haben, die kaum einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß Tortora am Drogengeschäft mitverdiente *und den Zorn des Camorra-Generalstabs* in Neapel erregte, als er angeblich einen Posten der kostbaren Ware in Höhe von 350 000 Mark nicht bezahlte. Die Chancen des Showmasters stehen schlecht. Er beschränkt sich darauf, alles abzustreiten und *von einem großangelegten Manöver* der Camorra zu seinen Lasten zu sprechen. Gründe freilich nennt er nicht.

Tortora hofft nun auf einen günstigen Ausgang der Wahlen zum Europaparlament am kommenden Sonntag, hat er sich doch von der Radikalen Partei als Kandidat für Straßburg *aufstellen lassen. Angeblich um gegen* „die Barbarei der Untersuchungshaft" zu Felde zu ziehen, die in Italien oft jahrelang dauert und viele Unschuldige trifft. Aber nach der Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses dürften die Sympathien *der Wähler für ihn stark zusammengeschrumpft* sein, um so mehr, als die Camorra mit ironischem Duktus „Wahlkampfhilfe" für den Fernsehstar leistet. Auf Wandinschriften in den Gefängnissen heißt es „Wählt Tortora!", und in Neapel kursieren Kettenbriefe mit dem gleichen Aufruf. Durchaus zweifelhafte Sympathiekundgebungen, die Tortoras Image kaum dienlich sein dürften.

Schlecht steht es auch um den volkstümlichen Schlagerautor und Sänger Franco Califano, der Bezieher und Zwischenhändler erheblicher Mengen von Kokain gewesen sein soll. *Ankauf und Konsum gibt* er auch unumwunden zu, bestreitet aber den Weiterverkauf. Nach Überzeugung aus Juristenkreisen eine der typischen „Noteinlassungen" der Beschuldigten, um mit der geringsten Strafe davonzukommen.

Im Gegensatz zu den restlichen 640 Angeklagten wartet Enzo Tortora nicht im Untersuchungsgefängnis, sondern bei Hausarrest auf den Prozeß, vor allem aber auf die Wahlen am Sonntag, mit deren Hilfe er der Justiz ein Schnippchen zu schlagen hofft. Seine Wahlwerbung betreibt der wegen „kränkelnder Gesundheit" entlassene Star per Fernsehinterviews von zu Hause aus.

Unterdessen ist ein weiterer Kollege, Leiter einer populären Fernsehwitzsendung, mit der Justiz in Konflikt geraten: Emilio Fede, der – eine *zweite Parallele – ebenfalls* als Kandidat für die Europawahlen (auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei) aufgestellt ist. Fede soll Dauerkunde einer geheimen Spielhölle in Bergamo gewesen zu sein, in der reiche Besucher beim „Chemin-de-Fer" professionell übers Ohr gehauen wurden. Ob der TV-Mann mit den Ganoven *unter einer Decke steckte*, wird noch ermittelt. Ermittelt wird ja bekanntlich auch gegen den Schauspieler Rossano Brazzi („Die barfüßige Gräfin", „South Pacific"). Der 68jährige soll, so der leicht skurril klingende Vorwurf, Beziehungen zu einer Schmugglerbande *haben*, die Atombomben in Araberstaaten schaffen wollte.



Obwohl „nur" Stellvertreter, muß auch der Kopilot – der Mann mit den drei Streifen am Ärmel (rechts) – die Fähigkeiten des Kapitäns haben. In der Stunde der Not kümmert die Passagiere die Rangordnung nicht. FOTO: LUFTHANSA

Mädchen für alles im Cockpit: der Kopilot

A. BÄRWOLF, **Hamburg**

„Verflixter Mist, hier rauszustarten, mit all dem Eis auf dem Vogel", sagte der Kopilot. *„Glitschiger Runway*, soll ich was Besonderes machen oder einfach starten?" „Höchstens, falls du was Besonderes machen möchtest", antwortete der Kapitän. „Ich ziehe bis auf 1,5, sollte eigentlich 1,6 sein. Kommt darauf an, wieviel *Angst wir haben", sagte der Kopilot.*

Der Flug 90 der Air Florida, eine Boeing 737, rollte am 13. Januar 1982 auf dem Stadtflughafen von Washington bei einem Schneesturm über der amerikanischen Hauptstadt zum Start. Kopilot Roger Petit (31) war auf *der in Washington beginnenden* Strecke vom Kommandanten Larry Wheaton (34) zum fliegenden Piloten bestimmt worden. „You have it", (Übernimm du), sagte der Kapitän. „I have it" (Ich übernehme), sagte der Kopilot und startete.

Die Maschine war nicht vorschriftsmäßig enteist und nahm nicht genug Fahrt auf. „Vorwärts, vorwärts", sagte der Kapitän. „Come on, forward", rief er. „Sie will kaum steigen, wir schmieren ab." „Larry, wir fallen runter, Larry", sagte der Kopilot. „Ich weiß", meinte der Kapitän. Sekunden später raste die 737 gegen *eine Brücke und schlug im eisigen* Potomac auf.

Wieso flog der Kopilot die Maschine, in der an jenem 13. Januar 1982 78 Menschen starben? Startet und landet nicht immer der Kapitän? Ist der Kopilot nicht nur ein Helfer des Kapitäns? *Wer ist das eigentlich* – ein Kopilot?

Der Kopilot ist der Stellvertreter des Kommandanten. Er übernimmt in dessen Abwesenheit die Verantwortung für Flugzeug und Besatzung. Unbeschadet des Piloten ist der Kopilot *während des Fluges zur* verantwortlichen Mitarbeit verpflichtet. Das erfordert die aufmerksame Verfolgung des Flugablaufs, um jederzeit in der Lage zu sein, auf Anordnung des Piloten oder bei dessen Ausfall (Herzinfarkt) zu übernehmen.

Der Kopilot ist ein Mensch, der ständig seine Rolle wechselt. Auf einer Strecke übt er die Funktion eines fliegenden Piloten aus (Pilot flying), auf einer anderen Strecke spielt er die Rolle des nicht fliegenden Piloten (Pilot not flying). Wenn er fliegt, hat er das Kommando. Er startet und landet. Er steuert das Flugzeug. Er hält *die vorgeschriebenen Flugverfahren* ein. Er achtet auf die Flugsicherheitsfreigaben, die Höhen- und Geschwindigkeitsbeschränkungen. Er beobachtet den Luftraum. Der Kapitän macht unterdessen den Funk und den „Papierkram". Der Kapitän startet *und landet in aller Regel* bei widrigen Sichtverhältnissen von unter 200 Metern. Der Kopilot ist ein Mann ohne Schreibtisch. Sein Arbeitsplatz ist das Cockpit.

Der Kopilot gehört zum „Jet-set". Heute Paris, morgen Rio. Und selbst *auf der kleineren Boeing* 737 *wird* schon interkontinental geflogen, nach Asien (Istanbul) oder Afrika (Tunis). Oft ist's aber auch nur ein kleiner „Umlauf" – Hamburg, Düsseldorf oder München – der immer drei, vier Tage dauert und bei dem die ganze Crew *zusammenbleibt. Dafür gibt's* dann als „Gerechtigkeitstour" die Strecke nach Barcelona oder Istanbul mit einem 24-Stunden-Stop.

Ein Kopilot ist teuer, er verdient schon als junger Mann viel Geld. Seine Ausbildung hat 300 000 Mark gekostet. Eine Investition, die sich auch lohnen muß, kosten doch die teuer*sten seiner „Flieger" zehn Millionen* Dollar. Das Startgehalt eines jungen Piloten liegt bei 5579 Mark, er kann es auf 9021 Mark bringen, ohne Kapitän zu werden.

Die Kapitänsplätze werden nach dem Senioritätsprinzip vergeben. Das Anfangsgehalt liegt bei 9838 Mark.

Der Tarifvertrag der Piloten sieht 55 Flugstunden im Monat vor. Für *diejenigen, die für die 35-Stunden-*Woche kämpfen, scheint das wenig zu sein. Doch mit den Flugvorbereitungen hat der Pilot wenigstens 160 Arbeitsstunden eines normalen Arbeitnehmers auf dem Buckel.

Jedes halbe Jahr wird der Kopilot auf seine Leistungsfähigkeit überprüft. Und er wird auf Herz und Nie*ren untersucht. Alkohol am Knüppel* ist tabu. 12 Stunden vor dem Start wird das letzte Bier getrunken. Für den, der um 7 Uhr startet, ist am Abend zuvor um 19 Uhr die Bar geschlossen.

Verwirrung um tiefsten Punkt der Erde

SAD, **Tokio**

Mit einer Tiefe von 10 924 Metern *wollen japanische* Wisssenschaftler auf einer zwei Kilometer langen Strecke im Marianen-Graben die tiefste Meeresstelle der Welt gefunden haben. Sie liegt rund 370 Kilometer südwestlich der *Insel Guam*. Nach Angaben der japanischen Forscher lieferten die von ihnen während ihrer Expedition im westlichen Pazifik verwendeten Meßgeräte genauere Angaben als bisherige Methoden mit Sonar-Lotungen. Von ihrem Forschungsschiff *„Takuyo Maru"* aus verwendeten sie zur Vermessung des Ozeanbettes ein elektronisches Gerät, das mit einem computergeleiteten engen Strahlenbündel arbeitet. Die neuen Angaben differieren beträchtlich mit der vor Jahren von einem russischen Vermessungsschiff in diesem Gebiet festgestellten angeblich tiefsten Stelle von 11 034 Metern. Eine britische Expedition hatte für die tiefste Meeresstelle 10 863 Meter genannt. *Nach dem Guinness-Buch* der Rekorde hingegen wird die tiefste Stelle mit 10 914 Metern angegeben. Die beiden Wissenschaftler Jacques Piccard und Don Walsh berührten am 25. Januar 1960 mit einem Tiefsee-Tauchboot den Meeresboden im Marianen-Graben, *wobei ihr Meßgerät* eine Tiefe von 10 916 Metern anzeigte.

Slums an der Copacabana

AFP, Rio de Janeiro

Die „Favelas", die Elendsviertel von Rio de Janeiro, breiten sich jetzt auch an die Badestrände der Stadt aus. Gestern ließen sich zur Überraschung der Touristen zunächst zwanzig Personen in einer kleinen Well*blechhüttensiedlung am Flamengo-*Strand nieder.

Millionenraub

dpa, London

Fünf bewaffnete Männer haben vorgestern bei einem Überfall auf einen Geldtransporter in Cobham in Südengland 750 000 Pfund (mehr als drei Millionen Mark) erbeutet. Die Gangster nutzten ihre Chance, als einer der beiden Wachmänner eine Toilette aufsuchte, entwaffneten seinen Begleiter und entkamen.

Kontaktlinsenpflege

dpa, **Köln**

Träger harter Kontaktlinsen sollten alle sechs Monate auch ohne Beschwerden ihren Augenarzt aufsuchen, Träger weicher Kontaktlinsen sogar alle drei bis vier Monate. Prof. Holger Busse, Universitäts-Augenklinik Münster, wies in einem Artikel der Zeitschrift „Der niedergelassene Arzt" auf nach wie vor mögliche Beeinträchtigungen der Hornhaut hin. Die Grenzen der Verträglichkeit, so Busse, ließen sich nicht vorhersagen. Die Linsen seien in zwei- bis dreijährigen Abständen zu ersetzen.

„Wasser-Tick"

SAD, **Richmond**

Drastisch rationierten jetzt die Wasserwerke von Richmond den mysteriösen Wasserverbrauch einer als „Wasser-Lady" bekannten Frau. Sie hatte allein im Mai 2,6 Millionen Liter Wasser – 76 000 pro Tag – verbraucht. *Dafür bekam sie* eine Rechnung über 1200 Mark. Die Frau muß sich jetzt mit 950 Litern am Tage – *immer noch* das Vierfache des Durchschnittsverbrauchs – begnügen. Gründe für ihre „Wassersucht" nannte sie nicht.

Schatz am Bahndamm

SAD, **New York**

Eric de Wilde, 16jähriger Waise aus Hollywood in Florida, suchte am *Bahndamm eigentlich* nur sein Fahrrad. Dort fand er statt dessen offensichtlich aus einem Zug geworfene Schmuckstücke. Im Laufe eines Jahres konnte der Eigentümer nicht gefunden werden. Eine Versteigerung bei Sotheby's erbrachte dem Finder jetzt 743 000 Mark.

Explosive Zwangsräumung

dpa, **Limburg**

Unmittelbar vor seiner Zwangsausweisung aus einem Zweifamilienhaus in Limburg hat ein 44jähriger Mieter gestern das Gebäude mit Hilfe einer Gasflasche gesprengt. Der Mann wurde dabei schwer verletzt, eine Frau und ihr Kind im Obergeschoß kamen mit leichten Verletzungen davon.

ZU GUTER LETZT

„Postminister: Alle Briefe können gar nicht ankommen." Überschrift der „Süddeutschen Zeitung" zu einer dpa-Meldung über eine Äußerung des Postministers Schwarz-Schilling.

LEUTE HEUTE

Kaum ein Frauenidol

Ein 47jähriger Bergmann aus der englischen Stadt Doncaster ist als Sieger aus einem *Wettbewerb* im Fernsehen als „Englands nutzlosester *Ehemann" hervorgegangen.* **Douglas Scott,** ein Vater von sieben Kindern, verbringt die meiste Zeit des Tages mit Schlafen, Zeitunglesen, Essen und Fernsehen. Sogar den Frühstückstoast läßt er sich schneiden. Seine Ehefrau gestand dennoch: „Wir alle lassen einfach nichts auf ihn kommen."

Hohe Korrespondenz

Gäbe es für die Kunst des Briefeschreibens eine Auszeichnung, hätte *die Gattin des scheidenden Bundes*präsidenten, **Veronika Carstens,** ein sicheres Anrecht darauf. Sie beantwortete in den letzten fünf Jahren handschriftlich mindestens 10 000 Briefe – *täglich durchschnittlich* sieben persönliche Antwortschreiben.

WETTER: Im Norden Regen

Wetterlage: Ein über Norddeutschand *gelegener Tiefausläufer* kommt nur langsam südostwärts voran. Seine Wetterwirksamkeit erstreckt sich im we*sentlichen auf das Gebiet nördlich des* Mains. Im Südwesten wird die Witterung weiterhin durch Hochdruckein*fluß bestimmt sein.*



Vorhersage für Donnerstag:
Südwesten: Überwiegend wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Anstieg der Temperaturen auf 20 bis 22 Grad, in den Abendstunden Bewöl*kungszunahme, aber niederschlagsfrei.* Tiefsttemperaturen um 13 Grad. Schwacher Wind um Südwest bis West.
Übriges Bundesgebiet: Bei überwiegend bedecktem Himmel zeitweise Regen. Höchsttemperaturen um 16 Grad. In der Nacht nachlassende Niederschlagsneigung und Abkühlung auf etwa 10 Grad.
Weitere Aussichten
Wieder freundlicher, aber verhältnismäßig kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	28°
Bonn	18°	Kopenhagen	15°
Dresden	21°	*Las Palmas*	21°
Essen	17°	London	18°
Frankfurt	20°	Madrid	21°
Hamburg	13°	Mailand	21°
List/Sylt	13°	Mallorca	27°
München	21°	Moskau	9°
Stuttgart	20°	Nizza	20°
Algier	23°	Oslo	12°
Amsterdam	15°	Paris	20°
Athen	22°	Prag	20°
Barcelona	23°	Rom	20°
Brüssel	14°	Stockholm	11°
Budapest	18°	Tel Aviv	28°
Bukarest	*17°*	*Tunis*	23°
Helsinki	15°	Wien	18°
Istanbul	22°	Zürich	22°

***Sonnenaufgang am Freitag:** 5.05 Uhr, Untergang: 21.40 Uhr, **Mondaufgang:** 23.51 Uhr, Untergang 6.17 Uhr.
**In MESZ, zentraler Ort Kassel*

Streit um Zulu-Land dringt bis vor den britischen Thron

Schwarze wehren sich gegen Pretorias Umsiedlungspläne

M. NEUBER, **Johannesburg**

Die Nachfahren von Zulu-Kriegern, *die im Buren-Krieg* (1899–1902) auf seiten der Briten kämpften und dafür von König Edward VII. mit 10 000 Morgen Land im östlichen Transvaal belohnt wurden, haben sich jetzt um Hilfe an Königin Elizabeth II. gewandt, um der Zwangsumsiedlung durch die südafrikanischen Behörden zu entgehen.

Ungefähr 2000 Schwarze leben in Kwa Ngema, einer Siedlung in einem „weißen" Gebiet nahe Wakkerstroom. *Als neues* Siedlungsgebiet wird ihnen pures Ödland an der Grenze zu Swasiland zugewiesen.

Bürgerrechtler sehen in der drohenden Vertreibung der 160 Familien der Ngema-Sippe eine weitere Maßnahme der Apartheid-Politik. Danach *sollen die „schwarzen Flecken"* in den Weißen vorbehaltenen Gebieten beseitigt werden. Angeblich sind seit 1960 dreieinhalb Millionen Schwarze nach ethnischen Gesichtspunkten in verschiedene Homelands umgesiedelt worden.

Umsiedlungsprogramm

Piet Koornhof, der südafrikanische Minister für Zusammenarbeit und Entwicklung, bestreitet diese Zahlen und weist im übrigen darauf hin, daß im selben Zeitraum 25 000 Weiße um*ziehen mußten*, weil die Grenzen der Wohngebiete entsprechend der Bevölkerung neu festgelegt wurden.

Dasselbe Schicksal der Ngemas wartet auch auf die schwarzen Be*wohner* im nahen Driefontein. Auch sie sollen in ein Homeland umgesiedelt werden und somit ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft verlieren. Ihr Anführer Saul Mkhize wurde bei einer Protestversammlung erschossen, der angeklagte weiße Polizist aber freigesprochen, weil sich der Schwarze ihm gegenüber herausfordernd verhalten habe.

Wo ein Staudamm gebaut und Farmland überflutet werde, um Reservoirs für die Dürreperioden anzulegen, werde nach ökonomischen Gesichtspunkten entschieden und nicht nach der Hautfarbe, versichert Außenminister Roelof Botha der WELT.

Verbrieft und besiegelt

Alfred Ngema, ein altersgebeugter Mann mit grauem Star, kann nicht *verstehen, wieso* seinen Leuten das „für alle Zeiten" von dem fremden König seinem Vorfahren Stuurman Ngema überlassene Land weggenommen werden soll. Verbrieft und besiegelt wurde die Schenkung am 21. Juni 1904 durch den Exekutivrat in der britischen Kolonie Transvaal.

Ngemas Sohn Moses führt jetzt den Kampf gegen die Zwangsumsiedlung. Er schrieb an die Queen und an die britische Premierministerin Margaret Thatcher. In der Petition heißt es: „Wir lieben unser Land. Es ist guter Ackerboden, und es liegt an zwei Flüssen. Unsere Ahnen sind hier beerdigt, und wir möchten weiter ihre Gräber pflegen." Im Vertrauen auf das Eigentum an Grund und Boden hätten sie Häuser und Schulen gebaut, die sie nun verlassen sollten.

„England hat uns diesen Boden vermacht, wie kann ihn Südafrika wegnehmen?" fragt die Ngema-Sippe. Die Behörden lehnten es bisher ab, mit Moses Ngema zu verhandeln. Sie glaubten mit einem konzessionsbereiten Rivalen zum Abschluß zu kommen, doch dieser starb kürzlich unter mysteriösen Umständen.

Zweierlei Maß für ein und dasselbe Abitur

Richtlinien-Wirrwarr benachteiligt deutsche Abiturienten

dpa, **Aachen**

„Das ist doch kleinkariert und paradox. Da bleibt Europa auf der Strecke", so ereifern sich die Eltern *von rund 500 deutschen Schülern aus* dem Aachener Grenzraum, die ihre Kinder nach Belgien zur Schule schicken, „damit sie zweisprachig aufwachsen und echte Europäer werden." *Ihr Dilemma: Das* belgische Abitur reicht für die deutschen Schüler nicht zum Studium an einer deutschen Hochschule, wohl aber für ihre belgischen Klassenkameraden.

Die deutschen Abiturienten, die das Gymnasium in Eupen 15 Kilometer vor den Toren Aachens besuchen, müssen im Herbst eine sogenannte Anerkennungsprüfung in drei Fächern, darunter auch in Deutsch, bestehen, bevor sie an deutschen Universitäten zugelassen werden. Diese Bestimmung gilt für Belgier nicht.

„Zweierlei Maß für ein und dasselbe Abitur, das ist doch nicht zu fassen", empören sich die Eltern. Schon seit Jahren laufen sie vergeblich Sturm gegen diese „diskriminierende Bestimmung".

Hoffnung auf Europawahl

Jetzt, vor der Europawahl, hoffen sie auf mehr Gehör. Das nordrhein-westfälische Kultusministerium verweigert den Deutschen die Zulassung mit der Begründung, daß in Belgien das Abitur schon nach zwölf Jahren Gymnasium abgelegt werde, ein Jahr früher als in Deutschland. Die Eltern argumentieren dagegen, daß ihre Kinder in Belgien *dafür* einen intensiven Ganztags-Schulbetrieb haben.

Dabei ist die juristische Lage eigentlich klar: Schon 1953 hat der Europarat die Gleichwertigkeit der Be*fähigungsnachweise für das* Universitätsstudium in einem von allen Staaten ratifizierten Abkommen festgelegt. Allerdings habe sich darin, so erläuterte jetzt ein Europapolitiker, *jedes Land das Recht vorbehalten*, „diese Verpflichtung nicht auf seine Staatsangehörigen anzuwenden".

Günstige Gelegenheit

Das bedeute, daß ein im Ausland von einem Inländer abgelegtes Abitur nicht unbedingt anerkannt werden muß, daß aber, wie geschehen, ein Perser mit belgischem Abitur in Deutschland ohne weiteres studieren darf. *Bis 1978 hatten auch die deutschen Schüler in der Heimat* keine Schwierigkeiten *mit ihrem* Sonderstatus. Dann aber zwang der Numerus clausus die Behörden offenbar zu *einer engeren Auslegung der Richtlinien*.

Im Aachener Grenzraum bietet sich in den deutschsprachigen belgischen Ostkantonen Eupen und Malmedy *die günstige Gelegenheit* für deutsche Kinder, in ihrer Muttersprache und gleichzeitig in französisch unterrichtet zu werden. Mit ausschlaggebend ist auch, daß die belgische Ganztagsschule berufstätigen Eltern entgegenkommt und günstige Internationsmöglichkeiten bietet.

Grundsätzlich läßt das Kultusministerium, so die Eltern, nur wenige sogenannte „zwingende Gründe" gelten, von der Anerkennungsprüfung abzusehen. Etwa, wenn *ein Elternteil* die belgische Staatsangehörigkeit besitzt oder dort berufstätig ist. Kultusminister Hans Schwier hat den Eltern jetzt einen Gesprächstermin für den 3. Juli eingeräumt. Notfalls wollen sie in einem Musterprozeß bis zum europäischen Gerichtshof gehen.

Kunst aus Korea, Ausstellung zu besserem Verstehen

Von JI HYUN WHANG

Koreanische Kunst – was ist das? Eine solche Frage beantworten zu wollen ist schiere Vermessenheit. Diese Frage ist auch nicht beantwortbar, weil es d i e koreanische Kunst genausowenig gibt wie die deutsche oder die amerikanische.

Was sich unserem Hang zu analysieren, zu klassifizieren, zu entmystifizieren vielmehr anbietet, ist eine Summe von Werken, die in bestimmten *Zeiträumen* in einer bestimmten Region entstanden sind und bei denen sich gewisse gemeinsame Merkmale, aber auch individuelle Unterschiede finden lassen, *Gemeinsamkeiten* mit Nachbarregionen wie auch manchmal mit weit entfernt liegenden Räumen sowie ganz spezifische Merkmale, die in dieser Form nicht in Nachbarregionen auftreten und die man daher irrtümlich gern als „nationale Merkmale" apostrophiert.

So verstanden, bietet die Ausstellung „Kunstschätze aus Korea" eine einzigartige Möglichkeit, die Kunst der Kulturregion Korea im Zusammenhang zu studieren, beziehungsweise diesen Raum dem europäischen Betrachter als bedeutende Kulturregion vor Augen zu führen. Daß eine solch umfassende Betrachtung der *Kulturentwicklung* auch den politisch-sozialen Bereich tangiert, kann nicht geleugnet werden. Aber Kultur und ihr sichtbarer Ausdruck in der *Kunst darf nicht* als *Vehikel* der aktuellen Tagespolitik verstanden werden.

Der Bogen der in der Ausstellung *dargebotenen Exponate umspannt* zeitlich etwa 5000 Jahre, von der mittleren Jungsteinzeit bis zm Ende des vergangenen Jahrhunderts, und sie umschließt einfache Gefäße des täglichen Gebrauchs ebenso wie Objekte des kultisch-religiösen Bereichs.

Ältester Gegenstand ist ein *konisch geformter Vorratstopf aus* weich gebranntem Ton mit einem kammartig eingeritzten geometrischen Dekor aus dem mittleren Neolithikum. Solche Töpfe wurden wohl bis zur Hälfte in das Erdreich eingegraben, wodurch das Gefäß Halt bekam und sein Inhalt kühl gehalten wurde.

Einen vielfältigeren Eindruck ihres Kunstschaffens haben die Menschen der Bronzezeit (ca. 10.-2. Jh. v. Chr.) *hinterlassen. Pfeilspitzen, Sicheln* und Dolche aus poliertem Stein sowie Knöpfe, Spiegeln, Rasseln, Kurzschwerter und Gürtelschließen aus Bronze geben Aufschluß über eine *entwickeltere* Gesellschaft *mit einem* ausgeprägten Glauben an ein Weiterleben nach dem Tode. Der große Anteil an Waffen im Grabgut der Bronzezeit gibt Auskunft über die Lebensform der Menschen in kleinen Stammesverbänden, die von der Jagd und in häufigen kriegerischen Auseinandersetzungen miteinander lebten. Ackerbau spielte noch eine untergeordnete Rolle, er verbreitete sich erst mit dem Beginn der Eisenzeit (ca. 2.-1. Jh. v. Chr.).

Die vorhistorische Phase Koreas ist geprägt von Einflüssen aus und Berührungen mit dem südsibirischen Raum. Kontakte mit der chinesischen Kultur waren dagegen bis zu jener Zeit gering. Dies änderte sich mit dem Beginn der Han-Zeit in China und dem allmählichen Zusammenschluß der Stammesverbände zu Königreichen im Bereich der koreanischen Halbinsel.

Sichtbaren Ausdruck findet der chinesische Einfluß in den Dekoren von Ziegeln, der Granulationstechnik beim Goldschmuck und im Stil buddhistischer Plastiken. Doch mag auch die Dekortechnik der sandkorngroßen Goldkügelchen von chinesischen Goldschmieden, die diese Kunst wiederum von westasiatischen Kunsthandwerkern erlernt hatten, nach Korea gebracht worden sein. Die Schmuckstücke selber und die Dekormotive haben weder chinesischen noch westasiatischen Charakter.

Stellvertretend für die vielen Gehänge, Ketten, Armreifen und Gürtel mag hier ein Paar Gehänge aus dem Königreich Silla herausgegriffen werden. Es besteht aus einem dicken *hohlen Ring aus gewalztem Gold*blech, der in Granulationstechnik mit Sechsecken und kleinen Kreisen verziert ist. In dem Hauptring hängt ein dünnerer massiver Goldring, in dessen Oberfläche sich kreuzende Linien graviert sind. An ihm hängt der aufwendig gearbeitete Anhänger.

Er besteht aus zwei dachartig gewölbten Elementen, die aus kleinen Ringen aus Golddraht geformt sind, übereinander, und diese Dächer sind rundum mit kleinen Goldblättchen behängt. *Das Endstück ist ein länglicher*, tropfenförmiger Körper, der ebenfalls mit Granulation geschmückt ist. Dieses Gehängepaar gehört zu den Meisterwerken der Goldschmiedekunst des alten Korea.

Handwerkliches Geschick und eine fruchtbare Phantasie zeichnete auch die Töpfer der Zeit der Drei Königreiche (1. Jh. v. – 7. Jh. n. Chr.) aus. Ganz besonders die Töpfer des Reiches Silla dachten sich für ihre Kult- beziehungsweise Opfergefäße immer neue Formen aus. Hohen Fußschalen oder bauchigen Töpfen gab man einen aufgesetzten, plastischen Figurendekor, oder man gestaltete das Gefäß selbst in der From eines Fabelwesens oder eines Reiters zu Pferde. Nur eine Tülle zum Gießen und ein Trichter zum Einfüllen der dargebotenen Flüssigkeit lassen erkennen, daß die Figur einen Hohlraum hat und eigentlich ein Gefäß ist.

Eine solche Gefäßskulptur zeigt ein stämmiges, kurzbeiniges Steppenpony, *dessen Ausrüstung mit Sat*teldecke, Sattel und Schabracke und Zaumzeug mit Nieten und Glöckchen detailgetreu in Ton nachgebildet ist. Im Sattel *sitzt ein* Reiter, bekleidet *mit einer Pumphose und kurzen* Jakke, der traditionellen koreanischen Männertracht. Schräg über den Oberkörper hat er eine Art Reisesack geschlungen, auf dem Kopf trägt er ein Barett mit einem spitzen Zipfel. Die Figur wirkt recht erdgebunden, und sie hat im Grunde nichts Ätherisches an sich. Und doch ist sie ein Ritualobjekt, das offenbar ganz speziell im Totenkult eine Rolle gespielt hat. Doch die kultische Bedeutung bleibt uns verborgen. Wir können uns aber *dennoch an den realistischen* Details erfreuen.

Einen eindeutig magischen Charakter haben die Ziegel mit Dämonenmasken. Sie entwickelten sich zur Abwehr böser Mächte von einem Gebäude. In Koguryo beschränkte sich die Charakterisierung der Dämonen auf das bare Minimum: auf ein weit aufgerissenes Maul mit gefletschten Zähnen, auf eine knollige Nase und kugelig vortretende Augen. Dieses effektvolle Schema wird im großen Silla-Reich, etwa zweihundert Jahre später, noch ein wenig phantasievoller ausgeschmückt. Es werden Hörner, Ohren, gesträubte Haare und Atemfahnen hinzugefügt. Die Gesichtshaut wirft wellige Falten, die Haarspitzen sind ornamental eingerollt, und der Atem ist in sehr feinen, eleganten Linien gezeichnet.

Die Kunst produzierte zur Zeit des Groß-Silla-Reiches nicht ausschließlich üppig wuchernde Formen. Die buddhistischen Plastiken sind meist klassisch *einfache, oft innig schöne* Figuren mit einer so intensiven Ausstrahlung, der sich auch Nicht-Buddhisten kaum entziehen können. Sie vermitteln ein Gefühl von Zunei*gung und geistiger Entrücktheit* zugleich, unabhängig von ihrer ikonographischen Bestimmung als Buddha oder Bodhisattva.

Die plastische Kunst des Alten und des Großen Silla-Reiches beschränkte sich nicht auf Kultfiguren im strengen Sinne. Selbst der Dekoraufsatz eines Fahnenmastes für die hohen, schmalen Tempelbanner wurde aus vergoldeter Bronze zu einem gut durchmodellierten Drachenkopf geformt. Der geschwungene Hals des Drachen hat Schuppen und Behaarung in feinen Linien eingraviert. Kinn- und Backenbart scheinen in einer kräftigen Brise zu flattern. Die Augen treten wiederum kugelig hervor, wie bei den Dämonenmasken. Die Oberlippe ist zu einem geschwungenen Haken aufgeworfen.

In dem halb geöffneten Maul hält der Drache die „Glücksperle", ein wichtiges Attribut eines Drachen. Rein technischer Zusatz ist eine kleine Laufrolle im Maul, über die eine Schnur zum Hissen und Senken der Fahne laufen konnte. Solche kleinen Kunstwerke krönten Masten in etwa zwölf bis dreizehn Metern Höhe. Die Sorgfalt der Ausführung unterstreicht die Bedeutung, die einem solchen vermeintlichen Dekorstück beigemessen wurde. In diesem Falle übernahm der Drache eine zusätzliche Schutz- und Wächterfunktion vor den Toren der Tempel.

Die auch außerhalb Ostasiens bekannteste Kunstform Koreas ist das Koryo-Seladon, eine schon fast porzellanartig hart gebrannte Keramik, deren einziges verbindendes Merkmal die Seladonglasur ist. Diese Glasur enthielt in der Hauptsache Bleisalz und einen Zusatz von Eisen.

Eine der reizvollsten Formen koreanischer Malerei sind gewiß die Albumblätter. Ob nun die klassischen Themen der Tuschmalerei behandelt werden oder Genreszenen von Meisterhand in leichten Farben ausgeführt, immer sprechen sie in ihrer Einfachheit und ihrem leisen Humor den Betrachter an. Ihre Stärke liegt nicht in großartigen, kühnen Kompositionen. Ein Gelehrter, der inmitten einer unendlich weiten, leeren Landschaft sitzt und die verschränkten Füße ins Wasser taucht, atmet Melancholie, eine Stimmung, die den Koreanern sehr liegt. Aber auch eine solche Darstellung eines würdigen alten Herrn vermag uns ein Schmunzeln zu entlocken.

Ji Hyun Whang ist Mitarbeiter am Museum für Ostasiatische Kultur, Köln

KOREA

Morgen wird im Museum für Kunst und Gewerbe, Hamburg, die Ausstellung „Schätze aus Korea" eröffnet. Besuchern steht sie bis zum 16.9.1984 offen, bevor sie weiter nach Köln reist, um dann dort einen Überblick über 5000 Jahre kulturelles Schaffen in Korea zu vermitteln. Korea zeigt seine traditionelle Rolle in der Region. Die Ausstellung liefert damit einen Beitrag zu einem tieferen Verständnis des Landes.

GRUSS AUS SEOUL

Ausdruck unserer Freundschaft

Von LEE JIN-HIE

Mitte Juni wird die Ausstellung „5000 Jahre koreanische Kunst" in der Bundesrepublik Deutschland eröffnet.

Diese einmalige Ausstellung, die mit viel Sorgfalt vorbereitet wurde, *zeigt ein breites Spektrum* der koreanischen Kunst.

Die deutsch-koreanischen Beziehungen bestehen schon seit hundert Jahren. Die der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem koreanischen Volk, die sich immer weiter vertieft hat, hat zu einer engen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten geführt.

Der Wunsch, der engen Freundschaft zwischen Deutschland und Korea Ausdruck zu verleihen, hat es



Verantwortlich in Seoul, Minister Jin-Hie FOTO: DW

möglich gemacht, diese Ausstellung hier in der Bundesrepublik eröffnen zu können.

Mit dieser Aussstellung wollen wir den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland die Kunst und Kultur Koreas näherbringen. Ich hoffe, daß diese Ausstellung den Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland gefällt.

Eine ähnliche, aber viel kleinere Ausstellung wurde schon einmal, nämlich 1961, in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt. Seitdem sind noch viele Kunstschätze gefunden worden, die jetzt auch in dieser Ausstellung gezeigt werden können.

Lee Jin-Hie ist Minister für Kultur und Information der Republik Korea

WORT AUS HAMBURG

Kultur zum Abbau von Krisen

Von HELGA SCHUCHARDT

Ausstellungen dieser Art sind geeignet, ihren Teil dazu beizutragen, unseren Blick auf die wesentlichen Aspekte der Entwicklung eines Landes zu lenken. Wer heute an Korea oder gar den gesamten Fernen Osten denkt, *denkt an die Billiglohn*länder, die uns unsere Marktanteile im Schiffbau genommen haben oder uns in weiten Teilen der Textilproduktion den Rang abgelaufen haben.

Die Ausstellung „Schätze aus Korea" wird den Hamburgern wie zuvor den Londonern und danach den Kölnern Gelegenheit geben, 5000 Jahre Kulturschaffen in Korea kennenzulernen.

Viele Probleme in der Welt, Krisen



Eröffnet die Ausstellung, Senatorin Schuchardt FOTO: DW

und Kriege werden erst möglich, weil die Menschen, die Länder und ihre *Kulturen sich fremd sind. Die* intensive Beschäftigung mit der Kultur, den Lebens- und Gesellschaftsformen des anderen, das Sichverstehenlernen, *kann dazu beitragen, Krisen abzubauen.*

Ausstellungen wie diese sollten nicht die Ausnahme sein, sondern selbstverständlich werden. Man würde ein Land dann nicht allein aus der Momentaufnahme von heute beurteilen, sondern in stärkerem Maße aus seiner Geschichte.

Helga Schuchardt ist Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg

ZUR POLITISCHEN LAGE / Wenig mehr als propagandistisches Schattenboxen zwischen Nord und Süd

Seoul setzt zunächst auf wirtschaftliche Stabilität

Seit dem Waffenstillstand vor dreißig Jahren ist Korea entlang dem 38. Breitengrad gespalten – es bestehen überhaupt keine Kontakte zwischen Nord und Süd, es gibt keine Post- und Reise-Verbindungen, keine Lebenszeichen von getrennten Familien. Die Grenze zwischen Nord- und Südkorea bleibt eine der brisantesten auf der Erde. Auf beiden Seiten stehen sich hochgerüstete und zahlenmäßig äußerst starke Streitkräfte gegenüber.

Wenn Seoul und Pjöngjang von Wiedervereinigung reden, dann ist es nichts anderes als propagandistisches *Schattenboxen*. Die latente militärische Bedrohung aus dem Norden wird im Süden überaus ernstgenommen – sie muß ernstgenommen werden. Die Hauptstadt Seoul liegt nur knapp 50 Kilometer von der Trennungslinie entfernt – für Raketen und Düsenbomber ein Ziel binnen weniger Minuten. Diese ständige Gefahr muß im Süden noch immer als Rechtfertigung für ein autoritäres Regime herhalten, das sich allerdings wie Tag und Nacht von der kommunistischen Diktatur im Norden unterscheidet.

Die Schicksalsschläge für Südkorea – der Abschuß eines Verkehrsflugzeuges mit 269 Menschen an Bord durch die Sowjets und das Attentat nordkoreanischer Agenten auf die Führung Südkoreas beim Staatsbesuch in Birma – hat die Bevölkerung mit grimmiger Entschlossenheit erfüllt, noch härter für den Wirtschaftsaufstieg zu arbeiten. Westliche Besucher sind verblüfft, wenn bei sibirischer Kälte im koreanischen Winter etwa Stenotypistinnen mit Mantel und Schal im Büro sitzen und Arbeiter in einer Montagehalle mit Ohrenschützern und Filzstiefeln stehen, weil Energie gespart wird.

Welches andere Land weist annähernd zweistellige Wachstumsraten in der Wirtschaft auf? Südkorea schafft das auch in Zeiten einer schwierigen Weltkonjunktur.



KOREA IN HAMBURG

Begleitet von umfassender Information

Von AXEL von SALDERN

Nach den aufsehenerregenden Besuchererfolgen der vergangenen Jahre im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe – wir denken besonders an Tutanchamun und Bugatti – wird vom 15. Juni bis zum 16. September eine weitere Ausstellung internationalen Formats zu sehen sein: „Schätze aus Korea".

Diese, unter größten Bemühungen deutscher und englischer Wissenschaftler zusammengestellte und nach Europa gebrachte Ausstellung entstammt den Sammlungen der koreanischen Nationalmuseen und privater Leihgeber. Die Republik Korea entsendet sie als Ausdruck ihres über 5000 Jahre ungebrochenen Kunstschaffens. Zwei Dutzend der mehr als 300 Objekte gelten als „Nationalschätze", weit mehr als sogenannte registrierte Kunstwerke von unermeßlichem Wert. Hamburg ist nach London die zweite Station auf ihrer Reise, die sie über Köln endgültig nach Korea zurückführen wird.

In der Eingangshalle des Museums für Kunst und Gewerbe wird der Besucher von dem berühmten, tonnenschweren Buddha aus gegossenem Eisen begrüßt. Fünf große Ausstellungssäle sind dem gesamten Panorama koreanischer Kunst gewidmet.

Zu den kürzlich entdeckten archäologischen Funden gehören 5000 Jahre alte Objekte ebenso wie der Inhalt des berühmten Grabes des Königs Munyong aus dem 6. Jh. n. Chr. Die dem ägyptischen Goldschmuck keineswegs nachstehenden Geschmeide und Zeremonialgürtel aus anderen Begräbnisstätten zeugen nicht nur von großem Reichtum, sondern sind Ausdruck eines ungemein differenzierten Formgefühls, das die koreanischen Goldschmiede, insbesondere der Silla-Periode, auszeichnet. So erscheint eine Arbeit wie die aus vielen Einzelstücken zusammengesetzte und mit Gehängen und Jadeornamenten versehene große Krone von einer Qualität, wie man sie allein beim präkolumbianischen Gold Perus oder dem Totenschmuck zur Zeit Alexander des Großen findet.

In Hamburg wird die Ausstellung von umfassendem Informationsmaterial begleitet, um den Besuchern einen möglichst genauen Einblick in die Kultur Koreas zu vermitteln. Zunächst ist der von deutschen, englischen und koreanischen Forschern erarbeitete wissenschaftliche Katalog zu nennen. Er ist besonders reich bebildert, verständlich geschrieben und gilt als Kompendium zur gesamten Kunst Koreas (20 DM).

Täglich mehrmals können unsere Besucher in einer einführenden, kostenlosen Multivision-Diaschau Näheres über die in der Ausstellung präsentierten Kunstwerke erfahren, wobei auch auf Architektur und Landschaft, auf Buddhismus und Totenkult eingegangen wird. Zudem dienen Schautafeln und ausführliche Texte zum besseren Verhältnis der verschiedenen Kunstepochen und Dynastien. Werktags werden Führungen angeboten, bei denen vornehmlich auf die neuesten archäologischen Funde sowie auf besondere Herstellungstechniken verwiesen wird.

Prof. Axel von Saldern ist Direktor des Museums für Kunst und Gewerbe, Hamburg.



Maitreya-Bronze aus der Zeit der drei Königreiche FOTO: DIE WELT

FRÜHGESCHICHTE / Älteste Datierung 4280 v. Chr.

In Ton und aus Bronze

Von KIM WON-YOUNG

Seit 1963 sind sowohl in Nord- wie auch in Südkorea mehrere paläolithische Orte entdeckt worden, von denen einige auf das mittlere Pleistozän oder das untere Paläolithikum datiert werden.

Die älteste Karbondatierung aus neolithischer Zeit in Korea ist von 4280 v. Chr. und wurde in einer Siedlung in Amsadong in Seoul gefunden. Danach folgt eine Datierung auf 3940 v. Chr. aus der Grundschicht eines Muschelhügels in Tongsamdong in Pusan, im Südwesten Koreas. Diese Daten fallen etwa mit denen der frühen Yangshao-Kultur in Nordchina zusammen und liegen gleichzeitig mit der frühen neolithischen Kultur in Sibirien in der Baikalgegend.

Von der Wende des 2. Jahrtausends v. Chr. an werden die geraden Linien durch Punkte und kleine Kreise ersetzt. Anstelle des klassischen Fischgrätenmusters tauchen Winden, konzentrische Halbkreise, geflochtene und Zickzackmuster auf.

Das koreanische Bronzezeitalter unterteilt sich in zwei Epochen, das frühe (ca. 700–300 v. Chr.) und das späte (ca. 300–1 v. Chr.). Typisch für die frühe Epoche sind die lautenförmigen Bronzedolche, die entweder als *Liaoning-Typ* oder als *Puyo-Typ* bezeichnet werden. In Korea sind solche Dolche in Songguri, Puyo (SW-Korea), Kopodong, Pyongyang und Kumgokdong, Yonan (beide NW-Korea) gefunden worden. Gefaßte Äxte, Bronze-Spiegel des Typs I und perforierte Jadeanhänger sind ebenso kennzeichnend für diese Epoche.

Die Töpferei des Bronzezeitalters zeigt sich zuerst am Yalu-Fluß. Sie ist von glänzendem Rot und stammt von mandschurischen Vorbildern ab, die wiederum auf die angrenzende chinesische Tradition der bemalten Töpferei zurückgeht. Ein Ableger der glänzenden roten Töpferei aus Nordkorea gedieh im Süden. Die südliche Version, Hongdo genannt, wurde aus feinem Ton ohne Beimischungen hergestellt und findet sich als runder Topf mit rundem Boden.

Zu Beginn des späten Bronzezeitalters, d. h. von etwa 300 v. Chr. an, nimmt Bronze überall in Korea an Qualität und Quantität zu. Allein in Südkorea sind große „geschlossene Funde" in Gräbern gemacht worden.

Etwa um das 4. vorchristliche Jahrhundert wurde von im Krieg liegenden chinesischen Staaten das Eisen auf der koreanischen Halbinsel eingeführt. Natürlich wurden im Anfangsstadium chinesische Produkte verwendet, obgleich sich die Eisenherstellung in der Umgebung des Tuman-Flusses im Nordosten Koreas bald entwickelte. So fällt also das späte Bronzezeitalter mit der frühen Eisenzeit I zusammen. Die Eisenzeit II, allgemein Kimhae-, Samhan- (Drei Han Staaten)- oder Won-Samguk-Periode) erstreckt sich über die drei ersten Jahrhunderte christlicher Zeitrechnung.

Kim Won-Young ist Professor an der Seoul-Nationaluniversität.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / In anderen Entwicklungsländern ein Modell des sozialen Aufschwungs

Indikative Planung ergänzt Marktwirtschaft

Von H. G. MEISNER

Die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Korea findet zunehmendes Interesse in der Welt: in den Industrieländern sowohl als Lieferant lohnintensiver Produkte, wie auch als Wettbewerber in äußerst sensiblen Bereichen, z. B. in der Elektronik. In anderen Entwicklungsländern Asiens dient Korea als Modell des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs.

Besonderes Interesse findet hierbei die ordnungspolitische Ausrichtung in Form einer indikativen Planung. Die grundsätzliche marktwirtschaftliche Orientierung wird ergänzt und in bestimmte Bahnen gelenkt durch eine detaillierte und effiziente staatliche Planung.

Nachdem das Pro-Kopf-Einkommen 1967 nur etwa 100 Dollar betragen hat, ist es zu Beginn dieses Jahres auf 1900 Dollar angestiegen. Das reale wirtschaftliche Wachstum des Bruttosozialprodukts betrug 1983 9,3 Prozent bei einer Geldentwertungsrate von nur 3,2 Prozent. Damit hört die Republik Korea auf, ein ausgesprochenes Entwicklungsland zu sein. Korea ist durch die außerordentliche wirtschaftliche Entwicklung zu einem industriellen Schwellenland geworden.

Diese spektakuläre Entwicklung hat zu *tiefgreifenden Änderungen in* der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes geführt, und sie wirkt auch zurück auf die politische und soziale Dynamik des Landes. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Beitrag des Mittelstandes. Der wirtschaftliche Aufstieg ist nicht allein eine Folge der Aktivitäten einiger großer koreanischer Industrie- und Handelskonzerne, sondern dieser Aufschwung ist in erheblichem Maße von der Vielzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Landes getragen worden. Die wirtschaftliche Entwicklung ist diesen Gruppen auch spürbar zugute gekommen.

Der Wirtschaftssektor, der am wenigsten an diesem Aufschwung partizipiert hat, ist die Landwirtschaft. Die koreanische Regierung fördert nachdrücklich mittelständische Unternehmen, um die wirtschaftliche Entwicklung auf ein möglichst breites und diversifiziertes Fundament zu stellen.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Korea ist nicht zuletzt zustande gekommen durch Investitionen, die von amerikanischen und japanischen Unternehmen in Korea vorgenommen wurden. Dadurch ist international wettbewerbsfähiges technologisches Know-how übertragen worden. Gleichzeitig sind auch Management- *und Marketing-Kenntnisse mit trans*feriert worden. Deutsche Investitionen spielen mit einem Gesamtbetrag von 60 Millionen Mark eine partiell interessante, aber mit einem Anteil von 1,7 Prozent aller ausländischen Investitionen nur eine marginale Rolle.

Die wirtschaftliche Entwicklung wäre nicht möglich gewesen ohne die außerordentliche Motivation der Menschen in Korea. In den Schaltstellen von Wirtschaft und Gesellschaft finden sich häufig Personen, die ein Flüchtlingsschicksal erlitten haben. In der wirtschaftlichen Entwicklung Koreas zeigt sich wieder die besondere Bedeutung, die Flüchtlinge für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes haben. Zum anderen sind es die Härte, die Zähigkeit, auch die Leidensfähigkeit der koreanischen Menschen, die zu diesem wirtschaftlichen Aufstieg beigetragen haben.

Bei *dem Übergang vom Entwick*lungsland zum Schwellenland haben die Universitäten des Landes eine wichtige Rolle gespielt. Sie haben die zahlreichen Techniker, Kaufleute und Juristen *ausgebildet*, die erforderlich sind, um einem solchen Aufschwung Dauer zu verleihen und ihn auch in der Zukunft zu sichern.

Gerade weil die Universitäten eine so bedeutsame Schlüsselfunktion für die Entwicklung des Landes spielen, äußert sich in den Universitäten eine gewisse Unruhe, die darauf drängt, daß der wirtschaftlichen Entwicklung auch ein Prozeß der gesellschaftlichen Emanzipation folgen soll.

Der wirtschaftliche Aufschwung Koreas ist vor allem durch eine intensive Verflechtung mit der Weltwirtschaft erreicht worden. Korea hat hierbei das Beispiel Japans vor Augen und betreibt eine industrielle Spezialisierung, die einzelnen Indu*striebereichen eine führende Stellung* in der Weltwirtschaft verschafft hat. Dies gilt insbesondere für den Schiffbau und für die Bautätigkeit im Nahen Osten.

Die Exporte der Republik Korea beliefen sich im Jahre 1983 auf 24,2 Milliarden Dollar. Wichtigster Abnehmer für koreanische Produkte sind die USA, die etwa ein Drittel aller koreanischen Exporte aufnehmen, gefolgt von Japan mit einem Anteil von knapp 14 Prozent. Nach Saudi-Arabien und Großbritannien folgt die Bundesrepublik Deutschland auf dem fünften Platz mit einem Anteil *von nur 3,2 Prozent* aller *koreani*schen Exporte.

Wichtigste Ausfuhrgüter sind nach wie vor Textilien, Gewebe und Garne, deren Export ca. 25 Prozent ausmacht, allerdings mit einer abnehmenden Tendenz, gefolgt vom Schiffbau (Exporte 1982 2,8 Milliarden Dollar; dies entspricht einer Steigerung von 100 Prozent gegenüber 1981). Es folgen dann Eisen und Stahl, Schuhe, Geräte zur Telekommunikation, Stromerzeugungsanlagen, chemische und pharmazeutische Produkte, Fahrzeuge und Zement.

Die Einfuhren der Republik Korea beliefen sich 1983 auf 26,2 Milliarden Dollar, so daß die Handelsbilanz einen negtiven Saldo aufweist. Auch hier stehen die USA mit einem Importanteil von 24 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Japan mit 23,8 Prozent. Nach Saudi-Arabien, Australien und Kuwait steht die Bundesrepublik Deutschland an sechster Stelle mit *einem Anteil von 2,5 Prozent.*

Die koreanische Regierung hat kürzlich weitere Positionen im Bereich des Maschinenbaus wie auch bei einzelnen Konsumgütern liberalisiert, um der wachsenden Investitionsgüter-Nachfrage im Lande entsprechen zu können, und um den gestiegenen Konsumwünschen der Bevölkerung entgegenzukommen.

Über die Jahre hinweg sind die Importe der Republik Korea größer gewesen als ihre Exportmöglichkeiten. So ist es zu einer erheblichen Auslandsverschuldung gekommen, die der Internationale Währungsfonds für 1983 mit 37,5 Milliarden Dollar angibt. 1984 werden ca. 15 Prozent dieser Summe für den Schuldendienst (Zinsen und Rückzahlung) benötigt. Angesichts eines Exportvolumens, das 1984 ca. 27 bis 28 Milliarden Dollar betragen wird, befindet sich die Wirtschaft der Republik Korea jedoch in einer sehr viel stabileren Situation als dies für einzelne lateinamerikanische Länder und für verschiedene Ostblock-Staaten gilt.

Die fortgeschrittene Industrialisierung und die gewachsenen Ansprüche der Bevölkerung machen es notwendig, daß die weltwirtschaftliche Position der Republik Korea auch in Zukunft gesichert wird. Eine wichtige Voraussetzung dafür besteht in der *Abwehr protektionistischer Tenden*zen in den wichtigsten Abnehmerländern.

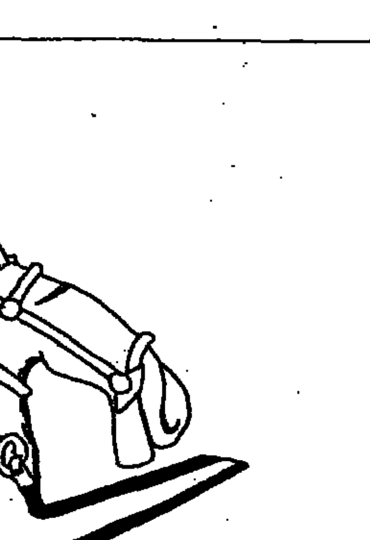
Die koreanische Wirtschaftspolitik ist sich darüber im klaren, daß sie den *Kampf gegen den Protektionismus* nur dann erfolgreich führen kann, wenn sie gleichzeitig die Import-Liberalisierung im eigenen Lande weiter vorantreibt. Die koreanische *Regierung und koreanische Unter*nehmen sind deshalb an der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland sehr interessiert, weil sie eine gemeinsame Interessenlage *sehen und darauf hoffen, daß die* Bundesrepublik den protektionistischen Tendenzen in der EG entgegentreten wird.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Republik Korea hängt nicht zuletzt davon ab, daß es den Unternehmen gelingt, den Qualitätsstandard der koreanischen Produkte weiter zu erhöhen und das Exportsortiment zu erweitern. In diesem Zusammenhang gehen die Bemühungen verstärkt dahin, die Unternehmensführung in Korea zu professionalisieren und dazu moderne Managementtechniken zu übernehmen und angepaßte Marketing-Strategien anzuwenden. Diese Entwicklung wird insbesondere getragen von denjenigen koreanischen Fachleuten, die an amerikanischen oder an europäischen Universitäten studiert haben.

Für die weitere Entwicklung der deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen ergibt sich durch das Wachstum und durch den wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Republik Korea eine besondere Herausforderung. Die Feiern und Veran*staltungen anläßlich der 100jährigen* diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Korea und Deutschland haben zu einer Serie von wirtschaftlichen Kontakten geführt, von denen alle Beteiligten erwarten, daß sie zu einer Ausdehnung des Handels, zu neuen Investitionsprojekten und insgesamt zu intensiveren deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen führen werden.

In diesem Zusammenhang sollte auch der wissenschaftliche Austausch zwischen Korea und der Bundesrepublik stärker gefördert werden.

Professor Hans Günther Meisner ist Inhaber des Lehrstuhls für Marketing an der Universität Dortmund.



Reiter hoch zu Roß, Figur aus dem alten Silla — FOTO: DW

Aus Verehrung zu Lotte

Die Eisenbahn, die die Weltststadt Seoul mit dem modernen Industrierevier im Südosten des Landes *verbindet, fährt auf die* Minute ab. „Pünktlich wie bei Euch", sagt mir ein koreanischer Mitreisender, der in Deutschland studiert hat. Gleich darauf erlebe ich die nächste Überraschung: Aus den Lautsprechern in den Abteilen klingen bekannte Melodien – deutsche Volkslieder, leicht fernöstlich verfremdet.

Mit den Ohren kann man sich in Korea wie zu Hause fühlen; denn in den Kaufhäusern perlt Mozart vom Band, und die Taxifahrer sind nicht selten, die eine Kassette mit Brahms oder der „Neuen Deutschen Welle" eingelegt haben. Deutsche Kultur und deutsche Technik stehen hoch im Kurs im „Lande der *Morgenstille*". Diese Bewunderung reicht bis ins vorige Jahrhundert zurück. Als sich das Königreich Korea nach außen öffnete, hatten Deutsche bei Hofe großen Anteil an dem kulturgeschichtlichen Wandel.

Sie nahmen als Leibarzt, Hofkapellmeister und sogar als erster Außenminister hohe Posten in der letzten Dynastie ein. Unlängst wurde des hundertsten Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Bezie*hungen zwischen dem* Deutschen Reich und dem Königreich Korea gedacht.

Kurz nach der Jahrhundertwende unterwarfen die Japaner die benachbarte Halbinsel mit einer 5000 Jahre alten Kultur. Aus Abneigung gegen die neuen Herren im Lande blickten die koreanischen Intelektuellen nach Westen.

Ein Studium in Deutschland gilt seither als höchstes Ziel, auch wenn in jüngster Vergangenheit die USA nach der Zahl der Studenten in den Vordergrund gerückt sind. Viele koreanische Künstler und Wissenschaftler, die heute Rang und Namen in ihrer Heimat haben, denken gern an Berlin und Heidelberg zurück. *Von der romantischen Verklä*rung, die Deutschland im Fernen Osten erfuhr, blieben auch hartgesottene Geschäftsleute nicht unbeeindruckt. So nannte ein Koreaner, der in Japan sein Vermögen machte und später in Seoul ein Wirtschaftsimperium aufbaute, das größte und feudalste Hotel der Hauptstadt sowie seine Unternehmensgruppe Lotte – aus Verehrung für Goethe und zur Erinnerung an die Lotte von Weimar.

Der Schaffner und die Zugbegleiter, die in den Abteilen einen Imbiß und Tee reichen, tragen weiße Handschuhe zu ihren schmucken, taubenblauen Uniformen. Wie frischgebohnert sehen die Wagen des Expreßzuges und sogar der Bahnsteig aus, an dem er abfuhr. Keine Frage, wir kommen auf die Minute an der Endstation unserer Reise an, obwohl unterwegs wegen Gleisarbeiten die Geschwindigkeit gedrosselt werden mußte. Kein Gedränge und Geschiebe beim Aussteigen, und keiner läßt Abfälle oder alte Zeitungen zurück.

Der atemberaubende Aufstieg *Südkoreas hat* freilich *in* weiten Schichten der Bevölkerung eine Art Kulturschock ausgelöst – die traditionelle Lebensweise verschwindet unter dem Ansturm der Konsumgesellschaft schnell, ohne daß die vielen Koreaner im glitzernden Neuen einen Sinn sehen und ihr seelisches Gleichgewicht wiederfinden. G.K.

Randnotizen zur Geschichte einer Ausstellung, die ein kulturhistorisches Phänomen darstellt

Von ROGER GOEPPER

Als ich im Herbst des Jahres 1961 zum ersten Mal in Seoul ankam, hatte sich Korea noch immer nicht von dem bereits ein Jahrzehnt zurückliegenden verheerenden Bruderkrieg völlig erholt. In der Hauptstadt herrschte nachts Ausgehverbot, und auf dem Lande begegnete man überall den noch nicht völlig beseitigten Spuren der Zerstörung.

Aber schon in den Jahrzehnten vor dem Koreakrieg hatte das koreanische Volk wenig Gelegenheit gehabt, sich in einer modernen Welt zu etablieren, denn 1910 bis 1945 war sein Land japanische Kolonie gewesen und hatte mancherlei Ausbeutung über sich ergehen lassen müssen. Eigentlich schon seit dem späten 16. Jahrhundert, als der japanische Feldherr und Reichsverweser Hideyoshi zweimal nach Korea eingefallen war und das Land so gründlich verwüstet hatte, daß man noch heute in Korea Bauwerke aus der Zeit vor seinen Invasionen an den Fingern aufzählen kann, hat ein ständiger Aderlaß den Bestand an einheimischen alten Kulturgütern erheblich ausgedünnt. Manche Bereiche koreanischer Kunst, etwa die buddhistische Malerei des 12. bis 15. Jahrhunderts, kann man heute in japanischen Museen und Tempeln und neuerdings auch in amerikanischen Sammlungen besser studieren als im Lande selbst.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Republik Korea, also der südkoreanische Staat, seit einigen Jahrzehnten gewaltige und im Vergleich zu anderen Ländern erstaunliche Bemühungen zur Erhaltung und Pflege seiner alten Kulturgüter unternommen hat. 1960 gab es zwei größere Museen, das eine in Seoul in einem wenig passenden westlichen Bau, das andere in Kyongju, zwar idyllisch aber in konservatorischer Hinsicht katastrophal untergebracht in einem tempelartigen Komplex, wo die tausendjährigen Steinplastiken von Blumen und Sträuchern überwuchert im Garten standen.

Heute besitzt Kyongju am Rande der Stadt einen ganz modernen Museumsbau, übrigens schon mit einer Erweiterungshalle für neue Funde, andere staatliche Museen mit gleichfalls anspruchsvollen neuen Bauten finden sich in Gongju, Puyo und Kwangju. Manche Privatinstitutionen, vor allem das Hoam Art Museum, wetteifern an Qualität und Aufwand mit den nationalen Einrichtungen.

Ausgrabungen bereichern das Bild der Kultur

An den staatlichen Museen und an den Universitäten wird intensiv archäologische Wissenschaft betrieben, und die reiche Ausgrabungstätigkeit hat gerade während der letzten beiden Jahrzehnte das Bild der frühen koreanischen Kultur erheblich bereichern, ja auch nicht unwesentlich ergänzen können.

Die konservatorischen und archäologischen Anstrengungen sind immens, verglichen etwa mit denen in der Bundesrepublik. Alle bekannten alten Baumonumente sind restauriert und zum Teil ergänzt. 1961 war man gerade dabei, den auf einem Berg gelegenen Höhlentempel Sokkuram aus dem 8. Jahrhundert von einem Betonmantel zu befreien, den die Japaner als Schutz darübergegossen hatten, der aber die herrlichen Skulpturen darin gleichsam ersticken und verschimmeln ließ.

Heute ist die Höhle vor Besuchern geschützt, klimatisiert und mit einem Vorbau versehen. Der am Fuße des Berges gelegene Tempel Pulguk-sa, der 1961 teilweise dem Verfall entgegensah, ist zu seiner ehemaligen Gestalt im 8. Jahrhundert wiederhergestellt.

1961 war mir der „Teich der Enten und Wildgänse", Anap-chi, in Kyongju als ein ziemlich verwildertes Sumpfgelände erschienen, während der letzten Jahre aber haben koreanische Archäologen den Palastteich aus dem 7. Jahrhundert wiederhergestellt und dabei das ehemalige Palastareal genau untersucht. Gerade die Funde aus diesem Komplex haben dem, was man vom Leben am Königshof der Silla-Zeit weiß, als die „Goldene Stadt" Kyongju etwa eine Million Einwohner hatte, manchen lebensnahen Farbtupfer aufgesetzt.

Die vielen neuen Funde haben den erst vor einigen Jahren eingeweihten Neubau des Nationalmuseums in Seoul schon wieder zu klein werden lassen und man ist gerade dabei, ein anderes größeres Gebäude zu beziehen.

Es ist nunmehr schon dreiundzwanzig Jahre her, daß Korea eine große Ausstellung seiner Kunstschätze nach Europa geschickt hat. Sie war damals unter anderem in Frankfurt zu sehen. Ihr Hauptinitiator war Professor Chewon Kim, Direktor des Nationalmuseums in Seoul, der in Deutschland studiert hat und perfekt Deutsch spricht. Er ist heute einer der Altmeister koreanischer Archäologie und Kunstgeschichte.

Jetziger Generaldirektor der koreanischen Nationalmuseen ist Professor Sunu Choi, damals Mitarbeiter von Chewon Kim. Seit etwa einem halben Jahrzehnt hat sich in zahlreichen Gesprächen mit ihm in Seoul und Deutschland immer mehr die Idee zu einer zweiten großen Kunstausstellung in Europa, vor allem aber in Deutschland, gefestigt – eine Idee, die auch im Kulturabkommen zwischen den beiden Staaten verankert worden ist. Daß eine ähnliche Ausstellung 1979 bis 1981 durch die Vereinigten Staaten gewandert ist, hat die Vorbereitungen erleichtert.

Eine bisher wenig beachtete Kunstprovinz

Diese zweite und auf längere Zeit wohl letzte Darbietung koreanischer Kunst im Westen sollte vor allem auch den archäologischen Leistungen der beiden letzten Jahrzehnte Rechnung tragen und das erweiterte Bild vom Reichtum der traditionellen koreanischen Kultur dokumentieren. Sie sollte darüber hinaus erkennen lassen, wie sehr gerade zwischen dem 6. und 7. Jahrhundert die sich im Yamato-Staat Japans eben formierende Hochkultur durch Korea befruchtet worden ist.

Eine dieser frühen Periode gewidmete koreanische Ausstellung in diesem Jahr in Tokio hat dieses kulturhistorische Phänomen weiter verdeutlicht.

Die Auswahl der Gegenstände erfolgte nach einer Informationsreise durch die koreanischen Sammlungen vor etwa zwei Jahren in längeren Gesprächen in Seoul. Dabei versuchte Professor Choi unseren Ausleihwünschen so weit wie möglich entgegenzukommen. Konservatorische Gründe mußten allerdings den Transport mancher wichtiger Objekte ausschließen.

Als sich schließlich das British Museum von London als weiterer Partner zur Übernahme bereit erklärte, wurden als endgültige Ausstellungsorte London, das Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg, dessen Leiter sich gleichfalls schon früh um die Ausstellung bemüht hatte, und das Museum für Ostasiatische Kunst der Stadt Köln festgesetzt.

Nach ihrer ersten Station in London werden die „Kunstschätze aus Korea" nunmehr am 14. Juni 1984 in Hamburg ihre Eröffnung erleben und dort bis zum 16. September 1984 zu sehen sein. Anschließend werden sie vom 13. Oktober 1984 bis zum 13. Januar 1985 in Köln gezeigt.

Der in dieser Form sicherlich nicht wiederholbare Überblick über die koreanische Kunst von ihren Anfängen bis in die Neuzeit stellt dem Publikum eine ostasiatische Kunstprovinz vor, die bisher zu wenig beachtet worden ist, die aber ihre eigenständige Kreativität trotz der starken Bindungen an China immer mehr zu erkennen gibt.

Professor Roger Goepper ist Leiter des Museums für Ostasiatische Kunst in Köln

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Nur längerfristig mit Fragezeichen

Von FRED de LA TROBE

Das Schwellenland Südkorea ist in den letzten Jahren mit Riesenschritten auf dem Weg zur Industrialisierung fortgeschritten. In einigen Fertigungszweigen ist es zu einem scharfen Konkurrenten der führenden Wirtschaftsmächte in der Welt herangewachsen. Die neu aufgebauten Produktionsanlagen sind äußerst modern und leistungsfähig. Von wettbewerbsstarken Bereichen wie dem Schiffbau, Eisen und Stahl, Autos und Elektronik beginnen Koreas Unternehmer in hochtechnologische Gebiete vorzustoßen. Sie stellen Heimcomputer und Mikrochips her und gewinnen auch bei der Biogenetik an Boden.

In einigen Industrienationen regt sich schon die Lobby der von Billigexporten bedrohten Branchen. Protektionistische Abwehrmaßnahmen gegen koreanische Lieferungen nehmen zu. In den USA wurden Dumpingverfahren gegen koreanische Fernsehgräte, Stahl, Eßbestecke und Gummischuhe eingeleitet.

Ein Drittel der südkoreanischen Exporte geht in die USA, 1983 erzielte Südkorea im Handel mit den Vereinigten Staaten einen Ausfuhrüberschuß von 4,9 Milliarden Mark.

Die Regierung in Seoul weist aber nicht zu Unrecht auf ihre ganz besonderen Beziehungen zu Washington hin, die durch die Teilung des Landes und die Bedrohung aus Nordkorea entstanden sind.

Neben den modernen Anlagen in weiten Bereichen der exportorientierten Industrien beruht die Stärke der südkoreanischen Wirtschaft vor allem auf seinen billigen und tüchtigen Arbeitskräften. Die Lohnkosten sind wesentlich niedriger als in Japan, den USA und den westeuropäischen Industrieländern.

Die reale wirtschaftiche Wachstumsrate Südkoreas kam 1983 auf ansehnliche 9,3 Prozent, das war der höchste Zuwachs unter den ostasiatischen Staaten. Für 1984 erwartet die Regierung in Seoul das vierte aufeinanderfolgende Boomjahr.

Die günstige Lage ist in erster Linie auf das kräftige Steigen der Exporte, daneben auch auf den wachsenden Inlandskonsum und auf rege Bautätigkeit zurückzuführen. Die Ausfuhren erhöhten sich im vergangenen Jahr um 31 Prozent und in den ersten vier Monaten 1984 um 29 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Das Pro-Kopf-Einkommen in Südkorea hat im vergangenen Jahr 5049 Mark erreicht und lag damit um 4 Prozent höher als 1982. Der Inlandskonsum stieg 1983 um 8 Prozent. Vor allem für langlebige Konsumgüter wie Fernsehgeräte, Autos, Waschmaschinen und Kühlschränke setzte eine Kaufwelle ein, die zu dem der Regierung unerwünschten Anwachsen der Einfuhren von Grundstoffen und Teilen und damit zur Konkurrenz für die lokale Produktion dieser Erzeugnisse führte.

Anzeichen für eine Überhitzung der Konjunktur zeigten sich auch im Emporschnellen der Industrieproduktion im 1. Quartal dieses Jahres um 18,2 Prozent im Vergleich zur Vorjahrsperiode. Die Ausnutzung der Kapazitäten lag mit durchschnittlich 80 Prozent ebenfalls hoch. Um die Entwicklung zu dämpfen, beabsichtigen die südkoreanischen Wirtschaftspolitiker die Geldversorgung bis Ende Juni um nur 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen zu lassen. Ende April lag sie allerdings schon um fast 13 Prozent höher. Außerdem will die

Regierung versuchen, auf ein Maßhalten bei den diesjährigen Lohnerhöhungen hinzuwirken.

Die Schuldenlage Südkoreas hat sich im letzten Jahr nicht wesentlich verändert. Mit Auslandschulden von 108 Milliarden Mark Ende April, 9 Mrd. mehr als vor einem Jahr, ist die Republik das viertgrößte Schuldnerland der Welt. Die Schuldendienstquote liegt aber bei tragbaren 15,6 Prozent im Vergleich zu 68 Prozent für Brasilien und 56 Prozent für Mexiko. Die koreanischen Devisenreserven beliefen sich Ende April auf einen Wert von 17 Mrd. Mark.

Die regierungsamtlichen und privatwirtschaftlichen Voraussagen über die südkoreanische Wirtschaftsentwicklung sind kurzfristig optimistisch. Längerfristig gesehen ist aber nicht sicher, ob die Entwicklung der Exporte, von denen Südkorea so abhängig ist, weiterhin so positiv wie bisher bleibt. Die Ausfuhrerfolge des letzten Jahres waren zu einem großen Teil in krisenanfälligen Branchen wie dem Schiffbau und der Stahlindustrie zu verzeichnen,. Bei den Werften ist schon seit einigen Monaten ein deutlicher Rückgang der Neuaufträge festzustellen. (SAD)

OLYMPIA 1988 / Vorbereitungen laufen wie geplant

Es wird keine Verlegung der Wettkämpfe geben

Unbeirrt von den Spekulationen, wonach die an Südkorea vergebenen Olympischen Sommerspiele 1988 aus Furcht vor einem weiteren Boykott der kommunistischen Staaten vom Internationalen Olympischen Komitee in ein anderes Land verlegt werden könnten, gehen in Seoul die Planungen für das sportliche Großereignis termingerecht weiter. Anscheinend versuchen die „feindlichen Brüder" in Nordkorea, den Ostblock zu einer Absge an Seoul zu bewegen.

Kultur- und Informationsminister Lee Jin-Hie, der als Regierungssprecher in Südkorea fungiert, bekräftigte die Entschlossenheit seines Landes, die Sportler aus aller Welt willkommen zu heißen. Er äußerte sich optimistisch darüber, daß auch die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten in vier Jahren in Seoul teilnehmen werden. Ihre Begründung für das Fernbleiben aus Los Angeles, vorgeblich unzureichende Sicherheitsvorkehrungen, werde in Südkorea in keiner Weise zutreffen.

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, stellte klar, daß es keine Verlegung der Sommerspiele 1988 geben werde. Gegenüber dem Vorsitzenden des olympischen Organisationskomitees in Seoul, Roe Tae-Woo, versicherte er, die einmal für Seoul getroffene Entscheidung sei unumstößlich, auch wenn vielleicht einzelne Mitglieder des IOC andere Meinungen äußerten.

Nach der Charta des IOC müssen die Austragungsorte für die Olympischen Spiele mindestens sechs Jahre vorher festgelegt werden. Darauf hat der Generalsekretär des Seouler Organisationskomitees, Cho Sang-Ho, nachdrücklich hingewiesen. Auch er sprach die Erwartung aus, daß die Sommerspiele 1988 wie geplant und unter Beteiligung der Sowjets und anderer kommunistischer Staaten im „Lande der Morgenstille" stattfinden.

Die Generalprobe dafür wird Südkorea bereits in zwei Jahren bei den Asiatischen Spielen in Seoul erleben. Was die sogenannte Ping-Pong-Diplomatie im Verhältnis zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten einleitete, bahnt sich derzeit durch verschiedene Sportarten in den Beziehungen zwischen Peking und Seoul an. So kann Südkorea davon ausgehen, daß die Chinesen zu den Prestige-Kämpfen kommen.

Der erste Koreaner, der eine olympische Goldmedaille errang, startete noch für Japan. Seine Heimat stand von 1910 bis 1945 unter Nippons Herrschaft. Son Ki-Chong hieß der Sieger im Marathonlauf bei den Sommerspielen 1936 in Berlin. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der japanischen Besatzung konnten Koreaner an den Olympischen Spielen 1948 in London erstmals unter eigener Flagge teilnehmen. Unlängst wurde wieder über eine gemeinsame Mannschaft von Nord- und Südkorea verhandelt, bevor Pjöngjang sich dem kommunistischen Boykott anschloß.

Nachdem 1976 in Montreal eine Gold-, eine Silber- und vier Bronzemedaillen erkämpft worden waren, erzielten die Sportler Südkoreas bei den Asiatischen Spielen 1982 in Neu-Delhi beachtliche Erfolge. Hinter China und Japan belegten sie den dritten Platz. Die Ausbeute an Medaillen betrug: je 28mal Gold und Silber sowie 37mal Bronze.

Ein Blick auf den Sportkomplex am Han-Fluß, etwa 18 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, ist schon heute imponierend: Das Olympia-Stadion mit 100 000 Sitzplätzen steht kurz vor seiner Vollendung. Die Schwimmhalle und einige andere Sportanlagen sind bereits seit Jahren fertig. Auch das olympische Dorf für 12 000 Sportler und 8000 Journalisten wird lange vor der ersten olympischen Fanfare vollendet. Alle olympischen Bauten werden von kommerziellen Trägern errichtet, die nach den Spielen 1988 die Nutzung der Anlagen übernehmen.

Außer den Baukosten in Höhe von 700 Millionen Dollar für das Olympia-Stadion wird noch gut eine Milliarde Dollar für Olympia in Seoul und an den anderen Austragungsorten im Lande aufgewendet. Dazu zählen die Einrichtungen für die Ruder- und Segel-Wettbewerbe in den Hafenstädten Inchon und Pusan. In Seoul sollen 35 000 Millionen Bäume gepflanzt, das U-Bahn-Netz ausgebaut und mehr als 50 000 Betten in Hotels geschaffen werden.

Die Südkoreaner bereiten sich schon jetzt als vorbildliche Gastgeber vor. So werden Sprachkurse für Polizisten, Taxifahrer und das Hotelpersonal durchgeführt. Und man veranstaltet Höflichkeitswettbewerbe im gastronomischen Gewerbe. W.S.